Inhalt

Heft 2 | 2022

Schwerpunkt

Moderation:
Till Heinsohn

2 Wer gestaltet die Stadt? Sozialer Status und soziales Kapitel als Faktoren kommunaler Partizipation
Michael Hanslmaier, Brigitte Kaiser, Angelika Heimerl

10 Bürgerbeteiligung in Erfurt. Erkenntnisse aus der Wohnungs- und Haushaltserhebung 2020
Melanie Keiner

21 Sozialräumliche Unterschiede im Wahlverhalten und in der politischen Partizipation
Jürgen Göddecke-Stellmann, Teresa Grundmann, Dorothee Winkler

28 Mobile politische Beteiligung – erneut nur die üblichen Verdächtigen? Eine empirische Analyse der Nutzung der Tübinger BürgerApp
Mario Datts, Marianne Kneuer

36 Die Briefwahl unter dem Vorzeichen der Pandemie. Einblicke – Motive – Folgen
Uwe Dreizler, Till Heinsohn, Ansgar Schmitz-Veltin

Stadtforschung

45 Kontinuität und Wandel der Zielgebietspräferenzen und Motive älterer Binnenwanderer
Klaus Friedrich, Florian Ringel

53 Bezahlbares und nachhaltiges Wohnen in Kleinstwohnungen. Beachtliches Interesse an suffizienten Lösungen
Herbert Brüning, Christian Hoffmann, Stephan Wardzala

Statistik und Informationsmanagement

66 Einkommenserfassung in der Kommunalen Bürgerumfrage
Martin Waschipky

74 GIS-gestützte Neueinteilung der Stimmbezirke und Zuordnung der Wahlgebäude in der Stadt Köln
Nora Tilly, Nils Rötgers

81 Ein Atlas für ganz Hessen. Regionalstatistik in einer interaktiven Kartenanwendung
Julia Chen, Sarah Pohl

Entdeckt

86 Smart City Index 2021. Wie digital sind Deutschlands Großstädte?
Hubert Harfst

87 Wertestudie 2020. Zukunft von Wertvorstellungen der Menschen in unserem Land
Hubert Harfst

88 Pandemie-Folgen. Gigantischer Reichtum einerseits, weltweit explodieren Ungleichheit und Armut andererseits

Michael Hanslmaier, Brigitte Kaiser, Angelika Heimerl

Wer gestaltet die Stadt?

Sozialer Status und soziales Kapitel als Faktoren kommunaler Partizipation

*Demokratie und partizipative Prozesse der Stadtentwicklung sind auf eine möglichst breite Mitwirkung der Bürger*innen angewiesen. Angesichts einer zunehmenden sozialen Polarisierung ist aber zu fragen, ob diese sozialen Exklusionsprozesse das Funktionieren von lokaler Demokratie und Partizipation untergraben.*

Für die Beantwortung dieser Frage wird einerseits untersucht, welchen Einfluss soziale und demografische Statusmerkmale wie Alter, Geschlecht, aber auch Einkommen und Bildung sowie die Migrationsgeschichte auf die tatsächliche Partizipation im lokalen Kontext haben. Andererseits werden auch verschiedene Dimensionen sozialen Kapitals wie Vertrauen, lokale Verbundenheit und soziale Kohäsion in ihrem Einfluss auf Partizipation untersucht.

Datengrundlage ist eine repräsentative Befragung in München mit mehr als 7.000 Befragten aus dem Jahr 2021.

Die Analysen zeigen, dass sozialer Status und demografische Merkmale sowohl mit dem Interesse für Kommunalpolitik als auch mit der Teilnahme an Beteiligungsformaten der Stadtentwicklung zusammenhängen. Gleiches gilt für (lokales) Sozialkapital. Die Ergebnisse werden im Hinblick auf Implikation für lokale Demokratie und Mitwirkungsprozesse an der Gestaltung der Stadt diskutiert.

Dr. Michael Hanslmaier
M. A. Soziologie, seit 2015 Mitarbeiter im Bereich Stadtentwicklungsplanung im Referat für Stadtplanung und Bauordnung bei der Landeshauptstadt München, Themenschwerpunkte: Weiterentwicklung von Stadtentwicklungskonzepten, Migration und Integration, Kriminalität, soziale Ungleichheit
michael.hanslmaier@muenchen.de

Dr. Brigitte Kaiser
Dipl. Geographin, seit 2014 Mitarbeiterin im Bereich Stadtentwicklungsplanung im Referat für Stadtplanung und Bauordnung bei der Landeshauptstadt München, Themenschwerpunkte: soziale und demografische Grundsatzfragen, Monitoring, integrierte Stadt(teil)entwicklung
brigitte.kaiser@muenchen.de

Angelika Heimerl
Dipl. Soziologin, seit 2008 Mitarbeiterin im Bereich Stadtentwicklungsplanung im Referat für Stadtplanung und Bauordnung bei der Landeshauptstadt München, Themenschwerpunkte: strategische Stadtentwicklungskonzepte, nachhaltige Entwicklung, soziale und demografische Grundsatzfragen
angelika.heimerl@muenchen.de

Schlüsselwörter:
Partizipation – Beteiligung – Stadtentwicklung – soziales Kapital – Vertrauen – sozialer Status

Einleitung

Demokratie und partizipative Prozesse der Stadtentwicklung sind auf die Mitwirkung der Bürger*innen angewiesen. Werden Teile der Gesellschaft dauerhaft von politischer Teilhabe ausgeschlossen, kann langfristig die Legitimität demokratischer Institutionen erodieren, weil die politischen Entscheidungen nur noch von einem Teil der Gesellschaft getroffen werden (Bödeker, 2014).

Empirische Befunde zeigen jedoch, dass sich etwa Ärmere und schlechter Gebildete seltener politisch beteiligen. Auch das Geschlecht und das Alter sind Faktoren, die sich auf die Partizipationsbereitschaft auswirken. So haben Frauen ein insgesamt etwas geringeres politisches Interesse als Männer, wenngleich dies in Teilen auch altersspezifisch variiert. Die Formen der Partizipation hängen auch mit dem Alter zusammen. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass soziales Kapital einen großen Einfluss auf die Beteiligungskultur hat: Je größer etwa das Vertrauen in die Mitmenschen ist, desto höher ist die Wahlbeteiligung. Zudem erhöhen soziale Netzwerke bestimmte Arten von Partizipation, da Partizipation in der Regel auch eine Art kollektiven Handelns darstellt (Bäck, Christensen, 2016; Bödeker, 2011; Hays, Kogl, 2017; Kaase, 1999; Lischewski et al., 2020, Sturm 2018).

Angesichts dieser Forschungsbefunde ist daher fraglich, inwiefern der umfassende Beteiligungs- und Partizipationsanspruch tatsächlich eingelöst werden kann. Ein erster Schritt, um sich dem Problem ungleicher Partizipation zu nähern, ist die Auseinandersetzung mit deren Prädiktoren. Der vorliegende Beitrag untersucht daher, welche Statusmerkmale Determinanten von Partizipation darstellen. Darüber hinaus, wird auch das lokale soziale Kapital als Faktor betrachtet.

Bei der Auseinandersetzung mit politischer Partizipation fällt auf, dass verschiedene Studien unterschiedliche Konzepte meinen. Untersucht werden u.a. Mitgliedschaft in Vereinen oder Parteien, das politische Interesse, die Wahlbeteiligung oder andere Formen wie Bürgerinitiativen (Lischewski et al., 2020). Die verschiedenen Formen der Partizipation erfordern dabei in unterschiedlichem Maße spezifische Kompetenzen, Ressourcen und Aufwand. Daher ist zu fragen, ob die Einflussfaktoren auf alle Formen politischer Partizipation gleich wirken. Ein Beispiel ist hier das Alter: Während Ältere z. B. häufiger politische Ämter innehaben, beteiligen sich Jüngere häufiger an Protestaktionen (Gille, 2018; Menning, 2009).

Auf Grundlage einer repräsentativen Befragung in einer deutschen Großstadt wird im vorliegenden Aufsatz analysiert, wie sich der soziale Status und das lokale Sozialkapital auf die lokale Partizipation auswirken. Als soziodemografische Merkmale werden dabei Einkommen, Bildung, Geschlecht, Alter und die Migrationsgeschichte untersucht. Das soziale Kapital wird definiert durch lokale Verbundenheit, soziale Kohäsion im Wohngebiet sowie interpersonelles und institutionelles Vertrauen. Partizipation wird zum einen durch Interesse für Kommunalpolitik und zum anderen durch die Teilnahme an Beteiligungsformaten operationalisiert.

Theoretischer Hintergrund

Soziodemografie und Partizipation

Sozialer Status

Die politische und zivilgesellschaftliche Partizipation hängt stark von individuellen sozio-ökonomischen Ressourcen ab: Bildungs- und einkommensstarke Bevölkerungsschichten beteiligen sich am häufigsten. So zeigen verschiedene Studien die zentrale Bedeutung von Bildung für die politische Teilhabe auf und legen dar, dass der Bildungsgrad, aber auch das verfügbare Einkommen die Bereitschaft sowohl zu konventioneller als auch zu unkonventioneller Partizipation steigern (Brady et al. 1995; Gabriel, 2004). In der Forschung herrscht zudem weitgehend Einigkeit, dass sich nicht die Unzufriedenen oder sozial Benachteiligten engagieren, sondern vielmehr ressourcenstarke Bevölkerungsteile (Schäfer, 2010). Personen mit einem höheren Einkommen und höherer Bildung beteiligen sich z.B. häufiger an Unterschriftensammlungen, Protestaktivitäten, an der Übernahme politischer Ämter sowie an Wahlen (Simonson et al., 2017, 56–59; Steinbrecher, 2021).

Die seltenere Beteiligung ressourcenärmerer Personen begründet sich zum einen dadurch, dass Wissen, Sprachfertigkeiten, Netzwerke und effizienzorientierte Arbeitsweise eine Einflussnahme in informellen Partizipationsinstrumenten erleichtern (Munsch, 2005). Zum anderen erfordert die Teilnahme an Partizipation emotional-psychische Freiräume sowie Zeit und ggf. andere Ressourcen, die in Abhängigkeit des Status variieren können (Voigtländer, 2015). Bildung erleichtert darüber hinaus die inhaltliche Auseinandersetzung mit Politik und Wahlen (Steinbrecher, 2021). Moderne Beteiligungsformen wie Bürgerinitiativen setzen weiterhin ein hohes Kompetenzniveau in Bezug auf Verhandlungsgeschick, strategisches Denken, Redegewandtheit, Selbstvertrauen voraus (Bödeker, 2011).

Geschlecht

Auch das Geschlecht ist ein wesentlicher Einflussfaktor für Partizipation. Generell unterschiedet sich die Wahlbeteiligung zwischen den Geschlechtern zwar kaum mehr (Steinbrecher, 2021), Frauen interessieren sich jedoch etwas weniger für Politik als Männer (Westle, Schoen, 2002). Die Gründe hierfür sind vielfältig. Mädchen erfahren häufig eine politikfernere Sozialisation als Jungen, Frauen und Männer befinden sich in sozioökonomisch unterschiedlichen Lebenssituationen und der Zugang zu traditionellen politischen Organisationen wird durch geschlechtsspezifische Barrieren verbaut (Westle, Schoen, 2002). In der feministischen Forschung wird diese „main-stream Position" häufig kritisiert, da Frauen an dem Ideal des männlichen Aktivbürgers gemessen werden und daher ihre politische Partizipation in dieser Perspektive als defizitär erscheine; der „männlich" eingeschränkte Politikbegriff vernachlässigt demnach auch politische Partizipation im Privaten, die stärker von Frauen geleistet wird (Westle, Schoen, 2002).

Alter

Hinsichtlich des Alters können insbesondere Unterschiede bei den Formen der Partizipation beobachtet werden. Ältere Personen bekleiden häufiger politische Ämter und sind in Gewerkschaften vertreten. Für Jüngere sind Aktivitäten wie Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Boykotte oder Internetkampagnen wichtiger. Junge Menschen interessieren sich zwar für Politik, aber nur wenige engagieren sich dauerhaft in Parteien und sie haben eine geringere Wahlbeteiligung (Gille, 2018; Menning, 2009). Der Zusammenhang von Alter und Wahlbeteiligung verläuft kurvilinear, d. h. sie nimmt mit zunehmendem Alter zu und fällt im höheren Alter wieder ab (Menning, 2009; Steinbrecher, 2021).

Die geringere politische Partizipation junger Menschen liegt auf der einen Seite in einer oftmals niedrigeren lokalen Verbundenheit aufgrund häufiger Wohnortwechsel begründet. Auf der anderen Seite nehmen junge Menschen Politik oft als eine „Arena" für ältere Menschen wahr. Dies betrifft insbesondere die Parteienlandschaft. Weiterhin müssen sie noch ihre politische Rolle in der Gesellschaft finden. Die hohe Komplexität führt darüber hinaus teilweise zu einer gewissen Überforderung (Gabriel, Kunz, 2004; Mascheroni, 2008, Arnold et al., 2011). Häufig zeichnen sich jüngere Menschen auch durch eine kritische Einstellung gegenüber politischen Prozessen aus. Sie werden nur dann aktiv, wenn sie das Gefühl haben, dass es notwendig ist (Onken, Lange, 2018).

Migrationsgeschichte

Menschen mit Migrationshintergrund haben eine deutlich geringere Wahlbeteiligung und weisen eine geringere politische Partizipation auf als Personen ohne Migrationserfahrung. Dies gilt insbesondere für die erste Generation (Meltem et al; 2017). Die Gründe für die geringe Partizipation sind vielfältig. Dabei wird zwischen internal und external efficacy unterschieden. Internal efficacy beschreibt die subjektive Beurteilung der Fähigkeit, politische Fragen zu verstehen. Hier stehen häufig Sprachbarrieren im Weg. Die external efficacy meint die Wahrnehmung des politischen Systems als responsiv bzw. die Motivation, sich politisch zu beteiligen. Hindernisse sind hierbei häufig ein fehlender Zugang zu Politik bzw. politischen

Themen, den politischen Parteien sowie den Politiker*innen, eine fehlende demokratische Sozialisation im Herkunftsland, ein geringes Gefühl von Zugehörigkeit, aber auch der Ausschluss aus der Gesellschaft, z.B. durch Diskriminierung (Meltem et al; 2017; Wüst, Faas, 2018).

Soziales Kapital und politische Partizipation

Putnam (2000) versteht unter Sozialkapital „connections among individuals – social networks and the norms of reciprocity and trustworthyness that arise from them". Der Begriff des Sozialkapitals bezeichnet demnach netzwerkbasierte Ressourcen (z. B. Familie, Freundschaften, Nachbarschaft, Mitgliedschaften), generalisiertes Vertrauen sowohl in Institutionen als auch in Personen sowie damit einhergehende Normen und Werte, wie Fairness und Reziprozität (Franzen, Pointner, 2007).

Bestimmte Dimensionen von sozialem Kapitel können zu einer gesteigerten Partizipation beitragen. So werden etwa bestimmte Arten von Partizipation durch soziale Netzwerke und nachbarschaftliche Einstellungen gefördert (Hays, Kogl, 2007). Während ‚Neighborliness' (Nachbarschaftliches Verhalten) verschiedene Formen der direkten Partizipation (u.a. Straße kehren, Nachbarschaftsdienste) stärkt, wirkt sich Vertrauen positiv auf Bürgerbeteiligung aus (Lelieveldt, 2004). Interpersonelles Vertrauen fördert darüber hinaus nicht-institutionalisierte Partizipation und erhöht die Wahlbeteiligung (Bäck, Christensen, 2016; Kaase, 1999). Demgegenüber führt ein niedriges politisches Vertrauen zu höherer nicht-institutionalisierter Partizipation (Kaase, 1999).

Dem Einfluss von sozialem Kapitel auf Partizipation liegen dabei verschiedene Mechanismen zu Grunde: So erleichtern etwa soziale Netzwerke die Organisation von kollektivem Handeln (Lelieveldt, 2004) und die Mitgliedschaft in Organisation, Vereinen etc. trainiert Fähigkeit und Kenntnisse, die für politische Aktivitäten wichtig sind (Brady et al., 1995). Soziale Normen wiederum können Partizipation zum Gegenstand haben und Vertrauen erleichtert die Lösung von Kollektivgutproblemen, fördert Interaktionen und stärkt politische Aktivitäten (Lelieveldt, 2004).

Tab. 1: *Forschungsleitende Hypothesen*

Einflussfaktoren	Formen der Partizipation	
	Interesse für Kommunalpolitik	*Teilnahme an Beteiligungsformaten*
Männer	+	+
Alter	+	+
Bildung	+	+
Einkommen	+	+
Migrationshintergrund	-	-
Lokale Verbundenheit	+	+
Soziale Kohäsion	+	+
Vertrauen in Mitmenschen	+	+
Vertrauen in Institutionen	+	-

\+ = positive/gleichsinnige Beziehung, z. B. je höher die Bildung, desto höher das Interesse für Kommunalpolitik

\- = negative/gegenläufige Beziehung, z. B. Je höher das Vertrauen in Institutionen, desto niedriger die Teilnahme an Beteiligungsformaten (und umgekehrt)

Hypothesen

Basierend auf dem bisherigen Forschungsstand lassen sich verschiedene Hypothesen über den Zusammenhang von sozialem Status und sozialem Kapitel auf der einen Seite und Partizipation auf der anderen Seite ableiten. Es wird angenommen, dass die untersuchten Faktoren in der gleichen Weise mit den unterschiedlichen Formen – im vorliegenden Fall werden das Interesse für Kommunalpolitik und die Teilnahme an Beteiligungsformaten der Stadtentwicklung untersucht – zusammenhängen. Eine Ausnahme stellt hierbei das Institutionenvertrauen dar. Es wird davon ausgegangen, dass ein hohes Institutionenvertrauen zwar das Interesse an Kommunalpolitik steigert, gerade Personen, die eine geringeres Vertrauen in den (lokalen) Institutionen haben sich aber stärker direkt einbringen. Tabelle 1 stellt die forschungsleitenden Hypothesen in der Übersicht dar.

Datengrundlage und Operationalisierung

Die Münchner Bevölkerungsbefragung zur Stadtentwicklung 2021 als Grundlage

Datenbasis der vorliegenden Untersuchung ist die Bevölkerungsbefragung zur Stadtentwicklung 2021 der Landeshauptstadt München[1]. Die Grundgesamtheit der Befragung waren alle Einwohner*innen ab 18 Jahren mit Hauptwohnsitz in München. Die Stichprobenziehung erfolgte nach einem uneingeschränkten Zufallsverfahren aus der Einwohnermeldestatistik. Insgesamt wurden 22.000 Personen gezogen, postalisch kontaktiert und um eine Teilnahme an der Befragung gebeten. Die ausgewählten Münchner*innen konnten entweder schriftlich oder online teilnehmen. Um mögliche Sprachbarrieren zu reduzieren, wurde der Fragebogen in insgesamt zwölf verschiedenen Sprachen angeboten[2].

Insgesamt haben 7.073 Personen an der Befragung teilgenommen. Das entspricht abzüglich nicht zustellbarer Briefe einer Rücklaufquote von 34 %. Insgesamt nahmen knapp 60 % mittels Papierfragebogen und etwa 40 % online teil.

Operationalisierung

Die politische Partizipation wurde mit zwei verschiedenen Indikatoren erfasst, die eine unterschiedliche Intensität von Partizipation abbilden. Dies trägt auch der Tatsache Rechnung, dass in bisherigen Studien keine einheitliche Definition erfolgt ist und unterschiedliche Konstrukte abgebildet wurden (Lischewski et al., 2020). Die Befragten konnten ihr kommunalpolitisches Interesse auf einer Skala von 0 „gar kein Interesse" bis 10 „sehr großes Interesse" angeben. Daneben wurde erhoben, ob die Befragten schon einmal an einem von sechs Beteiligungsformaten im Zusammenhang mit Stadtentwicklung teilgenommen haben. Dabei wurde die Teilnahme an mindestens einem Format als aktive Teilnahme an Beteiligungsformaten gewertet.

Als soziodemografische Statusmerkmale wurden neben Alter (gruppiert) und Geschlecht auch formale Bildung und das Einkommen berücksichtigt. Die Befragten wurden anhand der angegeben formalen Schulbildung in drei Kategorien eingeteilt. Für das Einkommen wurde auf die relative Einkommensposition zurückgegriffen. Basierend auf der Relation

von bedarfsgewichteten Nettoäquivalenzeinkommen zum Durchschnittseinkommen (Median)[3] in München erfolgte eine Zuordnung zu den vier Einkommensgruppen „Arme Haushalte", „Untere Mitte", „Obere Mitte" und „Reiche Haushalte".

Darüber hinaus wurde der Migrationshintergrund der Befragten berücksichtigt. Hier wurde zwischen Deutschen ohne Migrationshintergrund, Deutschen mit Migrationshintergrund sowie Ausländer*innen differenziert. Deutsche mit Migrationshintergrund sind Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die selbst zugewandert sind oder von denen mindestens ein Elternteil nach 1955 auf das Gebiet der heutigen Bundesrepublik zugewandert ist.

Zur Messung des lokalen sozialen Kapitals wurden verschiedene Dimensionen betrachtet. Die Verbundenheit wurde mit zwei Fragen gemessen, bei denen die Befragten Ihre Verbundenheit mit ihrem Viertel und der Stadt München insgesamt angeben sollten. Die soziale Kohäsion im Wohngebiet wurde mit drei Items zu den sozialen Beziehungen erfasst. Interpersonales Vertrauen wurde in Anlehnung an die KUSIV3 Skala (Beierlein et al., 2012) mit drei Fragen operationalisiert. Für die Messung des Institutionenvertrauens wurden zwei Fragen zum Vertrauen in den Stadtrat von München und die Stadtverwaltung verwendet. Statistische Kennzahlen der verwendeten Variablen finden sich in sich in Tabelle 2.

Tab. 2: *Deskriptive Statistiken der verwendeten Variablen (N=4.800)*

Variable	Beschreibung				
Indikatoren der Partizipation		*Min*	*Max*	*MW*	*SD*
Kommunal-politisches Interesse	„Wie sehr interessieren Sie sich für die Kommunalpolitik hier in München?" 0 „gar kein Interesse" bis 10 „sehr großes Interesse"	0	10	5,940	2,435
					Anteil in %
Teilnahme an Beteiligungsformaten der Stadtentwicklung (Dummy)	Teilnahme an mindestens einem der folgenden Formate: Informationsveranstaltungen vor Ort; Beteiligungsveranstaltungen (z.B. Workshops, Diskussionen) vor Ort; regelmäßige Teilnahme an einem (Bürger-/Stadtteil-)Gremium; Online-Beteiligungsformate für Bürger*innen zum Austausch und zur Abfrage öffentlicher Meinungen (z. B. Beteiligungsplattformen); Schreiben eines Briefes/ einer E-Mail"; Abonnieren eines Newsletters und/ oder von SocialMedia Kanälen				54,8 %
Soziodemografie					*Anteil in %*
Geschlecht (Dummy)	„männlich" „weiblich"				47,7 % 52,3 %
Alter (Dummy)	Altersgruppe 18 bis 34 Jahre Altersgruppe 35 bis 64 Jahre Altersgruppe 65 Jahre und älter				27,1 % 53,9 % 19,1 %
Bildung (Dummy)	Niedrige Bildung (kein Abschluss, Haupt- oder Mittelschulabschluss) Mittlere Bildung (mittlere Reife oder vergleichbar) Hohe Bildung (Fachabitur, Abitur)				9,5 % 19,7 % 70,8 %
Einkommen (Dummy)	Arme Haushalte (weniger als 60 % des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens [Median]) Unter Mitte (60 bis unter 120 %) Obere Mitte (120 bis unter 200 %) Reiche Haushalte (200 % und mehr)				12,0 % 44,0 % 35,0 % 8,9 %
Migrationshintergrund (Dummy)	Deutsche ohne Migrationshintergrund Deutsche mit Migrationshintergrund Ausländer*innen				74,1 % 12,8 % 13,1 %
Soziales Kapital		*Min*	*Max*	*MW*	*SD*
Verbundenheit	„Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit …?" Mittelwert der Items „… Ihrem Viertel" und „… München allgemein" von 1 „gar nicht" bis 4 „sehr"; r = 0,385	1	4	3,163	0,635
Soziale Kohäsion im Wohngebiet	„Wie ist das in Ihrem Wohngebiet im Allgemeinen?" Mittelwert der Items „Die Leute hier helfen sich gegenseitig.", „Man kann den Leuten in der Nachbarschaft vertrauen. ", „Die Leute in der Nachbarschaft kennen sich gut." von 1 „stimmt nicht" bis 4 „stimmt genau"; Cronbachs Alpha = 0,728	1	4	2,794	0,593
Interpersonales Vertrauen	„Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu?" Mittelwert der Items „Ich bin davon überzeugt, dass die meisten Menschen gute Absichten haben.", „Heutzutage kann man sich auf niemanden mehr verlassen."(gedreht) und „Im Allgemeinen kann man den Menschen vertrauen." von 1 „stimme gar nicht zu" bis 5 „stimme voll und ganz zu"; Cronbachs Alpha = 0,762	1	5	3,787	0,719
Institutionelles Vertrauen	Wie viel Vertrauen haben Sie in …? Mittelwert der Items „… den Stadtrat von München" und „… die Stadtverwaltung München" von 1 „sehr wenig" bis 5 „sehr viel"; r = 0,793	1	5	3,485	0,784

Analyse und Ergebnisse

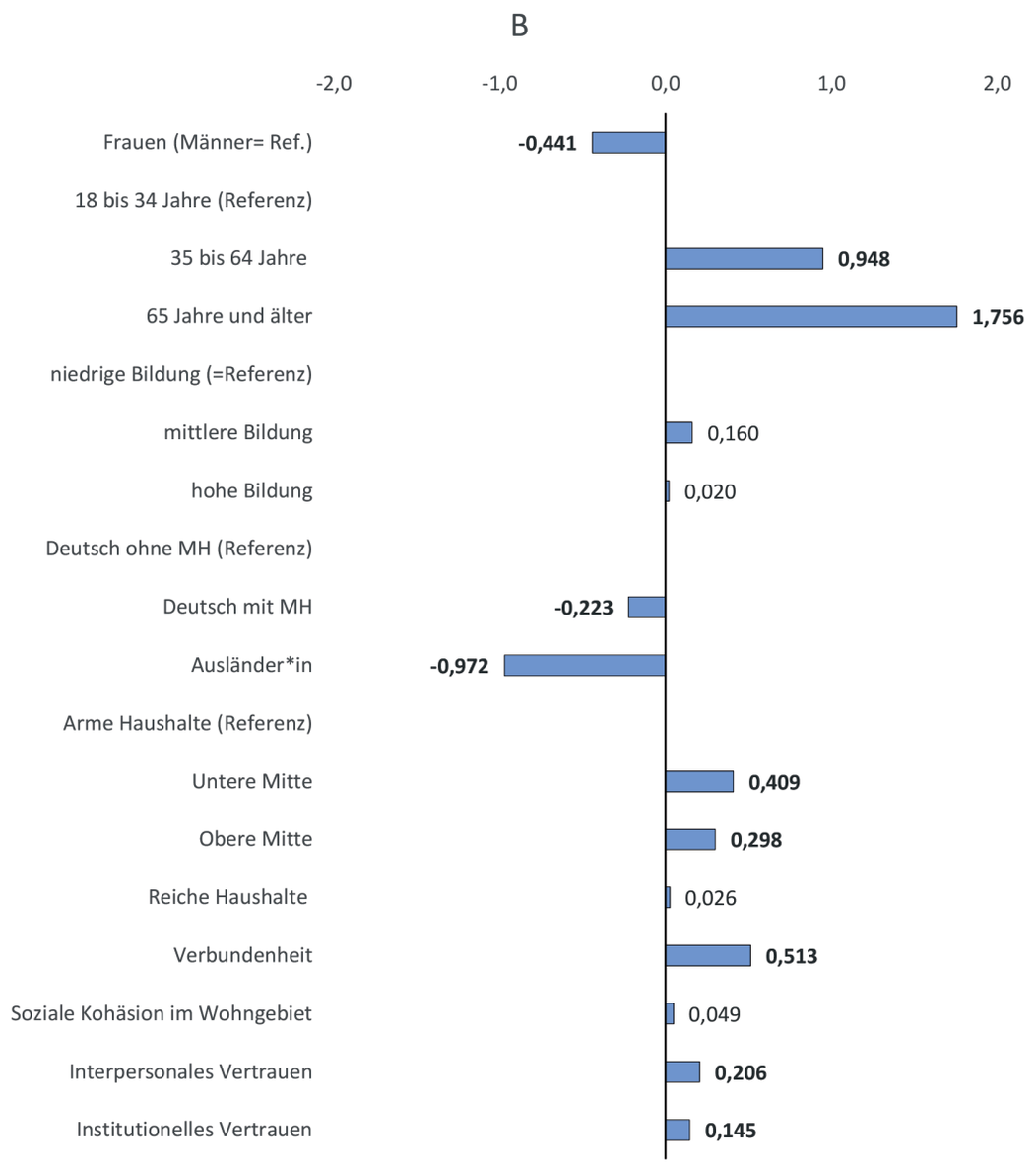
Um die aufgestellten Hypothesen zu überprüfen, wurden multiple Regressionsverfahren verwendet. Diese erlauben, den Einfluss einzelner Faktoren in einem Gesamtmodell jeweils unter Kontrolle aller anderen Faktoren zu betrachten.

Interesse für Kommunalpolitik

Für die Analyse der Einflussfaktoren auf das Interesse für Kommunalpolitik wurde eine lineare Regression (OLS) geschätzt. Die in Abbildung 1 dargestellten Koeffizienten geben an, um wieviel Punkte das Interesse für Kommunalpolitik zunimmt (bzw. abnimmt im Falle negativer Koeffizienten), wenn die unabhängige Variable um eine Einheit steigt. Bei sog. Dummyvariablen gibt der Koeffizient den Unterschied der jeweiligen Kategorie (z. B. Frauen) zur Referenzkategorie an. Das Signifikanzniveau gibt an, ob die hier in der Stichprobe gefundenen Zusammenhänge auch für die Grundgesamtheit, also alle Münchner*innen ab 18 Jahren, angenommen werden können.

Die Ergebnisse bestätigen die Hypothesen zum Einfluss des sozialen Status auf das Interesse an Kommunalpolitik zu großen Teilen. Frauen haben im Durchschnitt ein um ca. 0,4 Punkte niedrigeres kommunalpolitisches Interesse. Deutlicher tritt der Alterseffekt hervor: Senior*innen interessieren sich durchschnittlich um 1,756 Punkte stärker für Kommunalpolitik als die jüngste Altersgruppe. Ein Bildungseffekt kann nicht nachgewiesen werden. Allerdings zeigt sich ein umgekehrt u-förmiger Einkommenseffekt: das kommunalpolitische Interesse ist bei den mittleren Einkommensgruppen stärker ausgeprägt als bei den armen und reichen Haushalten.

Abb. 1: *Interesse für Kommunalpolitik – OLS Regression*



Adjust. $R^2 = 0{,}152$, signifikante Werte ($p < 5\,\%$) fett, $N = 4.800$

Quelle: Landeshauptstadt München – Bevölkerungsbefragung zur Stadtentwicklung 2021

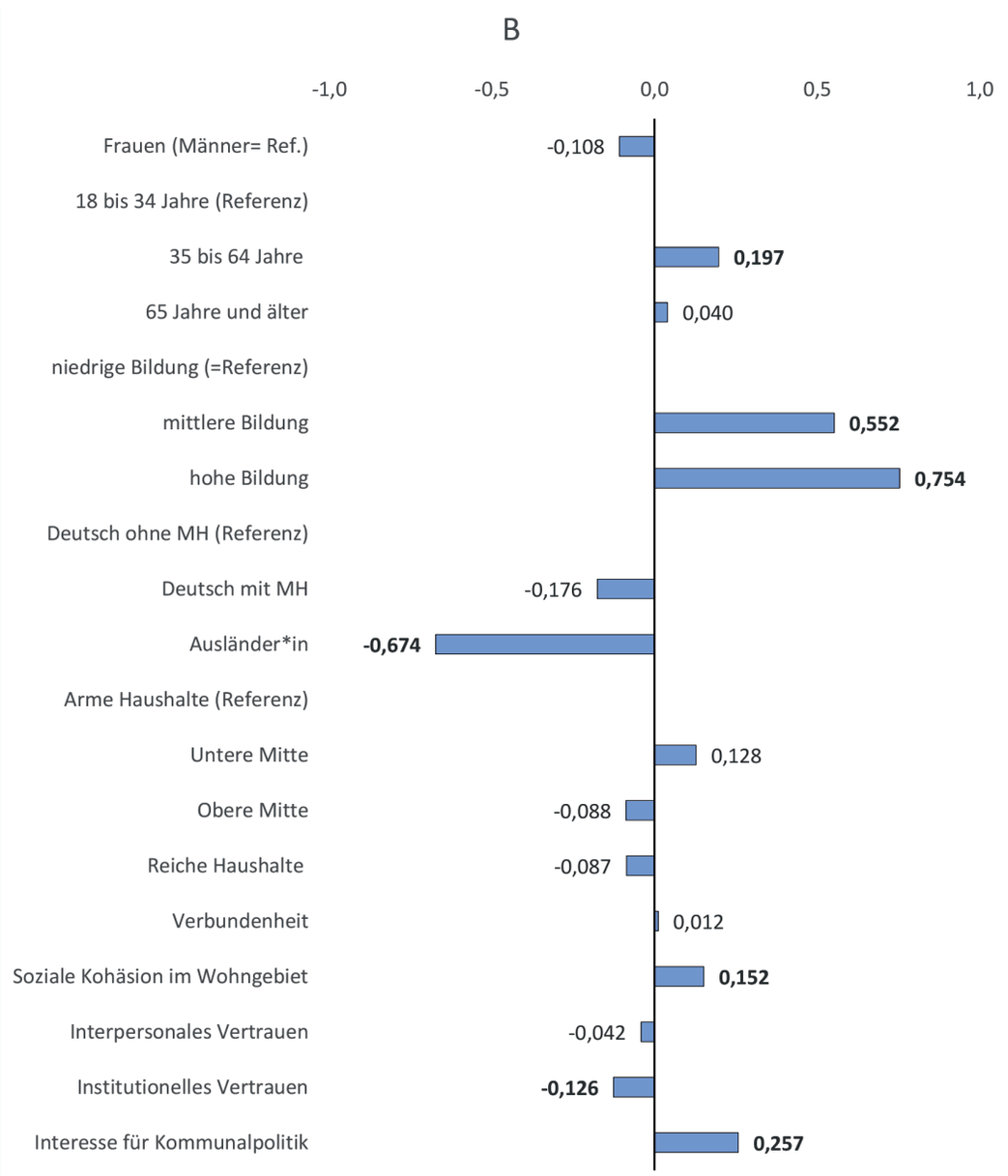
Die Migrationsgeschichte erweist sich ebenfalls als ein statistisch signifikanter Einflussfaktor. Insbesondere Ausländer*innen interessieren sich weniger für Kommunalpolitik als Deutsche ohne Migrationshintergrund. Weiterführende Analysen (nicht abgebildet) haben gezeigt, dass sich die eigene Migrationserfahrung signifikant negativ auf kommunalpolitisches Interesse auswirkt. Zudem macht es einen Unterschied, welche ausländische Staatsangehörigkeit vorliegt (nicht abgebildet): So ist das kommunalpolitische Interesse von Ausländer*innen aus nicht EU-Staaten noch einmal niedriger als das Interesse der Ausländer*innen aus EU-Mitgliedsstaaten. Dies mag sicherlich auch dadurch begründet sein, dass EU-Ausländer*innen im Gegensatz zu Personen ohne Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedsstaates unter gewissen Voraussetzungen aktiv und passiv an Kommunalwahlen teilnehmen dürfen.

Lokales Sozialkapital geht, mit Ausnahme der sozialen Kohäsion, mit einem gesteigerten Interesse für Kommunalpolitik einher. So interessieren sich Personen mit einer höheren lokalen Verbundenheit stärker für Kommunalpolitik. Gleiches gilt auch für Personen, die ihren Mitmenschen und den lokalen Institutionen Stadtrat und Stadtverwaltung stärker vertrauen.

Teilnahme an Beteiligungsformaten

Da die Variable, ob eine Person an einem Beteiligungsformat teilgenommen hat, dichotom ist, kommt eine logistische Regressionsanalyse zur Anwendung. Auf Grund der nicht linearen Zusammenhänge sollten die Koeffizienten in Abbildung 2 daher nur im Hinblick auf Richtung – ein positiver Koeffizient steht für einen positiven Zusammenhang und umgekehrt – und Signifikanz interpretiert werden. Das Modell zur Erklärung

Abb. 2: *Teilnahme an Beteiligungsformaten mit kommunalpolitischem Interesse als Prädiktor– Logistische Regression*



Nagelkerke $R^2 = 0{,}153$, signifikante Werte ($p < 5\,\%$) fett, $N = 4.800$

Quelle: Landeshauptstadt München – Bevölkerungsbefragung zur Stadtentwicklung 2021

der Teilnahme an Beteiligungsformaten enthält alle Prädiktoren aus dem Modell für das kommunalpolitische Interesse. Zusätzlich wurde jedoch auch das kommunalpolitische Interesse selbst als wichtiger Einflussfaktor in das Modell aufgenommen.

Es zeigt sich, dass ein höheres Interesse an Kommunalpolitik mit einer signifikant höheren Teilnahme an Beteiligungsformaten einhergeht. Frauen und Männer unterscheiden sich nicht signifikant hinsichtlich der Teilnahme an Beteiligungsverfahren. Am aktivsten ist die mittlere Altersgruppe der 35- bis 64-Jährigen. Zudem lässt sich ein Bildungseffekt beobachten: Personen mit mittlerer und höherer Bildung nehmen häufiger an Formaten der Bürgerbeteiligung teil. Das Einkommen scheint keine signifikante Rolle zu spielen. Deutsche mit Migrationshintergrund unterscheiden sich nicht signifikant von Deutschen ohne Migrationshintergrund, Ausländer*innen beteiligen sich jedoch signifikant seltener. Differenziert man die Ausländer*innen weiter zwischen Personen aus EU-Mitgliedsstaaten und anderen Staaten (nicht dargestellt), so zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen. Unterteilt man die Befragten danach, ob diese selbst eine Migrationserfahrung gemacht haben, so findet sich ein signifikant niedrigeres Niveau der Beteiligung bei Befragten mit eigener Migrationserfahrung (nicht dargestellt).

Die Befunde zum Zusammenhang von sozialen Statusvariablen und der Teilnahme an Beteiligungsformaten müssen aber vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass Geschlecht, Alter und die Migrationsgeschichte wichtige Prädiktoren für kommunalpolitisches Interesse sind und daher indirekt auch zur Teilnahme an Beteiligungsformaten beitragen.

Verbundenheit mit dem eigenen Viertel hat keinen Effekt auf die Teilnahme an Beteiligungsveranstaltungen. Dies gilt auch für das interpersonale Vertrauen. Allerdings können hier ebenfalls indirekte Effekte eine Rolle spielen, da Verbundenheit mit dem eigenen Viertel und interpersonelles Vertrauen Prädiktoren für kommunalpolitisches Interesse sind. Demgegenüber beeinflusst soziale Kohäsion im Wohngebiet die Teilnahme an Beteiligungsformaten signifikant positiv. Weiterhin zeigt sich, dass ein geringeres Vertrauen in Stadtrat und Stadtverwaltung mit einer gesteigerten Teilnahme an Beteiligungsformaten einhergeht. Dieser vielleicht kontraintuitiv erscheinende Befund kann dadurch erklärt werden, dass Personen, die weniger Vertrauen in die Arbeit der lokalen Institutionen haben, eher selbst im Rahmen von Beteiligungsveranstaltungen aktiv werden.

Fazit und Handlungsempfehlungen

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass der soziodemografische Status die lokale politische Partizipation beeinflusst. Frauen, Jüngere, Befragte mit niedrigem und hohem Einkommen und Menschen mit Migrationshintergrund (v. a. Ausländer*innen) interessieren sich weniger für Kommunalpolitik. Ähnliche Effekte von Alter, Bildung und Migrationsgeschichte finden sich auch für die Teilnahme an Beteiligungsformaten. Demgegenüber steigert soziales Kapital die Partizipationsbereitschaft: Lokale Verbundenheit, interpersonales und Institutionenvertrauen erhöhen das Interesse an Kommunalpolitik. Soziale Kohäsion fördert dabei auch die Teilnahme an Beteiligungsformaten. Kommunalpolitisches Interesse ist selbst ein wichtiger Prädiktor für tatsächliche Beteiligung. Interessant ist zudem der Befund, dass ein niedrigeres Institutionenvertrauen mit einer höheren Bereitschaft zur Teilnahme an Beteiligungsformaten einhergeht. Dies erscheint plausibel, da eine kritischere Haltung gegenüber den lokalen Institutionen zu einer gesteigerten Motivation für eine direkte Partizipation führen kann. Insgesamt bestätigen die hier aufgezeigten Befunde die eingangs aus der Literatur abgeleiteten Befunde überwiegend.

Der vorliegende Beitrag mit Münchner Daten konnte so exemplarisch für eine westdeutsche Großstadt aufzeigen, dass der soziale Status einen signifikanten Einfluss auf das Interesse und die tatsächliche Partizipation hat. Zudem wurde die Rolle von (lokalem) Sozialkapital herausgestellt. Hierbei muss aber beachtet werden, dass mit den vorliegenden Querschnittsdaten keine Kausalitäten aufgezeigt werden können. So ist es beispielsweise denkbar, dass die Teilnahme an Beteiligungsformaten auch die soziale Kohäsion in einem Wohngebiet erhöhen kann oder komplexe Wechselbeziehungen zwischen beiden bestehen. Darüber hinaus stellt die Teilnahme an der kommunalen Befragung zur Stadtentwicklung selbst eine Form von Partizipation dar. Wenn Faktoren, wie z.B. Bildung, sowohl die Teilnahme an der Befragung beeinflussen als auch Prädiktoren der untersuchten abhängigen Variablen sind, dann kann es sein, dass die vorliegende Studie die Zusammenhänge unterschätzt. Dies gilt unter der Annahme, dass verschiedene Formen der Partizipation miteinander korrelieren.

Darüber hinaus tritt auch bei den hier vorgestellten Analysen das Problem fehlender Werte (item non-response) auf. Bei den hier verwendeten multiplen Regressionsverfahren können nur Befragte berücksichtigt werden, die für alle interessierenden Variablen Angaben gemacht haben. Dies führt dazu, dass sich die Stichprobengröße verkleinert – im vorliegenden Fall auf 4.800 Befragte. Als Alternative zu diesem (standardmäßig angewandtem) Umgang mit fehlenden Werten kommen auch Imputationsverfahren in Betracht, die jedoch mitunter mit einem erheblichen Aufwand einhergehen und teilweise eigene Probleme mit sich bringen. Zudem bleibt in jedem Fall das Problem bestehen, dass Informationen fehlen – imputierte Werte sind keine echten Werte (vgl. Bergmann, Franzese 2020).

Für die Praxis sind die vorliegenden Befunde relevant, da gezeigt wird, dass bestimmte soziodemografische Gruppen sich wenig für Kommunalpolitik interessieren und auch durch Partizipationsangebote nicht erreicht werden. Für die Stadtverwaltung als Akteurin ergibt sich daraus der Auftrag, Formate und Verfahren der Beteiligung einzusetzen bzw. zu entwickeln, die alle erreichen. Dies kann durch eine verständliche Form der Kommunikation und eine barrierearme Aufbereitung der Inhalte erreicht werden. Dazu gehört, Sachverhalte in einer klaren Sprache verständlich darzulegen und die persönliche Betroffenheit herauszustellen. Auch Beteiligungsformate, die gezielt auf Bürger*innen zugehen, etwa durch Zufallsverfahren oder der Versuch die Heterogenität der Stadtgesellschaft durch gezielte Zusammensetzung von Beteiligungsgremien abzubilden, können hier möglich Lösungen darstellen. So wurden z. B. bei der Fortschreibung der Münchner Stadtentwicklungskonzeption beide Strategien angewandt. Im Rahmen von Perspektiven-Werkstätten wurden Bürger*innen zufällig

gezogen und um Teilnahme gebeten. Zudem bildete ein sog. Social Lab als neues Format der Öffentlichkeitsbeteiligung die Heterogenität der Stadtgesellschaft gezielt ab (Landeshauptstadt München, 2022b). Was Strategien zur Erhöhung des kommunalpolitischen Interesses betrifft, so kann eine Münchner Studie (Fröhlich, 2018) zu Nichtwähler*innen Hinweise geben. Vorgeschlagen werden hier u. a. eine verstärkte Präsenz von Kommunalpolitiker*innen in den Stadtvierteln (etwa im Rahmen von Fragestunden), die Aufklärung über die Bedeutung von Wahlen und die Wichtigkeit der eigenen Stimme, politische Bildungsangebote und verstärkte Informationsangebote im Hinblick auf Wahlen. Da soziales Kapital auf die Partizipation wirkt, können Maßnahmen, die Verbundenheit, Kohäsion und Vertrauen steigern auch die Partizipation erhöhen. Der Aufbau von Sozialkapital ist dabei als langfristige Aufgabe zu sehen, eine kurzfristige Aktivierung ist nicht ausreichend (Häußermann, 2005).

1 Weitere Informationen zur Methodik finden sich in Landeshauptstadt München, 2022a.

2 Basierend auf der im Melderegister erfassten (ersten) Staatsangehörigkeit der ausgewählten Personen, erhielten diese Anschreiben und Fragebogen zweisprachig in Deutsch und der sich aus der jeweiligen Staatsangehörigkeit ergebenden Sprache. An Personen mit einer Staatsangehörigkeit, für die keine eigene Sprachversion zur Verfügung stand, wurde der Fragebogen in Deutsch und Englisch versandt. Darüber hinaus wurde auf die verfügbaren Sprachen im Anschreiben hingewiesen und online standen alle zwölf Sprachen zur Verfügung.

3 Für die Einteilung wurde auf den in der Bevölkerungsbefragung 2021 mit gewichteten Daten ermittelten Median von 2.453 € zurückgegriffen. Für weitere Informationen sh. auch (Landeshauptstadt München, 2022a, 90 ff.). Die Analysen in diesem Aufsatz sind alle ungewichtet.

Literatur

Arnold, N; Fackelmann, B; Graffius, M; Krüger, F; Talaska, S; Weißenfels T. (2011): Sprichst Du Politik? Ergebnisse des Forschungsprojekts und Handlungsempfehlungen. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Arsu, M; Ballaschk, L; Dubois, M; Ferchichi, R; Kraußlach, M; Kravchenko, I; Pfeffer-Hoffmann, C; Sergienko, E. (2017): Politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund. Wahlverhalten und Partizipation. Berlin: minor.

Beierlein, C; Kemper, C; Kovaleva, A; Rammstedt, B. (2012): Kurzskala zur Messung des zwischenmenschlichen Vertrauens: Die Kurzskala Interpersonales Vertrauen (KUSIV3). Gesis Working Papers 2012|22.

Bergmann, M.; Franzese, F. (2020): Fehlende Werte. In: Tausendpfund, M. (Hrsg.), Fortgeschrittene Analyseverfahren in den Sozialwissenschaften, Grundwissen Politik. Wiesbaden: Springer VS. S. 165–203.

Bödeker, S. (2011): Die soziale Frage der Demokratie - Einkommen und Bildung beeinflussen die Chancen politischer Teilhabe. WZB Mitteilungen (Heft 134), S. 26–29.

Bödeker, S. (2014): Die ungleiche Bürgergesellschaft – Warum soziale Ungleichheit zum Problem für die Demokratie wird. URL: https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/zukunft-bildung/189941/die-ungleiche-buergergesellschaft (Stand: 19.08.2021).

Böhnke, P. (2010): Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. Aus Politik und Zeitgeschichte (1-2/2011), S. 18–25.

Franzen, A.; Pointner, S. (2007): Sozialkapital: Konzeptualisierungen und Messungen. In Franzen A.; Freitag, M. (Hrsg.), Sozialkapital: Grundlagen und Anwendungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 66–90.

Fröhlich, W. (2018): Nachwahlbefragung von Münchner Bürger*innen zur Bundestagswahl 2017. Kurzfassung. München: Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Gabriel, O; Kunz V. (2004): Social Capital and Political Participation in Germany. Associations, 8, S. 77–99.

Gille, M. (2018): Jugend und Politik – ein schwieriges Verhältnis. DJI Impulse (1/18), S. 16–19.

Häußermann, H. (2005): Politisches Vertrauen und Partizipation. Forum Wohneigentum 2005|6, S. 298–301.

Hays, A; Kogl, A. (2007): Neighborhood Attachment, Social Capital Building, and Political Participation: A Case Study of Low- and Moderate-Income Residents of Waterloo, Iowa. Journal of Urban Affairs 29 (2), S. 181–205.

Kaase, M. (1999): Interpersonal Trust, Political Trust and Non-Institutionalised Political Participation in Western Europe. West European Politics 22 (3), S. 1–21.

Landeshauptstadt München (2017): Bevölkerungsbefragung zur Stadtentwicklung 2016. Soziale Entwicklungen und Lebenssituation der Münchner Bürgerinnen und Bürger. München: Referat für Stadtplanung und Bauordnung.

Landeshauptstadt München (2022a): Bevölkerungsbefragung zur Stadtentwicklung 2021. Soziale Entwicklungen und Lebenssituation der Münchner Bürger*innen. München: Referat für Stadtplanung und Bauordnung.

Landeshauptstadt München (2022b): Stadtentwicklungskonzeption Perspektive München. Bericht zur Fortschreibung 2021. München: Referat für Stadtplanung und Bauordnung.

Lelieveldt, H. (2004): Helping Citizens Help Themselves: Neighborhood Improvement Programs and the Impact of Social Networks, Trust, and Norms on Neighborhood-Oriented Forms of Participation. Urban Affairs Review 39 (5), S. 531–551.

Lischewski, J; Busse, R; Seeber, S; Baethge, M. (2020): Der Einfluss von schulischer, nachschulischer und Erwachsenenbildung auf die politische Partizipation. Soziale Welt 71(4) S. 375–406.

Mascheroni, G. (2017): A Practice-Based Approach to Online Participation: Young People's Participatory Habitus as a Source of Diverse Online Engagement. International Journal of Communication 11 (2017), S. 4630–4651.

Menning, S. (2009): Wahlverhalten und politische Partizipation älterer Menschen. Report Altersdaten, 3 (2009). Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.

Munsch, C. (2005): Die Effektivitätsfalle. Baltmannsweiler: Schneider-Verlag.

Onken, H; Lange, D. (2018): Politisches Interesse und Bürgerbewusstsein. In: Manzel, S; Oberle, M (Hrsg.), Kompetenzorientierung. Potenziale zur Professionalisierung der politischen Bildung. Wiesbaden: Springer. S. 193–204.

Putnam, R. (2000): Bowling Alone: The Collapse and Renewal of American Community. New York: Simon and Schuster.

Schäfer, A. (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 4 (1), S. 131–156.

Simonson, J; Vogel, C; Tesch-Römer, C. (Hrsg.) (2017): Tabellenanhang. Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Springer: Wiesbaden.

Steinbrecher M. (2021): Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017. In: Tausendpfund, M. (Hrsg.) Empirische Studien lesen. Wiesbaden: Springer. S. 171–200.

Sturm, G. (2018): Vor 100 Jahren erhielten Frauen in Deutschland das Wahlrecht. Stadtforschung und Statistik - Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker 31 (2), S. 79–87.

Voigtländer, L. (2015): Armut und Engagement. Zur zivilgesellschaftlichen Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen. Bielefeld: Transcript.

Westle, B; Schoen, H. (2002): Ein neues Argument in einer alten Diskussion:„Politikverdrossenheit" als Ursache des Gender Gap im politischen Interesse? In: Brettschneider, F; Deth, J; Roller, E. (Hrsg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen: Leske+Budrich: S. 215–244.

Wüst, A; Faas, T. (2018): Politische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.

Melanie Keiner

Bürgerbeteiligung in Erfurt

Erkenntnisse aus der Wohnungs- und Haushaltserhebung 2020

Der vorliegende Beitrag thematisiert die Bürgerbeteiligung in der Landeshauptstadt Erfurt, deren Untersuchung ein Teilziel der Wohnungs- und Haushaltsbefragung 2020 war. Dabei wurden die bisher genutzten sowie die in Frage kommenden Beteiligungsformen erfragt und im Hinblick auf soziodemografische, strukturspezifische und räumliche Merkmale ausgewertet. Es zeigt sich, dass es überwiegend die älteren, schon länger in Erfurt wohnenden Personen sind, die über ein gutes Einkommen verfügen, ein hohes Qualifikationsniveau besitzen und keinen Migrationshintergrund aufweisen, die sich beteiligen und zukünftig beteiligen wollen. Diese Personen sind zudem häufiger in der Innenstadt oder im dörflichen Bereich wohnhaft und fühlen sich stark an ihr Wohngebiet gebunden. Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis wird anschließend ein kurzer Exkurs unternommen, in welchem Ansätze für eine bessere Partizipation gegeben werden. Im Besonderen wird dabei auf das Format der Bürgerbefragung eingegangen, da diese bei der Berücksichtigung von benachteiligten Merkmalsgruppen als sehr adaptiv gelten kann.

Melanie Keiner, M. Sc.
seit 2020 in der Abteilung Statistik und Wahlen der Landeshauptstadt Erfurt (Mitarbeiterin im Bereich der Umfragen)
melanie.keiner@erfurt.de

Schlüsselwörter:
Bürgerbeteiligung – Bürgerbefragung – soziodemografische und strukturspezifische Variablen

Einleitung

Möglichkeiten zur mittelbaren Bürgerbeteiligung sind im Sinne der repräsentativen Demokratie durch Wahlen und Abstimmungen bereits im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert (Art. 20 Abs. 2 GG). Weitere formalisierte und direkte Beteiligungsformen, die sich dann auch auf nicht wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger beziehen, ergeben sich auf Ebene des Landes Thüringen durch die Implementierung von Einwohnerversammlung/-antrag sowie Bürgerbegehren/-entscheid aus der Kommunalordnung (§§ 15, 16, 17 ThürKO) und dem Thüringer Gesetz über das Verfahren bei Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerbescheid (ThürEBBG). Im Rahmen des Selbstverwaltungsrechtes (Art. 28 Abs. 2 GG) haben Gemeinden zusätzlich die Berechtigung, weitere Maßnahmen und Verfahren zu veranlassen, um die Bürger*innen in geeigneter Weise zu beteiligen. Dies ist besonders deshalb angezeigt, da anzunehmen ist, dass gerade auf Ebene der Kommune das Interesse an Beteiligung erhöht sein sollte, weil die Bürger*innen hier am für sie wahrnehmbarsten von politischen Entscheidungen betroffen sind. Zudem sind die Bürger*innen selbst die Expert*innen für die Gestaltung ihrer Umwelt, da es sich um ihre eigene lokale Lebenswelt handelt (König & König, 2012). Darüber hinaus ist bereits seit Jahren bekannt, dass die konventionelle Beteiligung in Form von Wahlen – vor dem Hintergrund sinkender Wahlbeteiligung – immer weniger gut funktioniert. Dass trotzdem oder gerade deshalb das Bedürfnis besteht, über die Wahlentscheidung hinaus ein Mitspracherecht zu haben, zeigt sich durch die Vergesellschaftung der Begriffsnomenklatur des sogenannten „Wutbürgers", den die Gesellschaft für deutsche Sprache im Jahr 2010 geprägt hat. Aufgrund der benannten Aspekte macht die Stadt Erfurt regen Gebrauch von dem Selbstverwaltungsrecht, indem sie unterschiedliche Bürgerbeteiligungsformen im regulären Handeln der Verwaltung etabliert hat, z. B. durch die direkte Stellungnahme zu Vorhaben, die Beteiligung an Bauleitplanungen oder auch durch aleatorische Bürgerbefragungen.

Insbesondere mit der Aufgabe Bürgerumfragen umzusetzen ist die Abteilung Statistik und Wahlen der Stadtverwaltung Erfurt betraut. Eine, aber nicht die einzige regelmäßig stattfindende Erhebung, die in diesem Rahmen initiiert wird, ist die jährliche Wohnungs- und Haushaltserhebung. Diese Befragung enthält zumeist Fragestellungen zu Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen der Erfurter*innen, die von verschie-

denen Fachbereichen zugearbeitet werden, die – neben den Daten der amtlichen Statistik – weiteren Informationsbedarf bekunden. Die Ergebnisse werden anschließend kontinuierlich in Prozesse eingebunden, die die Planung und Umsetzung in den Bereichen Infra-/Wohnstruktur sowie Bildungs-/Kultur-/Sport- und Freizeiteinrichtungen betreffen. Damit ist die Bürgerbefragung für die Befragten eine Möglichkeit der direkten Beteiligung.

Bürgerbeteiligung – ein Problemaufriss

Ein Ziel der Wohnungs- und Haushaltsbefragung 2020 war es, einen Überblick darüber zu gewinnen, ob und an welchen Beteiligungsmöglichkeiten die Erfurter Bürger*innen bereits teilnehmen und zukünftig teilnehmen möchten, um die präferierten Formate zu stärken und zielgerichteter auszugestalten. Zunächst entsteht hierbei der Eindruck, dass die Beliebtheit direkter Beteiligung kontinuierlich gestiegen ist. Andererseits scheint es so zu sein, dass Bevölkerungsgruppen, die spezifische Merkmale aufweisen, weniger aktiv von bestimmten Beteiligungsformen profitieren und in geringerem Ausmaß an ihnen partizipieren. Dieser Umstand scheint besonders deshalb bedenklich, da kommunale Planungs- und Entscheidungsprozesse existieren, bei denen eine integrierte Betrachtung unbedingt notwendig ist, um beispielsweise Lebensbereiche in Übereinstimmung mit Bedürfnissen aller Betroffenen oder insbesondere für benachteiligte Bevölkerungsgruppen auszugestalten (z. B. bei Stadtentwicklungsprozessen; vgl. Becker, 2014).

Bürgerbeteiligung und soziodemografische Faktoren

Bereits seit längerer Zeit ist bekannt, dass bestimmte sozioökonomische Faktoren die politische Beteiligung im Hinblick auf Intensität und Zielverfolgung beeinflussen (Stark, 2019). Besonders in Bezug auf Bildungsniveau, Beruf und Migrationshintergrund sowie Einkommen scheinen sich Personen, die sich kommunalpolitisch beteiligen, von denen zu unterscheiden, die dies nicht oder weniger tun (Weßels, 2015; Verba, Lehman Scholzman, & Brady, 1995; Becker, 2014). Darüber hinaus gibt es Studien, die belegen, dass Männer und ältere Bürger*innen grundsätzlich häufiger an Prozessen der politischen Beteiligung mitwirken als Frauen oder jüngere Generationen (Westle, 2001). Es ist allerdings anzunehmen, dass es von der konkreten Beteiligungsform abhängt, inwieweit das Alter einen Einfluss auf die Beteiligung hat – so scheint es plausibel, dass konventionelle Formen, wie das passive oder aktive Wahlrecht, eher von älteren Bürger*innen genutzt werden und jüngere Generationen eher von alternativen Formen, wie z. B. ihrem Demonstrationsrecht, Gebrauch machen (van der Meer, van Deth, & Scheepers, 2009). Ein weiterer Faktor, dem eventuell eine tragende Rolle hinsichtlich des Ausmaßes der Bürgerbeteiligung zukommt, ist das Verständnis des Bürgers, sich als Teil einer Gesellschaft zu fühlen, was mit Ansätzen einer Identifikations- oder Bindungshypothese korrespondiert (vgl. Pickel & Pickel, 2015). Da in der vorliegenden Studie kein derart komplexes Konstrukt untersucht werden konnte (politische Bindung bzw. Identifikation), wird eine weiter entfernte, aber damit im Zusammenhang stehende Variable untersucht – mit der Annahme, dass mit der längeren Wohndauer in einer Kommune auch eine größere Bindung bzw. Identifikation mit dieser vorliegt. Ebenfalls wird postuliert, dass die Bindung und Identifikation mit dem Ausmaß der Zufriedenheit mit dem Leben in der Kommune steigen, weshalb auch dieses Merkmal untersucht wurde.

Stichprobe

Als Stichprobe der vorliegenden Untersuchung wurde die im Jahre 2020 durchgeführte Wohnungs- und Haushaltserhebung genutzt. Diese hatte zum einen thematisch die Lebens-, Wohn- und Mietsituation als Betrachtungsgegenstand. Zum anderen stand auch die Untersuchung verschiedener Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten im Fokus der Betrachtung. Kontaktiert und damit angeschrieben wurden 3.998 volljährige Bürger*innen mit dem Wohnsitz in Erfurt, deren Verteilung im Hinblick auf Geschlecht, Stadtteil und Alter als repräsentativ für die Population der Erfurter Bevölkerung im Juni desselben Jahres angesehen werden kann. Die Verteilung wurde alsdann in Bezug zu vergangenen Rücklaufstatistiken von Befragungen mit gleichen und relevanten Stichprobenmerkmalen gesetzt, sodass eine entsprechende Vorgewichtung vorgenommen werden konnte. Grundlage für die Ziehung der Zufallsstichprobe war das Einwohnermelderegister. Die Zustellung der Befragungsunterlagen erfolgte postalisch, wobei die Teilnahme fakultativ auch online möglich war, womit es sich entsprechend um eine Hybrid-Befragung handelte. Ein Erinnerungsschreiben erfolgte nach zwei Wochen Feldphase, die sich insgesamt über sechs Wochen erstreckte. Die Teilnahmebereitschaft zeigte sich in 1.421 ausgefüllten und zurückgesandten Fragebögen, woraus ein moderater Rücklauf von ca. 35,5 Prozent resultiert. Etwaigen leichten Verzerrungen im Rücklauf bezogen auf die Grundgesamtheit wurde begegnet, indem die Repräsentativität durch eine abschließende Gewichtung hinsichtlich Alter, Geschlecht und Stadtteil hergestellt wurde (Nachgewichtung).

Operationalisierung der Bürgerbeteiligung

Die Erfassung der Bürgerbeteiligung wurde umgesetzt, indem die Befragten Angaben darüber machen sollten, in welcher Form sie sich in Erfurt schon beteiligt haben. Gleich im Anschluss wurde schließlich erhoben, welche Beteiligung überhaupt für sie in Frage kommen würde, unabhängig davon, ob sie sich schon beteiligt haben. Die konkreten Beteiligungsformate wurden mit elf Möglichkeiten vorgegeben und konnten mit einer Mehrfachnennung angegeben werden. Die Ausprägungen der einzelnen Variablen können aus der Tabelle zur Übersicht entnommen werden.

Tab. 1: *Übersicht der verwendeten Variablen*

Variable	Operationalisierung	Deskriptive Statistik	
Bürgerbeteiligung			
Bisherige Bürgerbeteiligung (N = 1415) Befürwortete Bürgerbeteiligung (N = 1415)	In welcher Form haben Sie sich in Erfurt schon beteiligt? Mehrfachnennungen möglich. (Unabhängig davon, ob Sie sich schon beteiligt haben, welche Form der Beteiligung käme für Sie in Frage? Mehrfachnennungen möglich.)	(1) Teilnahme an Informationsveranstaltungen: 28,6 % (39,3 %) (2) Teilnahme an Bürgerbefragungen: 24,1 % (40,6 %) (3) durch ehrenamtliches Engagement: 20,4 % (27,1 %) (4) direkte Mitteilung/Stellungnahme zu Vorhaben: 4,6 % (14,2 %) (5) über Ortsteilbürgermeister/Ortsteilrat: 4,1 % (8,0 %) (6) über Fraktionen/Ausschüsse/Mitglieder des Stadtrates: 3,5 % (7,2 %) (7) Beteiligung an Bauleitplanungen: 2,8 % (10,0 %) (8) Einwohnerfragestunde im Stadtrat: 2,6 % (13,5 %) (9) Forum auf Erfurt.de zu spezifischen Themen: 2,6 % (14,1 %) (10) bessere Kommunikation zu Vorhaben der Stadt: 2,3 % (24,7 %) (11) Ich habe mich noch nicht beteiligt: 45,7 %) (Ich habe kein Interesse, mich zu beteiligen: 19,2 %)	
Soziodemografische, strukturspezifische und räumliche Merkmale			
Geschlecht (N = 1382)	Ihr Geschlecht?	(1) weiblich: 51,9 % (2) männlich: 48,1 %	
Migrationshintergrund (N = 1388)	Haben Sie die deutsche Staatsangehörigkeit? (N=1360)	(1) Ja: 96,1 % (2) Nein: 3,9 %	
	Falls deutsche Staatsangehörigkeit: Haben Sie diese seit Geburt oder erst später erworben? (N=1308)	(1) seit der Geburt: 97,9 % (2) später erworben (z. B. Einbürgerung): 2,1 %	(1) Ja: 9,5 % (2) Nein: 90,5 %
	Sind Sie oder mindestens ein Elternteil im Ausland geboren oder nach 1949 in das heutige Gebiet Deutschlands zugewandert? (N=1350)	(1) Ja: 7,8 % (2) Nein: 92,2 %	
Alter(-sgruppen) (N = 1376)	Ihr Geburtsjahr?	Mittelwert: 50,1 Standardabweichung: 17,7 Minimum: 18 Maximum: 86	(1) 18 bis 24 Jahre: 8,6 % (2) 25 bis 34 Jahre: 15,9 % (3) 35 bis 44 Jahre: 16,1 % (4) 45 bis 54 Jahre: 15,8 % (5) 55 bis 64 Jahre: 18,0 % (6) 65 Jahre und älter: 25,5 %
Einkommen (N = 1146)	Wie viel Geld steht Ihrem Haushalt monatlich zur Verfügung? Wie hoch ist das monatliche Nettoeinkommen des gesamten Haushaltes?	Mittelwert: 3160 Standardabweichung: 1979 Minimum: 400 Maximum: 20000	(1) unter 1.000 Euro: 4,8 % (2) 1.000 bis unter 2.000 Euro: 21,0 % (3) 2.000 bis unter 3.000 Euro: 27,3 % (4) 3.000 bis unter 4.000 Euro: 18,6 % (5) 4.000 Euro und mehr: 28,3 %
Qualifikationsniveau (N = 1340)	Welchen <u>höchsten</u> Schulabschluss haben Sie?	(1) (noch) keinen Schulabschluss: 1,0 % (2) Volks-/Hauptschulabschluss: 11,4 % (3) Mittlere Reife/Realschulabschluss: 36,0 % (4) Abitur/(Fach-)Hochschulreife: 51,7 %	(1) Niedrige/mittlere Qualifikation: 35,2 % (2) Höhere Qualifikation: 17,4 % (3) Höchste Qualifikation: 47,4 %
	Welchen <u>höchsten</u> Berufsabschluss haben Sie?	(1) (noch) keinen Berufsabschluss: 6,4 % (2) Berufsabschluss: 41,0 % (3) Meister, Techniker usw.: 9,1 % (4) (Fach-)Hochschulabschluss: 43,4 %	
Wohndauer in Erfurt (N = 1380)	Seit wann wohnen Sie in Erfurt? seit dem Jahr:	Mittelwert: 31,9 Standardabweichung: 22,9 Minimum: 0 Maximum: 82	(1) bis 5 Jahre: 15,3 % (2) 6 bis 10 Jahre: 10,3 % (3) 11 bis 20 Jahre: 13,9 % (4) 21 bis 30 Jahre: 9,1 % (5) 31 und mehr Jahre: 51,5 %
Zufriedenheit mit dem Leben in Erfurt (N = 1379)	Leben Sie gerne in Erfurt oder würden Sie lieber woanders wohnen, wenn Sie es sich aussuchen könnten?	(1) Ich lebe gerne in Erfurt.: 88,2 % (2) Ich würde lieber im Umland wohnen.: 6,0 % (3) Ich würde lieber ganz woanders wohnen.: 5,8 %	

Fortsetzung Tab. 1: *Übersicht der verwendeten Variablen*

Variable	Operationalisierung	Deskriptive Statistik	
Soziodemografische, strukturspezifische und räumliche Merkmale			
Bindungsstärke an das Wohngebiet (N = 1380)	Wie stark fühlen Sie sich an Ihr Wohngebiet gebunden?	(1) sehr stark: 14,4 % (2) stark: 41,2 % (3) teils/teils: 29,8 % (4) wenig: 10,6 % (5) gar nicht: 4,0 %	(1) (sehr) stark: 55,6 % (2) teils/teils: 29,8 % (3) gar nicht bis wenig: 14,6 %
Siedlungsstruktur (N = 1415)	keine konkrete Fragestellung automatische Erfassung	(1) städtisch: 53,0 % (2) Plattenbau: 25,8 % (3) dörflich: 21,3 %	
Prognose-/ Planungsgebiete (N = 1415)	keine konkrete Fragestellung automatische Erfassung	(1) Innenstadt Mitte/West: 14,7 % (2) Innenstadt Süd: 12,5 % (3) Innenstadt Ost: 11,5 % (4) Innenstadt Nord: 13,2 % (5) Großwohnsiedlung Nord: 15,0 % (6) Großwohnsiedlung Süd/Ost: 10,8 % (7) dörflich: 22,3 %	
Sozialraum (N = 1415)	keine konkrete Fragestellung automatische Erfassung	(1) unter 10 Prozent SGBII-Empfänger: 57,4 % (2) 10 bis 20 Prozent SGBII-Empfänger: 32,3 % (3) 20 Prozent und mehr SGBII-Empfänger: 10,3 %	

*Alle Variablen stammen aus der Wohnungs- und Haushaltserhebung der Landeshauptstadt Erfurt (2020).

Operationalisierung der soziodemografischen Variablen und Gebietsstruktur

Die Erfassung der Variablen *Geschlecht, Migrationshintergrund, Schul-/Berufsabschluss*, *Alter, Einkommen* sowie *Wohndauer* kann als Standard einer jeden kommunalen Bürgerbefragung betrachtet werden. Die letzten drei benannten Variablen wurden für die Untersuchung von einem metrischen in ein ordinales Skalenniveau mit aussagekräftigen Ausprägungen überführt. Das Merkmal Migrationshintergrund tragen Personen, die entweder angaben, nicht die deutsche Staatsbürgerschaft zu besitzen oder angaben diese zu besitzen, aber erst nach der Geburt erworben zu haben oder deren Elternteil im Ausland geboren bzw. nach 1949 in das heutige Gebiet Deutschlands zugewandert ist. Das *Qualifikationsniveau* weist vier Ausprägungen auf. Ein niedriges Niveau ist gekennzeichnet durch keinen Schul-/ bzw. einen Volks-/Hauptschulabschluss. Ein mittleres Niveau wurde bestimmt für befragte Personen, die angaben, über einen Realschulabschluss bzw. die mittlere Reife zu verfügen, oder für Personen, die das niedrige Niveau in Kombination mit einem Berufsschulabschluss aufwiesen. Das höhere Niveau ist gekennzeichnet durch den Erwerb des Abiturs oder durch die Kombination des mittleren Niveaus in Verbindung mit dem Berufsabschluss eines Meisters oder Technikers. Das höchste Qualifikationsniveau wurde bei einem Fach- bzw. Hochschulabschluss oder der Kombination eines Abiturs mit dem Berufsabschluss Techniker oder Meister vergeben. Die *Zufriedenheit und Bindung* wurden durch drei, nicht explizit dafür angelegte Fragestellungen erfasst. Zum einen wurden die Befragungsteilnehmer um die Angabe gebeten, ob sie gerne in Erfurt leben oder ob sie lieber woanders leben würden, wenn sie es sich aussuchen könnten. Vorgegeben wurden die Antwortmöglichkeiten: „Ich lebe gerne in Erfurt", „Ich würde lieber im Umland wohnen" und „Ich würde lieber ganz woanders wohnen". Im Rahmen der zweiten Fragestellung wurde erhoben, wie stark sich die Befragten an ihr Wohngebiet gebunden fühlen. Hier wurde eine fünfstufige Likert-Skala verwendet, die mit ihren Ausprägungen von sehr stark bis „gar nicht" reichte. Für die Untersuchung wurden jeweils die ersten und die letzten zwei Ausprägungen zusammengefasst, da der Detailliertheitsgrad für eine deskriptive Analyse als ausreichend betrachtet wurde. Die dritte Fragestellung erfasste, seit wann die befragte Person in Erfurt lebt – eine Angabe, die ebenfalls in eine diskrete Darstellung mit sechs Kategorien überführt wurde. Um mehr Klarheit darüber zu erlangen, welche Beteiligungsformate in Abhängigkeit von räumlichen Komponenten besser genutzt werden, wurden die zu Erfurt zugehörigen 53 Stadtteile in *strukturspezifische Gebiete* zusammengefasst. Diese Gebiete sind entweder hinsichtlich bestimmter Merkmale als verhältnismäßig homogen anzusehen oder mit Blick auf die Stadt- oder Wohnraumentwicklung als planungsrelevante Bereiche festgelegt. Der *Siedlungstyp* wird in den Ausprägungen städtisch, Plattenbau und dörflich dargestellt. Der *Prognose-/Planungsraum* wird anhand von sieben differenzierten Gebieten abgebildet: Innenstadt (Mitte/West, Süd, Ost, Nord), Großwohnsiedlung (Nord, Süd/Ost) und dörflich. Mit dem *Sozialraumtyp* wird der prozentuale Anteil an SGB-II-Empfängern dargestellt. Dieser besitzt die Ausprägungen unter zehn, zehn bis 20 und 20 und mehr Prozent.

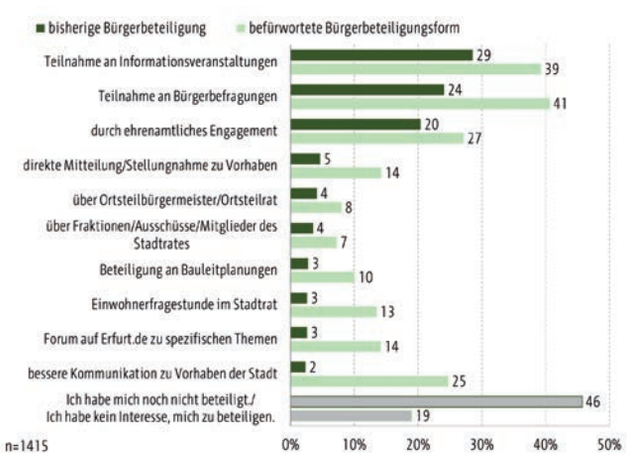
Ergebnisse

Im folgenden Ergebnisteil werden zunächst die Häufigkeiten der bisher erfolgten und befürworteten Bürgerbeteiligung für die vorgegebenen Formate untersucht. Anschließend wird eine Auswahl mit Blick auf die am häufigsten genutzten und zukünftig präferierten Formate getroffen. Diese werden in Kombination (Kreuzung) mit den vorgestellten soziodemografischen und strukturspezifischen Variablen in bivariaten Tabellen dargestellt.

Betrachtet man die Hauptergebnisse in Abbildung 1 für die *bisher erfolgte Beteiligung* (dunkelgrün), ohne den Einbezug weiterer Kreuzungsvariablen, wird deutlich, dass die Teilnahme an Informationsveranstaltungen und Bürgerbefragungen sowie das ehrenamtliche Engagement die am häufigsten genutzten Formate sind. Die anderen Beteiligungsformen wurden bislang nur von zwei bis fünf Prozent der Erfurter Bevölkerung in Anspruch genommen und deshalb in den weiteren Betrachtungsverlauf nicht eingebunden. Es ist zudem angezeigt, dass sich bei etwaigen bivariaten Tabellen die Fallzahlen in den einzelnen Beteiligungsformaten ohnehin soweit reduzieren würden, dass keine sinnvollen Aussagen mehr möglich wären. Als letzte, aber deutliche Mehrheit ist die Nicht-Beteiligung zu verzeichnen – bislang hat sich knapp die Hälfte der Erfurter Bevölkerung nach den Ergebnissen dieser Studie überhaupt nicht beteiligt, was die Frage nahelegt, ob überhaupt und wie sich die Erfurter Bürger*innen in Zukunft beteiligen wollen.

Die Frage nach der *befürworteten Beteiligung* (hellgrün) zeigt, dass den bereits präferierten drei Formen auch in Zukunft der Vorzug gegeben werden würde – lediglich eine leichte Verschiebung in der Rangfolge ist zu verzeichnen. Zudem ist deutlich ersichtlich, dass es bei der befürworteten Beteiligung grundsätzlich zu einem prozentualen Anstieg im direkten Vergleich zur bisherigen Beteiligung kommt – ein nicht unbekannter Effekt, der die typische Differenz zwischen Einstellung und gezeigtem Verhalten darstellt. In Abhängigkeit von der konkreten Form ergibt sich ein Anstieg um drei bis 23 Prozentpunkte. Die Angabe, an einer Bürgerbeteiligung nicht interessiert zu sein, wird „nur noch" von etwa einem Fünftel der Befragten kundgetan. Die übrigen Beteiligungsformate (als zukünftig in Frage kommende Formen) weisen Zustimmungswerte von 7 bis 14 Prozent auf – mit einer deutlichen Ausnahme: eine Form, die eher als passive Beteiligung zu konnotieren ist und deutlich an Zustimmung gewinnt – die bessere Kommunikation zu Vorhaben der Stadt. Diese würde von gut einem Viertel präferiert werden. Entsprechend dieser Entwicklung wird diese Variable auch in die Betrachtung hinsichtlich soziodemografischer und strukturspezifischer Aspekte einbezogen.

Abb. 1: *Übersicht tatsächliche und befürwortete Bürgerbeteiligungsformate*



Soziodemografische Merkmale

Bei dem Blick auf das *Geschlecht* in Abbildung 2 zeigt sich, dass Männer marginal häufiger in den ausgewählten Formaten bisher aktiv waren und zukünftig bleiben wollen. Für Frauen zeigt sich hingegen nur beim ehrenamtlichen Engagement, dass dieses in Zukunft leicht häufiger für sie in Betracht käme als für die Männer. Eine sehr viel deutlichere Varianz ergibt sich für das Merkmal des *Migrationshintergrundes* mit dem Blick auf Abbildung 3. Personen, die über dieses Merkmal verfügen, sind viel seltener partizipativ aktiv und ziehen es auch seltener in Erwägung, unabhängig von der konkreten Beteiligungsform. Im direkten Vergleich mit Personen, die keinen Migrationshintergrund haben, sind es je nach bisheriger oder befürworteter Beteiligungsform zwischen fünf und 14 Prozentpunkte weniger. Im Gegenzug ist die Zustimmung zur Aussage „Ich habe mich noch nicht beteiligt" sehr hoch – auf gut drei Fünftel der Personen mit Migrationshintergrund trifft dies zu und auch bei der befürworteten Beteiligung haben gut ein Drittel nach wie vor kein Interesse, sich zukünftig zu beteiligen. Mit einem Blick auf das *Alter* in Abbildung 4 zeigt sich erwartungsgemäß, dass mit steigendem Lebensalter die bisherige Beteiligung zunimmt, insbesondere gilt dies für Informationsveranstaltungen und Bürgerbefragungen. Die Ausführung des Ehrenamtes weist hingegen nahezu eine Gleichverteilung über die Altersgruppen auf. Betrachtet man die befürworteten Beteiligungsformen ergibt sich ein differenziertes Bild. Die jüngeren Altersgruppen bevorzugen als Beteiligungsformat stärker die Teilnahme an Bürgerbefragungen, während die älteren Kohorten eher im Rahmen von Informationsveranstaltungen aktiv werden wollen. Das ehrenamtliche Engagement befürwortet knapp die Hälfte der jüngsten Altersgruppe, während es in der ältesten nur noch ein Fünftel ist. Die Befürwortung der besseren Kommunikation zu Vorhaben der Stadt ist eher als altersunabhängig zu betrachten und liegt über alle Altersgruppen hinweg bei zirka einem Viertel. Ebenso die Angabe, sich nicht beteiligen zu wollen, was durchgängig bei knapp einem Fünftel liegt. Die Differenzierung nach *Einkommen* zeigt in Abbildung 5 für drei der vier präferierten Beteiligungsformate einen Anstieg für die Beteiligung mit zunehmendem Einkommen, aber weniger deutlich als vielleicht annehmbar wäre. Am deutlichsten ist dieser Unterschied beim ehrenamtlichen Engagement. Die Nicht-Beteiligung nimmt entsprechend mit der Höhe des Einkommens ab. Für die Befürwortung zeigt sich ein ähnlicher Verlauf: mit zunehmendem Verdienst der Person steigt der

Grad der Befürwortung zur Teilnahme an Informationsveranstaltungen und Bürgerbefragungen. Das Ehrenamt kommt besonders für die einkommensstärkste Gruppe in Frage. Die bessere Kommunikation zu Vorhaben der Stadt zeigt ein nivellierteres Bild. Das fehlende Interesse sich zu beteiligen bleibt insbesondere bei den untersten beiden Einkommensgruppen mit 30 Prozent relativ groß. Wie bereits erwähnt ist das *Qualifikationsniveau* der Person eng mit dem Einkommen verbunden. Dementsprechend zeigt sich in Abbildung 6, dass mit höherer Qualifikation die tatsächliche Beteiligung ansteigt. Dies ist eine Beobachtung, die auch bei der Befürwortung der verschiedenen Beteiligungsformen deutlich zu Tage tritt.

Abb. 2: *Bürgerbeteiligungsformate nach Geschlecht*

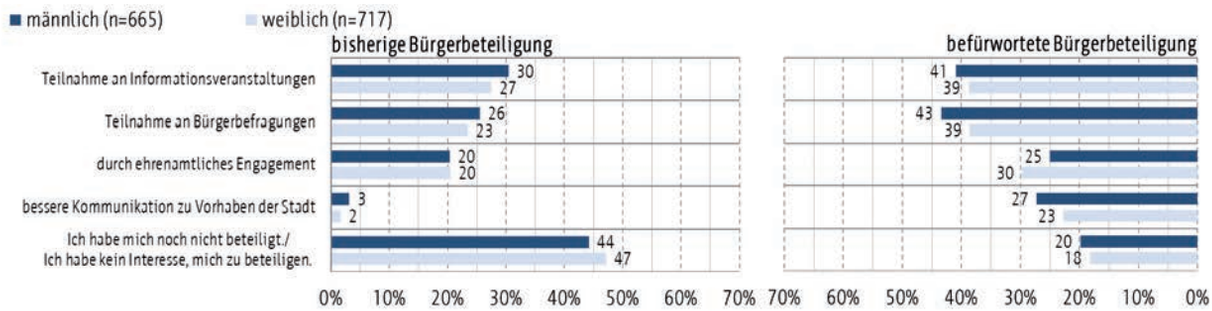


Abb. 3: *Bürgerbeteiligungsformate nach Migrationshintergrund*

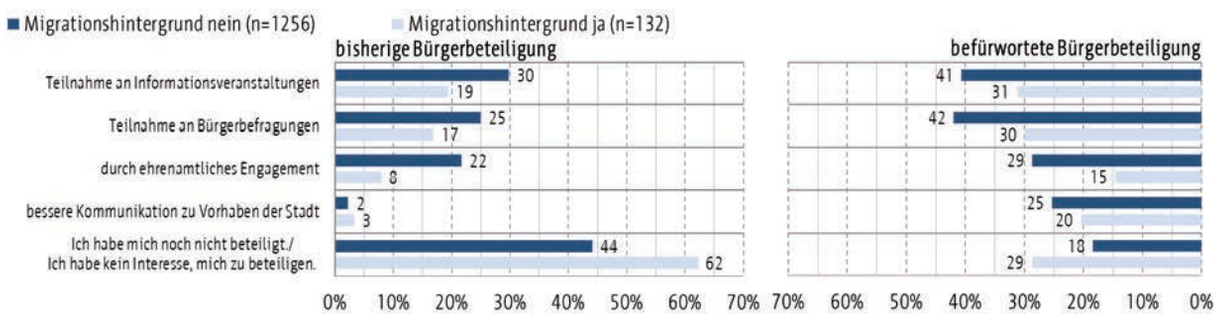


Abb. 4: *Bürgerbeteiligungsformate nach Altersgruppen*

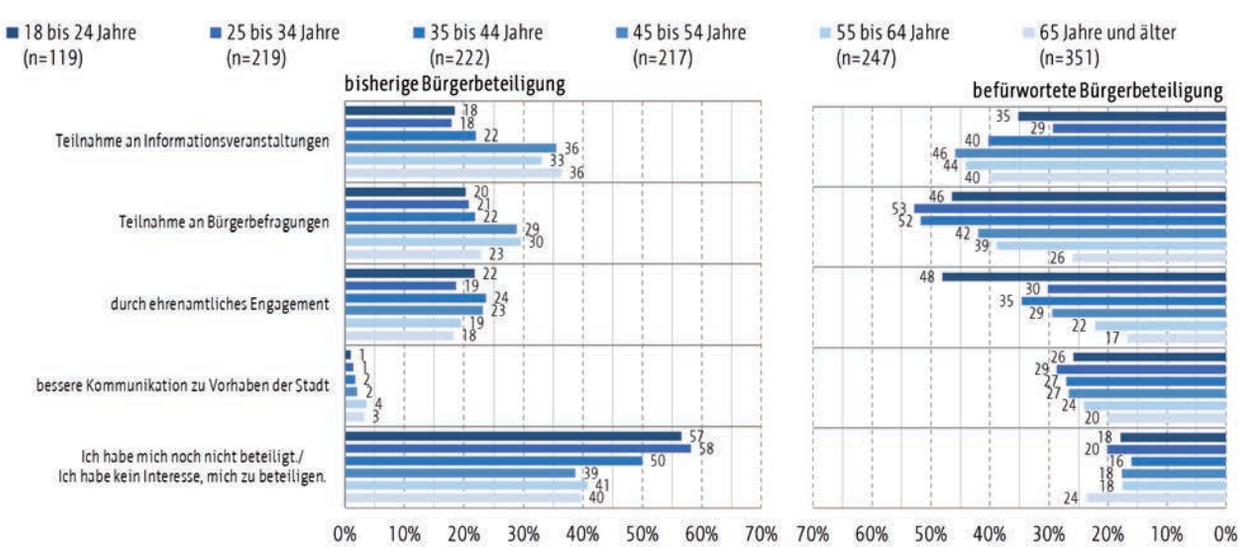


Abb. 5: *Bürgerbeteiligungsformate nach Einkommen*

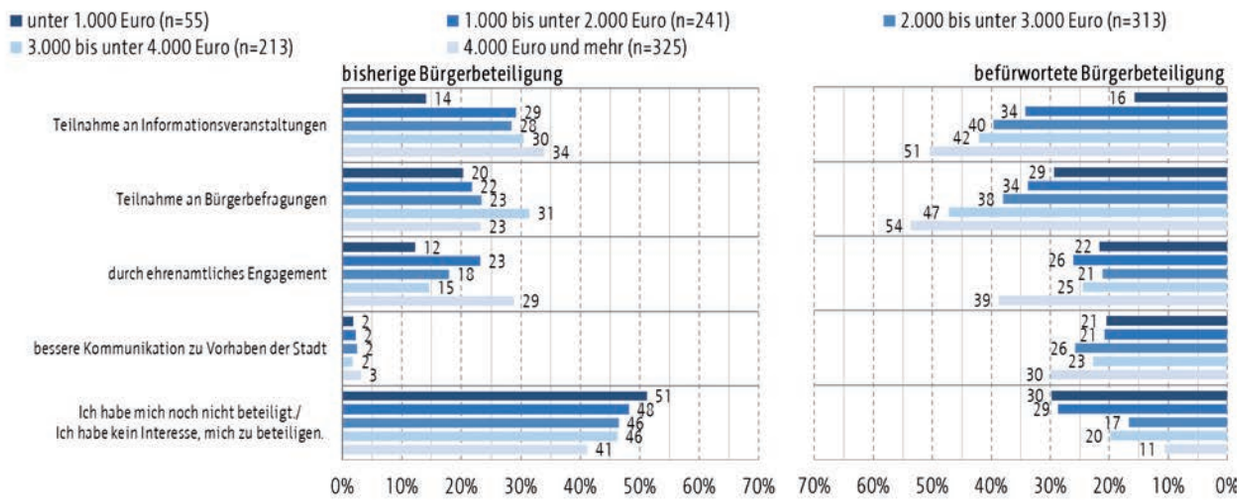
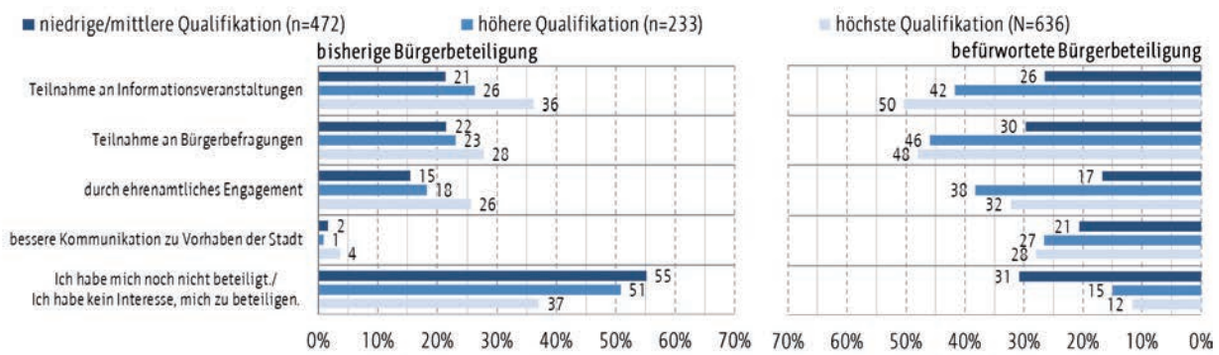


Abb. 6: *Bürgerbeteiligungsformate nach Qualifikationsniveau*



Wohndauer und Zufriedenheit mit dem Leben in Erfurt, Bindung an das Wohngebiet

Ein Blick auf Abbildung 7 und damit die *Wohndauer* zeigt den erwarteten Zusammenhang – je länger die befragte Person in Erfurt wohnt, desto eher hat sie sich bereits beteiligt oder käme eine Beteiligung für sie in Frage. Eine Ausnahme stellt hier die letzte Gruppe dar, die bereits 31 und mehr Jahre in Erfurt lebt. Bei dieser ist keine Zunahme mehr in der Beteiligung zu beobachten, sondern ein Rückgang. Für die *Zufriedenheit mit dem Leben in Erfurt* lässt sich ebenfalls eine Tendenz in Abbildung 8 erkennen. Die Nicht-Beteiligung ist besonders bei Personen hoch, die angaben, lieber woanders wohnen zu wollen. Für die Befürwortung zeigt sich kein Unterschied für das ehrenamtliche Engagement und die bessere Kommunikation zu Vorhaben der Stadt. Die Teilnahme an Bürgerbefragungen wird sogar leicht von der Personengruppe präferiert, die lieber ganz woanders wohnen würde als in Erfurt. Die *Bindungsstärke an das Wohngebiet* in Abbildung 9 weist ein ähnliches Muster auf wie die Zufriedenheit mit dem Leben in Erfurt. Je stärker sich der Befragte an sein Wohngebiet gebunden fühlt, umso häufiger hat er sich bereits beteiligt und desto mehr befürworteten eine Beteiligung. Auch hier stellt das Format der Bürgerbefragung eine Ausnahme dar, da die Befürwortung unabhängig von dem Ausmaß der Bindung an das Wohngebiet ist.

Strukturspezifische und räumliche Gebiete

Mit einem Blick auf Abbildung 10 und damit die *Siedlungsstruktur* zeigt sich, dass besonders im Plattenbau gegenüber den städtischen und dörflichen Gebieten eine geringere Beteiligung, unabhängig von der konkreten Form, vorherrscht. Entsprechend entfällt knapp die Hälfte der Angaben der Nicht-Beteiligung auf Befragte aus diesem Gebiet. Bei der befürworteten Bürgerbeteiligung ist das Bild ähnlich, der Plattenbau bleibt auch hier immer hinter den anderen beiden Gebieten zurück. Kein Interesse sich zu beteiligen haben hier zirka doppelt so viele Personen im direkten Gruppenvergleich. Für die *Prognose- bzw. Planungsgebiete* in Abbildung 11 zeigt sich, dass die Innenstadt Ost, die Großwohnsiedlungen Nord sowie Süd/Ost den höchsten Anteil an Personen haben, die sich bislang noch nicht beteiligt haben. In den beiden Großwohnsiedlungen ist auch das Interesse sich nicht zu beteiligen am größten. Die erfolgte Beteiligung an Informationsver-

anstaltungen ist in der Innenstadt Mitte/West und Süd am größten, während dies für die Beteiligungsform der Bürgerbefragung in der Innenstadt Ost gilt, die vor allem durch Jungerwachsene und Familien geprägt ist. Für das ehrenamtliche Engagement zeigt sich für die Innenstadt Mitte/West, Süd, Nord und den dörflichen Bereich eine ähnliche Ausprägung. Die Befürwortung der Informationsveranstaltungen und Bürgerbefragungen sowie des ehrenamtlichen Engagements ist im Innenstadtbereich grundsätzlich höher ausgeprägt als in den restlichen Prognosegebieten. Die Kommunikation zu Vorhaben der Stadt zeigt dann wieder ein weniger ausdrucksstarkes Profil. Für den *Sozialraum* in Abbildung 12 ist ohne Ausnahme deutlich erkennbar, dass mit steigendem Anteil an SGB-II-Empfängern die tatsächliche wie auch die befürwortete Beteiligung an allen Formen sinkt und die Ablehnung von Angeboten bisher und zukünftig steigt.

Abb. 7: *Bürgerbeteiligungsformate nach Wohndauer in Erfurt*

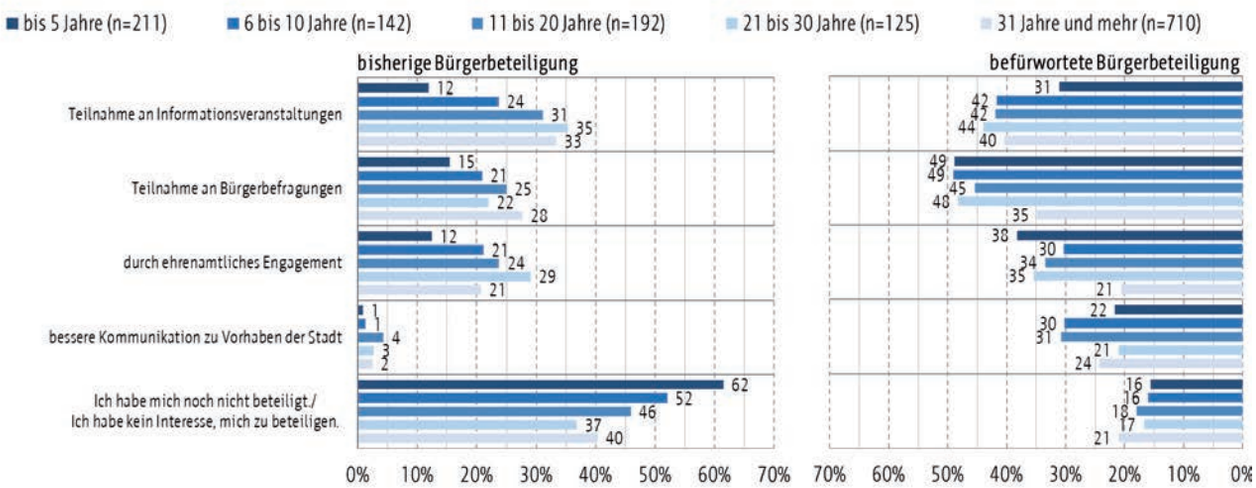


Abb. 8: *Bürgerbeteiligungsformate nach der Zufriedenheit mit dem Leben in Erfurt*

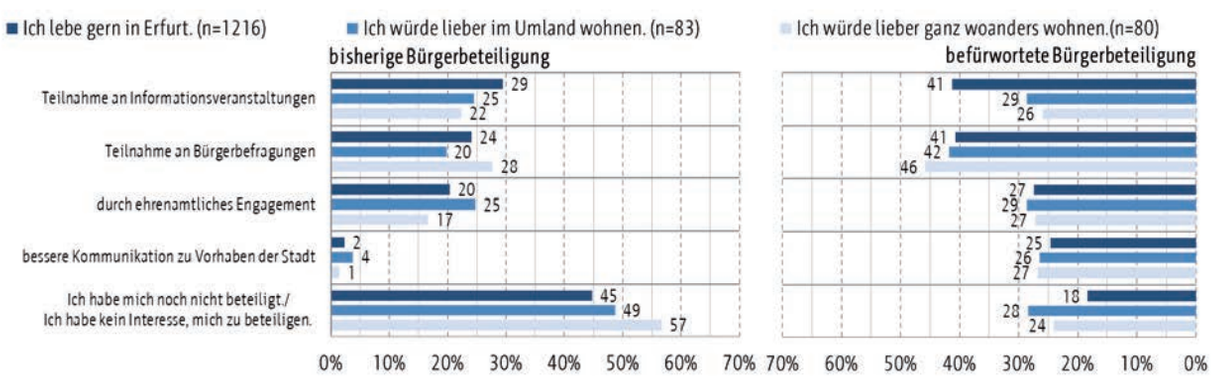
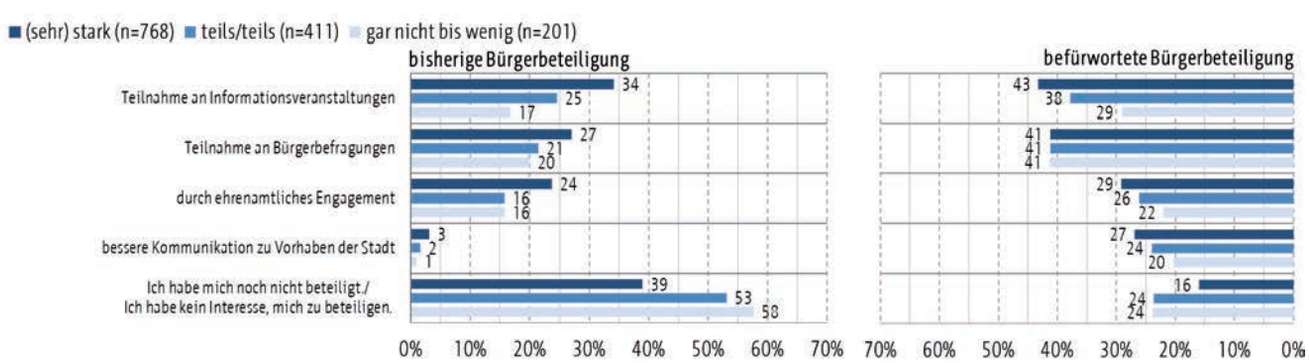


Abb. 9: *Bürgerbeteiligungsformate nach der Bindungsstärke an das Wohngebiet*



Erkenntnisse der Untersuchung

Ein essenzielles Ergebnis der deskriptiven Untersuchung ist, dass unterschiedliche Beteiligungsformate von verschiedenen Personengruppen bereits unterschiedlich genutzt werden bzw. für diese in Frage kämen. Grundsätzlich und eher global betrachtet sind es überwiegend die älteren, schon länger in Erfurt wohnenden Personen, die relativ betrachtet über ein gutes Einkommen verfügen, ein hohes Qualifikationsniveau besitzen und keinen Migrationshintergrund aufweisen, die

Abb. 10: *Bürgerbeteiligungsformate nach Siedlungsstruktur*

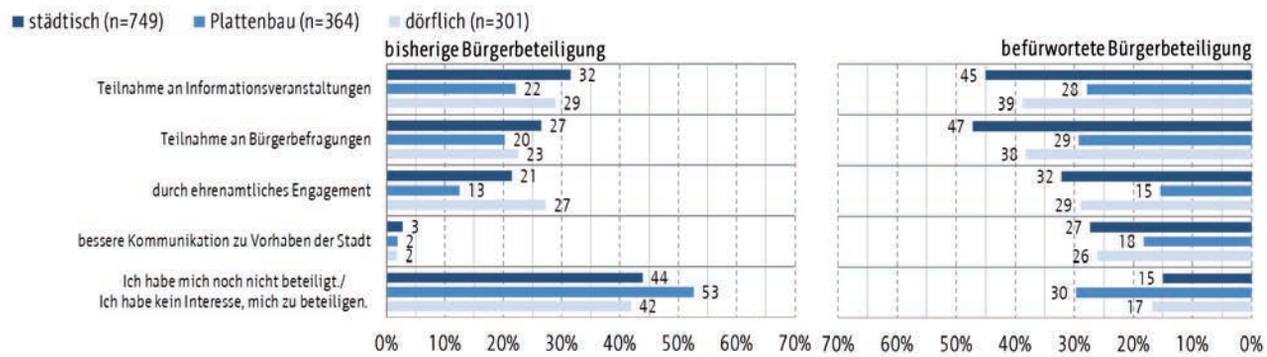


Abb. 11: *Bürgerbeteiligungsformate nach Prognose-/Planungsgebieten*

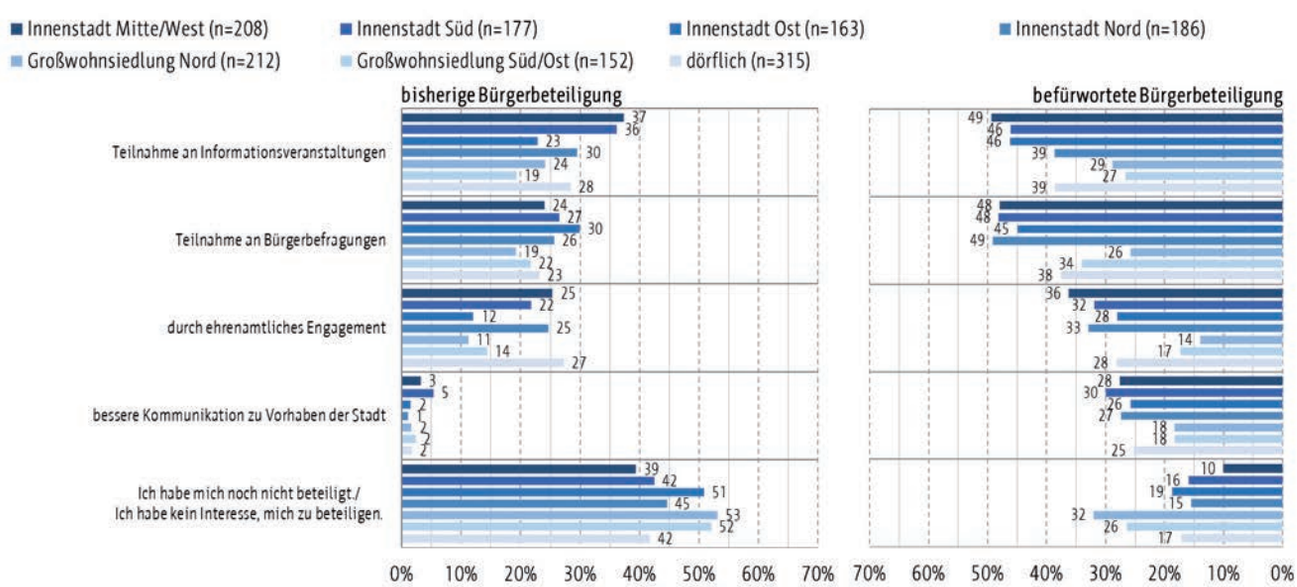
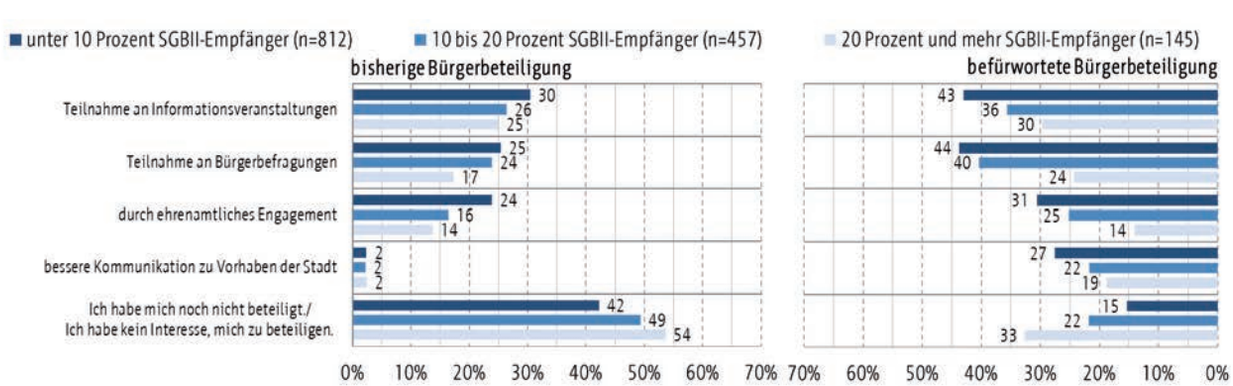


Abb. 12: *Bürgerbeteiligungsformate nach Sozialraum*



sich beteiligen (vgl. Heinsohn, 2020). Sie sind zudem häufiger in der Innenstadt oder im dörflichen Bereich wohnhaft und fühlen sich (sehr) stark an ihr Wohngebiet gebunden. Spezifisch zeigte sich zudem, dass jüngere Altersgruppen (zwischen 18 und 44 Jahren) angeben, sich eher an Bürgerbefragungen beteiligen zu wollen, während es in den älteren Altersgruppen (ab 45 Jahren) perspektivisch eher die Teilnahme an Informationsveranstaltungen wäre. Allerdings muss hierbei beachtet werden, dass die tatsächliche Teilnahme an beiden Formaten eher von der älteren Altersgruppe erfolgte. Vor allem bei den jüngeren Personengruppen ist immer ein Anstieg von rund 20 Prozent zwischen tatsächlicher und befürworteter Beteiligung unabhängig vom Format zu beobachten, besonders deutlich wird es aber beim ehrenamtlichen Engagement. Nicht nur, aber insbesondere bei jungen Leuten muss daher darüber nachgedacht werden, wie diese zur tatsächlichen Bürgerbeteiligung motiviert werden können, da sie zumindest bereits als aktiviert gelten können. Wie andere Prozesse kann auch direkte Demokratie erlernt werden, wenn man frühzeitig über entsprechende Formate informiert, diese auch praktisch impliziert und die Möglichkeit zur Teilnahme immer wieder aufs Neue kommuniziert. Damit würde man nicht nur für heute, sondern auch für die Zukunft die Bürgerbeteiligung erhöhen und so langfristig die Partizipation an und die Identifikation mit kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen in einer ganzen Generation stärken. Ähnlich verhält es sich mit Personen, die über das Merkmal eines Migrationshintergrundes verfügen – die Untersuchung hat deutlich gezeigt, dass diese sowohl bei der bisherigen Beteiligung wie auch bei den in Frage kommenden Formaten deutlich hinter der Personengruppe ohne diese Merkmale zurückbleiben. Wer gewährleisten will, dass auch Migrantinnen und Migranten von Einwohnern zu Bürgern werden, muss die Chance dafür geben (vgl. Kumpf, 2011, S. 18), was im Besonderen für Bürgerbeteiligungsformate gilt. Dies würde im Wesentlichen bedeuten, dass das zur Verfügung gestellte Format an deren Bedürfnisse angepasst wird, z. B. eine einfache Sprache oder Mehrsprachigkeit verwendet werden. Dieses unverzichtbare Kriterium der Bürgerbeteiligung, die notwendige Ausrichtung der Maßnahmen an spezifischen Möglichkeiten und der sozialen Lage der benachteiligten Bevölkerungsgruppen, trifft in ähnlicher Weise auf Personen mit geringerer Qualifikation oder geringerem Bildungsniveau/Einkommen, Verhältnissen mit hohem SGB-II-Niveau oder einer geringen Wohndauer in Erfurt zu. Denn auch hier hat die vorliegende deskriptive Untersuchung gezeigt, dass Personen mit diesen Eigenschaften bei der Partizipation an den betrachteten Beteiligungsformen zurückbleiben. Wenn man also darüber nachdenkt, eine effektive und direkte Bürgerbeteiligung zu steuern, so muss nicht die Beteiligungsform an sich für jede Art der Einbeziehung gewählt, sondern die Form in Abhängigkeit von der zu beteiligenden Gruppe initiiert werden. Anders verhält es sich mit den Merkmalen, die offensichtlich auch zu einer Verbesserung der Beteiligung führen würden, die man aber in kommunalpolitischen Prozessen zumindest nicht sofort abbilden kann, weil man die Ausprägung dieser individuellen Eigenschaften nicht unmittelbar kennt. Dazu gehören exemplarisch die Zufriedenheit mit dem Leben in Erfurt oder auch die Bindung an das Wohngebiet. Im Hinblick auf diese Merkmale müsste man also eine Beteiligungsform als geeignet bezeichnen, die als unabhängig diesbezüglich gelten kann. Schlechteren Beteiligungsquoten im Bereich von strukturspezifischen und räumlichen Gebieten könnte man demgegenüber wieder begegnen, indem man in den betroffenen Räumen verstärkt und aktiver tätig wird.

Das Bürgerbeteiligungsform der Bürgerbefragung

Ein Beteiligungsformat, was im Rahmen der gemachten Überlegungen als besonders adaptiv betrachtet wird, ist die Bürgerbefragung. Diese gewährleistet die direkte und zielgenaue Kontaktaufnahme anhand von soziodemografischen Merkmalen und ermöglicht eine Informationserfassung zu völlig unterschiedlichen Themenbereichen. „Dass die repräsentative Bürgerbefragung bei den Bürgern selbst Sympathiewerte und Beteiligungsquoten erzielt, von denen andere Beteiligungsinstrumente nur träumen können, hängt natürlich erstens damit zusammen, dass sie in zeitlicher Hinsicht ungewöhnlich „niederschwellig" sind und […] zweitens aber auch, dass sie „aufsuchend" ist" (Klages, 2011, S. 122) . Ein besonderer Vorteil von diesem Format der Beteiligung ist zudem der Umstand, dass die Befragungen zwar postalisch versendet werden, aber durch die Mitsendung entsprechender Informationen in das Format einer Online-Teilnahme überführt werden können. So sind jüngere Altersgruppen als "digital natives" ebenso angebunden wie die „digital immigrants", die den Fragenbogen weiterhin und klassisch als Paper-Pencil-Version ausfüllen können. Weiterhin ist es möglich, dass Bürgerbefragungen zielgerichtet auf spezifische Gruppen und deren Merkmale, z. B. auf Personen mit Migrationshintergrund, zugeschnitten werden können. Kommunale Befragungen können zudem so ausgerichtet werden, dass die sonst unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen, bei denen bereits Kenntnis über schlechtere Partizipation vorliegt (z. B. in Gebieten mit schlechten SGB-II-Quoten), besonders berücksichtigt werden, indem diese in der Stichprobe in größerem Umfang befragt werden (Vorgewichtung). Sollten sich anschließend und trotzdem Verzerrungen im Rücklauf durch ein schlechtes Antwortverhalten einstellen, könnte diesen mit Gewichtungsverfahren begegnet und die Repräsentativität im Nachgang hergestellt werden. Verfolgt man die weiteren Beobachtungen der vorliegenden Studie sind Bürgerumfragen auch deshalb besonders vorteilhaft, weil sie – direkt verglichen mit den anderen hier einbezogenen Beteiligungsformaten – bei der Partizipation tendenziell als unabhängiger zu betrachten sind im Hinblick auf die Merkmale der Wohndauer, Zufriedenheit mit dem Leben in Erfurt und Bindung an das Wohngebiet.

Kurzum – nach den Erkenntnissen dieser Befragung lässt sich feststellen, dass für Merkmale, die eine schlechtere Beteiligung an dem Format der bisherigen wie auch zukünftigen Bürgerumfragen anzeigen, häufig über eine gezielte Auswahl von Befragungsteilnehmer*innen begegnet werden kann. Für Merkmale, die in einer Stichprobenplanung nicht direkt abbildbar sind, gilt, dass das Format der Bürgerumfrage – bezogen auf die Beteiligung in dieser Untersuchung – von diesen zumindest nur partiell abhängig oder gar unabhängig war. Ein

weiterer Vorteil von Bürgerbefragungen besteht zudem darin, dass sie sowohl einzeln wie auch mit anderen Bürgerbeteiligungsformaten kombiniert werden können (z. B. qualitativen Formen) oder in einem sukzessiv aufbauenden Prozess immer wieder neu oder zusätzlich eingesetzt werden können.

Einschränkungen der Untersuchung

Die vorgestellte Studie hatte einen rein deskriptiven Format, was im Wesentlichen bedeutet, dass sie einen beschreibenden Charakter der gemachten Beobachtungen hat. Aussagen über größere Populationen oder gar endgültig schließendende Statistiken lassen sich daraus nicht ableiten, hierfür wären inferenzstatistische Verfahren notwendig. Was die vorliegende Untersuchung aber ganz sicher liefert, ist eine erste und begründbare Richtung für ein sich anschließendes Untersuchungsdesign. In diesem könnte sich unter anderem der Frage zugewendet werden, welche der hier aufgeführten Variablen als unabhängige Variablen fungieren könnten und einen gewissen prädikativen Erklärungsgrad besitzen, oder anders gesprochen, in welchem Rahmen die hier aufgeführten soziodemografischen Merkmale und strukturspezifischen Aspekte die auftretende Varianz in der abhängigen Variablen der partizipatorischen Beteiligung als übergeordnete Variable beeinflussen und diese aufklären können. Es sei an dieser Stelle ausführend gesagt, dass in einer inferenzstatistischen Untersuchung in jedem Fall beachtet werden sollte, dass die „unabhängigen Variablen" zumindest partiell selbst voneinander abhängig sind. Es ist z. B. leicht nachvollziehbar, dass der Beruf und schließlich auch das Einkommen an sich teilweise an dem Bildungsniveau hängen, sich damit aus diesem „vorhersagen" lassen. Das entsprechende Verfahren müsste damit eine gezielte Kontrolle der angesprochenen Aspekte ermöglichen (z. B. erweiterte Regressionsmodelle unter Beachtung von Multikollinearität), womit an dieser Stelle auch die Studie von Heinsohn (2020) empfohlen sei.

Literatur

Becker, A. (2014). *„Alles Inklusive!" Leitfaden zur Beteiligung in der Integrierten Stadtteilentwicklung*. Hamburg: Freie und Hansestadt Hamburg.

Heinsohn, T. (2020). Informelle Bürgerbeteiligung in Zeiten der zunehmender Individualisierung: Erkenntnisse aus der Stuttgarter Bürgerbefragung 2019. *Statistik und Informationsmanagement Monatshefte*, S. 88–97.

Klages, H. (2011). Bürgerbeteiligung im kommunalen Raum. In K. Beck, & J. Ziekow, *Mehr Bürgerbeteiligung wagen. Wege zur Vitalisierung der Demokratie*. (S. 119-125). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

König, M., & König, W. (2012). Neue Formen der Bürgerbeteiligung in der Kommunalpolitik. In G. Weißeno, *Politisch Handeln: Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen* (S. 58–73). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Kumpf, U. (2011). Mehr direkte Demokratie wagen! In K. Beck, & J. Ziekow, *Mehr Bürgerbeteiligung wagen. Wege zur Vitalisierung der Demokratie*. (S. 15–19). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Pickel, S., & Pickel, T. S. (2015). Determinanten der Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2014. In K. Michael, & N. Switek, *Die Europawahl 2014* (S. 69–78). Wiesbaden: Springer.

Stark, T. (2019). *Demokratische Bürgerbeteiligung außerhalb des Wahllokals. Umbrüche in der politischen Partizipation seit den 1970er-Jahren*. Wiesbaden: Springer VS.

van der Meer, T. W., van Deth, J. W., & Scheepers, P. L. (2009). The Politicized Participant: Ideology and Political Action in 20 Democracies. *Comparative Political Studies*, 42(11), S. 1426–1457.

Verba, S., Lehman Scholzman, K., & Brady, H. (1995). *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge, Mass: Harvard University Press.

Weßels, B. (2015). Politische Ungleichheit beim Wählen. In W. Merkel, *Demokratie und Krise: Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*. (S. 67–94). Wiesbaden: Springer VS.

Westle, B. (2001). Politische Partizipation und Geschlecht. In A. Koch, M. Wasmer, & P. Schmidt, *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland* (S. 131–168). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Jürgen Göddecke-Stellmann, Teresa Grundmann, Dorothee Winkler

Sozialräumliche Unterschiede im Wahlverhalten und in der politischen Partizipation

Die Frage der politischen Partizipation hat vor dem Hintergrund der starken Rolle des Staates und Protestbewegungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen während der Covid 19-Pandemie erneut an Relevanz gewonnen. Die Spaltung der Gesellschaft scheint dadurch weiter angetrieben zu werden. Gleichwohl zeigt sich: Politisches Interesse und Engagement ist nicht über alle gesellschaftlichen Gruppen gleichverteilt. Doch wie drückt sich dies in kleinräumiger Differenzierung in den Städten aus? Der Beitrag zeigt, dass es sozialräumliche Unterschiede in der politischen Partizipation gibt.

Jürgen Göddecke-Stellmann
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn.
Aufgabenschwerpunkte: kleinräumige Stadtbeobachtung, Monitoring der Städtebauförderung
juergen.goeddecke@bbr.bund.de

Teresa Grundmann
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn.
Aufgabenschwerpunkte: kleinräumige Stadtbeobachtung, wissenschaftliche Begleitung des Städtebauförderungsprogramms „Sozialer Zusammenhalt“
teresa.grundmann@bbr.bund.de

Dorothee Winkler
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn.
Aufgabenschwerpunkte: Datenaufbereitung und -analyse zu den Themen kleinräumige Stadtbeobachtung und Städtebauförderung
dorothee.winkler@bbr.bund.de

Schlüsselwörter:
Politische Partizipation – Wahlbeteiligung – kleinräumiger Stadtvergleich – Sozialraumanalyse Innerstädtische Raumbeobachtung

Einleitung

Trotz Deutschlands guter wirtschaftlicher Entwicklung im letzten Jahrzehnt haben nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen davon profitiert. Unterschiede in den Einkommen haben zugenommen, die klassische Mittelschicht schrumpft. Dies hat zu einer zunehmenden Spaltung in der Gesellschaft geführt, die sich in einer Unzufriedenheit einzelner, insbesondere sozial schwächerer Bevölkerungsgruppen mit der politischen Führung ausdrückt. Sie fühlen sich von der Politik nicht gehört und im Stich gelassen. Die Folgen sind eine zunehmende politische Apathie und sinkendes Politikinteresse sowie eine zunehmende Abkehr von den großen Volksparteien und die Hinwendung hin zu populistischen Parteien. Die Covid 19-Pandemie hat dies teilweise noch verstärkt. Zur Eindämmung der Pandemie musste der Staat tief in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger eingreifen, viele Freiheiten wurden eingeschränkt. Auch hier waren vor allem sozial schwächere Gruppen stärker betroffen. Diese Unzufriedenheit mündete in einer Abnahme des Vertrauens in politische Institutionen und in Protestbewegungen, die die Basis einer Demokratie gefährden können. Bei diesen Entwicklungen lassen sich räumliche Unterschiede erkennen, die in diesem Beitrag genauer untersucht werden sollen. Sowohl großräumig unterscheiden sich politische Einstellungen und Verhaltensweisen, etwa zwischen städtischen und ländlichen Räumen oder zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland. Aber auch kleinräumig werden Unterschiede zwischen verschiedenen Sozialräumen sichtbar. Um diese darzustellen, werden für die Analysen zum einen Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) verwendet. Die hier befragten Haushalten können sozialräumlich differenziert betrachtet werden. Zum anderen liegen mit der Innerstädtischen Raumbeobachtung (IRB) für ca. 20 Städte Wahldaten zu den letzten drei Bundestagswahlen auf kleinräumiger Ebene, d.h. auf Ebene von Stadtteilen, vor, die die Untersuchung räumlicher Unterschiede im Wahlverhalten ermöglichen.

Politische Partizipation und Sozialraum: Theoretische Einbettung

Das Interesse an Politik bzw. sich politisch zu beteiligen hängt insbesondere von den ökonomischen und sozialen Ressourcen, die einer Person zur Verfügung stehen, ab. Die finanzielle

Ausstattung, zeitliche Ressourcen sowie der Bildungsgrad, aber auch Kompetenzen in Bezug auf Rhetorik und strategisches Denken beeinflussen maßgeblich, ob sich eine Person an politischen Prozessen beteiligt oder nicht (vgl. Kaßner/Kersting 2021). Die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft bewirkt somit auch eine partizipative Spaltung (vgl. Kersting/Jähn 2021). Dies gilt sowohl für konventionelle als auch für informelle Formen der politischen Partizipation. Generell lässt sich sagen, dass die soziale Ungleichheit in der Partizipation mit dem Grad der Komplexität der politischen Tätigkeit zunehmen (vgl. Simonson/Vogel 2017). Kroh und Könnecke (2013) zeigten mit Daten des European Social Survey (ESS) und des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), dass die Ungleichheit in der Beteiligung von der Form des Engagements abhängt. Während sich die Beteiligung bei Formaten wie der Teilnahme an Wahlen, Demonstrationen oder politischen Diskussionen geringfügiger unterscheidet, ist sie bei Formaten, die mehr finanzielle, zeitliche und kognitive Ressourcen in Anspruch nehmen, wie etwa der Mitarbeit in Parteien oder politischen Organisationen, höher. Zudem hat laut der Analysen die Ungleichheit über die Zeit zugenommen.

Insbesondere die zunehmende Einkommensungleichheit führt zu einer Abnahme der politischen Freiheit. Wo Einkommensungleichheit als moderat empfunden wird und die soziale Sicherung der Mehrheit zugänglich ist und als großzügig gesehen wird, sind Demokratiezufriedenheit, Vertrauen in Institutionen und politische Partizipationsraten höher (vgl. Giebler/Merkel 2016). Für eine demokratische Gesellschaft ist eine partizipative Spaltung dann problematisch, wenn eine zunehmende Machtkonzentration bei sozio-ökonomisch bessergestellten Schichten erkennbar ist und bestimmte marginalisierte Gruppen ihre Interessen in der politischen Landschaft nicht mehr vertreten sehen. Dies führt zu einer gewissen Politikverdrossenheit, die sich im Wahlverhalten, etwa bei Bundestagswahlen, bemerkbar macht. Sie führt entweder zu einer politischen Apathie der Betroffenen oder mündet in Protestbewegungen und der Hinwendung zu populistischen Parteien am rechten Rand (vgl. Böhnke 2010).

Die Zunahme der Einkommensungleichheit und insbesondere die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt haben dazu geführt, dass auch die residenzielle Segregation in Deutschland über die Jahre zugenommen hat. Einkommensschwache Haushalte mit geringeren finanziellen, zeitlichen und sozialen Ressourcen konzentrieren sich in einzelnen Stadtteilen (vgl. Helbig/Jähnen 2018). Damit kommt ein weiterer Aspekt zum Tragen, den es zu berücksichtigen gilt. Individuelles Handeln ist immer in soziale Kontexte eingebunden. Familiale oder verwandtschaftliche Beziehung, Gruppenzugehörigkeiten u.a.m. beeinflussen individuelles Handeln. Aber auch die nähere Wohnumgebung, die Nachbarschaft, ist, wie amerikanische Soziologen schon früh, d.h. in den 1940er Jahren, unterstrichen haben, ein Faktor, der auf das Handeln Einzelner einwirkt (Friedrichs 2014). Unterschiedliche Mechanismen werden in der sozialwissenschaftlichen Diskussion zu sozialräumlichen Kontexteffekten angeführt. Diese können aus kollektiven Sozialisationserfahrungen, Ansteckungseffekten, Rollenmodellen u.a.m. resultieren (vgl. Friedrichs 2014: 290 f.).

In einem Eckpunktepapier des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V. (2008) zur sozialräumlichen Ausgestaltung kommunalen Handelns findet sich folgende Begründung:

„Sozialräumliches Handeln ist nach wie vor auch deshalb nützlich, weil es benachteiligende Strukturen in einzelnen Sozialräumen gibt, die oftmals sich selbst verstärkende Negativeffekte auslösen, die wiederum diese Quartiere von der Gesamtentwicklung der Kommune abkoppeln" (S. 5).

In der ersten Zwischenevaluation des Städtebauförderungsprogramms *Soziale Stadt* bringt das Gutachterteam unter Leitung von Hartmut Häußermann zum Ausdruck, dass das Programm auf die Abmilderung oder Beseitigung negativer Kontexteffekte ausgerichtet werden solle, die von einer räumlichen Konzentration sozial benachteiligter oder sozial marginalisierter Haushalte ausgingen (S. 203). Unter anderem deshalb wird der Aktivierung und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, in benachteiligten Quartieren eine Bedeutung beigemessen und als funktionale Notwendigkeit für eine Restabilisierung dieser Räume angesehen (Deutscher Verein S. 213).

Es bleibt aber eine Differenz bestehen, zwischen diesen Forderungen einerseits und der sich tatsächlich in den Sozialräumen abbildenden sozialen Praxis hinsichtlich politischer Partizipation. Im Folgenden soll dies aus unterschiedlichen Perspektiven angegangen werden.

Politikinteresse und politische Partizipation

Im folgenden Kapitel soll analysiert werden, wie sich das Interesse an Politik, die Teilhabe an politischen Prozessen und die Partizipation in politischen Organisationen sozialräumlich betrachtet darstellen. Mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) können Aussagen zu verschiedenen Bereichen wie politischen Einstellungen, Beteiligung, Engagement und Wahlen für das Befragungsjahr 2019 gemacht werden. Das Bildungsniveau soll als Proxy für die Ressourcenausstattung der Personen dienen. Zudem ist es möglich, Aussagen von Personen sozialräumlich differenziert zu betrachten. In diesem Falle ist die sozialräumliche Abgrenzung über den Wohnort der befragten Person innerhalb oder außerhalb eines Fördergebiets des Städtebauförderungsprogramms *Sozialer Zusammenhalt* (Nachfolgeprogramm des Programms *Soziale Stadt*) definiert, da sich in den Fördergebieten Bevölkerungsgruppen, die in Bezug auf ihre ökonomischen und sozialen Ressourcen als benachteiligt gelten, konzentrieren. Die folgenden Analysen zeigen deutlich, dass sozialräumliche Unterschiede vorliegen. In den Fördergebieten ist zu erkennen, dass die dort befragten Personen weniger Interesse an Politik zeigen, sich seltener ehrenamtlich oder in politischen Organisationen engagieren und auch bei der Wahl einer Partei seltener festgelegt sind. Wenn Kommunalpolitiker und -politikerinnen mit ihrer Politik eher bessergestellte Schichten ansprechen, etwa um eine Wiederwahl zu befördern, ist es nicht verwunderlich, dass sich die Menschen in sozial benachteiligten Stadtteilen nicht gehört und vertreten fühlen und das Interesse an der (Kommunal-)politik bzw. am Engagement für das eigene Wohnumfeld somit geringer ausfällt.

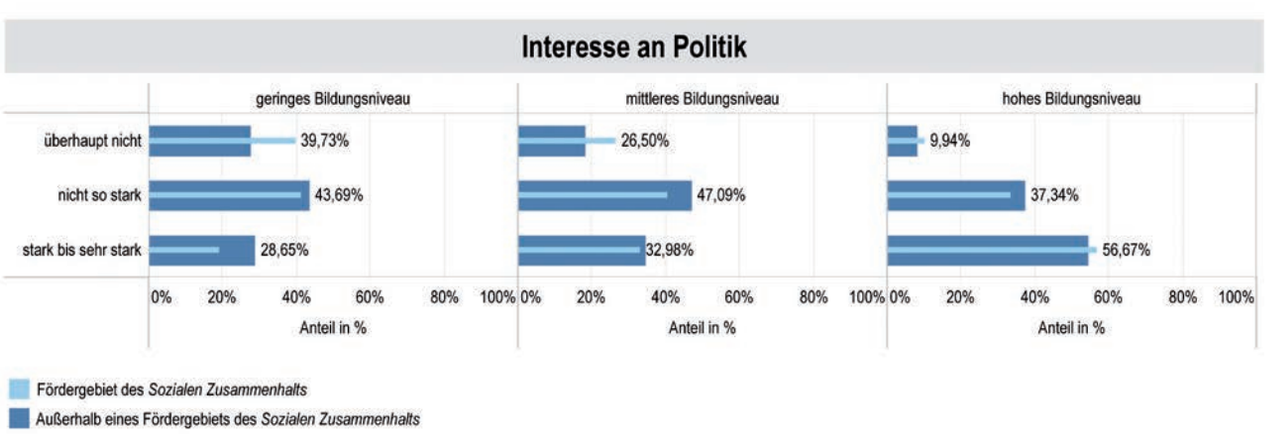
Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)
Das SOEP ist eine Längsschnittbefragung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) von ca. 30.000 Personen in 11.000 Haushalten, die seit 1987 jährlich durchgeführt wird. Die Daten geben unter anderem Auskunft zu Fragen über Einkommen, Erwerbstätigkeit, Persönlichkeit, Bildung oder Gesundheit. Da jedes Jahr dieselben Personen befragt werden, können langfristige soziale und gesellschaftliche Trends verfolgt werden. Seit 2020 ist es durch eine Kooperation zwischen dem BBSR und dem DIW möglich, befragte Haushalte und Personen, die in Fördergebieten des Sozialen Zusammenhalts leben, zu identifizieren. Dadurch können die Aussagen von Haushalten aus Fördergebieten mit Aussagen von Haushalten, die außerhalb von Fördergebieten leben, verglichen werden.

Politikinteresse
Einen großen Einfluss auf die tatsächliche politische Partizipation im Sinne einer Mitwirkung an politischen Prozessen sowie ehrenamtlichem Engagement hat die Tatsache, ob überhaupt Interesse an Politik besteht. Abbildung 1 zeigt, dass dieses stark vom Bildungsniveau der Personen abhängt. Während mehr als die Hälfte aller Personen mit hohem Bildungsniveau angeben, ein starkes bis sehr starkes Interesse an Politik zu haben, trifft dies auf weniger als ein Drittel aller Personen mit mittlerem und niedrigem Bildungsniveau zu. Zudem wird deutlich, dass ein hohes Interesse bei sozial benachteiligten Gruppen in Gebieten des *Sozialen Zusammenhalts* noch einmal geringer ausfällt und bei weniger als 20 Prozent liegt. Im Gegensatz dazu, besteht bei fast 40 Prozent dieser Gruppe überhaupt kein Interesse an Politik. Während bei Personen mit hohem Bildungsniveau fast kein Unterschied zwischen Personen innerhalb und außerhalb von Gebieten des *Sozialen Zusammenhalts* besteht, zeigen sich beim mittleren und geringeren Bildungsniveau vor allem bei der Aussage, dass überhaupt kein Interesse an Politik besteht, deutliche Unterschiede. Das sozialräumliche Umfeld scheint damit einen Einfluss auf das Politikinteresse zu haben.

Ehrenamtliches Engagement
Diese sozialraumbezogenen Unterschiede sind auch bei der konkreten Ausführung in Form von ehrenamtlichem Engagement zu erkennen. Dies wird nun auch bei Personen mit hohem Bildungsniveau deutlich. Menschen, die in Gebieten des *Sozialen Zusammenhalts* leben, geben grundsätzlich häufiger an, dass sie sich nie ehrenamtlich engagieren. Zwischen den einzelnen Bildungsniveaus liegen dabei jeweils ca. 10 Prozentpunkte Unterschied. So engagieren sich nur etwas mehr als 8 Prozent aller Personen mit niedrigem Bildungsniveau in sozialbenachteiligten Gebieten ehrenamtlich. Noch nicht einmal ein Prozent dieser Gruppe tut dies wöchentlich. Im Vergleich dazu engagieren sich fast 8 Prozent mit hohem Bildungsniveau in dieser Regelmäßigkeit. Neben dem sozialräumlichen Kontext spielt damit vor allem auch die Lebenssituation der Menschen eine Rolle, ob ein ehrenamtliches Engagement möglich wird. Personen mit geringem Bildungs- und damit häufig auch niedrigem Einkommensniveau fehlen die entsprechenden zeitlichen Ressourcen, um ein Engagement wahrnehmen zu können. Dabei ist gerade dieses Engagement wichtig, um ein Quartiersleben zu etablieren. Es werden Menschen gebraucht, die die entsprechenden sozialen Dienste anbieten und mitgestalten können. Insgesamt ist aber festzuhalten, dass unabhängig von Bildungsniveau und sozialräumlichen Umfeld die große Mehrheit sich nie ehrenamtlich engagiert. Vor dem Hintergrund, dass gerade in Fördergebieten des *Sozialen Zusammenhalts* sehr viele Ressourcen in Bürgerbeteiligungsmaßnahmen fließen, muss die Frage gestellt werden, wie diese Ressourcen am effizientesten genutzt werden können, um eine möglichst große Reichweite zu erzielen.

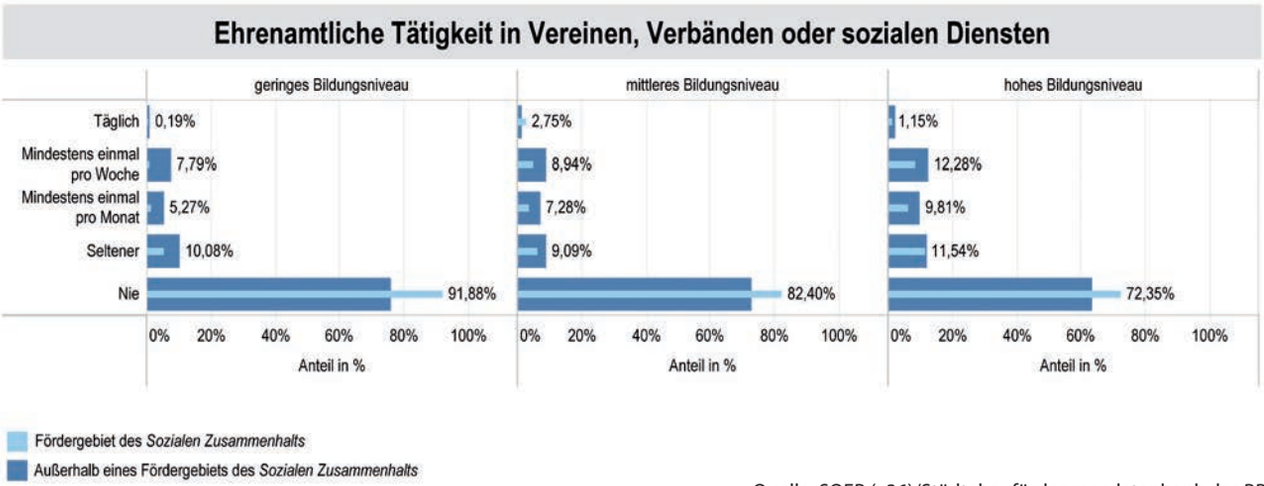
Mitarbeit in Parteien/politischen Organisationen
Je komplexer die Form der politischen Partizipation, desto seltener kommt sie vor. Die Beteiligung an Parteien, Kommunalpolitik oder Bürgerinitiativen erfordert ein höheres Maß an Einsatz und Verpflichtung, sodass die Anteile derjenigen, die nie in solch einer Form partizipieren, noch einmal höher liegen, unabhängig vom Bildungsniveau und Sozialraum. Dennoch sind hier ebenfalls Unterschiede erkennbar, auch wenn diese weniger stark ausgeprägt sind. Personen mit niedrigen und mittleren Bil-

Abb. 1: *Politikinteresse*



Quelle: SOEP (v36)/Städtebauförderungsdatenbank des BBSR

Abb. 2: *Ehrenamtliches Engagement*



Quelle: SOEP (v36)/Städtebauförderungsdatenbank des BBSR

dungsniveaus, die in einem Fördergebiet leben, geben häufiger an, sich nie an Parteien, Kommunalpolitik oder Bürgerinitiativen zu beteiligen, aber weniger häufig, dass sie dies täglich, einmal pro Woche oder Monat oder seltener tun. Lediglich bei Personen mit einem hohen Bildungsniveau ist dies umgekehrt ausgeprägt. Die Unterschiede sind allerdings marginal. Dies könnte darauf hindeuten, dass sich in sozial benachteiligten Gebieten, in denen vor allem Gruppen mit geringen und mittleren Bildungsniveaus überdurchschnittlich vertreten sind, trotzdem eine kleine Gruppe von Menschen mit einem höheren Bildungsniveau stärker politisch engagagiert und somit nicht zwangsläufig die Interessen der gesamten Bürgerschaft im Stadtteil vertritt.

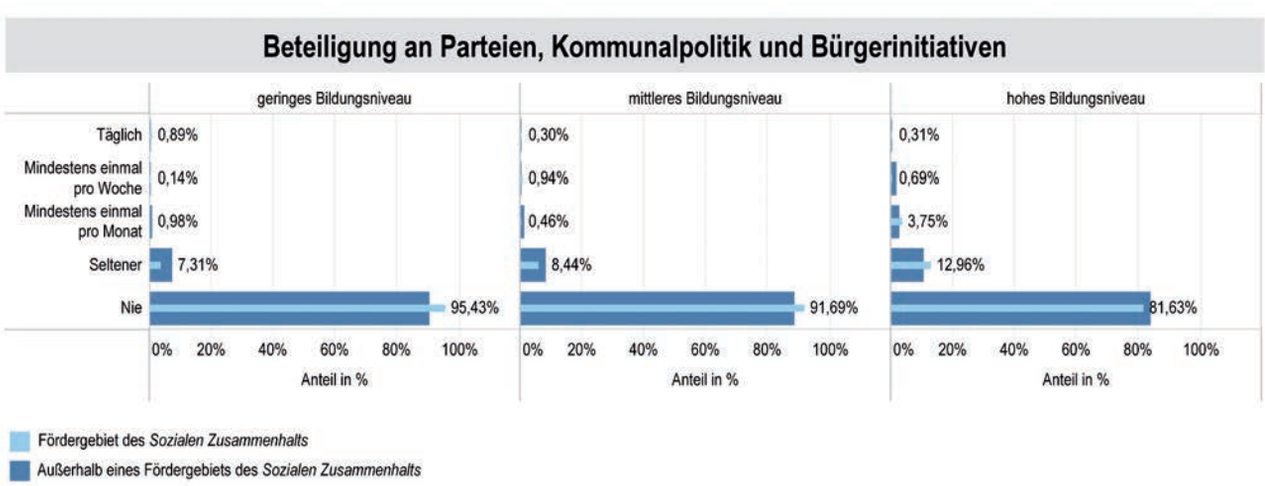
Parteineigung

Wenn es darum geht, sich einer bestimmten politischen Richtung in Form einer Partei anzuschließen bzw. diese zu unterstützen, wird ebenfalls deutlich, dass sich Personen in Gebieten des *Sozialen Zusammenhalts* deutlich seltener festlegen und einer bestimmten Partei zuneigen. Je höher das Bildungsniveau, desto eher ist man auch dazu geneigt, eine bestimmte Partei zu unterstützen. Dies zeigt, dass es einerseits für politische Kandidatinnen und Kandidaten schwierig sein kann, in sozial benachteiligten Stadtteilen Wählerstimmen zu aktivieren, andererseits ergibt sich somit auch ein großes Potenzial, noch Unentschlossene zu überzeugen. Wie die folgenden Analysen allerdings zeigen, ist die Beteiligung an Wahlen sozialräumlich ebenfalls sehr unterschiedlich ausgeprägt.

Wahlbeteiligung und Wahlberechtigung auf Stadtteilebene

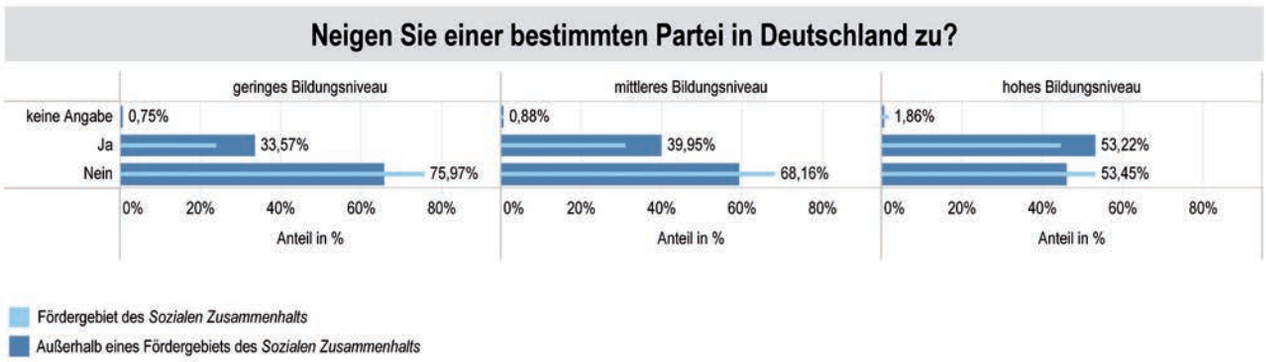
Die bisher vorgestellten Auswertungen nutzen Umfragedaten des SOEP, basieren also auf Individualdaten. Im Folgenden soll die Perspektive erweitert werden, indem kommunalstatistische Daten auf kleinräumiger Ebene einbezogen werden (Aggregatdaten). Da in vielen IRB-Städten die Stimm- und Wahlbezirke nicht mit der Gebietsgliederung der IRB kompatibel

Abb. 3: *Politische Beteiligung*



Quelle: SOEP (v36)/Städtebauförderungsdatenbank des BBSR

Abb. 4: *Parteineigung*



Quelle: SOEP (v36) / Städtebauförderungsdatenbank des BBSR

sind, sind nur einige IRB-Städte in der Lage, Wahlergebnisse für die statistischen Gebietseinheiten der IRB bereitzustellen. Die anschließenden Auswertungen nutzen Daten der letzten Bundestagswahl vom 26. September 2021. Auf den Angaben von 27 IRB-Städten beruhen die folgenden Auswertungen.

Um die sozialräumliche Dimension abzubilden, wird eine Klassifikation der statistischen Gebietseinheiten nach dem Anteil der Personen im Gebiet mit Transferleistungen nach dem SGB II verwendet. Unterschieden wird nach Gebieten mit einem (dauerhaft) hohen Anteil, mit einem mittleren durchschnittlichen Anteil und einem niedrigen Anteil.

In Artikel 38 des Grundgesetzes ist das Wahlrecht verankert. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sollen in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt werden. Wahlberechtigt sind alle Deutschen, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten in Deutschland wohnhaft sind und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Allerdings unterscheidet sich die Nutzung des Wahlrechts nach verschiedenen Bevölkerungsgruppen und in regionaler Differenzierung. In Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit und wo prekäre Lebenslagen vorherrschen, findet sich systematisch eine geringere Wahlbeteiligung (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2016: 181). Dieser Befund spiegelt sich auch in den IRB-Daten wider. Der Median bei der Wahlbeteiligung ist in den Gebieten mit einem hohen Anteil an Bevölkerung mit SGB II-Leistungen tendenziell niedriger als in den Gebieten mit einem mittleren bzw. niedrigen Anteil, wie sich auf Abbildung 5 ablesen lässt. Der Median der Wahlbeteiligung lag bei der Bundestagswahl 2021 in diesen Gebieten bei 65 Prozent. In den Gebieten mit einem mittleren Anteil bei 77 Prozent und bei Gebieten mit einem niedrigen Anteil ist er (erwartungsgemäß) am höchsten (85 Prozent).

Die Abbildung verdeutlicht aber auch, dass diese auf einen statistischen Kennwert reduzierte Betrachtung eine starke Informationsreduktion beinhaltet. So gibt es durchaus Stadtteile in Gebieten mit einem hohen Anteil Transferabhängiger, bei denen die Wahlbeteiligung bei 70 Prozent und höher liegt. Insgesamt ist aber im Vergleich über alle drei Typen die Verteilung bei der Wahlbeteiligung systematisch zu niedrigeren Anteilen hin verschoben. Ohne auf vorschnelle Erklärungen zurückgreifen zu wollen, scheinen sich hier die sozialstrukturellen Unterschiede zwischen den Typen abzubilden (van Ham/Manley 2012: 3). Bei Bundestagswahlen ist die Wahlbeteiligung in der Regel höher als bei Landtags- oder Kommunalwahlen. Ohne allzu sehr diesen Aspekt vertiefen zu wollen, wird vor diesem Hintergrund eine Verschärfung der eben dargestellten Problematik erkennbar. Um nur ein Beispiel anzuführen: bei den Oberbürgermeisterwahlen in Köln im Jahr 2020 finden sich Stadteile mit hohen SGB II-Anteilen, wo die Wahlbeteiligung in einem Bereich von 20 bis 30 Prozent liegt. Für die demokratische Verfassung sind solch niedrige Werte bei der Wahlbeteiligung als sehr bedenklich zu werten (vgl. Stadt Köln 2020).

Bei Bundestagswahlen ist nur die deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren wahlberechtigt. Nicht wahlberechtigt sind Personen ohne deutschen Pass, d.h. die ausländische Bevölkerung, oder Personen denen das Wahlrecht aberkannt worden ist, was nur

SGB II-Stadteilklassifikation
Das BBSR hat neben der mit den IRB-Städten abgestimmten Lagetypik für eigene Analysezwecke eine Klassifikation der Stadtteile entwickelt, die auf den Anteil der Personen mit SGB II-Leistungen Bezug nimmt. Basis der Klassifikation sind alle Städte und Stadtteile mit einer vollständigen Zeitreihe ab 2011 bis 2020. Betrachtet wird, ob ein Stadtteil dauerhaft hohe oder niedrige Anteilswerte in der Zeitreihe aufweist, wobei hohe Werte durch die Zugehörigkeit zum obersten Quartil und niedrige Werte zum untersten Quartil markiert sind. Um in der Zeitreihe einzelne Über- oder Unterschreitungen der Schwellenwerte auszuschließen, müssen die Stadtteile mindestens siebenmal dem oberen oder unteren Quartil angehören, wobei in den letzten drei Berichtsjahren (2018, 2019 und 2020) der Stadtteil durchgängig dem oberen bzw. unteren Quartil zugeordnet sein muss, um mögliche Positionsänderungen in der Verteilung – etwa durch Gentrifizierung bedingt – auszuschließen. Alle anderen Stadtteile zählen als solche mit mittleren Anteilen an SGB II-Leistungsempfängerinnen und -empfängern. Bei einzelnen Städten mit unvollständiger Zeitreihe erfolgte die Zuordnung händisch. Durch dieses methodische Vorgehen ist eine über die Zeit stabile Zuordnung gesichert.

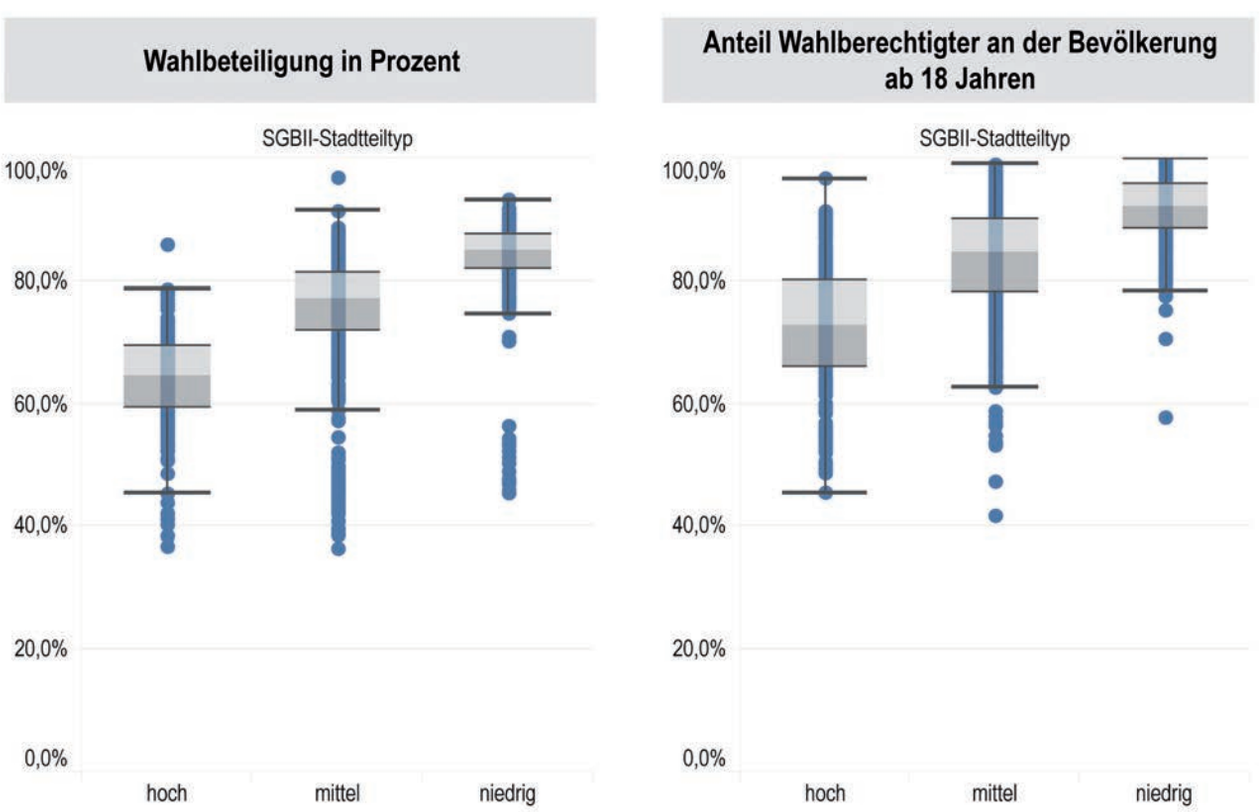
eine verschwindet kleine Zahl von Personen betreffen dürfte. Die bei Bundestagswahlen nicht-wahlberechtige ausländische Bevölkerung lebt in den Städten aber nicht über alle Stadtteile gleichverteilt, sondern konzentriert sich in einzelnen Stadtteilen. Ein unterdurchschnittlicher Anteil Wahlberechtigter an der Bevölkerung ab 18 Jahren verweist auf entsprechend hohe Anteile bei der nicht-wahlberechtigen Bevölkerung. Auch hier zeigen sich im Vergleich über die drei SGB II-Stadtteiltypen deutliche Unterschiede. In den Gebieten mit einem hohen Anteil an SGB II-Leistungsempfängern liegt der Median bei dem Anteil Wahlberechtiger an der über 18-jährigen Bevölkerung bei rd. 70 Prozent und damit um einige Prozentpunkte unter dem Niveau der anderen beiden Typen.

In Gebieten mit einer hohen Konzentration prekärer Lebenslagen (s. o.), lässt sich nicht nur eine systematisch geringere Wahlbeteiligung nachweisen, sondern auch ein systematisch geringerer Anteil an wahlberechtigter Bevölkerung, was die Inklusion dieser Gebiete und der dort lebenden Akteursgruppen in das politische System erschwert (vgl. Luhmann 1997: 618 ff.).

Fazit und Ausblick

Die Analysen zeigen, dass der Einfluss des Sozialraums bei der Frage, wie die politische Partizipation bestimmter Gruppen erhöht werden kann, nicht außer Acht gelassen werden darf. Die Konzentration einkommensschwacher und bildungsferner Bevölkerungsschichten in diesen Räumen spielt hierbei eine wichtige Rolle, aber auch der Raum als Wohn- und Lebenswelt der dort ansässigen Bevölkerung als solches sollte bei dem Versuch, die politische Beteiligung dieser Gruppen zu verbessern, bedacht werden. Denn es zeigt sich eine gewisse Ambivalenz in dieser Hinsicht. Es wird bereits viel getan – insbesondere auch im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms *Sozialer Zusammenhalt* – in Bezug auf Bürgerbeteiligung und Partizipation an politischen Prozessen. Allerdings scheinen die klassischen Formate und Angebote einen Großteil der Bevölkerung in sozial benachteiligten Stadtteilen trotzdem nicht zu erreichen. Sie sind für bestimmte soziale Milieus nicht anschlussfähig. Dies führt zu der Frage des Wir und Sie, wer zählt zu den Etablierten und wer zu den Außenseitern (Elias 1993). Der „regulative Druck" der Wir-Gruppe kann zu einer Abschottung gegenüber Versuchen einer stärkeren politischen Partizipation führen und kontraproduktiv wirken. Die Begriffe Aktivierung und Beteiligung bleiben formelhaft, wenn es nicht gelingt, auf die Zielgruppe abgestimmte Instrumente und Methoden zu entwickeln (Friesecke 2017).

Abb. 5: *Wahlbeteiligung und Anteil wahlberechtigter Bevölkerung nach SGB II-Stadtteiltyp*



Quelle: Innerstädtische Raumbeobachtung des BBSR, Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

Zudem basieren klassische Formate nach wie vor häufig auf „Gehstrukturen", das heißt die Menschen müssen zum Beispiel zum Beratungsbüro (o. ä.) in die Stadtmitte fahren, um die Angebote wahrnehmen zu können. Da sich Personen in benachteiligten Gebieten allerdings öfter weniger mobil zeigen und ihren Sozialraum seltener verlassen, erreichen diese Arten von Angeboten die Zielgruppe auch seltener (vgl. Bremer et al. 2015). Daher kann die Wahl von Veranstaltungsorten für politische Bildungsarbeit oder Beteiligungsformate im Sozialraum, an Orten, die der anvisierten Zielgruppe bereits bekannt und vertraut sind, ein wichtiges Kriterium darstellen, um eine größere Wirkung zu entfalten (vgl. Mania 2021). In diesem Zusammenhang wird der Ansatz der aufsuchenden politischen Bildung seit ca. fünf Jahren in der Fachwelt stärker diskutiert. Dieser setzt an der räumlichen Hürde an, indem er politische Bildung dezentral im Sozialraum an Orten, die den Menschen aus ihrem Alltag bekannt sind, anbietet. Zudem setzt er auch bei der Themenauswahl an der alltäglichen Lebenswelt der Menschen vor Ort an, um so die Relevanz politischer Fragestellungen für den eigenen Alltag zu verdeutlichen (Berliner Landeszentrale für politische Bildung 2021).

Da das Forschungsfeld der aufsuchenden politischen Bildung noch relativ neu ist, werden momentan in verschiedenen Bereichen Modellprogramme durchgeführt, die insbesondere neue Methoden und Formate testen sollen. Unter anderem die Bundeszentrale für politische Bildung startete im Jahr 2021 in Kooperation mit dem Bundesbauministerium im Rahmen der ressortübergreifenden Strategie Soziale Stadt „Miteinander im Quartier" das Modellprogramm „Gleiche politische Teilhabe" in Gebieten des *Sozialen Zusammenhalts*. Ziel ist es, Hemmungen der Bewohnerinnen und Bewohner in Bezug auf politische Teilhabe und die Beschäftigung mit politischen Themen durch eine aufsuchende politische Bildung zu überwinden. Inwieweit ein solcher Ansatz Wirkung zeigt, bleibt noch abzuwarten. Es zeichnet sich bereits teilweise die Tendenz ab, dass auch hier wiederum in den Gebieten nur bestimmte Gruppen Angebote wahrnehmen.

Literatur

Berliner Landeszentrale für politische Bildung (2021): Aufsuchende politische Bildung. Eine Bestandserhebung in Deutschland 2021. Berlin.

Böhnke, P. (2010): Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. In: APuZ B 1-2/2011: Postdemokratie?. S. 18–25.

Bremer, H., M. Kleemann-Göhring und F. Wagner (2015): Sozialraumorientierung im Kontext aufsuchender Bildungsarbeit und -beratung. In: Erwachsenenbildung und Raum: Theoretische Perspektiven – professionelles Handeln – Rahmungen des Lernens, S. 105–116.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2004): Die soziale Stadt, Ergebnisse der Zwischenevaluierung. Bewertung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt" nach vier Jahren Programmlaufzeit. Unter Mitarbeit von Reinhard Aehnelt, Hartmut Häußermann, Wolfgang Jaedicke, Michael Kahl und Klaus-Dieter Beißwenger. Berlin: BMVBW; Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung [Vertrieb].

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. (Hg.) (2008): Eckpunkte des Deutschen Vereins zur sozialräumlichen Ausgestaltung kommunalen Handelns, zuletzt aktualisiert am 26.06.2008, zuletzt geprüft am 06.10.2010.

Elias, N. und J. L. Scotson (1993): Etablierte und Außenseiter. Frankfurt am Main.

Friedrichs, J. (2014): Kontexteffekte von Wohngebieten. In: Köln Z Soziol 66 (S1), S. 287–316.

Friedrichs, J. und A. Nonnenmacher (2014): Die Analyse sozialer Kontexte. In: Köln Z Soziol 66 (S1), S. 1–16.

Friesecke, F. (2017): Aktivierung von beteiligungsschwachen Gruppen in der Stadt- und Quartiersentwicklung. In: Hartmut Bauer, Christiane Büchner und Lydia Hajasch (Hg.): Partizipation in der Bürgerkommune. Potsdam, KWI Schriften 10, S. 117–138.

Giebler, H. und W. Merkel (2016): Freedom and Equality in Democracies: Is There a Trade-off?. In: International Political Science Review, Vol. 37, Iss. 5, S. 594–605.

Helbig, M. und S. Jähnen (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. In: WZB Discussion Paper P2018-001. Berlin.

Kaßner, J. und N. Kersting (2021): Neue Beteiligung und alte Ungleichheit? Politische Partizipation marginalisierter Menschen. In: vhw-Schriftenreihe 22. Berlin.

Kersting, N. und S. Jähn (2021): Soziale Ungleichheit und quartiersbezogene politische Partizipation. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, vol. 34, no. 1. S. 14–23.

Kroh, M. und C. Könnecke (2013): Arm, arbeitslos und politisch inaktiv?. In: DIW Wochenbericht 42/2013: Politische Beteiligung. Berlin. S. 3–15.

Luhmann, N. (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft, Band 2, Frankfurt am Main

Mania, E. (2021): Sozialraumorientierte Bildungsarbeit für sogenannte „bildungsferne Gruppen". In: Hessische Blätter für Volksbildung, 71(4). S. 31–40.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (2016): Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland. Online verfügbar unter https://www.gut-leben-in-deutschland.de/downloads/Regierungsbericht-zur-Lebensqualitaet-in-Deutschland.pdf.

Simonson, J. und C. Vogel (2017): Politische Partizipation: Unterschriftenaktionen, Demonstrationen, Bürgerinitiativen und politische Ämter. In: Simonson, J., C. Vogel und C. Tesch-Römer (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden: Springer VS. S. 199–217.

Stadt Köln (2020): Oberbürgermeisterwahl. Online unter: https://www.stadt-koeln.de/wahlen/kommunalwahl/09-2020/Buergermeisterwahl_NRW_44_Uebersicht_stadtteil.html (zuletzt abgerufen: 17.06.2022)

van Ham, M. und Manley, D. (2012): Neighbourhood Effects Research at a Crossroads: Ten Challenges for Future Research. Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA). Bonn (IZA Discussion Paper, 6793).

Mario Datts, Marianne Kneuer

Mobile politische Beteiligung – erneut nur die üblichen Verdächtigen?

Eine empirische Analyse der Nutzung der Tübinger BürgerApp

Digitale Bürgerbeteiligungsprozesse sind inzwischen als etabliert anzusehen . Es gibt allerdings so gut wie keine Studien, die mobile Beteiligungskonzepte untersuchen. Die vorliegende Studie widmet sich diesem neuen Phänomen digitaler Partizipation unter dem Aspekt der sozialen Verzerrung. Können Städte durch die Nutzung smarter Beteiligungsinstrumente auch jene Gruppen der Stadtgesellschaft mobilisieren, die sich traditionell nicht oder kaum politisch engagieren? Gelingt es also durch die Nutzung von neueren Formen der digitalen Beteiligung andere als die „üblichen Verdächtigen" zu mobilisieren? Die Analyse zweier Beteiligungsprozesse mittels der „BürgerApp" in der Stadt Tübingen in den Jahren 2019 und 2020 lässt vermuten, dass traditionell wenig partizipationsfreudige Bürgerinnen und Bürger auch durch Apps nicht signifikant stärker mobilisiert werden. Im Gegenteil, wir finden unter den Teilnehmenden an den „Smartphone-Konsultationsprozessen" vor allem männliche Bürger mittleren Alters mit einer starken Technikneugierde.

Dr. Mario Datts
Wissenschaftlicher Referent beim Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt-Projektträger
mario.datts@dlr.de

Prof. Dr. Marianne Kneuer
Professorin für Politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden
marianne.kneuer@tu-dresden.de

Schlüsselwörter:
Digitale Partizipation – mobile Partizipation – Beteiligungs-Apps – Kommunalpolitik – politische Online-Beteiligung

Vorbemerkung

Die Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Städten, die sich als „smart" verstehen, zielt unter anderem darauf ab, politische Initiativen der Stadtverwaltung näher an die Bürger*innen zu bringen und so Verständnis und Unterstützung der Stadtgesellschaft für bestimmte Projekte zu erzeugen (Przeybilovicz et al., 2020, S. 4). Inzwischen scheint die Bürgerbeteiligung in Städten an der Schwelle zu einer neuen Ära zu stehen: Stadtverwaltungen haben damit begonnen, den Bürger*innen Beteiligungsmöglichkeiten über deren mobile Endgeräte zur Verfügung zu stellen (T. Ertiö, 2013; T.-P. Ertiö & Ruoppila, 2014; Höffken & Streich, 2013; Le Blanc, 2020, S. 12; Martin, 2014). Obwohl die Relevanz mobiler Medien seit Jahren zunimmt, gibt es nur wenig Forschung zu mobilen Medien im Kontext politischer Partizipation (Gil de Zúñiga et al., 2009; Martin, 2014; Park et al., 2009). Während es vergleichsweise viel Forschung zur Nutzung mobiler Anwendungen (Apps) für die Meldung von Infrastrukturproblemen oder auch Naturkatastrophen gibt, sind Erkenntnisse zu Apps, die der Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen dienen, kaum vorhanden. Diese Forschungslücke ist für Praktiker*innen und Wissenschaftler*innen bedauerlich, da mit jedem Technologiesprung im Rahmen der politischen Partizipation die Hoffnung verknüpft ist, mehr Menschen für Politik zu begeistern und die Legitimation politischer Entscheidungen zu verbessern (Büchi & Vogler, 2017, 9).

Der Schwerpunkt der folgenden Ausführungen liegt auf der Frage, ob mobile Partizipationsangebote in urbanen Räumen bestimmte demokratische Versprechen erfüllen können, die in der Forschung zum Internet und digitalen Medien im Kontext politischer Partizipation häufig artikuliert werden, wie etwa das Versprechen auf mehr Inklusivität bislang marginalisierter oder wenig repräsentierter Bürger*innen und deren Mobilisierung (Granier & Kudo, 2016, S. 65; Kneuer & Datts, 2020; Mossberger et al., 2013; Mossberger & McDonald, 2008). Ausgehend von den Erkenntnissen über digitale Partizipation und ihre Prädiktoren wollen wir untersuchen, ob Partizipationsprozesse über Apps mehr und andere Bürger*innen für Politik mobilisieren (vor allem jüngere und weibliche Bürger*innen), als dies bei den bekannten Beteiligungsverfahren der Fall ist, oder ob wir eher das Gegenteil beobachten können und neue Ungleichheitsfaktoren entstehen bzw. bestehende verstärkt werden, indem bestimmte Teile der Stadt-

gesellschaft systematisch ausgeschlossen werden, z. B. ältere und weniger technikaffine Menschen.

Mobile politische Beteiligung in Tübingen

Die Stadt Tübingen beschloss im Jahr 2019, ein erstes Beteiligungsverfahren über die sogenannte BürgerApp, eine Anwendung für mobile Endgeräte, durchzuführen. Gegenstand dieser Konsultation war der Neubau eines öffentlichen Bades und eines Konzertsaals. Vom 11. bis 25. März 2019 wurde den Bürger*innen neben der Möglichkeit, sich über eine Website oder schriftlich zu beteiligen, auch das Instrument einer App angeboten. Mit Hilfe der BürgerApp konnten die mehr als 76.000 stimmberechtigten Tübinger*innen an der Befragung teilnehmen. Die App konnte in den bekannten App-Stores kostenlos heruntergeladen werden.

Vom 4. bis 18. Februar 2020 führte die Stadt ein zweites Beteiligungsverfahren zur Schließung einer Autospur zugunsten der Einrichtung eines Radweges auf einer Brücke durch, die eine wichtige Zufahrt zur Innenstadt darstellt. Erneut konnten sich die Bürger*innen über die Bürger-App beteiligen. Bei beiden Bürgerbeteiligungsprozessen haben fast alle Teilnehmenden die mobile Möglichkeit genutzt, um ihre Stimme abzugeben (über 95 Prozent). Die Ergebnisse der beiden mobilen Partizipationsprozesse waren rechtlich zwar nicht bindend, allerdings haben sowohl der Oberbürgermeister als auch der Gemeinderat im Vorfeld zugesagt, die Ergebnisse zu berücksichtigen und etwaige Abweichungen zu begründen. Diese Zusagen wurden bei beiden Partizipationsverfahren eingehalten

Soziale Ungleichheitsfaktoren

Zunächst adressieren wir die mobile Partizipation aus der Perspektive der Forschung zur digitalen Ungleichheit (Büchi & Vogler, 2017, 1; Dutton et al., 2013). Diese Perspektive bezieht sich auf die klassische Frage, welche individuellen Faktoren die politische Partizipation bestimmen. Diese Frage ist zwar in Bezug auf digitale Partizipationsverfahren untersucht worden, allerdings nicht für Beteiligungsverfahren bei denen man über sein Smartphone teilnehmen konnte (Martin, 2014, S. 176). Zahlreiche Studien zur E-Partizipation (Martin, 2014; Mossberger & McDonald, 2008; Oser et al., 2013, Schlozman et al. 2010, S. 503) zeigen, dass Männer mit einem höheren sozioökonomischen Status eher an digitalen Partizipationsangeboten teilnehmen, während Frauen, ältere Menschen, wirtschaftlich Benachteiligte und weniger Gebildete seltener an Online-Prozessen partizipieren. Ob dies auch auf mobile Partizipationsverfahren zutrifft, wurde bislang nicht untersucht. Einerseits ist zu vermuten, dass die Nutzung von Apps inzwischen so „normal" ist, dass der individuelle Bildungsgrad einer Person hierbei keine Rolle mehr spielt. Allerdings ist aus der Innovationsforschung bekannt, dass diejenigen Personen, die die Vorteile einer neuen Idee am dringendsten benötigen (die weniger Gebildeten, weniger Wohlhabenden etc.), im Allgemeinen als Letzte eine Innovation nutzen (Rogers, 2003, S. 295). Zudem ist eine zentrale Erkenntnis der Partizipationsforschung, dass sich besser gebildete Personen eher für Politik interessieren und sich daher wahrscheinlicher politisch engagieren. Unsere erste Hypothese lautet daher wie folgt:

H_1: Je geringer der Bildungsgrad einer Person ist, desto weniger wahrscheinlich nimmt sie an einem mobilen Partizipationsverfahren teil.

Es gibt allerding durchaus auch Grund zu der Annahme, dass durch ein mobiles Beteiligungsverfahren bestimmte Gesellschaftsgruppen mobilisiert werden, die sich normalerweise weniger an digitalen Partizipationsverfahren beteiligen. So nutzen jüngere Personen sowie Frauen ihr Smartphone inzwischen häufiger als ältere Personen bzw. Männer (Andone et al., 2016). Vor diesem Hintergrund lauten die weiteren Hypothesen unserer Untersuchung wie folgt:

H_2: Frauen partizipieren mit einer größeren Wahrscheinlichkeit an einem mobilen Partizipationsverfahren als Männer.

H_3: Jüngere Bürger*innen partizipieren mit einer größeren Wahrscheinlichkeit an einem mobilen Partizipationsverfahren als Ältere.

Ein traditioneller Ungleichheitsfaktor im Kontext politischer Bürgerbeteiligung stellt eine Zuwanderungsgeschichte der zu Beteiligenden dar. Personen, deren Eltern im Ausland geboren sind, sind in der Regel politisch weniger interessiert, als die autochthonen Teile der Gesellschaft. Dies wird auf sozioökonomische Benachteiligungen und soziale Exklusions- und in dessen Folge Abschottungsprozesse zurückgeführt. Migranten beteiligen sich in den meisten Gesellschaften traditionell eher gering an der Politik und reichen dieses Verhalten häufig (unbewusst) an ihre Kinder weiter. Ein zentrales Anliegen politischer Beteiligungsverfahren müsste daher sein, stärker auf die Besonderheiten dieser Gruppen einzugehen, um sie für Teilhabe an Politik zu gewinnen. Die Möglichkeit sich über eine App zu beteiligen, reicht sehr wahrscheinlich nicht aus, um vorhandene Beteiligungshürden bei Menschen mit einer Migrationsgeschichte zu durchbrechen. Unsere vierte Hypothese lautet daher wie folgt:

H_4: Personen deren Eltern im Ausland geboren sind, beteiligen sich seltener an einem mobilen Partizipationsverfahren als Personen, deren Eltern nicht im Ausland geboren sind.

Eine Hoffnung, die mit digitalen Beteiligungsinstrumenten traditionell verbunden ist, ist die Senkung von Partizipationskosten (Granier & Kudo, 2016, S. 65–66; Tolbert & McNeal, 2003). Der Vorteil der mobilen Beteiligung liegt offensichtlich in der Portabilität, die zeitliche und räumliche Barrieren und die damit verbundenen Kosten beseitigt (T. Ertiö, 2013, S. 3). Das Smartphone haben die meisten Menschen gegenwärtig schnell griffbereit und erledigen viele berufliche und private Dinge unterwegs, z. B. in der Straßenbahn auf dem Weg nach Hause. In dieser Hinsicht ist anzunehmen, , dass eine App einen Unterschied machen kann zur Beteiligung an stationären Geräten:

H_5: Je stärker das Bedürfnis einer Person nach Zeitersparnis ausgeprägt ist, desto wahrscheinlich nimmt sie an einem mobilen Partizipationsverfahren teil.

Bei einem technologiebasierten Beteiligungsinstrument stellt sich zudem die Frage, ob dieses eher technikaffine Personen anspricht. Untersuchungen von klassischen digitalen Partizipationsverfahren haben gezeigt, dass sich digitale Kompetenzen positiv auf die Beteiligung an solchen Verfahren auswirken und dadurch auch ansonsten politisch eher wenig engagierte Personen mobilisieren (Krueger & Park, 2020; Oser et al., 2013). Die Schattenseite dieser Erkenntnis ist, dass im Rahmen technisch innovativer Bürgerbeteiligungsverfahren möglicherweise neue soziale Ungleichheitsfaktoren entstehen und weniger technikaffine Teile der Gesellschaft systematisch ausgeschlossen werden. Diesem Sachverhalt gehen wir auf Basis der folgenden Hypothesen näher auf den Grund:

H_6: Personen mit einer stark ausgeprägten Neugierde auf neue Technologien, beteiligen sich mit einer größeren Wahrscheinlichkeit an einem mobilen Partizipationsverfahren als technologisch weniger interessierte Personen.

H_7: Personen die sich selbst eine hohe Kompetenz im Umgang mit technologischen Neuerungen zusprechen, beteiligen sich mit einer größeren Wahrscheinlichkeit an einem mobilen Partizipationsverfahren als im Umgang mit neuen Technologien weniger selbstbewusste Personen.

Datengrundlage und Methodik

Sample

Wir untersuchen die oben genannten Hypothesen auf der Grundlage eines Datensatzes, der durch zwei Nachbefragungen zu den oben genannten Bürgerbeteiligungsprozessen in Tübingen gebildet wurde. Ein durch die Autoren des Beitrags entwickelter standardisierter Fragebogen wurde von der Stadt Tübingen an eine zufällig ausgewählte Stichprobe aus dem Einwohnermeldeamt verschickt. Dadurch sollte dem Kriterium der Repräsentativität bestmöglich entsprochen werden, da alle Bürger die gleiche Auswahlwahrscheinlichkeit hatten.

Die erste Welle von Fragebögen wurde per Briefpost im April/Mai 2019 verschickt (n = 1.541; Rücklaufquote: 204 Fragebögen). Ein Follow-up wurde Anfang Juli 2019 durchgeführt (Rücklaufquote: 82 Fragebögen). Insgesamt wurden 286 Fragebögen ausgefüllt, was einer Rücklaufquote von 18,56 Prozent entspricht. Im Jahr 2020 wurde der gleiche Fragebogen an 1.609 zufällig ausgewählte Einwohner verschickt. Die Rücklaufquote lag bei 349 ausgefüllten Fragebögen, was einer Rücklaufquote von 21,69 Prozent entspricht und damit etwas höher ist als bei der ersten Erhebung.

Obwohl die Erhebung im Abstand von einem Jahr wiederholt wurde, handelt es sich um Querschnittsstichproben. Daher sind Beteiligungsunterschiede zwischen verschiedenen Personengruppen, z. B. Bürger unterschiedlichen Alters, nicht exakt diesem individuellen Merkmal zuzuordnen, da es sich hierbei auch um Kontexteffekte handelt könnte (beim Alter z. B. um einen Kohorteneffekt). Anhaltspunkte für Ursache-Wirkungszusammenhänge lassen sich in Querschnittdesigns dennoch eruieren. Eine weitere Einschränkung, die erwähnt werden sollte, ist die Tatsache, dass wir in unserer zweiten Umfrage Schwierigkeiten hatten, diejenigen Bürger zu erreichen, die nicht am Tübinger Beteiligungsverfahren teilgenommen haben. Nur 25 Teilnehmer gaben an, nicht partizipiert zu haben. Hinsichtlich der Geschlechterverteilung entsprechen beide Datensätze der Nachbefragung der Struktur der Tübinger Bevölkerung (53 Prozent Frauen und 47 Prozent Männer). Allerdings sind jüngere Einwohner in beiden Samples unterrepräsentiert, während Angehörige der Altersgruppe 51–75 überdurchschnittlich häufig an unseren Nachbefragungen teilgenommen haben (Tabelle 1 und 2). Das anvisierte Kriterium der Repräsentativität konnte also nicht erreicht werden, weshalb die im Folgenden berichteten Ergebnisse der statistischen Analysen mit Vorsicht zu interpretieren sind.

Tab. 1: *Soziodemographische Verteilung im Datensatz und in der Einwohnerschaft Tübingens (ab 16 Jahre) beim ersten Beteiligungsverfahren mit der BürgerApp 2019*

Merkmale	Verteilung im ersten Sample (in %)	Verteilung in der Grundgesamtheit (in %)
Geschlecht		
weiblich	53	53
männlich	47	47
Alter		
16–20	2,8	7,8
21–25	9,4	15,2
26–30	7,7	12,4
31–40	10,1	16,0
41–50	12,6	12,1
51–60	20,6	14,2
61–75	23,8	14,1
< 76	8,0	8,3

Tab. 2: *Soziodemographische Verteilung im Datensatz und in der Einwohnerschaft Tübingens (ab 16 Jahre) beim ersten Beteiligungsverfahren mit der BürgerApp 2020*

Merkmale	Verteilung im zweiten Sample (in %)	Verteilung in der Grundgesamtheit (in %)
Geschlecht		
weiblich	53	53
männlich	47	47
Alter		
16–20	2,35	7,70
21–25	8,24	15,60
26–30	10,88	12,66
31–40	15,59	16,18
41–50	9,71	11,62
51–60	22,35	13,81
61–75	22,35	14,09
< 76	8,53	8,36

Operationalisierung

Da die Daten der Stadt auf eine kurvenförmige Beziehung zwischen dem Alter und der Wahrscheinlichkeit der Teilnahme an den beiden Konsultationsprozessen hindeuten – wie unten noch zu zeigen sein wird – haben wir einen quadrierten Term für das Alter berechnet. Ein positiver β-Koeffizient für den nicht-quadrierten Altersterm und ein negativer für den quadrierten Term würde auf einen kurvilinearen Zusammenhang zwischen Alter und Beteiligung hinweisen. Außerdem kann der Höhepunkt der kurvilinearen Funktion berechnet werden, ab dem sie abnimmt (-βAlter / 2βAlter zum Quadrat).

In Bezug auf den sozioökonomischen Status einer Person haben wir die formale Bildung einer Person herangezogen und sie nach ihrem höchsten Bildungsabschluss gefragt, da die Faktoren, die es Bürgern mit höherem sozioökonomischem Status ermöglichen, die digitalen Möglichkeiten besser zu nutzen, „alle mit der Bildung zusammenhängen" (Büchi & Vogler, 2017, 2). Allerdings ist das Bildungsniveau in unseren beiden Stichproben sehr hoch. Die Nachbefragungen haben die Bürger*innen mit einem niedrigeren Bildungsniveau kaum erreicht. Um dennoch ausreichend Fälle pro Kategorie zu gewährleisten, haben wir eine dichotome Variable mit den Kategorien „0 = allgemeine Hochschulreife oder weniger" und „1 = Hochschulabschluss oder Promotion" gebildet.

Die Technikaffinität einer Person wurden mit Hilfe von 5-Punkt-Likert-Skalen gemessen. Die Umfrageteilnehmer wurden gebeten, ihre Zustimmung oder Ablehnung zu verschiedenen Aussagen zu äußern. Zur Durchführung statistischer Analysen wurde jeder Skalenausprägung ein numerisches Verhältnis zugeordnet („stimme überhaupt nicht zu" = 1 bis „stimme voll zu" = 5).

Die zu erklärende Variable unseres Modells ist die Teilnahme am mobilen Konsultationsprozess. Die abhängige Variable ist dementsprechend dichotom ausgeprägt: „teilgenommen" = 1 bzw. „nicht teilgenommen" = 0.

Statistisches Untersuchungsmodell

Unser statistisches Untersuchungsmodell besteht aus vier unabhängigen Variablen (Geschlecht, Alter, Bildungsabschluss, Technikaffinität) und einer abhängigen Variable (Teilnahme am mobilen Konsultationsprozess). Die Fragestellung unserer Untersuchung lautet: Haben Geschlecht, Alter, Bildungsabschluss oder Technikaffinität (unabhängige Variable) einen Einfluss auf die Teilnahme am mobilen Konsultationsprozess? Statistisch formuliert: Haben die unabhängigen Variablen einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, dass die abhängige Variable den Wert 1 annimmt? Und wie stark ist deren Einfluss? Das Erkenntnisinteresse der Untersuchung sowie die Ausprägung der abhängigen Variable verweisen auf die logistische Regressionsanalyse als eine sinnvolle statistische Methodik.

Wir berechnen multivariate logistische Regressionsmodell, in denen geschätzt wird, wie stark die unabhängigen Variablen die Wahrscheinlichkeit erhöhen oder verringern, dass die abhängige Variable den Wert 1 annimmt. Die Auswirkungen der unabhängigen Variablen (z. B. der Technikneugierde) werden dabei um den Einfluss der anderen Merkmale, wie Alter oder Geschlecht, „bereinigt". Diese statistische Methode kann daher dazu verwendet werden, um die kontrollierten Auswirkungen mehrerer erklärender Variablen auf eine dichotome Ergebnisvariable zu testen; in unserem Fall auf die Wahrscheinlichkeit einer Person, an einem mobilen Beteiligungsprozess zu partizipieren.

Der Zusammenhang zwischen einer unabhängigen Variablen und einer dichotomen abhängigen Variablen kann über die Berechnung von „Odds" (bzw. Wettquoten) geschätzt werden. Dabei wird die Wahrscheinlichkeit, dass die abhängige Variable den Wert 1 (= Eintreten des Ereignisses) hat in Relation zur Wahrscheinlichkeit gesetzt, dass die Variable den Wert 0 aufweist (= Nichteintreffen des Ereignisses). Die relative Chance auf Eintreten des Ereignisses wird auch als „Odds Ratio" bezeichnet. In einem logistischen Regressionsmodell wird für jede unabhängige Variable kalkuliert, wie sich die Chance auf Eintreten des Ereignisses verändert, wenn die unabhängige Variable um eine Einheit (z.B. um ein Jahr beim Alter einer Person) steigt – unter der Bedingung das alle anderen Variablen im Modell unverändert bleiben (z. B. das Geschlecht einer Person oder deren Technikneugierde gleichbleiben). Ist das Odds Ratio bei einer unabhängigen Variable größer 1, so bedeutet dies, dass sich die Chance auf Eintreten des Ereignisses erhöht, wenn die unabhängige Variable um eine Einheit ansteigt.

Empirische Ergebnisse

Bevor wir die Ergebnisse der logistischen Regressionsmodelle vorstellen, ist auf die Daten der Stadt Tübingen einzugehen, da diese bereits für zwei der uns interessierenden Merkmale Schlussfolgerungen zulassen: für das Geschlecht und das Alter. In beiden Beteiligungsverfahren, in denen die BürgerApp eingesetzt wurde, ist eine ungleiche soziodemografische Beteiligung nach Geschlecht und Alter festzustellen (Tabelle 3). Männer mittleren Alters (40–60 Jahre) sind überrepräsentiert. Zwar ist bei den jungen und weiblichen Einwohnern bei der zweiten Konsultation eine stärkere Steigerungsrate zu beobachten als bei männlichen Bürgern mittleren Alters. Allerdings reicht diese nicht aus, um die sehr ungleiche Beteiligung nach Geschlecht und Alter auszugleichen (Tabelle 3 und 4).

Tab. 3: *Soziodemographische Verteilung in der Einwohnerschaft Tübingens (ab 16 Jahre) und bei den Teilnehmenden des ersten Beteiligungsverfahrens mit der BürgerApp 2019*

Merkmale	Teilnahme-berechtigte in %	Teilnehmende in %
Geschlecht		
weiblich	52.61	47.04
männlich	46.84	52.65
Alter		
16–20	7.84	6.70
21–25	15.22	10.62
26–30	12.38	10.25
31–40	15.98	17.20
41–50	12.09	16.42
51–60	14.16	19.29
61–75	14.06	16.64
< 76	8.26	2.89
Total	**15.21**	

Tab. 4: *Soziodemographische Verteilung in der Einwohnerschaft Tübingens (ab 16 Jahre) und bei den Teilnehmenden des zweiten Konsultationsprozess mit der BürgerApp 2020*

Merkmale	Teilnahme-berechtigte in %	Teil-nehmende in %	Änderungsrate ((ANt1-ANt2)/ ANt1)*100)
Geschlecht			
weiblich	53.15	47.95	+61.86
männlich	46.85	52.05	+56.99
Alter			
16–20	7.70	6.98	+39.57
21–25	15.60	11.79	+43.28
26–30	12.66	11.05	+41.58
31–40	16.18	16.50	+34.38
41–50	11.62	13.92	+25.73
51–60	13.81	19.17	+36.62
61–75	14.09	16.84	+37.76
< 76	8.36	3.75	+51.58
Total	**23.45**		**+6,866 Tln (58.80%)**

Das Geschlecht und das Alter haben offenbar eine zentrale Rolle für die Teilnahmewahrscheinlichkeit gespielt. In beiden Befragungen partizipierten männliche Einwohner deutlich stärker, als weibliche. Zudem zeigen die Daten der Stadt Tübingen, dass die relative Beteiligungsquote in den Altersgruppen der unter Dreißigjährigen sowie der über Sechsundsiebzigjährigen geringer ist als ihr Anteil an den Teilnahmeberechtigten. In den Altersgruppen der Überdreißigjährigen steigt die Überrepräsentation bis zur Altersgruppe der Einundfünfzig- bis Sechzigjährigen an und fällt anschließend ab. Wenn relative Abweichungen graphisch mithilfe einer (polynomischen) Trendlinie abgebildet werden, wird der Effekt des Alters auf die Teilnahme gut ersichtlich: Es handelt sich offenbar um einen kurvilinearen Zusammenhang zwischen dem Alter und der Teilnahme (Abbildung 1 und 2).

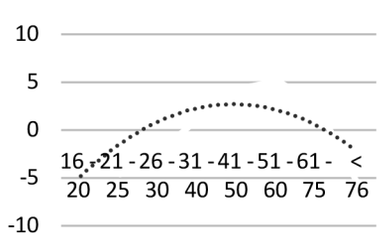


Abb. 1: *Polynomische Trendlinie der relativen Abweichungen in den Altersgruppen beim ersten Beteiligungsverfahren mit der BürgerApp 2019*

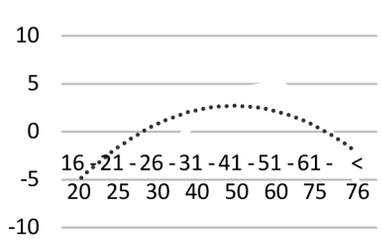


Abb. 2: *Polynomische Trendlinie der relativen Abweichungen in den Altersgruppen beim zweiten Beteiligungsverfahren mit der BürgerApp 2020*

Was mit den Daten allerdings nicht beantwortet werden kann, ist, ob der soziodemographische Hintergrund einer Person für sich allein genommen einen Effekt auf die Teilnahme aufweist, oder ob die Merkmale stellvertretend für andere Merkmale stehen, die die Entscheidung möglicherweise direkter beeinflusst haben, z.B. die Technikneugierde einer Person. Es ist schließlich denkbar, dass männliche Einwohner neugieriger auf neue Technologien sind und sich deswegen wahrscheinlicher an einer App-basierten Abstimmung beteiligten. Auch ist denkbar, dass zeitsparende Beteiligungsmöglichkeiten besonders für Bürgerinnen und Bürgern mit (gefühlt) wenig Freizeit attraktiv sind und dass das Alter hier nur eine Proxyvariable abbildet, der eigentlich Effekt aber daher stammt, dass Personen im mittleren Alter beruflich und familiär stärker eingebunden sind, als sehr jungen und sehr alte Personen. Da wir auf Basis unserer im Nachgang an die beiden Beteiligungsprozesse durchgeführten Erhebungen auch die Technikkompetenz sowie das individuelle Empfinden über genügend (bzw. zu wenig) Freizeit zu verfügen modellieren können und dabei die Effekte sämtlicher erklärender Merkmale isoliert voneinander betrachten können, ist es uns im Folgenden möglich, einen weiteren Erklärungsschritt zu gehen.

Tab. 4: *Logistisches Regressionsmodell auf Basis von Daten zur Nachbefragung zum ersten Beteiligungsverfahren mit der BürgerApp 2019 (N= 224)*

Merkmale	Relative Wahr-scheinlichkeit (Odds Ratio)	Regressions-koeffizient	Signifi-kanz
Alter	1,10	,10	,05
Alter (quadriert)	0,99	-,00	,11
Geschlecht (männ-lich = 1 | weiblich = 0)	1,57	,45	,16
Migrationsgeschichte	,88	-,12	,77
Bildung	1,20	,18	,58
Freizeit	,84	-,17	,21
Technikneugierde	1,90	,64	,00
Technikkompetenz	1,07	,07	,69

Tab. 5: *Logistisches Regressionsmodell auf Basis von Daten zur Nachbefragung zum zweiten Beteiligungsverfahren mit der BürgerApp 2020 (N= 295)*

Merkmale	Relative Wahr-scheinlichkeit (Odds Ratio)	Regressions-koeffizient	Signifi-kanz
Alter	1,21	,19	,02
Alter (quadriert)	0,99	-,00	,02
Geschlecht (männ-lich = 1 | weiblich = 0)	1,10	,09	,87
Migrationsgeschichte	2,75	1,01	,35
Bildung	,29	-1,22	,15
Wenig Freizeit	,61	-,49	,09
Technikneugierde	1,73	,55	,04
Technikkompetenz	1,48	,39	,17

Die Tabellen 4 und 5 zeigen die Ergebnisse der statistischen Modelle, die auf unseren Erhebungsdaten basieren und bei denen der um andere Merkmale einer Person bereinigte Effekt der getesteten unabhängigen Variablen auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit berechnet wurde. Die Ergebnisse bestätigen die getätigte Vermutung hinsichtlich des Alters, da der nicht-quadrierten Altersterm die Chance erhöht, dass eine Person an der Abstimmung teilgenommen hat, während der quadrierte Altersterm die Chance verringert. Dieses Ergebnis deutet, wie oben erwähnt, auf einen kurvilinearen Zusammenhang hin und bestätigt insofern die Analysen auf Basis der Daten der Stadt Tübingen. Die beiden logistischen Regressionsmodelle deuten zudem daraufhin, dass sich die Teilnahmewahrscheinlichkeit erhöht, wenn eine Person männlich ist (d.h. die Variable Geschlecht 1 war). Allerdings sind die Odds Ratio der Variable Geschlecht statistisch nicht signifikant, wodurch ihre Aussagekraft eingeschränkt ist und man sie vorsichtig interpretieren sollte.

Vor dem Hintergrund der Daten der Stadt Tübingen zu beiden Einwohnerbefragungen mit der BürgerApp ist es aus unserer Sicht allerdings legitim die These aufzustellen, dass das Merkmal Geschlecht einen starken und von der Technikkompetenz bzw. -neugierde sowie dem Alter und dem Freizeitempfingen unabhängigen Einfluss auf die Teilnahme einer Person ausübte.

Ob dieser Effekt mit anderen, hier nicht getesteten Merkmalen in Zusammenhang steht bzw. mit welchen, kann auf Basis unserer Daten nicht gesagt werden. Die uns zur Verfügung stehenden Daten deuten jedenfalls darauf hin, dass eine mobile Beteiligungsapp nicht dazu in der Lage ist die bekannten demographischen Verzerrungen politischer Partizipation aufzuheben. Die Hypothesen zwei und drei müssen verworfen werden und sind zur Veranschaulichung daher rot unterlegt:

H_2: Frauen partizipieren mit einer größeren Wahrscheinlichkeit an einem mobilen Partizipationsverfahren als Männer.

H_3: Jüngere Bürgerinnen und Bürger partizipieren mit einer größeren Wahrscheinlichkeit an einem mobilen Partizipationsverfahren als Ältere.

Die Migrationsgeschichte einer Person stellt, wie oben beschrieben, einen weiteren (potentiellen) demographischen Ungleichheitsfaktor im Bereich der politischen Beteiligung dar. Hinsichtlich dieses Merkmals waren wir von Anfang an skeptischer als beim Geschlecht und Alter und vermuteten, dass sich Personen, deren Eltern nicht in Deutschland geboren wurde, weniger wahrscheinlich an den Bürgerbeteiligungsverfahren partizipieren würden. Die Ergebnisse der statistischen Analysen auf Basis unserer Nachbefragungsdaten sind statistisch nicht signifikant und zudem sind sie zwischen den beiden Datensätzen widersprüchlich: auf Basis der Daten zur Befragung zur ersten Konsultation 2019 verringert der Effekt einer Migrationsgeschichte die Teilnahmewahrscheinlichkeit, während es sich bei der zweiten Befragung genau andersherum verhält. Die vierte Hypothese kann also weder eindeutig belegt, noch widerlegt werden und ist daher farblich nicht markiert.

H_4: Personen deren Eltern im Ausland geboren sind, beteiligen sich weniger wahrscheinlich an einem mobilen Partizipationsverfahren als Personen deren Eltern nicht im Ausland geboren sind.

Hinsichtlich unserer ersten Hypothese verhält es sich ähnlich: wir erhalten widersprüchliche und statistisch nicht signifikante Ergebnisse. Zudem sind in den beiden Nachbefragungs-Samples nur sehr wenige Personen mit einem formal geringen Bildungsgrad. Unsere Datensätze sind hinsichtlich der Bildung nicht repräsentativ. Daher können wir auch die erste Hypothese auf Basis der uns vorliegenden Daten weder belegen, noch widerlegen.

H_1: Je geringer der Bildungsgrad einer Person ist, desto weniger wahrscheinlich nimmt sie an einem mobilen Partizipationsverfahren teil.

Vor dem Hintergrund, dass es sich bei den beiden Einwohnerbefragungen um App-basierte Partizipationsverfahren handelte, lautete unsere Vermutung, dass der Faktor Zeit von Bedeutung sein könnte. Personen mit einem starken Bedürfnis nach Zeitersparnis sollten einen starken Beteiligungsanreiz aufweisen. Diese Annahme bestätigt sich nicht, da sich jene Personen, die in unseren Samples angaben über wenig freie Zeit zu verfügen, auch weniger wahrscheinlich an den beiden Bürgerbeteiligungsprozessen teilnahmen. Da sich dies in beiden Samples gleich verhält, sprechen unsere Daten, trotz der schwachen Signifikanzniveaus, eher dafür, dass auch eine App-basierte Abstimmung nicht wesentlich dazu beiträgt, Personen mit einem geringen Zeitbudget für politische Partizipationsvorhaben zu mobilisieren. Die fünfte Hypothese wird daher abgelehnt und ist entsprechend rot unterlegt:

H_5: Je stärker das Bedürfnis einer Person nach Zeitersparnis ausgeprägt ist, desto wahrscheinlich nimmt sie an einem mobilen Partizipationsverfahren teil.

Da es sich bei den beiden Beteiligungsprozessen um technologisch innovative Partizipationsverfahren handelte, ist es naheliegend, der individuellen Technikkompetenz einen Effekt auf die Teilnahme zuzusprechen. Unsere Hypothese basiert auf der Annahme, dass Personen, die sich eine höhere Kompetenz im Umgang mit neuen Technologien zu sprechen und von sich sagen, dass sie sehr neugierig auf technologische Neuerungen sind, einen stärkeren Anreiz zur Beteiligung haben, als technologisch wenig interessierte Bürgerinnen und Bürger. Hinsichtlich der Neugierde auf neue Technologien bestätigen unsere Daten die Vermutung. Personen, die in unseren beiden Nachbefragungen angaben, neugierig auf neue Technologien zu sein, finden sich auch wahrscheinlicher in der Gruppe derjenigen wieder, die in unseren Nachbefragungen angaben sich an den beiden Beteiligungsverfahren beteiligt zu haben.

H_6: Personen mit einer stark ausgeprägten Neugierde auf neue Technologien, beteiligen sich mit einer größeren Wahrscheinlichkeit an einem mobilen Partizipationsverfahren als technologisch weniger interessierte Personen.

Dies gilt auch für die Technikkompetenz. Einschränkend ist hier allerdings erneut auf das schwache Signifikanzniveau zu verweisen.

> H_7: Personen die sich selbst eine hohe Kompetenz im Umgang mit technologischen Neuerungen zusprechen, beteiligen sich mit einer größeren Wahrscheinlichkeit an einem mobilen Partizipationsverfahren als im Umgang mit neuen Technologien weniger selbstbewusste Personen.

Beide Merkmale sind im Übrigen mit dem männlichen Geschlecht positiv korreliert, was darauf hindeutet, dass diese Merkmale die Effekte des Geschlechts teilweise mediieren. Es deutet sich also an, dass das Geschlecht die individuell empfundenen Technikkompetenzen einer Person beeinflusst, welche wiederum einen direkten Effekt auf die Wahrscheinlichkeit ausübt an einem mobilen Partizipationsverfahren teilzunehmen

Fazit

Die vorliegende Studie leistet einen Beitrag zu dem noch wenig erforschten Gebiet der mobilen politischen Partizipation und leuchtet auf empirischer Basis stärker aus, als dies bisher geschehen ist, inwiefern mobile Partizipationsverfahren einen Beitrag zur Verringerung sozialer Verzerrungen leisten bzw. ob durch diese sogar neue Hürden entstehen.

Durch die Analyse von zwei mobilen Beteiligungsprozessen, die 2019 und 2020 in Tübingen durchgeführt wurden, ist es möglich, Hinweise für die künftigen Chancen und noch zu leistenden Anstrengungen hinsichtlich mobiler Partizipation zu geben. Während die Literatur zum neuen Phänomen der mobilen Partizipation von einer eher optimistischen Sichtweise auf das Potenzial mobiler Beteiligungsinstrumente geprägt ist, können die Ergebnisse unserer Analyse diesen Optimismus nicht bestätigen. Vielmehr verweisen die Daten der Stadt Tübingen sowie unsere eigenen Analysen darauf, dass sich unter den Teilnehmenden der beiden mobilen Partizipationsverfahren in Tübingen überwiegend die „üblichen Verdächtigen" befinden. Sowohl die offiziellen Daten der Stadt als auch unsere Stichprobe unterstreichen, dass männliche Bürger stärker mobilisiert wurden als weibliche. Was den Effekt des Alters betrifft, so hatten wir erwartet, dass jüngere Bürger durch den stark technologisierten Beteiligungsprozess mobilisiert werden würden. Dies war jedoch nicht der Fall. Die Daten der statistischen Analysen verweisen eher auf eine kurvilineare Beziehung zwischen Alter und Beteiligung. Aus der Perspektive partizipativer Demokratiemodelle (Teorell 2006) sind diese Ergebnisse eher ernüchternd, bestätigen sie doch die bekannten demographischen Muster sozialer Ungleichheiten im Bereich der politischen Partizipation. Zudem scheinen sich neue Hürden aufzutun, da die individuelle Technikbegeisterung einen starken positiven Effekt auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit ausgeübt hat. Darüber hinaus zeigt unsere Analyse, dass Bürger*innen, die weniger Zeit haben, seltener am Beteiligungsverfahren partizipierten. Es scheint, dass selbst die Vorteile der ortlosen Benutzerfreundlichkeit einer App die Bedeutung der Zeit für die politische Beteiligung nicht aufheben können.

Die vorliegenden Daten deuten darauf hin, dass eine Partizipations-App keinen entscheidenden Unterschied in Bezug auf die Auswirkungen bekannter partizipativer Ungleichheitsfaktoren macht. Das wirft vor allem Fragen für kommunale Entscheidungsträger*innen und Verwaltungen auf, wie sie die Bürger*innen besser erreichen können – vor allem jenseits der üblichen Verdächtigen. Dies ist insbesondere im Hinblick auf smart city-Projekte relevant, die allesamt Teilhabe von Bürger*innen mitdenken.

Zweifelsohne sind weitere Studien vonnöten, um die Effekte mobiler Partizipationsangebote zu erfassen und über die Zeit nachzuzeichnen. Zudem bedarf es mehr Klarheit über die Nachfrageseite, vor allem hinsichtlich der breiten Partizipationsenthaltung der jüngeren und vermeintlich digitalaffinen Personen, die das größte Fragezeichen aufwirft.

Literatur

Andone, I., Błaszkiewicz, K., Eibes, M., Trendafilov, B., Montag, C. & Markowetz, A. (2016). How age and gender affect smartphone usage. In P. Lukowicz, A. Krüger, A. Bulling, Y.-K. Lim & S. N. Patel (Hrsg.), Proceedings of the 2016 ACM International Joint Conference on Pervasive and Ubiquitous Computing. New York: ACM.

Büchi, M. & Vogler, F. (2017). Testing a Digital Inequality Model for Online Political Participation. Socius: Sociological Research for a Dynamic World 3 (3), 1–13. doi:10.1177/2378023117733903

Dutton, W. H., Hargittai, E. & Hsieh, Y. P. (2013). Digital Inequality (Bd. 1): Oxford University Press.

Ertiö, T. (City of Turku, Hrsg.). (2013). M-participation: the emergence of participatory planning applications. RESEARCH BRIEFINGS 6b/2013, Turku Urban Research Programme. https://depositonce.tu-berlin.de/bitstream/11303/7549/3/schroeder_cedem15.pdf.

Ertiö, T.-P. & Ruoppila, S. (2014). Supporting 'Participation' in Mobile Participation. Innovation and the Public Sector 21, 3–12. doi:10.3233/978-1-61499-429-9-3

Gil de Zúñiga, H., Puig-I-Abril, E. & Rojas, H. (2009). Weblogs, traditional sources online and political participation: an assessment of how the internet is changing the political environment. New Media & Society 11 (4), 553–574. doi:10.1177/1461444809102960

Granier, B. & Kudo, H. (2016). How are citizens involved in smart cities? Analysing citizen participation in Japanese „Smart Communities". Information Polity 21 (1), 61–76. doi:10.3233/IP-150367

Granier, B. & Kudo, H. (2016). How are citizens involved in smart cities? Analysing citizen participation in Japanese „Smart Communities". Information Polity 21 (1), 61–76. doi:10.3233/IP-150367

Höffken, S. & Streich, B. (2013). Mobile Participation. In C. N. Silva (Hrsg.), Citizen e-participation in urban governance. Crowdsourcing and collaborative creativity (Advances in Electronic Government, Digital Divide, and Regional Development, S. 199–225). Hershey, Pa: IGI Global (701 E. Chocolate Avenue Hershey Pennsylvania 17033 USA).

Kneuer, M. & Datts, M. (2020). E-democracy and the Matter of Scale. Revisiting the Democratic Promises of the Internet in Terms of the Spatial Dimension. Politische Vierteljahresschrift. https://rdcu.be/b33Jo.

Krueger, S. & Park, H. (2020). Pathways to Citizen Participation: Participatory Budgeting Policy Choice by Local Governments. Chinese Public Administration Review 11 (1), 46. doi:10.22140/cpar.v11i1.249

Le Blanc, D. (United Nations, Hrsg.). (2020). E-participation: a quick overview of recent qualitative trends. DESA Working Paper No. 163. https://www.un.org/esa/desa/papers/2020/wp163_2020.pdf.

Martin, J. A. (2014). Mobile media and political participation: Defining and developing an emerging field. Mobile Media & Communication 2 (2), 173–195. doi:10.1177/2050157914520847

Mossberger, K. & McDonald, J. (2008). The Benefits of Society Online: Civic Engagement. In K. Mossberger, C. J. Tolbert & R. S. McNeal (Hrsg.), Digital citizenship. The internet, society, and participation (S. 47–66). Cambridge, Mass: MIT Press.

Mossberger, K., Tolbert, C. J. & Franko, W. (2013). Digital cities. The Internet and the geography of opportunity. New York: Oxford University Press.

Oser, J., Hooghe, M. & Marien, S. (2013). Is Online Participation Distinct from Offline Participation? A Latent Class Analysis of Participation Types and Their Stratification. Political Research Quarterly 66 (1), 91–101. doi:10.1177/1065912912436695

Oser, J., Hooghe, M. & Marien, S. (2013). Is Online Participation Distinct from Offline Participation? A Latent Class Analysis of Participation Types and Their Stratification. Political Research Quarterly 66 (1), 91–101. doi:10.1177/1065912912436695

Park, N., Kee, K. F. & Valenzuela, S. (2009). Being immersed in social networking environment: Facebook groups, uses and gratifications, and social outcomes. Cyberpsychology & behavior : the impact of the Internet, multimedia and virtual reality on behavior and society 12 (6), 729–733. https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/19619037/.

Przeybilovicz, E., Cunha, M. A., Geertman, S., Leleux, C., Michels, A., Tomor, Z., Webster, C. W. R. & Meijer, A. (2020). Citizen participation in the smart city: findings from an international comparative study. Local Government Studies, 1–25. doi:10.1080/03003930.2020.1851204

Rogers, E. M. (2003). Diffusion of innovations (Social science, Fifth edition, Free Press trade paperback edition). New York: Free Press.

Schlozman, K. L., Verba, S. & Brady, H. E. (2010). Weapon of the Strong? Participatory Inequality and the Internet. Perspectives on Politics 8 (02), 487–509. doi:10.1017/S1537592710001210

Teorell, J. (2006). Political participation and three theories of democracy. A research inventory and agenda. European Journal of Political Research 45 (5), 787–810. doi:10.1111/j.1475-6765.2006.00636.x

Tolbert, C. J. & McNeal, R. S. (2003). Unraveling the Effects of the Internet on Political Participation? Political Research Quarterly 56 (2), 175–185. doi:10.1177/106591290305600206

Uwe Dreizler, Till Heinsohn, Ansgar Schmitz-Veltin

Die Briefwahl unter dem Vorzeichen der Pandemie: Einblicke – Motive – Folgen

Der vorliegende Beitrag beleuchtet die Entwicklung der Briefwahl in Stuttgart unter dem Vorzeichen der Corona-Pandemie. Scannerverfahren, die aufgrund des gestiegenen Briefwahlaufkommens inzwischen zum Einsatz kommen, erlauben dabei automatisierte Kontrollmöglichkeiten und teilweise ganz neue Einblicke in das Vorgehen der Briefwählenden. Zudem versetzt uns die günstige zeitliche Abfolge der Landtagswahl im März 2021 und der Stuttgarter Bürgerumfrage im April desselben Jahres in die Lage, individuelle Motive für die Briefwahl näher zu beleuchten. Schließlich spannen wir den Bogen zu einer der Grundfesten der Demokratie: dem Prinzip politischer Gleichheit. Denn die Auswertung der Befragungsdaten mittels logistischer Regression liefert Anzeichen dafür, dass nicht nur die Entscheidung wählen zu gehen, sondern auch die Entscheidung per Brief zu wählen, von einer gleichgerichteten sozialen Selektivität geprägt ist.

Uwe Dreizler
Leiter der Abteilung Bevölkerung und Wahlen im Statistischen Amt der Landeshauptstadt Stuttgart.
uwe.dreizler@stuttgart.de

Dr. Till Heinsohn
Leiter der Abteilung Wirtschaft und Befragungen im Statistischen Amt der Landeshauptstadt Stuttgart.
till.heinsohn@stuttgart.de

Dr. Ansgar Schmitz-Veltin
Leiter des Referats Raumbeobachtung im Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg
Ansgar.Schmitz-Veltin@mlw.bwl.de

Schlüsselwörter:
Briefwahl – Corona – Wahlbriefscanner – Briefwahlmotive – Soziale Selektivität

Einleitung

Einstmals eingeführt als Wahlalternative für kranke, alte und behinderte Menschen, griffen bei der zurückliegenden Bundestagswahl bereits mehr als die Hälfte der Wählenden auf die Möglichkeit der Stimmabgabe per Brief zurück. Das gestiegene Briefwahlaufkommen verändert nicht nur die Ausgangslage für die Wahlämter, sondern rückt die Briefwahl selbst mehr und mehr in den Fokus der öffentlichen Debatte. Genährt durch haltlose Unterstellungen des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Trump, wird dabei auch in Deutschland eine mitunter rege Debatte über die Betrugsanfälligkeit der Briefwahl geführt.

Diese Debatte greifen wir auf und zeigen in einem *ersten Analyseschritt*, dass die zur Bewältigung des Briefwahlaufkommens inzwischen zum Einsatz kommenden Scannerverfahren zu einer automatisierten Aufdeckung von Wahlbetrug beitragen können. Zudem ermöglicht die eingesetzte Scannertechnik auch die Auswertung des hinterlegten Zeitstempels. Damit lässt sich zum Beispiel erfahren, wie viel Zeit zwischen Antragstellung und Erfassung der zurückliegenden Wahlbriefe liegt und wie lange die Briefwahlunterlagen beim Wählenden näherungsweise verbleiben. In Kombination mit der repräsentativen Wahlstatistik können wir zudem nachweisen, dass es überproportional häufig junge Männer sind, die zwar Briefwahl beantragen, ihre Unterlagen aber dann nicht zurückschicken.

In einem *zweiten Analyseschritt* widmen wir uns den Motiven für die Briefwahl und beobachten eine beachtliche Verschiebung der Beweggründe über die Zeit. Dass dabei inzwischen rund ein Fünftel der Briefwählenden angeben, lieber zu Hause und ungestört zu wählen, stimmt uns vor dem Wahlgrundsatz, dass Wählende ihren Wahlzettel unbeeinflusst, unbeobachtet und höchstpersönlich ausfüllen, nachdenklich.

Ebenso erwähnenswert erscheint uns die sich unter Pandemiebedingungen noch verschärfende Verletzung des Grundsatzes politischer Gleichheit. Denn wie wir in einem *dritten Analyseschritt* zeigen, ist nicht nur die Entscheidung wählen zu gehen, sondern auch die Entscheidung die Stimme per Brief abzugeben in Teilen sozial verzerrt und trägt bei zurückgehender Wahlbeteiligung so mutmaßlich zu einer sich wechselseitig verstärkenden sozialen Selektivität bei.

Prozedurale Einblicke aus der Briefwahl – Einsatz von Scannertechnik in der Wahlbriefverarbeitung

Klassischerweise wird in Deutschland in Wahllokalen gewählt. Für Wählende, die am Wahltag kein Wahllokal aufsuchen können, besteht seit der Bundestagswahl 1957 alternativ die Möglichkeit zur Briefwahl. Noch bis zur Bundestagswahl 2005 musste man bei der Beantragung der Briefwahl einen Grund angeben und diesen glaubhaft machen. Erst seit der Bundestagswahl 2009 können alle Wahlberechtigten alternativ zur Urnenwahl ihre Stimmen auch per Brief abgeben. Entsprechend stieg der Briefwahlanteil bei der Bundestagswahl 2009 erstmals über 20 Prozent – in Stuttgart gaben aber bereits 1998 fast 25 Prozent der Wählerinnen und Wähler ihre Stimme per Brief ab (Schwarz 2009). Seitdem nimmt der Briefwahlanteil kontinuierlich zu und ist insbesondere während der Corona-Pandemie nochmals deutlich angestiegen (vgl. Abbildung 1). Ein Briefwahlanteil von über 50 Prozent stellt die Wahlämter vor die Herausforderung, neben der Aufrechterhaltung der Wahllokale eine zusätzliche Infrastruktur für die Briefwahl zu etablieren.

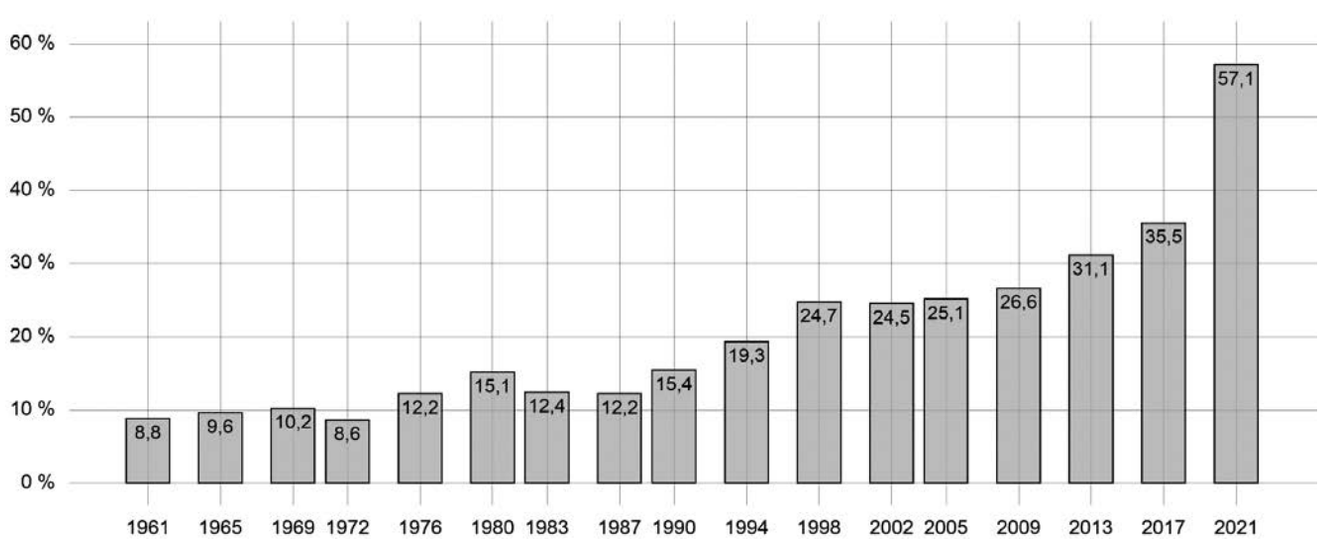
Mit steigenden Briefwahlanteilen und einer allgemeinen Skepsis gegenüber staatlichen Institutionen bei der Durchführung von Wahlen rückte die Briefwahl seit Mitte der 2010er Jahre zunehmend in den Fokus der Kritik. Ein zentraler Kritikpunkt besteht dabei in dem Vorwurf, Briefwahl böte die Möglichkeit der Fälschung und des Betrugs. Wie die nachfolgenden Ausführungen am Beispiel der Landeshauptstadt Stuttgart zeigen, lässt sich dieser Vorwurf – zumindest in Bezug auf etwaig gefälschte Briefwahlunterlagen – entkräften. Hierzu ist es jedoch zunächst erforderlich etwas weiter auszuholen und den Prozess der Briefwahl genauer zu beleuchten.

Wählende erhalten auf Antrag die Briefwahlunterlagen nach Hause (oder an eine andere Adresse). Die Unterlagen bestehen aus einem Wahlschein, einem Wahlbriefumschlag, einem Stimmzettelumschlag, einem Stimmzettel sowie einem Hinweisblatt für die Briefwahl. Nach der Stimmabgabe geben die Wählenden den Stimmzettel in den Stimmzettelumschlag, verschließen diesen, unterschreiben den Wahlschein und stecken ihn zusammen mit dem verschlossenen Stimmzettelumschlag in den Wahlbrief. Der Wahlbrief wird per Post (oder auf anderem Wege) an das Wahlamt übermittelt. Da die Unterlagen zwar amtlich hergestellt, aber nicht fälschungssicher sind, wird immer wieder behauptet, dass auch gefälschte Wahlunterlagen an das Wahlamt geschickt werden und diese hier aufgrund fehlender Kontrollmöglichkeiten am Wahltag ausgezählt würden.

Dass das Fälschen von Wahlunterlagen keineswegs unentdeckt bliebe, zeigen wir am Beispiel von Stuttgart: Nach Anlage 11 zu § 28 Abs. 3 und § 45 Abs. 4 Bundeswahlordnung ist außen auf dem Wahlbrief unter anderem der Wahlbezirk und die Wahlschein-Nummer vermerkt. Somit ist nicht nur der Wahlschein, sondern auch der Wahlbrief mit eindeutigen personenbezogenen Daten versehen und soll das Wahlamt in die Lage versetzten, bei geschlossenem Umschlag zu kontrollieren, ob für die Wahlscheinnummer auch ein Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines vorliegt und ob eine Wahlscheinnummer bereits mit einem anderen Wahlbrief eingegangen ist. Ein fehlender Antrag oder eine doppelt eingehende Wahlscheinnummer wären ein Indiz, dass ein Betrug vorliegt, d.h. ein Wahlbrief z.B. mit einer fiktiven Nummer versehen an die Kommune gesendet wurde.

Als Reaktion auf das gestiegene Briefwahlaufkommen setzt die Landeshauptstadt Stuttgart seit 2020 einen Hochleistungsscanner mit einem Durchlauf von etwa 6000 Wahlbriefen pro Stunde ein. Dieser erfasst die aufgedruckte Wahlscheinnummer jedes eingehenden Wahlbriefes (Barcode) und legt diese mit einem Zeitstempel versehen in einer Datenbank ab. An die Datenbank werden zudem jeden Tag die im Wählerverzeichnis erfassten Nummern der ausgestellten Wahlscheine übergeben. Automatisiert wird beim Scannen jedes Wahlbriefs geprüft, ob ein Wahlschein mit der vorliegenden

Abb. 1: *Wählende mit Wahlschein in % aller Wählenden bei den Bundestagswahlen in Stuttgart 1961 bis 2021*



Nummer ausgestellt und ob die Wahlscheinnummer bereits zuvor im Rücklauf erfasst wurde. Wenn kein Antrag vermerkt oder die Wahlscheinnummer bereits erfasst ist, wird der Brief von dem Scanner in ein Fehlerfach zur weiteren Bearbeitung ausgesteuert.

Hochleistungsscanner
im Statistischen Amt der Landeshauptstadt Stuttgart

Quelle: Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

Bei der Oberbürgermeisterwahl 2020 (Haupt- und Neuwahl) sowie bei zwei Parlamentswahlen im Jahr 2021 gab es in Stuttgart keinen Fall einer entdeckten Fälschung von Unterlagen. Zu allen eingehenden Wahlscheinnummern war auch eine Ausstellung im Wählerverzeichnis verzeichnet. Mit einem Wahlschein kann auch in einem beliebigen Wahllokal des Wahlkreises die Stimme abgegeben werden. Eine nachträgliche Kontrolle der in den Wahllokalen eingenommenen Wahlscheinen hat ebenfalls ergeben, dass auch dort kein doppelter oder nicht ausgestellter Wahlschein eingesetzt wurde.

Der Einsatz eines Wahlbriefscanners bietet weitere Vorteile

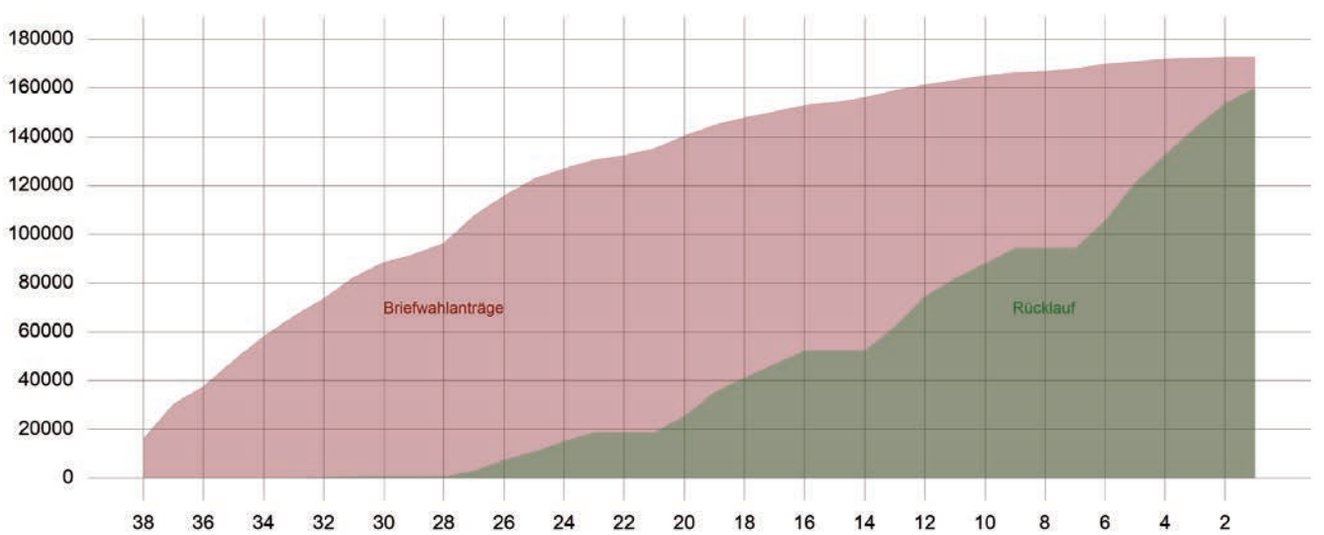
Neben dem Aufdecken von Wahlbetrug ermöglicht die Scannertechnik auch die Auswertung des hinterlegten Zeitstempels für die Wahlbrieferfassung. Die in der Prozessdatenbank gespeicherten Informationen liefern zusammen mit den Daten aus der Antragstellung so teilweise völlig neue Einblicke in das Verhalten der Briefwählenden und Antworten auf eine ganze Reihe relevanter Fragestellungen. So ermöglicht uns die Scannertechnik inzwischen eine näherungsweise Aussage zu folgenden Bereichen:

(1) Wann die Antragstellungen erfolgen und wann die Wahlbriefe zurückgesendet werden.
(2) Wie lange die Wahlbriefe bei den Wählenden verbleiben.
(3) Wer die Wahlbriefe nicht rechtzeitig zurücksendet.

Zu (1) – In den Wahlgesetzen ist bestimmt, zu welchem Stichtag in der Kommune gemeldete, wahlberechtigte Personen in das Wählerverzeichnis von Amts wegen einzutragen sind. Bei der Stadt Stuttgart wird zu diesem Stichtag das elektronische Wählerverzeichnisses erstellt und direkt anschließend die Wahlbenachrichtigungen gedruckt und versendet.

Bei der Bundestagswahl 2021 wurden die Wahlbenachrichtigungen am 19. und 20. August durch die Deutsch Post AG an die Stuttgarter Wahlberechtigten verteilt. Bis einschließlich Montag nach dem Verteilwochenende (34 Tage vor der Wahl) gingen bereits 58 270 Anträge, d.h. über ein Drittel der Briefwahlanträge insgesamt, beim Wahlamt ein (vgl. Abbildung 2). Die Tendenz, wonach der Briefwahlantrag in der Regel relativ schnell nach Erhalt der Wahlbenachrichtigung gestellt wird, lässt sich daran ablesen, dass bereits eine Woche nach Verteilung der Wahlbenachrichtigungen rund 90 000 Anträge, d. h. 51,3 Prozent der Anträge insgesamt gestellt waren. Eine weitere Woche später waren über 75 Prozent der Anträge eingegangen. Die übrigen 25 Prozent verteilten sich dann auf die letzten drei Wochen vor der Wahl.

Abb. 2: *Kumulierte Anzahl der gestellten Briefwahlanträge und zurückgesandten Briefwahlunterlagen nach Tagen vor der Wahl bei der Bundestagswahl 2021 in Stuttgart*



Eine Auswertung der Scannerdaten zeigt, dass der Rücklauf der Wahlbriefe verhalten begann und sich dann bis zum Ende zunehmend steigerte. In den letzten zehn Arbeitstagen vor der Wahl gingen im Statischen Amt rund 50 Prozent der Wahlbriefe ein. Durchschnittlich 8 000 Briefe mussten in dieser Phase täglich erfasst und sortiert werden, der Tageshöchstsatz am Dienstag vor der Wahl lag bei 15 600 Briefen.

Zu (2) – Der durchschnittliche Zeitraum zwischen der Antragsstellung auf Briefwahlunterlagen bis zum Zeitpunkt der Rücklauferfassung lässt sich mit dem vorhandenen Datenmaterial sehr gut ermitteln. Für die Wahlbriefe, die vor 18 Uhr am Wahlsonntag im Statistischen Amt eingingen, liegt dieser Zeitraum bei 16,9 Tagen (vgl. Tabelle 1).

Nur näherungsweise lässt sich daraus die Verweildauer bei den Briefwählenden bestimmen. Etwa 3,5 Prozent der Briefwählenden geben ihre Stimme nach der persönlichen Antragsstellung in den Bezirksämtern oder dem Rathaus direkt ab. Für diese Fälle liegt die Zeit zwischen Antragsstellung und Erfassung des Wahlbriefs in der Regel bei drei Arbeitstagen. Rund 2 800 im Ausland lebende Deutsche wurden in Stuttgart auf Antrag in das Wählerverzeichnis eingetragenen und die Briefwahlunterlagen an den Wohnort ins Ausland versendet. Für diese Personen sind die Postlaufzeiten deutlich länger, oft sogar so lang, dass Briefe trotz umgehender Bearbeitung und Versendung erst am oder nach dem Wahltag im Wahlamt eintreffen.

Tab. 1: *Geschätzte Verweildauer der Briefwahlunterlagen bei den Wählenden*

Laufzeit	Geschätzte Verweildauer bei der/dem Wählenden	Anteil an den insgesamt eingegangenen Wahlbriefen in %
Bis 7 Tage	1 bis 2 Tage	11,1
Bis 14 Tage	2 bis 7 Tage	34,9
Bis 21 Tage	8 bis 14 Tage	24,2
Bis 28 Tage	15 bis 21 Tage	17,9
Länger als 28 Tage	Länger als 3 Wochen	11,9
Ø 16, 9 Tage	**Ø 8 bis 9 Tage**	**Insg. 100,0**

Die meisten Wahlbriefe werden mit der Deutschen Post innerhalb Stuttgarts versendet. Für den Druck des Wahlscheins und die Verpackung der Briefwahlunterlagen werden in der Regel zwei Arbeitstage benötigt. Für die Einlieferung bei der Post und die Zustellung sind noch einmal zwei bis drei Tage anzusetzen, die gleiche Zeit ist in der Regel für die Rücksendung der Wahlbriefe anzunehmen. Als vorsichtige Schätzung kann also eine durchschnittliche Verweildauer bei den Briefwählenden von etwa 8 bis 9 Tagen angenommen werden. Rund 46 Prozent der Briefwählenden sendet ihren Wahlbrief nach einer Verweildauer von bis zu einer Woche an das Wahlamt zurück. Etwa die Hälfte der Briefwählenden zögert also die Entscheidung zur Wahl nicht hinaus, sondern gibt relativ schnell nach Erhalt der Unterlagen die Stimme ab.

Zu (3) – Im Wählerverzeichnis zur Bundestagswahl sind die Merkmale der repräsentativen Wahlstatistik enthalten, die summarisch ausgewertet und um die Erkenntnisse der Wahlbrieferfassung ergänzt wurden. Die repräsentative Wahlstatistik enthält Angaben zum Geschlecht und zu sechs Altersgruppen. Tabelle 2 zeigt, wie stark die einzelnen demografischen Gruppen bei der Bundestagswahl 2021 in Stuttgart die Briefwahl nutzten und in welchem Umfang die Wahlbriefe der Gruppen den Weg zurück ins Wahlamt fanden. Die Erwartung, dass insbesondere die Gruppe der 70-Jährigen und Älteren aufgrund eines größeren Gesundheitsrisikos im Falle einer Coronaerkrankung die Möglichkeit zur Briefwahl nutzte, bestätigt sich nicht. Deutlich vor dieser Altersgruppe liegt die Gruppe der 25 bis unter 35-Jährigen, insgesamt 53,5 Prozent der Wahlberechtigten dieser Gruppe haben Briefwahl beantragt. Die Rücklaufquote zeigt, je älter die Antragsteller, desto höher ist der Anteil der rechtzeitig an das Wahlamt zurückgesendeten Wahlbriefe. Bei den jungen Männern unter 25 Jahren geben 8,4 Prozent der Antragsteller die Briefwahlunterlagen nicht (rechtzeitig) an das Wahlamt zurück. Auf der anderen Seite finden sich die mindestens 70-jährigen Männer, von denen lediglich 2,2 Prozent die rechtzeitige Rücksendung der Briefwahlunterlagen versäumten.

Während in den beiden Altersgruppen bis 35 Jahren die Frauen mit der Rücksendung der Wahlbriefe zuverlässiger sind, schneiden bei den Gruppen ab 35 Jahre die Männer stets besser als die Frauen der jeweiligen Altersgruppe ab.

Tab. 2: *Antragstellung Briefwahl und Rücklaufquote bei der Bundestagswahl 2021 in Stuttgart in %*

	Briefwahl beantragt*			Rücklaufquote**		
	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgegamt
18 bis unter 25 Jahre	34,5	43,0	38,7	91,6	91,9	91,8
25 bis unter 35 Jahre	50,5	56,5	53,5	94,4	94,6	94,5
35 bis unter 45 Jahre	45,1	45,6	45,3	95,2	94,7	94,9
45 bis unter 60 Jahre	40,8	45,3	43,0	96,4	95,8	96,1
60 bis unter 70 Jahre	45,8	49,9	47,9	97,5	97,3	97,4
70 Jahre und älter	48,6	47,6	48,0	97,8	97,1	97,4
Insgesamt	**44,8**	**48,3**	**46,6**	**95,8**	**95,5**	**95,6**

* Anteil der Wahlberechtigten, die einen Wahlschein beantragt habe, an allen Wahlberechtigten
** Anteil der an das Wahlamt übermittelten Wahlbriefe an allen beantragten Wahlbriefen

Motive für die Briefwahl

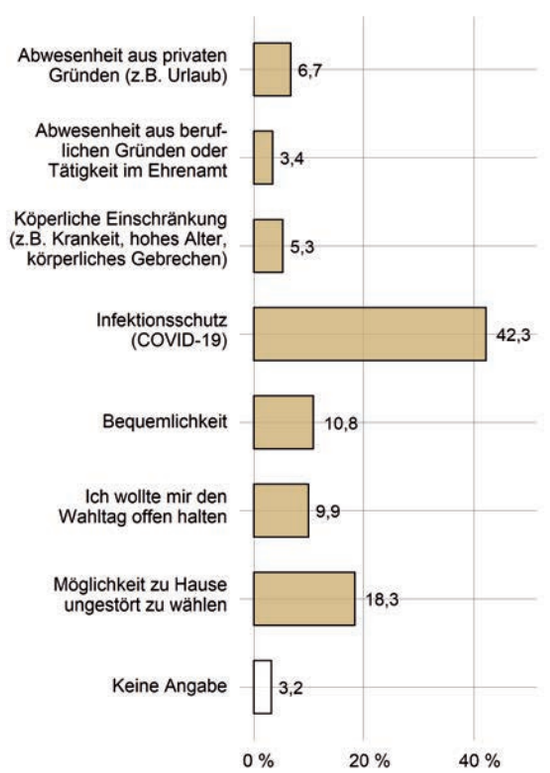
Nach den prozeduralen Einblicken wenden wir uns nun der Frage zu, warum Bürgerinnen und Bürger nach eigener Angabe auf die Briefwahl zurückgreifen und welche Rolle die Corona-Pandemie dabei spielt. Hierfür vergleichen wir die Angaben aus der Stuttgarter Bürgerumfrage zur Landtagswahl 2021 mit den Befragungsergebnissen der Bertelsmann Stiftung zur Bundestagswahl 2013 aus dem Erhebungsjahr 2015.[1]

Zunächst ist aber anzumerken, dass Befragungen von Wählenden mit verschiedenen Herausforderungen einhergehen. Auf Seite der Befragten ist immer dann ein sehr gutes Erinnerungsvermögen erforderlich, wenn sich die Befragung auf eine Beteiligung bei einer zeitlich bereits länger zurückliegenden Wahl bezieht. Unmittelbar am Wahltag und vor Wahllokalen durchgeführte Wahltagsbefragungen haben die Einschränkung, dass lediglich Informationen über das Wahlverhalten von Urnenwählenden erhoben werden. Briefwählende bleiben bei diesen Befragungen außen vor.

Günstige zeitliche Abfolgen bieten mitunter einen Ausweg aus dem beschriebenen Dilemma. Einen solchen Fall stellen die am 14. März 2021 stattgefundene Landtagswahl in Baden-Württemberg und die turnusmäßig alle zwei Jahre, zuletzt im April 2021, ins Feld gehende repräsentative Bürgerumfrage der Landeshauptstadt Stuttgart dar (Schöb 2021). Für die in kurzer zeitlicher Abfolge stattfindenden Ereignisse darf zum einen angenommen werden, dass sich die Befragten der Bürgerumfrage daran zurückerinnern, ob und in welcher Form sie sich zwei bis drei Wochen zuvor an der Landtagswahl beteiligt haben. Zum anderen bezieht sich der Kreis der in der Bürgerumfrage Befragten nicht nur auf Urnenwählende, sondern beinhaltet auch Personen, die ihre Stimme per Brief abgegeben haben. Entsprechend wurde in der jüngsten Bürgerumfrage erhoben, ob die Befragten bei der zurückliegenden Landtagswahl gewählt haben und wenn ja, ob die Stimme im Wahllokal oder per Briefwahl abgegeben wurde.

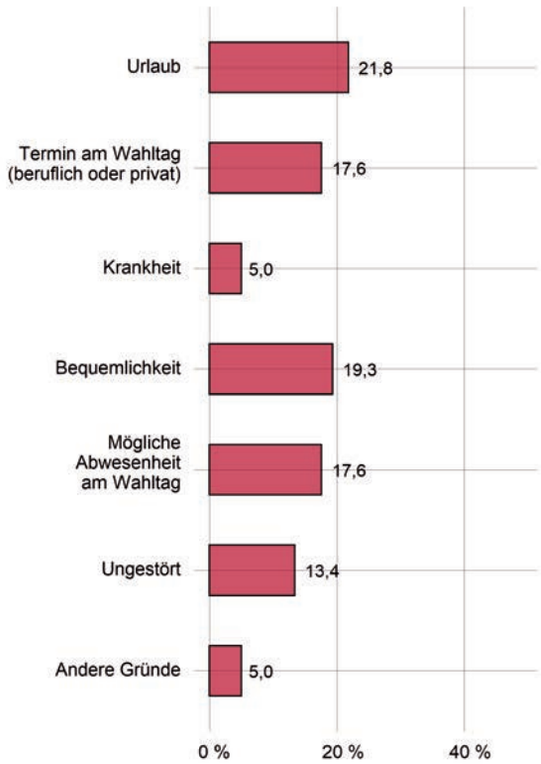
Im Rahmen der Bürgerumfrage wurden die Briefwählenden (N = 1559) mittels Filterfrage gebeten, Angaben zum wichtigsten Grund für ihre Stimmabgabe per Brief zu machen (*single choice*). Hierzu wurden sieben vordefinierte Gründe für die Briefwahl zur Auswahl gestellt. Eine offene Antwortoption war nicht vorgesehen. Abbildung 3 stellt die Verteilung der genannten Gründe als Anteilswerte dar. Die *Abwesenheit aus privaten Gründen* fällt im zurückliegenden Jahr mit lediglich 6,7 Prozent kaum ins Gewicht. Der Vergleich mit der Bundestagswahl 2013, bei der immerhin 21,8 Prozent der Befragten Urlaub als Briefwahlgrund angegeben haben (Abbildung 4), legt die Auswirkungen der Pandemie offen. Denn während den Wahlberechtigten Ende September 2013 die Urlaubswelt sprichwörtlich zu Füßen lag, zwang die Pandemie die Menschen im März 2021 zum Reiseverzicht. Ähnlich verhält es sich mit der *Abwesenheit aus beruflichen Gründen oder Tätigkeit im Ehrenamt*. Denn zumindest für die Abwesenheit aus beruflichen Gründen muss angenommen werden, dass Berufstätige im März 2021 vermehrt zu Hause gearbeitet haben und auswärtige Termine, die bereits eine Anreise am Sonntag erfordern, nicht in Präsenz stattgefunden haben. Hinsichtlich der *körperlichen Einschränkung* fällt zum einen auf, dass sich die Anteilswerte zwischen der Landtagswahl 2021 und der Bundestagswahl 2013 faktisch nicht unterscheiden. Der Anteilswert von rund 5 Prozent entspricht zudem dem Briefwahlanteil bei der Bundestagswahl 1957 – dem Jahr, in dem die Briefwahl als Wahlalternative für kranke, alte und behinderte Menschen eingeführt wurde. Entsprechend muss davon ausgegangen werden, dass der ermittelte Anteilswert die betroffene Gruppe näherungsweise abbildet. Der *Infektionsschutz* stellt im Jahr 2021 mit 42,3 Prozent den am häufigsten genannten Briefwahlgrund dar. In Anbetracht der pandemischen Lage, der hohen Inzidenzen und des förmlich explodierten Briefwahlanteils erscheint die häufige Nennung gleichwohl nicht überraschend. Ausgeschlossen ist dabei aber nicht, dass der Infektionsschutz vereinzelt, wenngleich dankbar, in der Befragung aufgegriffen wurde. Denn wenn die Briefwahl in der eigenen Wahrnehmung eigentlich kranken, alten und behinderten Menschen vorbehalten ist, so stellt der Infektionsschutz bei dieser Wahl einen willkommenen Grund dar, außer der Reihe per Brief zu wählen. Das sich Eingestehen der eigentlich zugrundeliegenden Motive, also etwa Bequemlichkeit oder Flexibilität, entfällt damit. Darauf könnte zumindest der verhältnismäßig niedrige Anteilswert derjenigen hindeuten, die *Bequemlichkeit* als Hauptgrund angegeben haben. Lag die Bequemlichkeit bei der für die Bertelsmann Stiftung durch infratest dimap durchgeführten Befragung im Jahr 2015 noch bei 19,3 Prozent, so beläuft sie sich aktuell lediglich auf 10,8 Prozent. Ähnliches lässt sich für das Motiv *Ich wollte mir den Wahltag offen halten* beobachten. Den im Kontext der Bun-

***Abb. 3:** Verteilung der Gründe für die Briefwahl bei der Landtagswahl 2021 (Bürgerumfrage 2021)*



Datenquelle: Statistisches Amt Landeshauptstadt Stuttgart

Abb. 4: *Verteilung der Gründe für die Briefwahl bei der Bundestagswahl 2013 (infratest dimap 2015)*



Datenquelle: BertelsmannStiftung Factsheet zum EINWURF 3 I 2016

destagswahl 2013 ermittelten 17,6 Prozent stehen jüngst nur 9,9 Prozent gegenüber. Hinter einer möglichen Abwesenheit am Wahltag (Bertelsmann Stiftung) oder dem Motiv sich den Wahltag frei zu halten (Bürgerumfrage) steckt das Ansinnen, die Wahl zu einem weitgehend selbstgewählten Zeitpunkt zu erledigen. Dies steht aber dem Gebot der Gleichzeitigkeit der Stimmabgabe entgegen. Denn eine frühzeitige Stimmabgabe per Brief schließt die Abbildung von bis zum Wahltag eintretender oder bekannt gewordener Ereignisse aus. Damit einher geht, dass sich Briefwählende unter den inzwischen geänderten Voraussetzungen „am eigentlichen Tag der Wahl vielleicht anders entschieden hätten" (Thiel 2013).

Aus verfassungsrechtlicher Sicht bedenklich erscheint das Motiv der *Möglichkeit zu Hause ungestört zu wählen*. Dies gibt inzwischen immerhin fast ein Fünftel der Befragten – und das bei einer relativ unkomplizierten Einstimmenwahl – an. Dabei wird das ungestörte Wählen nur in der Wahlkabine garantiert. Bei der Briefwahl ist hingegen nicht nachvollziehbar, ob die oder der Wählende die „Stimme selbst abgegeben hat und dabei unbeobachtet und unbeeinflusst war – ob er also möglicherweise eingeschüchtert oder bestochen wurde".[2] Zuletzt liefert der geringe Anteilswert für *Keine Angabe* einen Hinweise darauf, dass die wesentlichen Gründe für die Briefwahl in der zugrundeliegenden Befragung näherungsweise abgebildet wurden. Nur 3,2 Prozent der Briefwählenden ohne Angabe bestärken uns darin, auf eine offene Antwortoption verzichtet zu haben.[3]

Folgt aus der Pandemie eine Verschärfung der sozialen Verzerrung politischer Beteiligung?

Abschließend stellt sich die Frage, ob der durch Pandemie befeuerte Anstieg der Briefwahl das Prinzip der politischen Gleichheit weiter unterminiert. Denn neben dem Anstieg des Briefwahlanteils besteht die Erwartung, „dass unter Corona-Bedingungen die Wahlbeteiligung deutlich zurückgeht" (Manow und Flügel 2021b). Geht die Wahlbeteiligung zurück, dann – so zeigt Schäfer (2015) – geht sie überproportional unter Personen mit geringer Bildung und Einkommen zurück. Gekoppelt mit den Erkenntnissen von Manow und Flügel (2021a), wonach vor allem einkommensstarke und urbane Schichten von der Briefwahl Gebrauch machen, steht eine sich durch die Pandemie noch verschärfende soziale Verzerrung von politischer Beteiligung im Raum.

> „Sowohl die Entscheidung, wählen zu gehen, als auch die Entscheidung, in welcher Form, per Urnen- oder Briefwahl, wären demnach von einer – gleichgerichteten, sich also wechselseitig verstärkenden – ‚sozialen Selektivität' geprägt" (Manow und Flügel 2021a).

Der Befund, wonach Gruppen mit hoher sozialstruktureller Ressourcenausstattung stärker an Wahlen partizipieren als Gruppen mit geringerer, gehört in der empirischen Beteiligungsforschung zu den gefestigten Erkenntnissen (Vetter und Velimsky 2019). Auf Grundlage der in der aktuellen Bürgerumfrage erhobenen Daten wird entsprechend untersucht, ob sich soziale Selektivität auch bei der Beteiligung zur Landtagswahl 2021 in Stuttgart zeigt (Modell 1). Darüber hinaus fragen wir nach, ob die Entscheidung, in welcher Form die Stimmabgabe erfolgt, ebenfalls sozial verzerrt ist (Modell 2).

Soziale Selektivität bei der Entscheidung über die Wahlbeteiligung

Der postulierte Zusammenhang zwischen individueller Ressourcenausstattung und politischer Beteiligung geht auf das sozio-ökonomische Standardmodell von Verba und Nie (1972) zurück. Demnach beteiligen sich Personen eher an Wahlen, wenn sie über bestimmte Ressourcen – wie etwa höhere Bildung und Einkommen – verfügen.

Die Auswertung der Bürgerumfrage der Landeshauptstadt Stuttgart aus dem Jahr 2021 mittels multipler logistischer Regression bestätigt die bisherigen Erkenntnisse der empirischen Beteiligungsforschung. Dem Umstand, dass die Wahlberechtigung in der Bürgerumfrage nicht erhoben wird, begegnen wir an dieser Stelle dadurch, dass Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft zuvor aus der Analyse ausgeschlossen werden. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich die so ermittelten wahlberechtigten Stuttgarterinnen und Stuttgarter tatsächlich an der zurückliegenden Landtagswahl beteiligen, steigt den Erkenntnissen aus Modell 1 (s. Anhang) zur Folge mit

- *dem Lebensalter (ab 55 Jahre),*
- *dem Bildungsabschluss (Abitur/Hochschulreife) und*
- *dem Haushaltsnettoeinkommen.*

Eine signifikant geringere Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung weisen Stuttgarterinnen und Stuttgarter mit

- *erheblichen gesundheitlichen Einschränkungen und*
- *staatlicher Unterstützung in Form von Transferleistungen auf.*

Die gewonnenen Erkenntnisse sprechen eine eindeutige Sprache: Die Entscheidung über eine mögliche Wahlbeteiligung ist auch bei der Landtagswahl 2021 in Stuttgart sozial verzerrt.

Soziale Selektivität bei der Entscheidung über die Form der Stimmabgabe

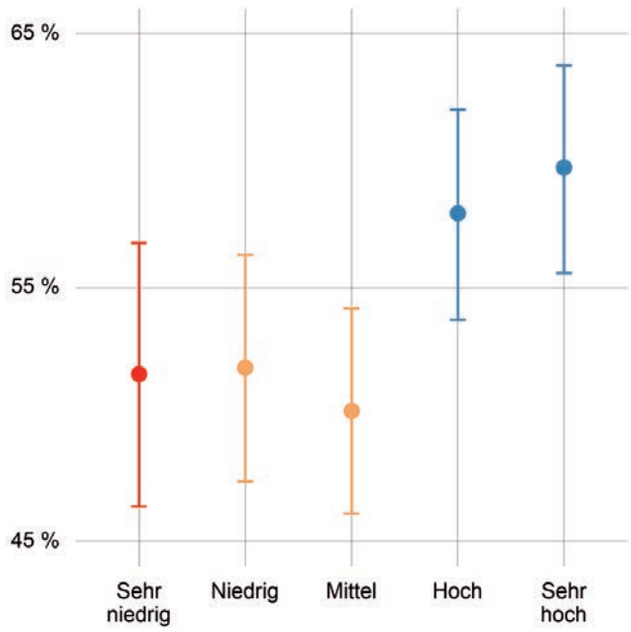
Die Leichtigkeit der Wahl hat nach Blais und Daoust (2020) einen großen Einfluss auf die Entscheidung, sich an einer solchen zu beteiligen. Eigentlich mit dem Ziel die politische Beteiligung zu erleichtern, konstituiert die Stimmabgabe per Brief aber auch Hürden. Diese Hürden wirken mitunter abschreckend und befördern damit soziale Selektivität. Denn Briefwahlunterlagen müssen rechtzeitig beantragt, der Briefwahlumschlag rechtzeitig versandt, der Inhalt korrekt verpackt und der Wahlschein unterschrieben werden. „Für viele können schon diese eher trivial erscheinenden Faktoren abschreckend wirken, gerade wenn die Motivation wählen zu gehen, sowieso schon gering ist" (Manow und Flügel 2021).

Das Modell zur Vorhersage der Form der Stimmabgabe in Modell 2 (s. Anhang) deutet in Teilen auf eine gleichgerichtete soziale Verzerrung hin. Der im Zuge von Modell 1 bereits um die Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft bereinigte Datensatz erfährt vorab eine weitere Bereinigung: Alle befragten Personen, die sich laut eigener Angabe nicht an der zurückliegenden Landtagswahl beteiligt haben, werden bei der Analyse über die Form der Stimmabgabe ausgeschlossen. Bei vorliegender statistischer Signifikanz werden die logistischen Regressionskoeffizienten in der Folge in vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten überführt.

Bei Konstanthaltung aller übrigen in Modell 2 berücksichtigten Merkmale zeigt sich für das Geschlecht ein statistisch signifikanter Effekt. Laut vorliegender Analyse liegt die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen ihrer Stimme per Brief abgeben, bei rund 57 Prozent. Männliche Wählende greifen nur in rund 52 Prozent der Fälle auf die Briefwahl zurück. Bei der zuvor betrachteten Entscheidung für oder gegen eine Wahlbeteiligung kam dem Geschlecht noch keine Bedeutung zu.

Mit Augenmerk auf eine gleichgerichtete soziale Verzerrung zeigt Abbildung 5, dass sich die Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe per Brief unter Wählenden mit hohem und sehr hohem Einkommen (in Blau) signifikant von Wählenden mit sehr niedrigem Einkommen (in Rot) unterscheidet. Während Wählende mit sehr hohem Einkommen in 60 Prozent der Fälle zur Briefwahl greifen, fällt die Wahrscheinlichkeit der Stimmabgabe per Brief unter Wählenden mit sehr niedrigem Einkommen geringer aus (51,6 %). Damit wählen Personen mit höherem Einkommen nicht nur häufiger – sie greifen auch mit einer höheren Wahrscheinlichkeit auf die Stimmabgabe per Brief zurück. In der Tendenz zeigt sich diese gleichgerichtete soziale Verzerrung auch mit Blick auf den Bezug von Transferleistungen. Transferleistungsbeziehende wählen nicht nur

***Abb. 5:** Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe per Brief (nach Haushaltseinkommen)*



signifikant seltener – im Falle einer Wahlbeteiligung erfolgt die Stimmabgabe mit einer Wahrscheinlichkeit von rund 60 Prozent an der Urne und nicht per Brief. Der Unterschied zwischen Wählenden ohne Transferleistungsbezug und Wählenden mit Transferleistungsbezug beläuft sich unter Vorbehalt der vergleichsweise geringen Zahl Transferleistungsbeziehender auf 15 Prozentpunkte.

Klar scheint, dass sowohl die Entscheidung wählen zu gehen, als auch die Entscheidung in welcher Form die Stimmabgabe erfolgt, in Teilen von einer gleichgerichteten sozialen Selektivität geprägt ist. Unter den Vorzeichen der Pandemie, in der Wählerinnen und Wähler aus Infektionsschutzgründen vermehrt auf die Briefwahl zurückgreifen, steht damit eine Verschärfung der sozialen Verzerrung politischer Beteiligung im Raum. Die Briefwahl, deren Ansinnen es eigentlich ist die politische Beteiligung zu erleichtern, wird ihrem eigenen Anspruch damit nicht umfassend gerecht.

Abschließende Bemerkungen

Die im Frühjahr 2020 einsetzende COVID19-Pandemie hat nicht nur die Briefwahl als solche, sondern auch die Debatte über selbige befeuert. Bei Einführung im Jahr 1957 noch mit einem Anteilswert von lediglich 5 Prozent, entscheidet sich heute über die Hälfte der Wählenden für die Stimmabgabe per Brief. Die zur Bewältigung des gestiegenen Briefwahlaufkommens mitunter eingesetzten Scannerverfahren erlauben dabei aufschlussreiche Erkenntnisse über das genaue Vorgehen der Briefwählenden und minimieren das Risikos des Wahlbetrugs, da die doppelte Abgabe eines Wahlscheins aufgedeckt wird. Bei den betrachteten drei, seit der Corona-Pandemie statt-

gefundenen Wahlen in Stuttgart, wurden keine Anzeichen auf Wahlbetrug gefunden. Entgegen der zunehmend geäußerten Kritik ist die Durchführung der Briefwahlen also nicht betrugsanfällig.

Durch die automatisierte Erfassung der zurückgesendeten Wahlbriefe und den Abgleich mit den Antragsdaten aus dem Wählerverzeichnis konnte die durchschnittliche Zeit zwischen der Antragstellung und der Erfassung des zurückgesendeten Wahlbriefs mit 16,9 Tagen bestimmt und so eine durchschnittliche Verweildauer der Unterlagen bei den Wählenden von acht Tagen geschätzt werden. Ebenfalls neu ist die Quantifizierung des Zusammenhangs von Alter sowie Geschlecht und der Rücklaufquote der Wahlbriefe. Die Vermutung, dass insbesondere die jungen Männer die beantragten Briefwahlunterlagen nicht an das Wahlamt zurücksenden, konnte dabei bestätigt werden.

Hinsichtlich der Briefwahlmotive zeigt sich mindestens eine bemerkenswerte, aber auch eine verfassungsrechtlich bedenkliche Erkenntnis: So führt die Pandemie zu einer gewaltigen Verschiebung der Beweggründe. Zuletzt weicht die Abwesenheit am Wahltag aus beruflichen oder privaten Gründen dem Infektionsschutz. Damit folgen die Wählenden dem von öffentlichen Stellen kommunizierten und von Parteien plakatierten Aufruf zur Stimmabgabe per Brief. Vor dem Hintergrund der Bewältigung der Pandemie erscheint diese Entwicklung zielführend und der Situation angemessen. Anders verhält es sich mit dem von einem Fünftel der Briefwählenden angegebenen Beweggrund lieber zu Hause und ungestört zu wählen. Denn mit dem Wahlrechtsgrundsatz, dass Wählende ihren Wahlzettel unbeeinflusst, unbeobachtet und höchstpersönlich ausfüllen, ist das nicht vereinbar. Und obwohl diese Einschränkung für die Briefwahl insgesamt gilt, hinterlässt sie im Fall des ungestörten Wählens doch einen faden Beigeschmack. Denn offensichtlich ist das Verständnis dafür, dass eine im wahlrechtlichen Sinne ungestörte Stimmabgabe verlässlich nur hinter der Abstimmschutzvorrichtung im Wahllokal erfolgen kann, nicht allzu weit verbreitet. Die eigentliche Idee der Briefwahl als Wahlalternative für Kranke oder am Wahltag Abwesende tritt so zunehmend in den Hintergrund.

Ebenso bedenklich erscheint die sich unter Pandemiebedingungen noch verschärfende Verletzung des Grundsatzes politischer Gleichheit. Denn nicht nur die Entscheidung wählen zu gehen, sondern auch die Entscheidung die Stimme per Brief abzugeben ist in Teilen sozial verzerrt und trägt so zu einer sich wechselseitig verstärkenden sozialen Selektivität bei. Mit anderen Worten: Personen mit niedrigerem Einkommen beteiligen sich seltener an Wahlen. Im Falle einer Beteiligung bevorzugen sie in aller Regel die Stimmabgabe an der Urne und greifen seltener auf die Briefwahl zurück. Unter normalen Bedingungen sollte die Form der Stimmabgabe keine Rolle spielen. Anders verhält es sich unter dem Vorzeichen der Pandemie. Denn bei einer insgesamt zurückgehenden Wahlbeteiligung von 72,8 Prozent (Landtagswahl 2016) auf 64,8 Prozent (Landtagswahl 2021) und einem zeitgleich nahezu explodierenden Briefwahlanteil drängt sich der Verdacht auf, dass das Wahlergebnis zunehmend von einkommensstärkeren Gruppen in der Gesellschaft bestimmt ist. Darauf deuten zumindest die Ergebnisse der vorliegenden Studie hin.

---

1 Auch wenn der Vergleich der Landtagswahl 2021 mit der Bundestagswahl 2013 unter erschwerten Bedingungen stattfindet, da sich zusätzlich zum Zeitpunkt auch noch die Gebietskulissen unterscheiden, versprechen wir uns von ihm dennoch gewinnbringende Einsichten.

2 Vgl. hierzu: https://www.tagesschau.de/faktenfinder/inland/briefwahl-109.html (aufgerufen am 06.09.2021).

3 Offene Antwortoptionen sind mit sehr viel Deutungs- und Codierungsarbeit verbunden.

Literatur

Bertelsmann Stiftung (2015). Factsheet – Briefwahl in Deutschland. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Blais, A. und Daoust, J.-F. (2020). The Motivation to Vote: Explaining Electoral Participation. Vancouver, BC: UBC Press.

Manow, P. und Flügel, D. (2021a). Wählen in Corona-Zeiten, Teil I: die Briefwahl und ihre Effekte. Unter: https://www.dvpw.de/blog/waehlen-in-corona-zeiten-teil-i-die-briefwahl-und-ihre-effekte-ein-beitrag-von-philip-manow-und-dominik-fluegel (aufgerufen am 01.09.2021).

Manow, P. und Flügel, D. (2021b). Wählen in Corona-Zeiten, Teil II: Wahlbeteiligung und asymmetrische Demobilisierung. Unter: https://www.dvpw.de/blog/waehlen-in-corona-zeiten-teil-ii-wahlbeteiligung-und-asymmetrische-demobilisierung-ein-beitrag-von-philip-manow-und-dominik-fluegel (aufgerufen am 02.09.2021).

Schäfer, A. (2015). Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Schöb, Anke (2021): Bewertung der Lebensqualität sinkt, wahrgenommene Probleme bleiben gleich: Erste Ergebnisse der Stuttgarter Bürgerumfrage 2021. In: Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 8/2021, 216–238.

Schwarz, Thomas (2009). Die Bundestagswahl am 27. September 2009 in Stuttgart. Eine Analyse des Wahlverhaltens in räumlicher und sozialstruktureller Differenzierung. Statistik und Informationsmanagement, Themenheft 2/2009.

Thiel, A. T. (2013). Demokratie braucht einen gemeinsamen Wahltag. Unter: https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/briefwahl-grundlos-verfassungsmaessigkeit/ (aufgerufen am 06.09.2021).

Verba, S. und Nie, N.H. (1972). Participation in America. Political democracy and social equality. Chicago: University of Chicago Press.

Vetter, A. und Velimsky, J. A. (2019). Soziale Selektivität bei Wahlen und direkt-demokratischen Abstimmungen auf kommunaler Ebene in Deutschland. Politische Vierteljahresschrift, 60, 487–512.

Anhang

Unabhängige Variable	Ausprägung	Codierung	Modell 1: Nichtwahl (0) vs. Wahl (1)		Modell 2: Urnenwahl (0) vs. Briefwahl (1)	
Lebensalter	Unter 25 Jahre	1	*- Referenz -*		*- Referenz -*	
	Zwischen 25 und 34 Jahre	2	0,01	(0,29)	0,10	(0,20)
	Zwischen 35 und 44 Jahre	3	0,55	(0,31)	-0,31	(0,21)
	Zwischen 45 und 54 Jahre	4	0,51	(0,31)	-0,39	(0,21)
	Zwischen 55 und 64 Jahre	5	0,66	(0,31) *	-0,11	(0,20)
	Zwischen 65 und 74 Jahre	6	0,96	(0,33) **	0,07	(0,22)
	Zwischen 75 und 84 Jahre	7	0,74	(0,34) *	0,12	(0,23)
	Über 85 Jahre	8	1,39	(0,56) *	0,35	(0,32)
Geschlecht	Männlich	0	*- Referenz -*		*- Referenz -*	
	Weiblich	1	0,09	(0,13)	0,20	(0,08) *
Höchster Bildungsabschluss	Haupt-/Volksschule	1	*- Referenz -*		*- Referenz -*	
	Mittlere Reife/Realschule	2	0,14	(0,21)	0,12	(0,16)
	Abitur/Fachhochschulreife	3	0,65	(0,25) **	0,14	(0,17)
	Hochschulabschluss	4	0,50	(0,22) *	0,26	(0,16)
Gesundheitliche Einschränkung	Nicht eingeschränkt	1	*- Referenz -*		*- Referenz -*	
	Nicht erheblich eingeschränkt	2	0,06	(0,17)	0,02	(0,10)
	Erheblich eingeschränkt	3	-0,66	(0,23) **	0,30	(0,20)
Haushaltsnettoeinkommen (Gewicht nach OECD-Skala)	Sehr niedrig (Unteren 20 %)	1	*- Referenz -*		*- Referenz -*	
	Niedrig (Quantil 20–40)	2	0,47	(0,19) *	0,06	(0,14)
	Mittel (Quantil 40–60)	3	0,69	(0,20) ***	-0,01	(0,14)
	Hoch (Quantil 60–80)	4	0,91	(0,22) ***	0,30	(0,14) *
	Sehr hoch (Oberen 20 %)	5	1,19	(0,25) ***	0,40	(0,14) **
Transferleistungsbezug	Kein Transferleistungsbezug	0	*- Referenz -*		*- Referenz -*	
	ALG II; HLU; GSiAE; Wohngeld	1	-0,86	(0,31) **	-0,68	(0,32) *
Unzufriedenheit (Durchschnittlicher Score über 29 Lebensbereiche)	Sehr zufrieden (Unteren 20 %)	1	*- Referenz -*			
	Zufrieden (Quantil 20–40)	2	-0,01	(0,21)	--	--
	Teils/teils (Quantil 40–60)	3	0,19	(0,21)	--	--
	Unzufrieden (Quantil 60–80)	4	0,49	(0,24) *	--	--
	Sehr Unzufrieden (Oberen 20 %)	5	0,13	(0,21)	--	--
Gerechter Anteil	Mehr als gerechter Anteil	1	*- Referenz -*			
	Gerechter Anteil	2	-0,01	(0,25)	--	--
	Etwas weniger	3	-0,10	(0,28)	--	--
	Sehr viel weniger	4	-0,79	(0,38) *	--	--
Institutionenvertrauen	Eher groß bis sehr groß	1	*- Referenz -*			
	Teils/teils	2	-0,22	(0,17)	--	--
	Eher gering bis sehr gering	3	-0,43	(0,22) *	--	--
	Weiß nicht	4	-0,54	(0,20) **	--	--
Demonstrationsteilnahme	Nein	0	*- Referenz -*			
	Ja	1	0,91	(0,27) ***	--	--
Soziales Netzwerk	Nie	1	*- Referenz -*			
	Bis zu einmal im Monat	2	0,13	(0,34)	--	--
	Bis zu einmal in der Woche	3	1,04	(0,33) **	--	--
	Nahezu täglich	4	1,40	(0,35) ***	--	--
Intercept			-0,22	(0.53)	-0,19	(0,24)
N (Beobachtungen)			2748		2626	
Pseudo R2			0,16		0,03	

Logistische Regressionskoeffizienten; Standardfehler in Klammern;
Signifikanz: *** $p < 0.001$; ** $p < 0.01$; * $p < 0.05$

Klaus Friedrich, Florian Ringel

Kontinuität und Wandel der Zielgebietspräferenzen und Motive älterer Binnenwanderer

Der Vergleich aktueller mit früheren Binnenwanderungsmustern älterer Menschen soll klären, inwieweit deren Zielgebiete und Migrationsmotive angesichts des Strukturwandels des Alters und zunehmender Übergänge von Babyboomern in den Ruhestand eher von Trendfortsetzungen oder -veränderungen geprägt sind. In der Zeitreihenbetrachtung haben sowohl die Standortverbundenheit der Zielgruppe als auch die Distanzempfindlichkeit überregionaler Ruhesitzwanderungen nach wie vor Bestand. Modifizierungen zeigen sich hingegen im Rahmen von interregionalen Verflechtungsanalysen: In Westdeutschland haben sich die ehemaligen Zielgebiete der älteren Fortzügler aus den Metropolen und Großstädten von den angrenzenden Umlandregionen zunehmend in periurbane und ländliche Räume verlagert. Demgegenüber verzeichnen ostdeutsche Städte Wanderungsgewinne, z. T. auch aus Rückwanderungen an den vertrauten Herkunftsort. Mit den wohnbedingten und netzwerkorientierten Motiven behalten die klassischen Umzugsdeterminanten ihren hohen Stellenwert. Im Vergleich zu früheren Untersuchungen weisen sie aktuell jedoch ein deutlich vielfältigeres Begründungsspektrum auf.

Prof. Dr. Klaus Friedrich
Institut für Geowissenschaften & Geographie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
klaus.friedrich@geo.uni-halle.de

Dr. Florian Ringel
Institut für Geowissenschaften & Geographie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
florian.ringel@geo.uni-halle.de

Schlüsselwörter
Migrationsforschung – geographische Alternsforschung – Binnenwanderungen – Wanderungsmotive

Fragestellung und Anliegen

Angesichts zunehmender Anteile von Senioren und Seniorinnen, die ihren Alltag aktiv gestalten – den sogenannten „neuen Alten", und vermehrtem Eintritt der Babyboomer in das Rentenalter stellt sich die Frage, ob mit dem damit einhergehenden Strukturwandel des Alters – bspw. im Sinne besserer Bildung und Gesundheit – auch neue Stile des Wohnstandortverhaltens verbunden sind. Mit Blick auf die hier im Mittelpunkt stehenden Ruhestandswanderungen ist zu klären, inwieweit die derzeitigen Muster der Binnenmigration mit denen der Vorgängergeneration übereinstimmen oder sich davon unterscheiden. Die raumzeitliche Perspektive fokussiert dabei den Vergleich aktueller und früherer Beteiligungsintensitäten, Zielgebietspräferenzen und Motive der älteren Wohnortwechsler. Da zu dieser Thematik Längsschnittdaten nicht vorliegen, stützt sich der Beitrag im Fall der räumlichen Bezüge weitgehend auf die Zeitreihenanalyse von Daten der Wanderungsstatistik, während die komparative Betrachtung früherer und derzeitiger alters- und kohortengeprägter Mobilitätsmotive anhand von Wissensbeständen vorliegender Untersuchungen sowie im Rahmen einer eigenen sozialempirischen Erhebung erfolgt.

Wanderungsbeteiligung und bevorzugte Zielgebiete in raumzeitlicher Perspektive

Die Bindungen älterer Menschen an ihren angestammten Wohnort und ihre ausgeprägte Sesshaftigkeit erschließen sich sowohl aus den vorliegenden Studien zum Wohnen im Alter als auch aus dem empirischen Vergleich ihrer Migrationsbeteiligung mit denjenigen jüngerer Personengruppen (vgl. z. B. Heinze 2017; Friedrich 2021). So spiegeln die Altersprofile der Binnenwanderer hierzulande ebenso wie in internationaler Sicht kontinuierlich die Altersselektivität von Migrationsprozessen wider (Stawarz u. Sander 2019). Diese sind im hohen Maße durch die Zugehörigkeit zu verschiedenen Stadien im Lebensverlauf geprägt. Dementsprechend sind jüngere Personengruppen mobiler als ältere, deren Standortverhalten mit den gelebten Jahren immer stärker durch das „Altern am Ort" charakterisiert ist.

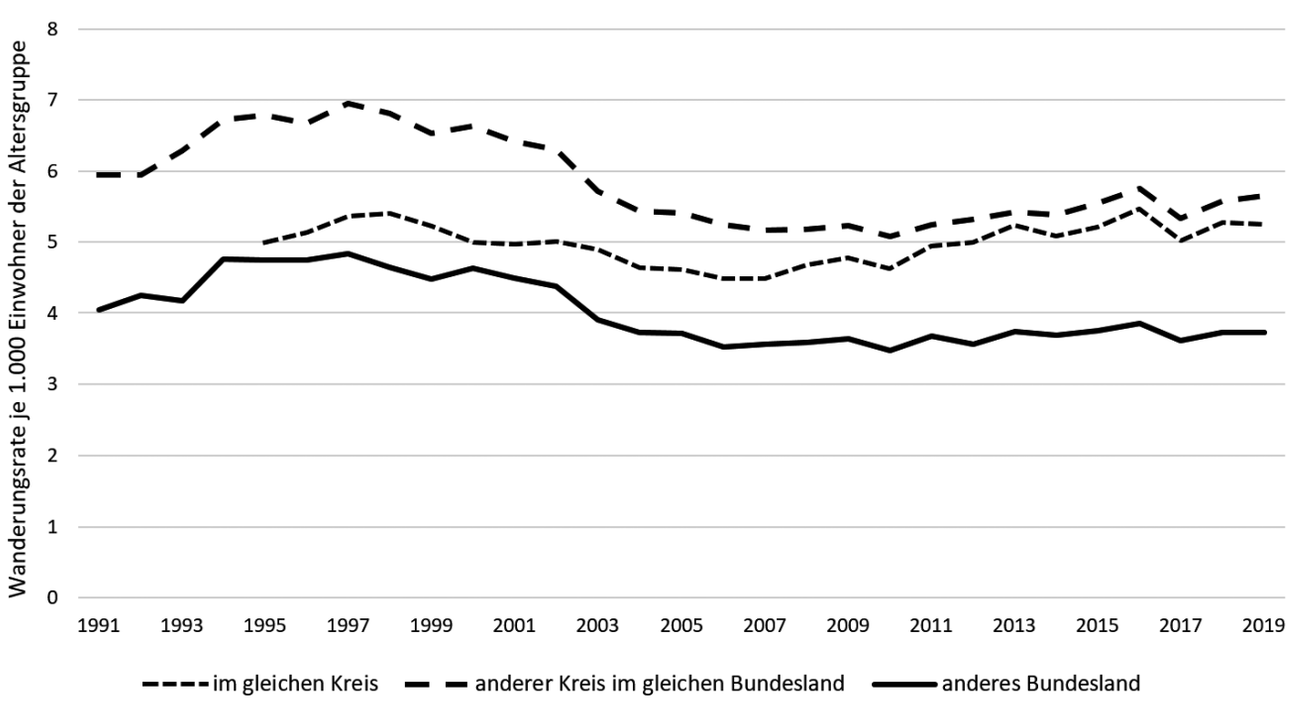
In Deutschland werden Wohnortwechsel durch das Meldesystem registriert und diese Binnenwanderungen von der amtlichen Statistik u. a. nach Alter und Zielgebieten aufbe-

reitet. In der Zeitreihenbetrachtung lässt die Häufigkeit der Binnenwanderer ab 65 Jahren während der vergangenen drei Dekaden absolut gesehen einen leichten Anstieg erkennen. Wechselten im Jahr 1995 noch 211.982 Personen dieser Altersgruppe ihren Wohnort, waren es 2019 bereits 264.618, was einem Zuwachs von nahezu 25 % entspricht. Indes bedeutet dies nicht eine Zunahme der Wanderungsintensität der Zielgruppe, denn im Betrachtungszeitraum hatte sich deren Anzahl um ca. 40 % erhöht. Bezieht man nämlich die Wohnortwechsel auf die gleichaltrige Bestandsbevölkerung, ergibt sich sogar eine Abflachung der Wanderungsraten unter das Ausgangsniveau (vgl. Abb. 1). Mit 14,6 Wanderungen je 1.000 Personen liegt die Mobilitätsrate der Alterskohorte 65+ im Jahr 2019 um den Faktor 3,2 unter derjenigen der Gesamtbevölkerung.

Die Aufschlüsselung der Ruhestandswanderungen nach großräumigen Zielgebieten belegt, dass auch deren Reichweiten kontinuierlich schrumpfen und Fernwanderungen als Regelfall der Altersmigration überschätzt werden. Derzeit suchen etwa drei Viertel der älteren Wohnortwechsler ein Ziel innerhalb des gleichen Bundeslandes (36 % im gleichen Kreis, 39 % in anderen Kreisen). Damit hat sich seit den 1970er Jahren die Fernwanderungsintensität (über Bundesländergrenzen) älterer Menschen auf etwa ein Viertel aller Fälle deutlich reduziert. In den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung wurde dieser Trend allerdings durch die Ost-West-Wanderung auch älterer Menschen kurzfristig unterbrochen (Friedrich 2001). Seit Mitte der 1990er Jahre hat er jedoch wieder weitgehend Bestand. Als präferierte Zieltopographien haben sich dabei eine Nord- und eine Südtendenz herausgebildet: Während v. a. Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Brandenburg und Bayern positive Salden aufweisen, verzeichnen Nordrhein-Westfalen sowie Berlin und Hamburg nennenswerte Binnenwanderungsverluste (Friedrich 2021: 143–144). Insgesamt fällt jedoch die Nettobilanz von knapp 8.000 Gewinnen bzw. Verlusten für alle Bundesländer zusammen quantitativ recht gering ins Gewicht. Im Unterschied zu den gebietsprägenden Auswirkungen der Binnenmigration jüngerer Personengruppen sind deshalb von diesen Ländergrenzen überschreitenden Wanderungen älterer Menschen keine wesentlichen überregionalen Bevölkerungsumschichtungen zu erwarten (Stawarz u. Sander 2019).

Die zuvor angesprochenen großräumigen Zielpräferenzen finden sich grundsätzlich auch auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte wieder (vgl. Abb. 2). Offensichtlich profitieren die weiteren Umlandbereiche der drei nördlichen Stadtstaaten von der Zuwanderung älterer Menschen aus diesen Metropolen, während das landschaftlich attraktive norddeutsche Küstengebiet und bayerische Alpenvorland traditionell als präferierte überregionale Wanderungsziele hervortreten. Abgesehen von diesen persistenten Konzentrationsmustern verlagert sich die Abwanderung zwischen den Regionen zunehmend „in die Fläche". Im Vergleich zur Mitte der 1990er Jahre (Friedrich 2001: 49) vollzog sich damit auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte ein deutlicher Wandel: Überwogen damals – v. a. im Westen – zahlenmäßig die Gebietskörperschaften mit Wanderungsgewinnen älterer Menschen, hat sich derzeit bundesweit ein Nebeneinander von Regionen mit positiven und negativen Wanderungsbilanzen etabliert. Offensichtlich hatten dabei die zwischenzeitlichen demografischen und raumstrukturellen Veränderungen in Ostdeutschland nach der Transformation aufgrund der

Abb. 1: *Binnenwanderungsraten der ab 65-Jährigen nach Zielgebieten 1991–2019*



Quelle: Statistisches Bundesamt 2021. Datensätze Zu- und Fortzüge nach Einzelaltersjahren und Geschlecht
Grafik: Lorenz König, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 2021

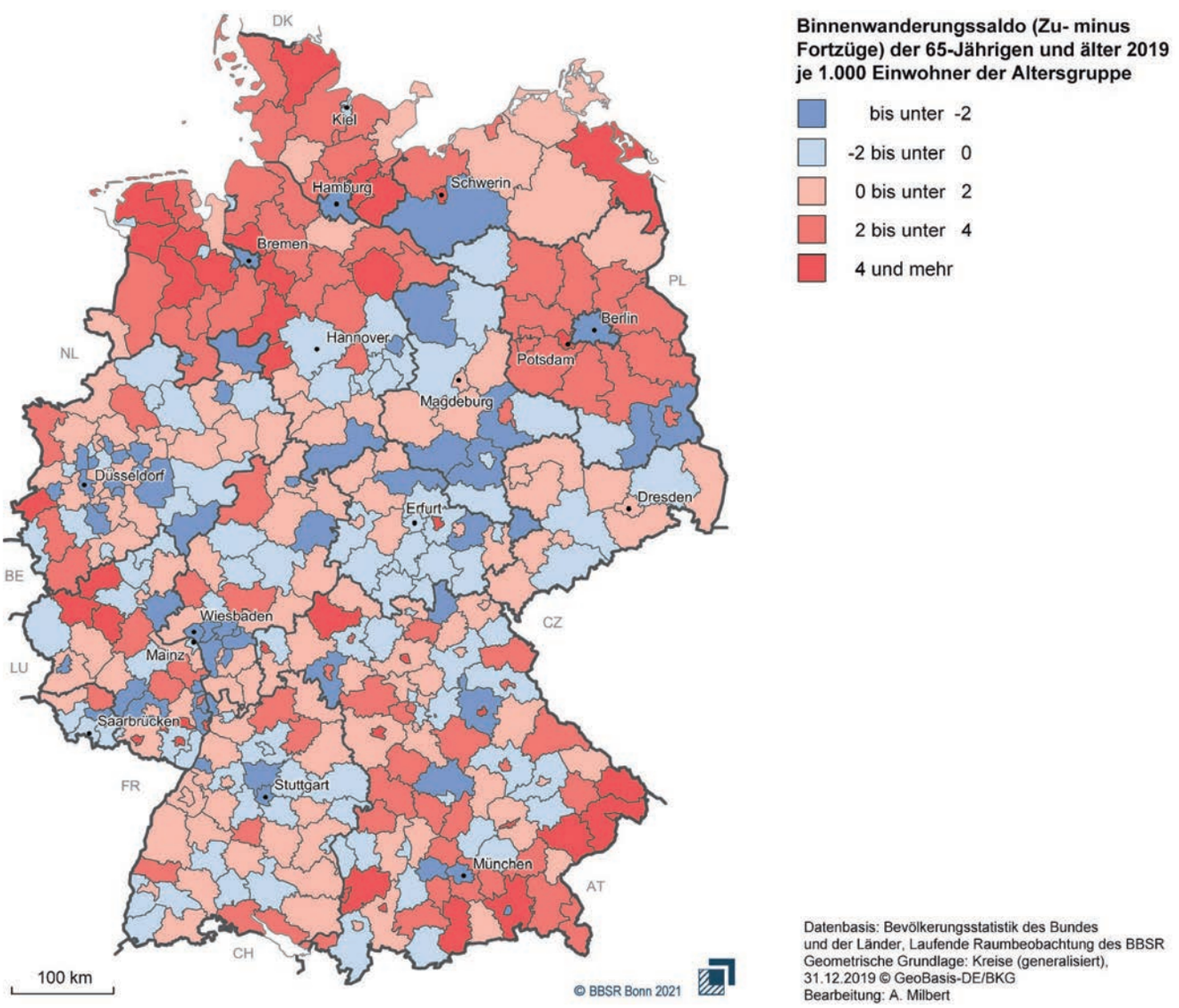
Dynamik der Prozessverläufe von Westwanderung jüngerer Altersgruppen, der Folgen des Stadtumbaus Ost und der „Hypersuburbanisierung" stärkere Auswirkungen als im Westen. Die mittlerweile erkennbare ökonomische und städtebauliche Konsolidierung trägt derzeit zum Bedeutungsgewinn urbaner Ziele für zuziehende Senioren bei gleichzeitiger Abwanderung aus „Suburbia" sowie v. a. aus kleinen Dörfern in peripheren ländlichen Regionen bei (Slupina et al. 2016).

Somit lässt sich die veränderte Regionalität im kleinräumigen Mosaik der Zuzugs- und Abwanderungsgebiete folgendermaßen zusammenfassen:

- Innerhalb der westdeutschen Agglomerationsräume sind die meisten Kernstädte und angrenzenden Umlandbereiche Quellgebiete älterer Binnenwanderer. Demgegenüber verzeichnen die entfernteren Randbereiche sowie die verstädterten Zonen außerhalb der Verdichtungsräume positive Wanderungsbilanzen.
- Ein relativ neuer Trend ist, dass zunehmend ostdeutsche Großstädte – wie Leipzig, Magdeburg, Potsdam, Dresden, Schwerin oder Cottbus – im Zuge von Reurbanisierungsprozessen moderate Zuwächse der Zielgruppe erzielen, während ihre Umlandgebiete ebenso wie die peripheren ländlichen Räume durch Abwanderung geprägt sind.

Die Analyse der Wanderungsverflechtungen auf Ebene der vier vom BBSR ausgewiesenen siedlungsstrukturellen Kreistypen bestätigt für das Jahr 2017 sowohl die zuvor erörterte grundsätzliche Trendfortsetzung als auch die stärkere regionale Ausdifferenzierung der Ruhestandswanderung (vgl. Friedrich 2021: 147). Dabei orientieren sich die Wanderungsströme im Vergleich zu Vorgängeranalysen (Friedrich 2008) nahezu unverändert entgegen der metropolitanen Hierarchie. Hierauf weisen ebenfalls die Ergebnisse einer Aggregatdatenanalyse hin, die räumliche Trends der Ruhestandsmigration in Deutschland von 1995 bis 2012 untersucht und als Fazit zieht: „die Verluste

Abb. 2: *Nettobinnenwanderungsraten der ab 65-Jährigen nach Kreisen 2019*



Quelle: Laufende Raumbeobachtung, freundliche Überlassung durch Antonia Milbert, BBSR Bonn 2021

der Städte werden ebenso wie die Zugewinne des Umlands und der peripheren Regionen immer geringer" (Engfer 2018: 41). Festzuhalten bleibt beim Vergleich der zurückliegenden und derzeitigen Befunde ebenfalls, dass von den Fortzügen auf Kosten der westdeutschen Agglomerationskerne mittlerweile nicht mehr – wie noch in den 1990er Jahren – die direkt angrenzenden Umlandbereiche, sondern die sich daran anschließenden Zielgebiete profitieren. Ließen sich die ehemals auf das Umland der Zentren ausgerichteten Zuwächse in gewisser Weise als Suburbanisierung der Altenmigration kennzeichnen (Friedrich 1995: 91), so liegt es nahe, die deutliche Ausweitung der Zielgebiete eher als Periurbanisierung zu interpretieren.

Beeinflusst das Niveau der regionalen Raumausstattung die Zielgebietswahl?

In Anlehnung an Erfahrungen aus den USA zur sogenannten amenity-migration war hierzulande noch in den 1970er-Jahren auch in Fachkreisen die Ansicht verbreitet, Migrationen im höheren Erwachsenenalter zielten v. a. auf landschaftlich oder von ihrer Ausstattung her bevorzugte Regionen. So befassten sich z. B. einzelne bevölkerungsgeographische Studien schwerpunktmäßig in makroanalytischer Perspektive mit dem Zusammenhang zwischen Raumausstattung und regionalen Zielgebietspräferenzen der Ruhestandswanderung (z. B. Koch 1976; Kemper u. Kuls 1986; Friedrich u. Koch 1988). Nachfolgend wird diese Fragestellung erneut aufgegriffen und im Rahmen von zwei aktuellen empirischen Untersuchungen unter Verwendung statistischer Verfahren auf ihre Validität überprüft.

Dem Zusammenhang zwischen den Zielgebieten der Ruhestandswanderung und deren seniorengerechter Infrastruktur überprüft eine Studie für Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein auf Gemeindeebene (ASAP 2007). Mit Hilfe von Regressionsanalysen ließen sich durch potenzielle Einflussfaktoren, wie bspw. die regionale Strukturstärke oder touristische Attraktivität, insgesamt jedoch lediglich ein Viertel der Variationen der relativen Netto-Wanderung erklären. Damit waren drei Viertel der Unterschiede auf andere Ursachen zurückzuführen, die in den verwendeten Daten der amtlichen Statistik nicht erfasst werden.

In Rahmen einer eigenen aktuellen Untersuchung wird dieser Fragestellung auf der regionalen Ebene der 107 kreisfreien Städte und 294 Kreise in Deutschland nachgegangen. Dabei kann auf zwei Datensätze zurückgegriffen werden: Zum einen den jeweiligen Attraktivitätsindex für seniorenfreundliche Lebensbedingungen (Prognos AG 2019) und zum anderen den Nettobinnenwanderungssaldo der Jahre 2005 bis 2017 für die betrachtete Altersgruppe 65+ (Sonderauswertung des BBSR 2020). Die Spannweite der PROGNOS Studie (maximal konnte ein Wert von 200 erreicht werden) zwischen dem höchsten (Stadt Jena mit 142 Punkten) und dem niedrigsten Wert (Eifelkreis Bitburg-Prüm mit 83 Punkten) beträgt 59 Punkte. Im Ranking der 30 am „besten" beurteilten Gebietskörperschaften, finden sich je zur Hälfte ostdeutsche (z. B. Potsdam, Dresden und Weimar) sowie westdeutsche Städte und Kreise (z. B. Hochtaunuskreis und Ludwigsburg). Bei den BBSR Daten belief sich der positivste Saldo auf 41 Wanderungsgewinne je 1.000 gleichaltrige Einwohner in Weimar (gefolgt von Potsdam und Speyer), die höchsten relativen Verluste verbuchte München (-34) vor Offenbach und Düsseldorf. In einem ersten Vergleich finden sich unter den 60 Gebietskörperschaften mit den höchsten Wanderungsgewinnen lediglich fünf, die gleichzeitig nach dem Regionenranking in dieser Spitzengruppe vertreten sind. Im Rahmen von Korrelationsanalysen[1] wurden zudem die statistischen Zusammenhänge zwischen der ermittelten Rangfolge regionaler Lebensbedingungen für Senioren und ihrem längerfristigen Binnenwanderungssaldo überprüft. Die bivariate Betrachtung zeigt keinen signifikanten Zusammenhang (Pearson's $r = 0{,}014$, $p = 0{,}781$), sodass auf weiterführende multivariate Analyseverfahren verzichtet wird.

Die Befunde stützen die Validität des postulierten Zusammenhangs zwischen der regionalen Ausstattungsqualität und den Zielgebietspräferenzen der Altenwanderung allenfalls partiell. Dies bedeutet aber keineswegs, dass derartige Wechselbeziehungen nicht existieren. So liegt es z. B. auf der Hand, dass der Einzug in institutionelle Einrichtungen der Altenhilfe auf solche Gebietskörperschaften gerichtet ist, in denen ein derartiges Angebot auch vorhanden ist. Ebenso sind Kurorte aufgrund ihrer seniorenfreundlichen Infrastrukturausstattung bevorzugte Zielgebiete für ältere Wohnortwechsler. Allerdings können diese eher kleinräumigen Sondersituationen im Rahmen einer auf Gebietskörperschaften bezogenen Analyse statistisch nicht erfasst werden. Deshalb ist es angebracht, im Rahmen mikroanalytischer Zugänge zu analysieren, welche Erwägungen primär dem Wohnortwechsel älterer Menschen zugrunde liegen.

Die Binnenwanderungsmotive im alters- und kohortengeprägten Wandel

Innerhalb der Migrationsforschung stießen die Entscheidungsprozesse älterer Wanderungsakteure hierzulande zunächst auf ein recht geringes Interesse. Mit zunehmender Wahrnehmung der Brisanz des demografischen Wandels rückten die Motive der Standortwahl älterer Menschen jedoch stärker in den Fokus vereinzelter Untersuchungen. Dies erfolgte bislang meist in Form von Querschnittsanalysen und im Kontrast zu jüngeren Personengruppen. Dabei gelangten aus Sicht der Gerontologie sowie in der medialen Vermittlung zunehmend die „neuen Alten" und die Babyboomer in den Blickpunkt, deren aktives und selbstbewusstes Alltaghandeln sich deutlich von den „traditionellen Alten" unterscheiden würde. Nachfolgend wird der Validität der damit postulierten Veränderungen der Wanderungsmotive zum einen anhand ihrer Altersdifferenzierung innerhalb der Seniorenpopulation und zum anderen anhand ihrer Ausprägung zwischen unterschiedlichen „Generationen" älterer Menschen nachgegangen.

In seiner makroanalytischen Auswertung der Daten des SOEP (2001–2013) befasst sich Winke (2017) mittels Regressions- und Clusteranalysen mit den Determinanten des Wohnortwechsels von Haushalten im Alter zwischen 55 und 90 Jahren. Dabei betrachtet er die Zusammenhänge zwischen Merkmalen der Lebenslage sowie Nachbarschaftskontexten und den vier in Anlehnung an Litwak u. Longino (1987) ausgewiesenen Mobilitätstypen (Wohnverbesserung, Wohnanpassung, Familienorientierung und Unterstützungsorientie-

rung). Während gut situierte und jüngere Umzügler durch ihre Standortentscheidung die Wohnsituation mehrheitlich verbessern können, müssen ältere und weniger privilegierte Haushalte z. B. wegen unzulänglicher Wohnbedingungen oder zu hohen Wohnkosten ihre Wohnsituation anpassen. Die familienbezogene Mobilität zielt darauf, näher bei den Kindern und Enkelkindern zu sein, während unterstützungsorientierte Fortzüge häufig auf stationäre Einrichtungen der Altenhilfe ausgerichtet sind. In der Perspektive des Lebensverlaufs zeigt die Binnenklassifikation dieser Mobilitätstypen den mit dem Älterwerden verbundenen Bedeutungswandel: So verändern sich die zunächst nahezu gleichverteilten Anteile mit zunehmenden Jahren immer stärker zugunsten der auf Unterstützung ausgerichteten Wohnortwechsel.

Ein früher Impuls sich auf der Individualebene der Akteure intensiv mit deren Motiven für den Wohnortwechsel über Gemeindegrenzen zu befassen, war die Etablierung der ersten Enquete-Kommission des Bundestags zum „Demographischen Wandel in Deutschland". In diesem Rahmen wurde u. a. auch ein Gutachten zur Seniorenmigration vergeben (Friedrich 1996). Auf der Basis von ca. 230 telefonischen Befragungen mobiler Personen im Alter ab 55 Jahren erfolgte eine Typenbildung nach primären Migrationsmotiven. Nach den damaligen Befunden waren zu einem Großteil einschneidende Ereignisse im persönlichen und räumlichen Umfeld auslösende Faktoren der Umzugsentscheidung. So waren die meisten Fortzüge in Privathaushalte endogen aufgrund eingeschränkter individueller oder sozioökonomischer Ressourcen begründet und auf unterstützende Netzwerke von Angehörigen (43 %) ausgerichtet. Ein weiteres Drittel ließ sich auf exogene Determinanten wie unzulängliche Wohn- und Lebensbedingungen am Herkunftsort zurückführen. Lediglich jeder Fünfte strebte als klassischer Ruhesitzmigrant einen attraktiven Wohnort in der Wunschwohngegend an.

Da seitdem größere Fallstudien auf der Mikroebene der älteren Wanderungsakteure nicht mehr durchgeführt wurden, werden diese Ergebnisse aus den 1990er Jahren mit den Befunden konfrontiert, die im Herbst 2019 durch eine postalische Befragung zu den Binnenwanderungsmotiven der Generation 60+ ermittelt wurden (vgl. Friedrich u. Ringel 2019; Friedrich 2021: 152–155). Hierfür standen die Individual- und Adressdaten von insgesamt 4.188 Personen dieser Altersgruppe zur Verfügung, die zwischen 2015 und 2017 innerhalb von Deutschland in zwölf Untersuchungsgemeinden in Südhessen (Großraum Darmstadt) und dem südlichen Sachsen-Anhalt (Großraum Halle/Saale) gezogen waren. Bereits die Bereinigung der Grundgesamtheit vermittelt erste soziodemografische Informationen über die Ruhesitzmigranten: Danach waren 14 % aller Zuzüge – v. a. hochbetagter und alleinstehender Personen – auf institutionelle Einrichtungen der Altenhilfe ausgerichtet; im Untersuchungszeitraum von drei Jahren waren 11 % der Zuzügler – darunter nahezu alle Heimübersiedler – verstorben; 6 % der registrierten Wohnortwechsler erfolgten durch Schutzsuchende und andere Zuzügler aus dem Ausland.

Von den nach einer systematischen Zufallsstichprobe postalisch erreichten 2.257 Zuzüglern in Privathaushalte beantworteten 658 Personen den Fragebogen, was einer Rücklaufquote von 29 % entspricht. Auf dieser Grundlage sowie in sieben narrativen Interviews bestätigte sich, dass nicht einzelne Gründe, sondern spezifische Motivbündel für die Umzugsentscheidung im höheren Erwachsenenalter charakteristisch sind. Unter den fünf ausgewiesenen primären Migrationsmotiven erklären die wohnbedingten und netzwerkorientierten Beweggründe zu jeweils etwa einem Drittel die ausschlaggebenden Faktoren für den Wohnortwechsel. Das restliche Drittel bilden zusammen private, auf präferierte Ruhesitzziele ausgerichtete und berufliche bzw. mit dem Renteneintritt verbundene Motive (vgl. Tab. 1).

Die nachfolgende Kurzcharakterisierung der aktuellen Migrationsmotive schließt den Vergleich mit den Befunden aus den 1990er Jahren ein und beinhaltet zudem erste kohortenbezogene Schlussfolgerungen:

- Die häusliche Situation und die mit dem Älterwerden der Bewohner zunehmenden Erschwernisse sind wesentliche Determinanten für den Entschluss, den Wohnort zu verändern. Sie lassen sich auf unzulängliche Wohn- und Lebensbedingungen am Herkunftsort zurückführen. So begründen zwei Drittel derjenigen, die wohnbedingte Motive für ihren Ortswechsel anführen, dies entweder mit ihrer nicht altersgerechten Wohnung, mit zu hoher Wohnkostenbelastung bzw. Kündigung oder mit der zu beschwerlich gewordenen Arbeit im Haus und Garten. Dahinter treten außerhäusliche Rahmenbedingungen (wie z. B. Angebot und Erreichbarkeit von Infrastruktur oder Unzulänglichkeiten im Wohnumfeld und der Nachbarschaft) als relevante Fortzugsmotive zurück.
- Netzwerkorientierte Motive erfahren in der aktuellen Untersuchung eine deutlich andere Akzentuierung als noch vor etwa drei Dekaden: Damals dominierten Wohnortwechsel aufgrund eingeschränkter endogener (v. a. ge-

Tab. 1:
Motivkategorien der ab 60-Jährigen Zuzügler in Privathaushalte der Großräume Darmstadt und Halle/Saale zwischen 2015 bis 2017

primäre Fortzugsmotivbündel	Insgesamt (n = 639)	Insgesamt in %	Raum DA in %	Raum HAL in %	60–69 in %	70–79 in %	80+ in %
wohnungs- und wohnumfeldbedingte	228	35,7	43,9	30,1	36,1	34,9	35,9
netzwerkorientierte	198	31,0	30,5	31,2	29,9	29,8	36,9
private, familiäre	123	19,2	13,0	23,6	17,1	18,6	27,2
ruhesitzorientierte	54	8,5	4,2	11,4	7,5	13,9	0
berufliche	36	5,6	8,4	3,7	9,4	2,8	0

Quelle: eigene Erhebung

sundheitlicher) oder sozioökonomischer Ressourcen als Begründungen für den Wunsch, bei oder in der Nähe von Angehörigen oder Freunden Unterstützung zu erfahren. Demgegenüber spielt derzeit bei der angestrebten Verringerung der Distanz zu den erwachsenen Kindern häufiger das Anliegen, für die Enkelkinder da sein zu wollen und Verantwortung für deren Betreuung zu übernehmen, die entscheidende Rolle (vgl. Bünning et al. 2021).

- Private und familiäre Begründungen für den Wohnortwechsel werden bei einschneidenden persönlichen Veränderungen der Lebenssituation als ausschlaggebend angeführt. Überwogen früher noch Verlusterfahrungen, z. B. durch den Tod des Partners, werden aktuell Trennungen oder neue Partnerschaften oder einfach „das Alter" viel stärker als Anlässe für den Wechsel des vertrauten Umfeldes angeführt.
- Ruhesitzmigrationen sind häufig auf landschaftlich bzw. infrastrukturell attraktive Ziele gerichtet. Hinzu kommen derzeit verstärkt Rückwanderungen von ursprünglich aus Ostdeutschland stammenden Ruheständlern, die nach 1990 aus beruflichen Gründen in westdeutsche Verdichtungsräume gezogenen waren. Sie kehren – gleichsam als Echo auf ihre damalige Standortentscheidung – nach ihrem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben wieder in ihre ostdeutsche Heimat zurück.
- Beruflich veranlasste Fortzugsmotive ergeben sich für die z. T. noch erwerbstätigen Probanden aus der aktuellen Ausübung ihres Berufes. Viele wollten durch den Umzug näher an den Arbeitsplatz rücken, um lange Pendelwege zu verringern oder nahmen eine neue Arbeitsstelle an bzw. waren von Kündigungen betroffen.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus der kohorten- und altersvergleichenden Betrachtung der Motive und Determinanten der Altersmigration ableiten? Die zurückliegenden und derzeitigen Aussagen der Befragten unterstreichen unverändert den hohen Stellenwert des vertrauten Wohnumfeldes und Lebensraumes für ein gelingendes Alter. Wird jedoch ihr ausgeprägtes Autonomiebestreben durch Beibehaltung dieser Rahmenbedingungen gefährdet, hat die Aussicht auf Verbesserung der Wohnsituation und eine erhöhte Versorgungssicherheit am neuen Wohnort Einfluss auf das Umzugsverhalten. Deshalb behalten mit den wohnbedingten und netzwerkorientierten Motivkategorien die beiden klassischen Umzugsdeterminanten nach wie vor ihren hohen Stellenwert. Für das südhessische Untersuchungsgebiet fällt hierbei das stärkere Gewicht wohnungsbezogener Fortzugsgründe gegenüber dem noch entspannteren ostdeutschen Wohnungsmarkt ins Auge. Im Vergleich nach Altersgruppen begründen „jüngere Alte" ihren Standortwechsel stärker mit wohnungs- und umweltbezogenen Argumenten, während sich mit den gelebten Jahren die Bedeutung sozialer und unterstützungsorientierter Beweggründe erhöht. Letztere erfuhren innerhalb der netzwerkorientierten Mobilitätsanlässe die stärksten Veränderungen im Zeitverlauf: Wanderungsakteure mit dieser Motivkategorie erwarten derzeit im weitaus geringerem Maße als früher Unterstützung zu erhalten, sondern zielen v. a auf den innerfamiliären Austausch. Zudem ordneten sich mit der ostdeutschen Transformation die Migrationsmuster neu und erfahren derzeit mit zunehmender ökonomischer und demografischer Konsolidierung der ehemaligen Herkunftsregionen neue Tendenzen der Rückwanderung für die mittlerweile in den Ruhestand getretenen Personengruppen.

Die Wanderungsakteure und Komponenten ihrer Lebenslage nach regionalen Alltagswelten

Aus Sicht der raumbezogenen Alternsforschung kommt dem Wissen um die kleinräumigen Ausprägungen und Konsequenzen der Binnenmigration älterer Menschen ein hohes Gewicht zu. Ebenso sind Stadt- und Sozialplaner auf Angaben darüber angewiesen, aus welchen Beweggründen bestimmte Zielgebiete gewählt werden, um dort bspw. die Erreichbarkeit der Gesundheitsversorgung und von Sozialdiensten sicherstellen zu können. Deshalb erfolgt der Bezug zu den regionalen Alltagswelten durch Aufschlüsselung der Befunde nach den beiden Großräumen Darmstadt und Halle/Saale sowie nach den dortigen Oberzentren bzw. Umlandgebieten.

Beim ersten Blick auf das soziodemografische Profil der Wanderungsakteure in ihren unterschiedlichen Zielgebieten (Tab. 2) treten deren Gemeinsamkeiten stärker als die Unterschiede hervor. Die Hälfte der Probanden gehört der Altersgruppe zwischen 60 bis unter 70 Jahren an. Demgegenüber nimmt nur noch ein geringer Anteil hochbetagter Personen Fortzüge in Privathaushalte auf sich. 12 % der Zielgruppe sind erwerbstätig, wobei insbesondere die in den Großraum Darmstadt sowie in die Umlandgemeinden zugezogenen Senioren deutlich stärker beruflich aktiv sind. Die körperliche Rüstigkeit der Probanden lässt sich daran ablesen, dass vier von fünf Umzügler nach eigenen Angaben auf keine Unterstützung im Alltag angewiesen sind. Im Falle von Unterstützungsbedarf wird dieser mehrheitlich durch familiäre Netzwerke geleistet.

Die räumliche Trennung unterschiedlicher Generationen und das daraus resultierende Übergewicht kleiner Haushalte älterer Menschen spiegeln sich auch in der gebietsbezogenen Betrachtung der Haushaltskonstellationen. Vor dem Umzug lebten 57 % der Befragten in Partnerhaushalten und 33 % in Einpersonenhaushalten, wobei diese Relation nahezu identisch mit den bundesweiten Vergleichswerten ist (Friedrich 2021: 106). Nach dem Umzug steigt das Ausmaß der Singularisierung in der Zielgruppe jedoch deutlich, indem sich die Anteile der Einpersonenhaushalte auf 44 % erhöhen und diejenigen der Partnerhaushalte auf 50 % verringern. Besonders ausgeprägt ist dieser Anstieg alleinlebender Zuzügler in den beiden Oberzentren. Eine aktuelle Sonderauswertung des SOEP ergibt darüber hinaus, dass bundesweit 61 % der Umzüge von ab 60-Jährigen gemeinsam mit einem Partner erfolgen und 33 % der allein durchgeführten Umzüge in einen sog. Anstaltshaushalt (z. B. in ein Senioren- oder Pflegeheim) führen.[2]

Hinsichtlich der Wohnform unterscheidet sich die Stichprobenpopulation deutlich vom Bundesdurchschnitt: Vor dem Wohnortwechsel lebten lediglich 44 % im selbstgenutzten Wohneigentum und sind damit diesbezüglich im Landesvergleich (64 %) unterrepräsentiert. Nach dem Fortzug reduzierte sich der Eigentümeranteil sogar auf 24 % und nahezu drei Viertel der Befragten wohnen nun zur Miete. In der intraregi-

Tab. 2: Soziodemografisches Profil der Wanderungsakteure nach Zielgebieten in Prozent der Befragten

	Insgesamt in %	Oberzentren DA & HAL in %	Großraum DA in %	Großraum HAL in %	Umlandgemeinden DA & HAL in %
Alter					
60–69	50,1	47,6	53,4	44,4	58,1
70–79	33,6	35,3	29,9	38,3	28,1
80+	16,3	17,1	16,7	17,3	13,8
Erwerbstätigkeit					
Vollzeit	8,0	7,2	12,9	4,1	10,6
Teilzeit	4,0	2,7	5,3	1,3	8,1
nein	88,0	90,1	81,8	94,6	81,3
Unterstützungsbedarf					
nein	81,9	80,9	83,2	79,6	85,1
nein, aber wünschenswert	4,0	3,8	4,8	3,3	4,7
durch Familie	11,3	12,1	9,6	13,5	8,8
durch professionelle Hilfe	2,8	3,2	2,4	3,6	1,4

Quelle: eigene Erhebung

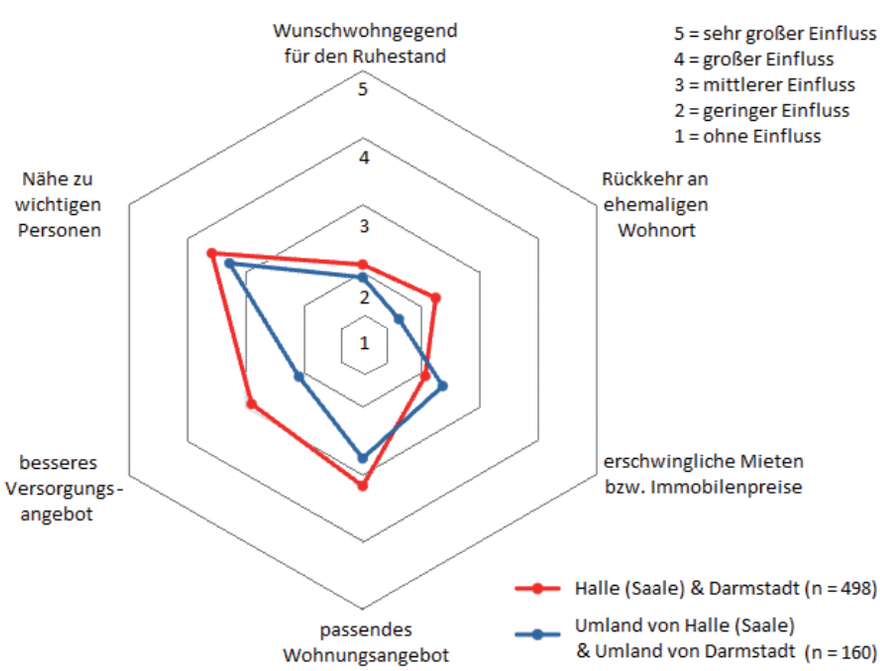
onalen Differenzierung verfügen jedoch die Zuzügler in die Umlandgemeinden beider Großräume mit ca. 42 % über eine deutlich höhere Eigentumsquote.

Die Reduzierung der Entfernung zum Wohnort wichtiger Bezugspersonen hat sich auch in der vorliegenden Erhebung als wichtige Determinante der Umzugsentscheidung erwiesen. So verringerte sich die Distanz für die Hälfte der Befragten durch den Ortswechsel, für ein knappes Drittel blieb sie unverändert und für ein Fünftel vergrößerte sie sich. Die fallweise Ermittlung der kilometrischen Distanz zwischen ehemaligem und derzeitigem Wohnort ergibt, dass zwei Drittel der Ortswechsel in einem Radius von bis zu 50 km erfolgten. Dies bestätigt die charakteristische Entfernungsempfindlichkeit von Ruhestandsmigrationen.

Die primären Beweggründe für den Wohnortwechsel in die Oberzentren bzw. deren jeweilige Umlandgebiete wurden mithilfe der rangbasierten Beurteilung des Einflusses ausgewählter Standortvorteile unter Anwendung einer fünfstufigen Likert-Skala erhoben. Die grafische Darstellung in Abb. 3 unterstreicht nochmals für die Zuzügler in beide Strukturräume das gemeinsame Anliegen, näher bei wichtigen Personen zu leben sowie ein passendes Wohnungsangebot zu finden. Demgegenüber haben die Motivkategorien „besseres Versorgungsangebot" und „Rückkehr an den ehemaligen Wohnort" bei der Entscheidung für die Oberzentren einen erkennbar höheren Stellenwert als für die Zuzügler in die Umlandgemeinden.

In der rückblickenden Bewertung der Umzugsentscheidung bestehen weitgehende Übereinstimmungen zwischen den Befragten. Danach gaben gebietsübergreifend nahezu ein Fünftel der Probanden zu Protokoll, dass ihnen diese Entscheidung schwergefallen sei, etwas weniger als die Hälfte äußerten sich ambivalent und für lediglich ein Drittel war es ein leichter Entschluss. Allerdings überwiegt in der nachträglichen Abwägung die Zustimmung hierfür: Mehr als drei Viertel der Ortswechsler bewerten sie als gute Entscheidung.

Abb. 3: Mittlere Bewertung der Zielgebietsvorteile am jetzigen Wohnort durch die Befragten



Quelle: eigene Erhebung

Fazit

Mit Blick auf die großräumigen und interregionalen Muster der Binnenwanderungen älterer Menschen bleibt v. a. deren Beständigkeit festzuhalten. Sie äußert sich im stabilen Paradigma einer ausgeprägten Standortverbundenheit und Distanzempfindlichkeit. Erstere lässt sich an ihrem im Zeitverlauf gesunkenen und im Vergleich zur Gesamtbevölkerung niedrigen Wanderungsniveau ablesen und die Distanzempfindlichkeit u. a. daran, dass etwa drei Viertel der Ruhestandsmigranten ihren neuen Wohnort innerhalb des gleichen Bundeslandes und zwei Drittel in einer Reichweite von 50 km wählen. Hinsichtlich der Regionalität der Zielpräferenzen sind im Vergleich zur Situation Mitte der 1990er Jahre sowohl der Fortbestand der alten räumlichen Muster neben Veränderungen im Spektrum der Herkunfts- und Zielgebiete erkennbar. Den Wandel charakterisieren die weitgehende Einebnung des ehemaligen Ost-West-Gegensatzes sowie bundesweit das gewachsene Nebeneinander von Herkunfts- und Zielgebieten der Binnenwanderungen. So haben sich mittlerweile innerhalb der westdeutschen Agglomerationen die Zielgebiete der Fortzüge auf Kosten der Metropolen und deren Umlandgebiete verstärkt in den periurbanen Raum verlagert. Demgegenüber führten in Ostdeutschland die nach der Wiedervereinigung gleichsam im Zeitraffertempo abgelaufenen demografischen und raumstrukturellen Umbrüche zu tiefgreifenden Neuorientierungen, von denen derzeit v. a. urbane Zentren durch Wanderungsgewinne von Seniorinnen und Senioren profitieren.

Die vergleichende Betrachtung der primären Wanderungsmotive der früheren und derzeitigen Alterskohorten lässt angesichts der zwischenzeitlichen Ausdifferenzierung ihrer Lebensstile und Lebenslagen sowie dem einschneidenden Wandel gesellschaftlicher Rahmenbedingungen in Teilen der älteren Bevölkerung Ansätze einer zunehmenden Modifizierung der Standortentscheidungen erkennen. Dabei haben die Aussicht auf Verbesserung einer mit den gelebten Jahren schwieriger gewordenen Wohnsituation und eine erhöhte Versorgungssicherheit durch die Wahl des neuen Wohnorts den größten Einfluss auf ihre Umzugsentscheidung. Neben diesen wohnbedingten Motiven behalten mit den netzwerkorientierten Anlässen die beiden klassischen Umzugsdeterminanten nach wie vor ihren hohen Stellenwert. Zudem ist im Vergleich nach Altersgruppen erkennbar, dass „jüngere Alte" ihren Standortwechsel stärker mit der Verbesserung wohnungs- und umweltbezogenen Rahmenbedingungen begründen, während sich mit zunehmendem Alter die Bedeutung sozialer und unterstützungsorientierter Motive erhöht. Ebenso zeigt die Binnendifferenzierung der aktuellen Befunde nach regionalen Lebenslagen und Alltagswelten, dass ein Großteil der ausschlaggebenden Antriebe zum Wohnortwechsel aus dem persönlichen Umfeld kommt und aus einer Abwägung der unmittelbaren individuellen Lebenssituation resultiert. In diesem Begründungszusammenhang sind nicht landschaftliche Vorzüge der Zielregion oder deren seniorenfreundliche Infrastrukturausstattung bestimmende Wanderungsfaktoren, sondern in erster Linie soziale Erwägungen wie die Nähe zum Wohnort der Kinder, die Rückwanderung an den vertrauten Heimatort, der Verlust des Lebenspartners oder der Wegfall von Kontakten zu Nachbarn und Freunden.

---

1 für deren Durchführung bedanken wir uns bei Urs Fichtner, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg 2021

2 herzlichen Dank für deren Durchführung an Markus M. Grabka, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2020

Literatur

ASAP – Arbeitsgemeinschaft: dsn Projekte und Studien für Wirtschaft und Gesellschaft analytix Institut für quantitative Marktforschung & statistische Datenanalyse (2007): Altenwanderung und seniorengerechte Infrastruktur. Endbericht. Kiel.

Bünning, M.; Ehrlich, U.; Behaghel, F.; Huxhold, O. (2021): Enkelbetreuung während der Corona-Pandemie. In: DZA Aktuell 07/2021, S. 1–22.

Engfer, U. (2018): Ruhestandsmigration und Reurbanisierung. Trends in Deutschland 1995–2012. In: Raumforschung und Raumordnung 76, S. 35–49. https://doi.org/10.1007/s13147-017-0513-0

Enßle, F.; Helbrecht, I. (2018): Ungleichheit, Intersektionalität und Alter(n). Für eine räumliche Methodologie in der Ungleichheitsforschung. In: Geographica Helvetica, 73, 3, S. 227–239. https://doi.org/10.5194/gh-73-227-2018

Friedrich, K. (1995): Altern in räumlicher Umwelt. Sozialräumliche Interaktionsmuster älterer Menschen in Deutschland und in den USA. Darmstadt.

Friedrich, K. (1996): Intraregionale und Interregionale Muster und Prinzipien der Mobilität älterer Menschen. In: Enquete-Kommission „Demographischer Wandel" des Deutschen Bundestags (Hrsg.): Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik (Bd. 2). Heidelberg, S. 501–618.

Friedrich, K. (2001): Binnenwanderungen älterer Menschen. In: Institut für Länderkunde (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Bevölkerung (Bd. 4), S. 124–125.

Friedrich, K. (2008): Binnenwanderungen älterer Menschen. Chancen für Regionen im demographischen Wandel? In: Informationen zur Raumentwicklung 33, 3/4, S. 185–192.

Friedrich, K. (2021): Sozialgeographie des Alterns. Sozialgeographie kompakt (Bd. 5). Stuttgart.

Friedrich, K.; Koch, R. (1988): Migration of the elderly in the Federal Republic of Germany. In: Rogers, A.; Serow, W. J. (Hrsg.): Elderly migration. An international comparative study. Boulder, S. 1–23.

Friedrich, K.; Ringel, F. (2019): Residentielle Mobilität im Alter. Stellenwert der Wohnverhältnisse. In: Informationen zur Raumentwicklung 46, 5, S. 76–87.

Haacke, H.C.; Enßle, F.; Haase, D.; Helbrecht, I.; Lakes, T. (2019): Why do(n't) people move when they get older? Estimating the willingness to relocate in diverse ageing cities. In: Urban Planning 4, 2, S. 53–69. https://doi.org/10.17645/up.v4i2.1901

Heinze, R. G. (2017): Altersgerechtes Wohnen. In: Generali Deutschland AG (Hrsg.): Generali Altersstudie 2017. Wie ältere Menschen in Deutschland denken und leben. Heidelberg, S. 203–229.

Kemper, F.-J.; Kuls, W. (1986): Wanderungen älterer Menschen im ländlichen Raum am Beispiel der nördlichen Landesteile von Rheinland-Pfalz. Arbeiten zur Rheinischen Landeskunde (Bd. 54). Bonn.

Koch, R. (1976): Altenwanderung und räumliche Konzentration alter Menschen. Forschungen zur Raumentwicklung (Bd. 4). Bonn.

Litwak, E.; Longino, C. F. (1987): Migration patterns among the elderly. A developmental perspective. In: The Gerontologist 27, 3, S. 266–272. https://doi.org/10.1093/geront/27.3.266

Prognos AG (2019): Hintergrundpapier zur ZDF-Deutschland-Studie 2019 – Wo leben Seniorinnen und Familien am besten? https://www.prognos.com/publikationen/zdf-deutschland-studie-2019 (29.11.2019).

Slupina, M.; Damm, T.; Klingholz, R. (2016): Im Osten auf Wanderschaft. Wie Umzüge die demografische Landkarte zwischen Rügen und Erzgebirge verändern. https://www.berlin-institut.org/fileadmin/Redaktion/Publikationen/PDF/BI_WanderungOst_online.pdf (14.08.2020).

Stawarz, N.; Sander, N. (2019): The impact of internal migration on the spatial distribution of population in Germany over the period 1991–2017. In: Comparative Population Studies 44, S. 291–316. https://doi.org/10.12765/CPoS-2020-06

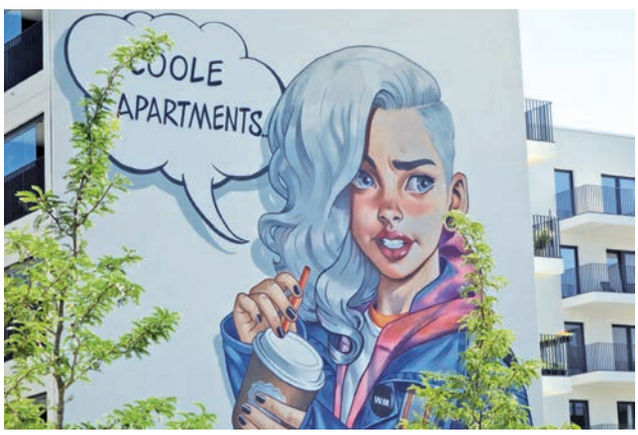
Winke, T. (2017): Later life moves and movers in Germany: An expanded typology. In: Comparative Population Studies 42, S. 3–24. https://doi.org/10.12765/CPoS-2017-01

Herbert Brüning, Christian Hoffmann, Stephan Wardzala

Bezahlbares und nachhaltiges Wohnen in Kleinstwohnungen

Beachtliches Interesse an suffizienten Lösungen

Eine repräsentative Befragung in Norderstedt zeigt ein großes Interesse an sehr kleinen Wohnungen. 12 % der Befragten würden dort gerne sofort einziehen, 32 % sind aktuell an derartigen Angeboten interessiert, für 54 % kann das Thema in Zukunft interessant werden. Eine Definition von Kleinstwohnungen wurde nicht vorgegeben, sondern über zwei Fragen gesucht: 23 % der Befragten wollen oder können nicht mehr als 525 € monatlich für Wohnen ausgeben. Bei einer Warmmiete von 15 €/m² für neue Wohnungen würden sich 13 % für maximal 35 m² Wohnfläche entscheiden. Ein solches Angebot ist in Norderstedt derzeit nicht zu finden. Das erhebliche Interesse an solchen Wohnangeboten ergibt sich aber keineswegs nur aus finanziellen Nöten. Noch stärker ist die Motivation, Nachhaltigkeit auch bei der eigenen Wohnung praktizieren zu können. Dazu passt der starke Wunsch, ohne eigenes Auto leben zu können.



© Brüning

Herbert Brüning
Leitung der Stabsstelle Nachhaltiges Norderstedt – u. a. auch Projektleitung der Forschungsvorhaben Zukunftsstadt und MobilitätsWerkStadt2025, seit 1998 bei der Stadt Norderstedt in verschiedenen Funktionen tätig. Nachhaltige Entwicklung, Forschung für Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Lärmminderungsplanung, BNE
Herbert.bruening@norderstedt.de

Christian Hoffmann
Professor für Psychologie an der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft Berlin und Bereichsleiter Umweltpsychologie bei e-fect eG. Psychologischen Faktoren nachhaltiger Mobilität und Akzeptanz nachhaltiger Energiedienstleistungen, Moderation und Coaching
hoffmann@e-fect.de

Stephan Wardzala
Projektleiter Mobilitäts- u. Regionalforschung bei infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH. Regionalanalysen, Wohnungsmarktforschung, Geographische Informationssysteme
s.wardzala@infas.de

Schlüsselwörter
Kleinstwohnungen – Suffizienz – bezahlbarer Wohnraum – Mobilität

Problem: Zu wenig bezahlbarer Wohnraum

Bezahlbarer Wohnraum ist für viele Kommunen längst zu einem bedeutenden Problem geworden. Die Strategie, mit Steuergeldern in Milliardenhöhe durch sozialen Wohnungsbau Abhilfe zu schaffen, ist teuer und im Ergebnis nicht ausreichend. Der Bestand an Sozialwohnungen nimmt dennoch schon seit längerer Zeit ab – allein von 2006 bis 2018 um 44 %. Im Ergebnis steigen nicht nur die Mieten, sondern sogar die Steigerungsraten bei den Mieten (Bundesregierung 2019).

Das können sich viele Menschen nicht (mehr) leisten. Aktuell liegen die Wohnkosten für 13,9 % der Bevölkerung bei mehr als 40 % des verfügbaren Haushaltseinkommens und damit im Bereich der Überbelastung. Haushalte mit den niedrigsten Einkommen sind besonders stark betroffen – hier liegt bei 41,9 % eine Überbelastung vor (Bundesregierung 2021). 16,1 % der Bevölkerung gelten derzeit als arm, ein historischer Höchststand. Ihr gesamtes Haushaltsnettoeinkommen (inkl. Transferleistungen) erreicht maximal 60 % des mittleren Einkommens in Deutschland (Der Paritätische Gesamtverband 2021). Mit dem Übergang der geburtenstarken Jahrgänge in die Rente wird sich die Lage weiter verschärfen. Die durchschnittliche Altersrente der gesetzlichen Rentenversicherung lag 2021 in den alten Bundesländern bei 944 € – wobei Männer im Durchschnitt eine Rente von 1.210 € erwartet, Frauen von nur 730 € (Deutsche Rentenversicherung 2021)[1]. Für 43 % aller Menschen über 65 Jahren[2] ist das die einzige Form der Altersicherung. Auch unter Einbeziehung von anderen Leistungen

zur Alterssicherung (wie betriebliche Altersversorgung, Erwerbstätigkeit, private Rente, Lebensversicherung usw.) bleibt das Problem bestehen: 17 % der Rentner*innen haben netto weniger als 1.000 € im Monat zur Verfügung, 31 % weniger als 1.250 € (BMAS o. J.). Die Altersarmut liegt auf dem höchsten Stand seit 20 Jahren[3] und wird – ebenso wie die Armutsrisikoquote – noch jahrelang weiter steigen (DIW 2019). Zusätzliche Herausforderungen wie die zweite Flüchtlingswelle innerhalb weniger Jahre sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Die Versäumnisse der Vergangenheit werden teuer. Die Steuersubventionen müssten 10 Jahre lang mindestens verdreifacht werden, um zumindest wieder den Bestand an Sozialwohnungen von 2007 zu erreichen (Pestel Institut 2020). Dabei stehen mit dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in die Rente immer weniger Erwerbstätige zur Verfügung, die das Geld aufbringen müssen (Geis-Thöne 2021). Offensichtlich brauchen wir zusätzlich zum sozialen Wohnungsbau weitere, mit Haushaltsdisziplin und Schuldenobergrenze vereinbare Angebote, die ein bezahlbares Wohnen für deutlich mehr Menschen ermöglicht.

Lösungsansatz: Suffizienz?

Effizienz (besser), Konsistenz (anders) und Suffizienz (weniger) sind die strategischen Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung. Dabei wird der Suffizienz-Ansatz häufig über Verzichtsassoziationen diskreditiert (BUND o. J.). Das ist jedoch stark verkürzt (Bossert et al. 2020). Suffizienz kann durchaus attraktiv sein. Und ohne Suffizienz wird Nachhaltigkeit nicht erreichbar sein. Die Stadt Norderstedt will mit einer Akzeptanzforschung zum Thema „Nachhaltig Wohnen" wissen, ob es auch einen relevanten Wunsch nach einer neuen „Genügsamkeit" gibt. Das kann durchaus mit Vorteilen an anderer Stelle (finanzielle Entlastung, soziale Kontakte usw.) einhergehen. Anders formuliert: Können sehr kleine Wohnungen bezahlbaren und nachhaltigen Wohnraum bieten, der auf genug Interesse und Akzeptanz in der Bevölkerung trifft? Damit versucht Norderstedt neue, nachhaltige Lösungsperspektiven zu eröffnen.[4]

Denn die eingangs beschriebene Situation stellt auch Norderstedt vor Probleme. Die 1970 gegründete, inzwischen viertgrößte Stadt in Schleswig-Holstein (82.000 Einwohner*innen) wächst weiter. Die Mieten liegen auf einem Niveau, das auch im angrenzenden Hamburg erreicht wird: Laut Norderstedter Mietenspiegel ist für die ab 2004 gebauten Wohnungen bis 40 m² im Durchschnitt eine Netto-Kaltmiete von 14,65 €/m² zu zahlen. Niedrigere Quadratmeterpreise werden nur bei größeren Wohnungen verlangt (Stadt Norderstedt 2021).

Als Stadt, die einen „Vorsprung durch Nachhaltigkeit" erreichen und behaupten will, ist auch der anhaltende Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsflächen problematisch (Deutscher Städtetag 2021). Die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt durch massive Angebotserhöhungen lösen zu wollen, verschiebt die Probleme nur auf andere Handlungsfelder:

- Der Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsflächen geht unverändert weiter; dabei liegt der Zuwachs weit über dem Ziel aus der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung von maximal 30 ha/Tag (Bundesregierung 2002), die spätestens ab 2020 eingehalten werden sollten, aber immer noch deutlich überschritten werden (Statistisches Bundesamt 2021a).
- Das Bauen mit Stahl, Zement und Beton ist derart energieintensiv, dass es zu zentralen Treibern des Klimawandels zählt: Bei einer Fortführung des Infrastrukturausbaus in der bisher praktizierten Weise wird nur dadurch bis 2050 fast das gesamte verbleibende CO_2-Budget für das politisch angestrebte 1,5°-Ziel emittiert (WBGU 2016).
- Mit über 200 Mio. t CO_2 pro Jahr trägt das Bedarfsfeld Wohnen über direkte Emissionen (für Warmwasser und Raumwärme) sowie indirekte Emissionen (für Strom) erheblich[5] zu den nationalen CO_2-Emissionen und damit zum Klimawandel bei (UBA 2021).

So nimmt die Wohnfläche pro Person in Deutschland seit Jahrzehnten zu und lag 2020 bei 47,4 m² (Statistisches Bundesamt 2021b). Das ist mehr als doppelt so viel Wohnfläche wie die 22,3 m², die noch im Jahr 1965 durchschnittlich pro Person verfügbar waren (Grossarth 2015).

Vor diesem Hintergrund wird im Projekt „Nachhaltig Wohnen" der Ansatz erforscht, ob und inwieweit – für heutige Verhältnisse – sehr kleine Wohnungen einen Ausweg aus den miteinander verflochtenen Problemstellungen (Siedentop et al. 2020) bieten können. Damit wird auch zum ersten Mal im Norderstedter Nachhaltigkeitsprozess der Suffizienz-Ansatz (Spengler 2020) ausdrücklich thematisiert, was bislang vermieden wurde (Brüning 2020). Das ist überfällig und ein zwingend gebotener Baustein für eine nachhaltige Stadtentwicklung (Böcker et. al. 2020).

Forschungsbaustein: Befragung

Die Stadt Norderstedt konnte mit finanzieller Unterstützung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Wettbewerbs Zukunftsstadt[6] nach Lösungen zum nachhaltigen Wohnen forschen. Dieser Beitrag zur sozial-ökologischen Forschung geht der Grundidee nach, ob und inwiefern eine geringere Wohnungsgröße weitere Lösungsmöglichkeiten für die Wohnraumproblematik neben dem sozialen Wohnungsbau eröffnen kann. Damit lassen sich Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit vereinen, denn neben niedrigeren Wohnkosten können weitere positive Effekte erzielt werden.

Eine erste Grundlage für die weiteren Arbeiten bildet eine Bestandserhebung bei der Immobilienwirtschaft in Norderstedt und Hamburg zu Kleinstwohnungen (Konsalt 2020). Daran schloss sich 2020 eine Befragung der Norderstedter Bevölkerung an (infas, e-fect & Stadt Norderstedt 2020), über deren Ergebnisse hier berichtet wird.

Befragung: Methoden

Ziel der Erhebung waren repräsentative Ergebnisse über Bedarf, Akzeptanz und Gestaltung von Kleinstwohnungen in Norderstedt. Die Grundgesamtheit der Studie bildeten alle Personen ab 18 Jahren, die zum Zeitpunkt der Erhebung in

Norderstedt gemeldet waren. Für die Zielgröße von 1.000 Befragten wurde eine Registerstichprobe von 10.000 Personen aus dem Melderegister Norderstedt gezogen und per Post angeschrieben. Diese konnten über einen Online-Link teilnehmen oder einen gedruckten Fragebogen anfordern. Die Befragung fand von Mitte September bis Mitte Oktober 2020 statt.

Nach einer formalen und inhaltlichen Prüfung konnten die Datensätze von 1.729 Personen für die Auswertung genutzt werden (1.272 Personen online und 457 Personen über den schriftlichen Fragebogen). Dies entspricht einer Ausschöpfung der Bruttostichprobe von rund 17 %.

Aufgrund der einfachen Zufallsauswahl war eine gleiche Auswahlwahrscheinlichkeit aller Personen in der Grundgesamtheit gewährleistet. Die Stichprobe war somit selbstgewichtend, ein Designgewicht nicht erforderlich. Die soziodemografische Zusammensetzung der Befragten entspricht für die Merkmale Geschlecht, Alter und räumliche Verteilung im Stadtgebiet derjenigen der Gesamtbevölkerung Norderstedts. Es wurde lediglich eine Kalibrierung vorgenommen, welche die unterschiedlichen Ausfälle ausgeglichen hat. Merkmale wie ein repräsentatives Vorkommen von Menschen mit Migrationshintergrund erschienen für die Zielsetzung der Befragung weniger bedeutsam und wurden daher vernachlässigt.

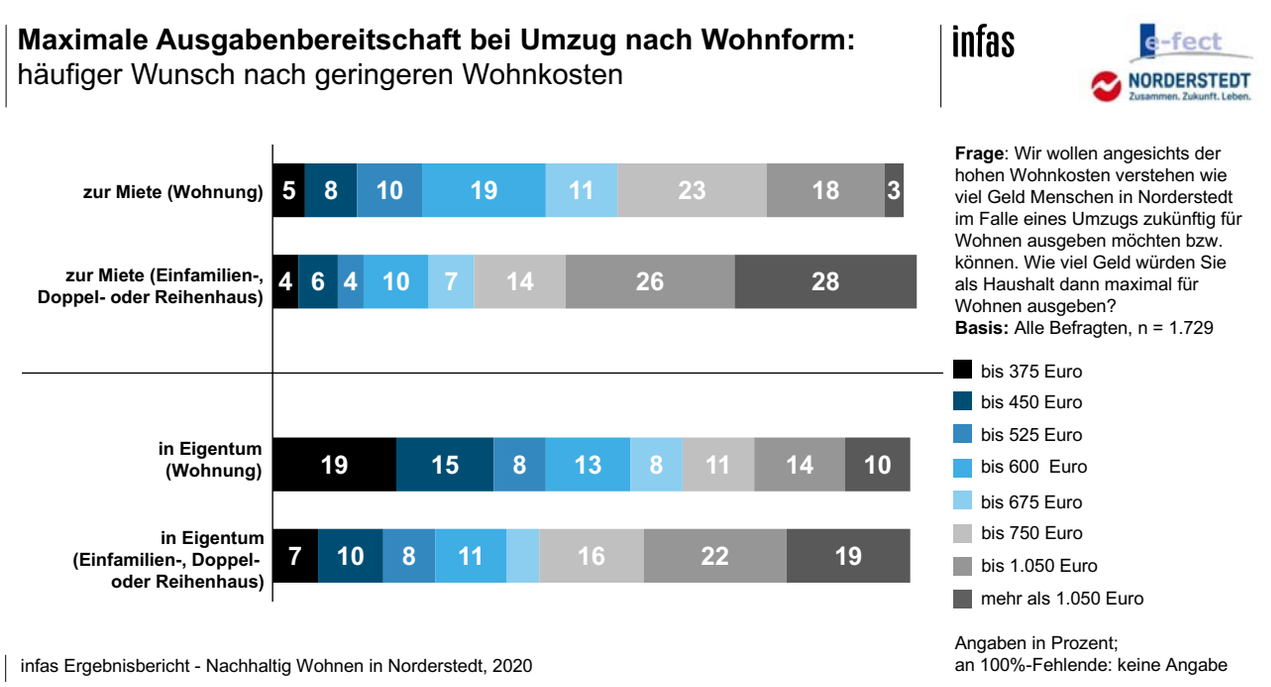
Befragung: Erkenntnisse

Die Befragten wohnten ungefähr zu 50 % in Eigentum und 50 % zu Miete. Mit 49 % wohnte ein großer Teil der Befragten in Zwei-Personen-Haushalten, 19 % lebten allein, 15 % mit drei Personen und 16 % mit vier oder mehr Personen. Die durchschnittliche Wohnungsgröße der befragten Haushalte lag bei 95,1 m², wobei die durchschnittliche Wohnfläche bei den Haushalten, die in Wohnungen lebten, mit 85,8 m² (Eigentum) und 69,2 m² (Miete) deutlich unter der durchschnittlichen Wohnfläche der in Häusern wohnenden Befragten lag (Eigentum: 127,4 m²; Miete 109,2 m²).

Die Befragung zeigt ein unerwartet hohes Interesse[7] an Kleinstwohnungen: 54 % der Befragten (n = 931) gaben an, dass eine Kleinstwohnung für sie in Zukunft interessant werden könnte, 32 % der Befragten (n = 532) sind schon jetzt an Kleinstwohnungen interessiert (jeweils Top 3 der 6-stufigen Likert-Skalierung (Greving 2009)).[8] 16 % (n = 253) finden Kleinstwohnungen sogar (sehr) attraktiv (Top 2 der 6-stufigen Likert-Skalierung). 12 % aller Befragten (n = 339) gaben an, dass sie sehr gerne einziehen würden, sobald ein solches Angebot an Kleinstwohnungen in Norderstedt besteht.

In Abgrenzung zu den hier nicht interessierenden Tiny Houses (Sievers 2021), Mikroapartments (Hein 2021) und Wohnheimen wurde im Forschungsvorhaben Zukunftsstadt bewusst ein offenerer Begriff gewählt: Kleinstwohnung. Was eine Kleinstwohnung für die Befragten ist, wurde anhand von zwei Fragen eingegrenzt. Als Orientierung diente die Angabe der Wohnkosten für eine neuere Wohnung in der Befragung, wobei eine Warmmiete von nur 15 €/m² für Norderstedt günstig ist (Stadt Norderstedt 2021). 23 % würden sich bei einem Umzug für eine Wohnung mit einer Monatsmiete von maximal 525 € entscheiden, die demnach bis zu 35 m² groß wäre (vgl. hierzu Abb. 1). Bei der Gegenfrage nach der gesuchten Wohnungsgröße würden sich 13 % für maximal 35 m² entscheiden, insgesamt 25 % für maximal 40 m² (vgl. Abb. 2). Derart kleine Wohnungen gibt es in Norderstedt kaum.

Abb. 1: *Maximale Ausgabebereitschaft bei Umzug*



infas Ergebnisbericht - Nachhaltig Wohnen in Norderstedt, 2020

Zum Vergleich: Aktuell kommen nur 6 % der Befragten mit weniger als 500 € im Monat für ihre Mietwohnung aus. Ihre aktuelle Miete stufen 51 % aller Befragten in dieser Befragung als (eher) zu hoch ein. 13 % der Befragten leben in einer Wohnung, die kleiner als 50 m² ist.

Je kleiner die von den Befragten bevorzugte Wohnungsgröße ist, umso attraktiver werden Kleinstwohnungen bewertetet. 48 % der Befragten, die bis zu 30 m² Wohnfläche in Betracht ziehen, halten Kleinstwohnungen für (sehr) attraktiv. 37 % der Befragten, die eine Wohnungsgröße bis 35 m² bevorzugen, finden Kleinstwohnungen (sehr) attraktiv. Dabei eröffnete die Frage eine Möglichkeit, zusätzlich zu der kleinen privaten Wohnung weitere Flächen gemeinschaftlich nutzen zu können[9] (vgl. Abb. 3).

Abb. 2: *Gesuchte Wohnungsgröße bei einer Warmmiete von 15 €/m²*

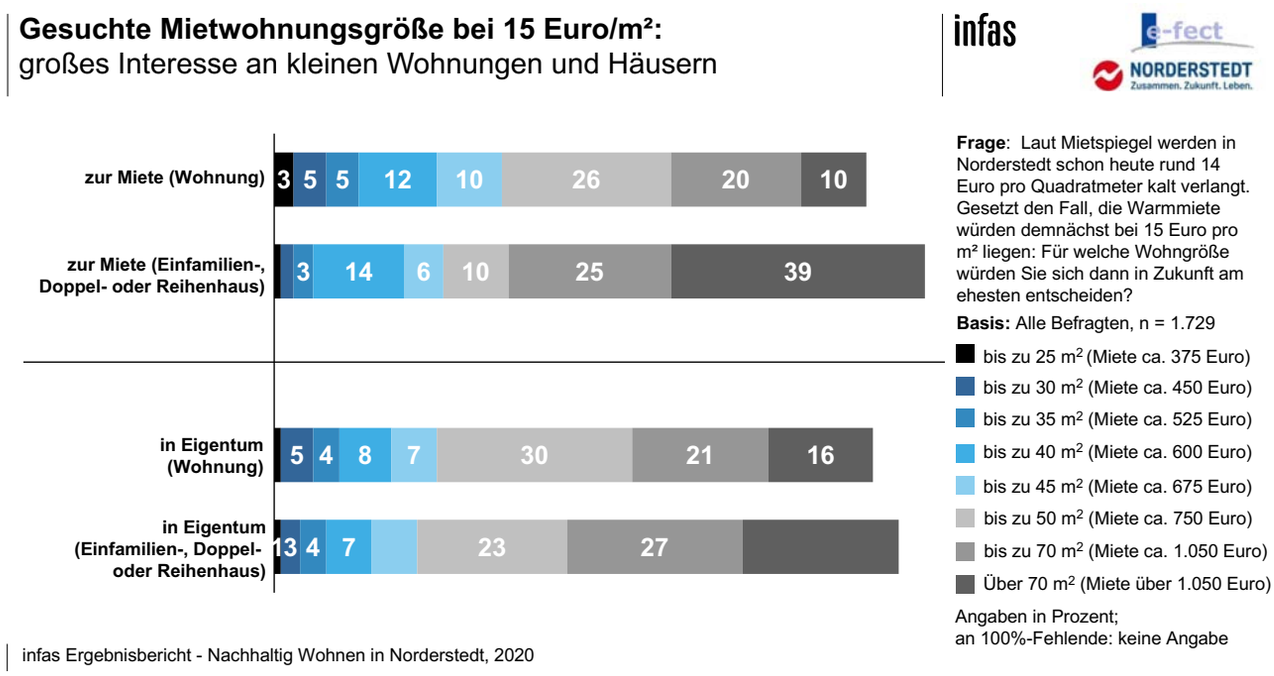
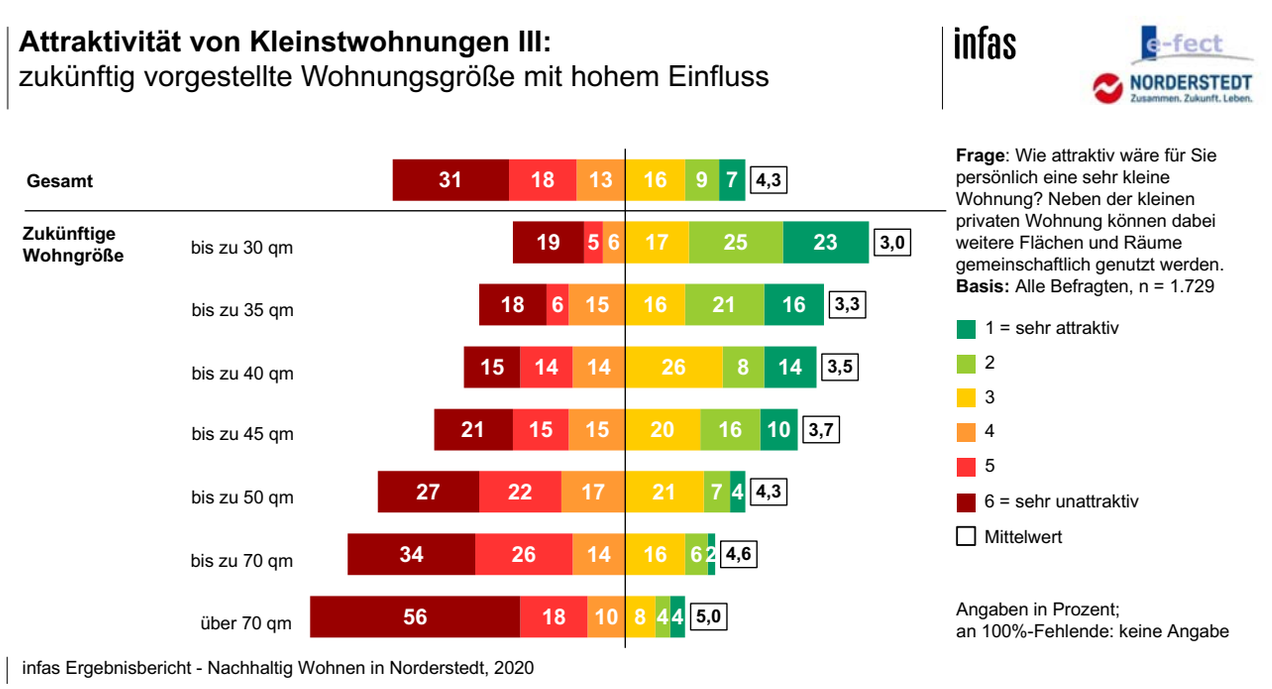


Abb. 3: *Attraktivität von Kleinstwohnungen in Abhängigkeit der gewünschten Wohnungsgröße*



Ist das ausgeprägte Interesse an Kleinstwohnungen schon überraschend, dann erst recht die genannte Haushaltsgröße. Nur 48 % der Befragten, die an Kleinstwohnungen interessiert sind, würden dort allein einziehen. 47 % stellen sich vor, dort mit Ehe-/Lebenspartner*in zu leben, bei weiteren 3 % käme auch noch mindestens 1 Kind hinzu. Verständlich, dass 84 % aller Interessierten der Aussage zustimmen, dass sie dann unbedingt etwas Freifläche wie einen gemeinsam genutzten Garten oder eine gemeinsam genutzte Terrasse brauchen (Top 3 der 6-stufigen Likert-Skalierung).

Der Versuch, über eine hierarchische Clusteranalyse mit der Ward-Methode (Wentura & Pospeschill 2015) spezielle Interessengruppen für Kleinstwohnungen zu identifizieren, ergab keine signifikanten Unterscheidungen. Als Inputvariablen für eine Typenbildung dienten die acht Einzelinteressen-Kategorien aus der Frage nach den Gründen für das Interesse an Kleinstwohnungen.[10] Die dabei gebildeten Cluster weisen inhaltlich keine klaren Abgrenzungen zueinander auf und sind im Vergleich untereinander sehr homogen. Zudem zeigt sich, dass innerhalb der ermittelten Gruppierungen größere

Abb. 4: *Attraktivität von Kleinstwohnungen nach Geschlecht, Alter, ökonomischem Status*

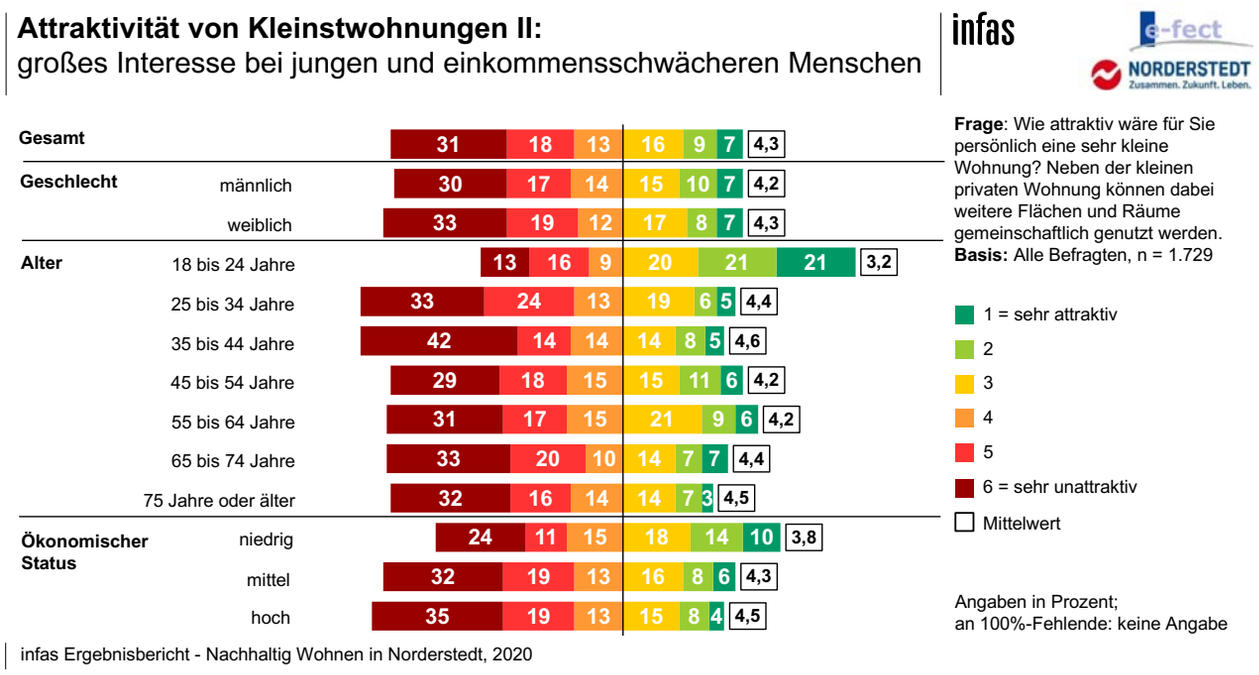
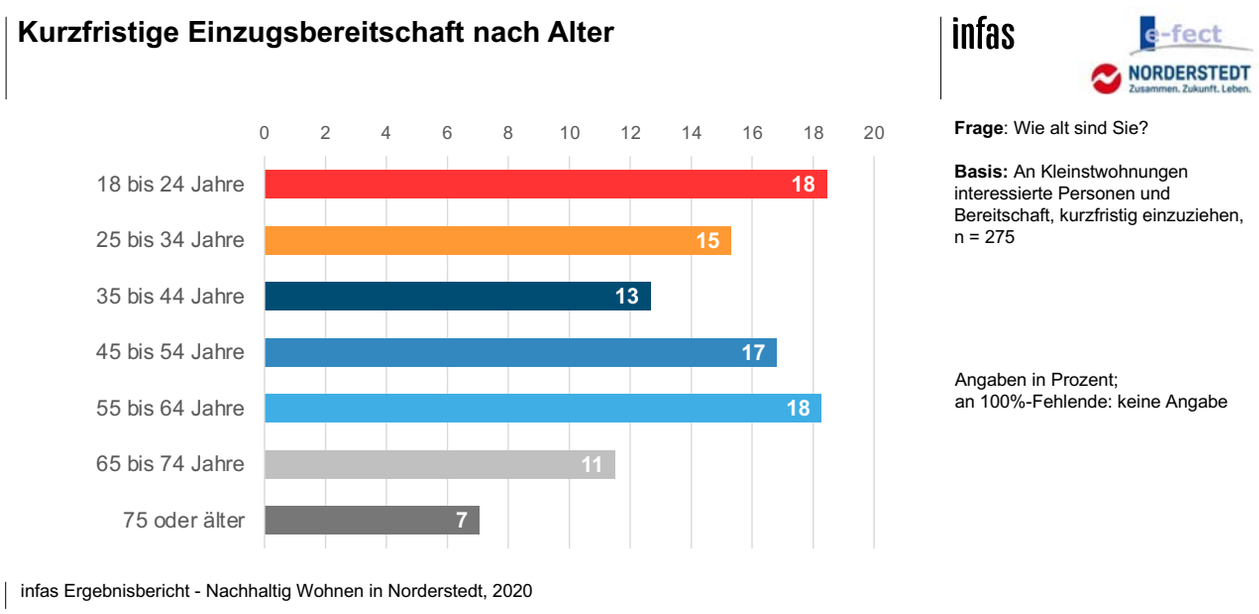


Abb. 5: *Kurzfristige Einzugsbereitschaft, differenziert nach Altersgruppen*



Unterschiede festzustellen sind, welche sich in einem hohen Unähnlichkeitsmaß (gemessen als quadrierte euklidische Distanz) ausdrücken (Wentura & Pospeschill 2015; Backhaus et al. 2016). Innerhalb der Cluster herrscht also eine gewisse Heterogenität). Damit bleibt es bei der Erkenntnis, dass in Bezug auf das Alter der Interessierten einige Unterschiede festzustellen sind. Eine auffällig hohe Bewertung der Attraktivität von Kleinstwohnungen ist in der Altersgruppe der 18–24-Jährigen zu beobachten (Top 2 der 6-stufigen Likert-Skalierung: 42 %). Personen mit niedrigem ökonomischem Status sehen sehr kleine Wohnungen im Vergleich zu Befragten mit höherem ökonomischem Status als attraktiver an (Top 2 der 6-stufigen Likert-Skalierung: 24 % zu 12 %, vgl. Abb. 4).

Die Einzugsbereitschaft nach Altersgruppen variiert mit der zeitlichen Perspektive. Kurzfristig können sich dies vor allem die 18–24-Jährigen (18 %) und die 55–64-Jährigen (18 %) vorstellen (vgl. Abb. 5). Bei zukünftiger Betrachtung reduziert sich das Interesse der jüngsten Altersgruppe etwas (16 %), während es bei den 45–54-Jährigen (19 %) und 55–64-Jährigen (19 %) zunimmt (vgl. Abb. 6). Diese Unterschiede geben wichtige Hinweise auf

Abb. 6: *Einzugsbereitschaft in Zukunft, differenziert nach Altersgruppen*

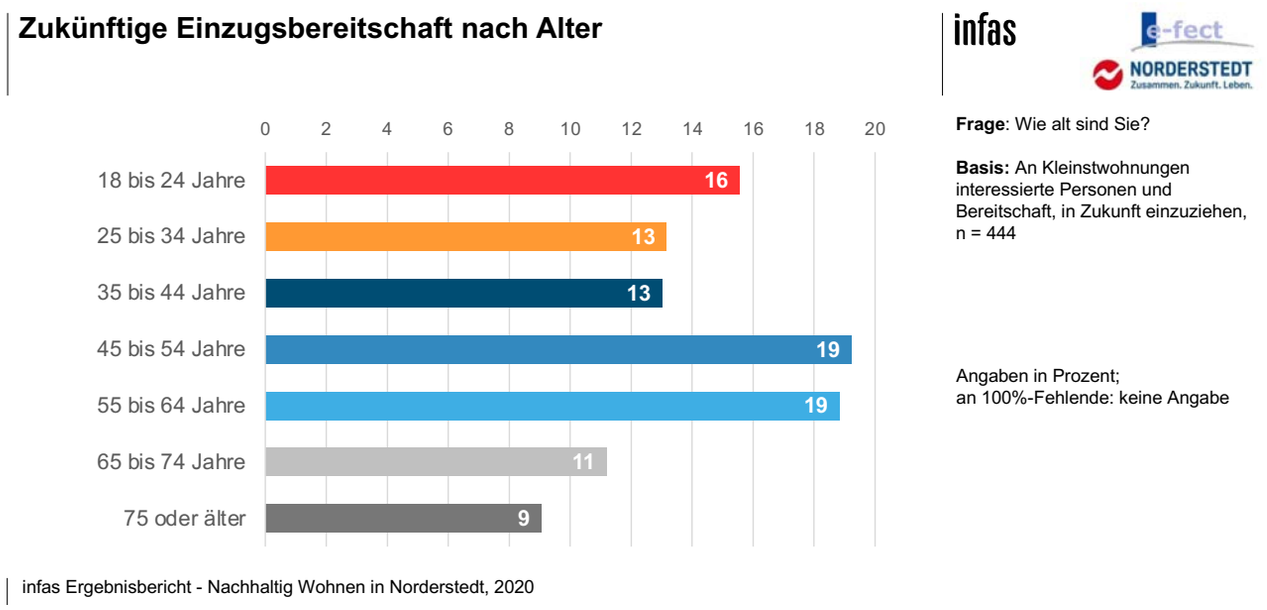
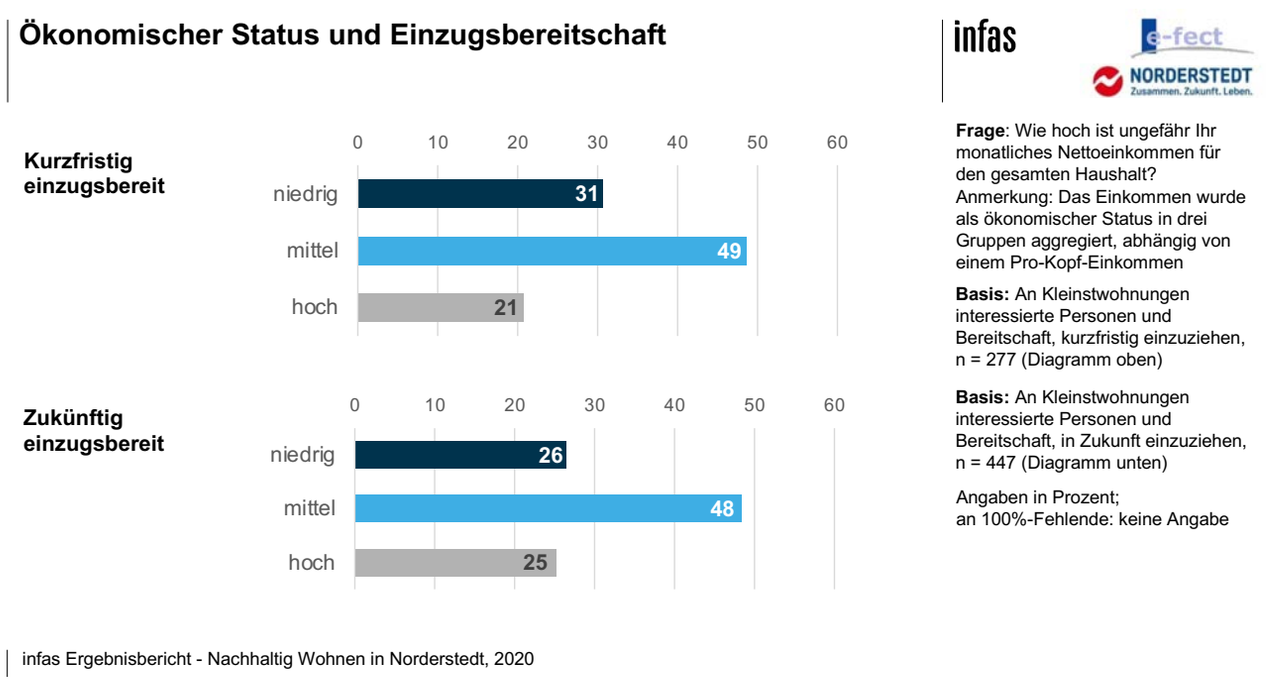


Abb. 7: *Heutige und künftige Einzugsbereitschaft, differenziert nach ökonomischem Status*



heutige und zukünftige Zielgruppen und Nachfrage, die für die Immobilienwirtschaft relevant sind.

Die Einzugsbereitschaft hängt auch mit den finanziellen Verhältnissen zusammen. Das größte Interesse ist bei der Gruppe mit mittlerem ökonomischem Status zu vernehmen – sowohl kurzfristig (49 %) als auch zukünftig (48 %). Weniger solvente Personen sind eher geneigt, bereits jetzt in eine Kleinstwohnung einzuziehen (31 %) als in der Zukunft (26 %) (vgl. Abb. 7). Das geringe Angebot von Wohnungen im günstigen Preissegment kann dabei eine Rolle spielen.

Allerdings ist das Interesse (Top 3 der 6-stufigen Likert-Skalierung) nicht nur finanziell motiviert. Die Nachfrage nach einer nachhaltigen Bauweise (76 %) wird noch häufiger genannt als der Wunsch nach einer Reduzierung der Wohnkosten (70 %), einem geringeren Platzbedarf (63 %) und der Hoffnung auf mehr Nachbarschaftskontakte durch Gemeinschaftsflächen (61 %) (vgl. Abb. 8). Oft kommen mehrere Motive zusammen.

Die Einzugsbereitschaft bei den an Kleinstwohnungen interessierten Personen ist deutlich höher. Rund die Hälfte (54 %) von ihnen würde dort gerne kurzfristig einziehen (vgl.

Abb. 8: *Gründe für das Interesse an Kleinstwohnungen*

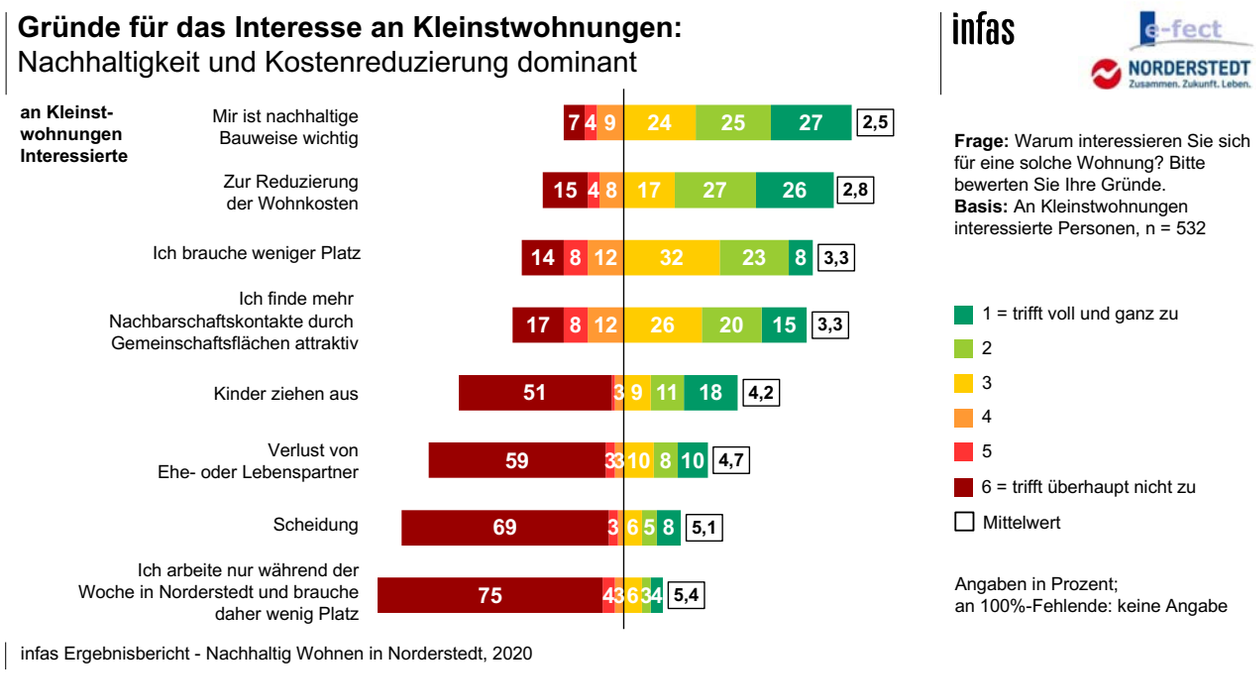


Abb. 9: *Einzugsbereitschaft in Kleinstwohnungen*

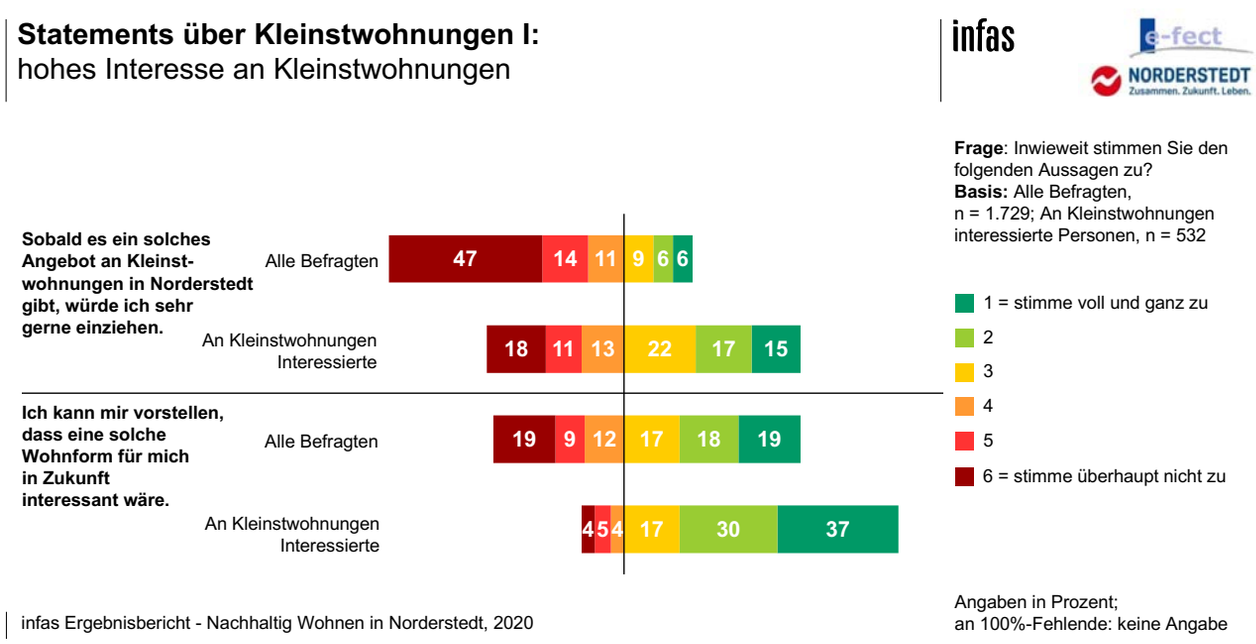


Abb. 9). Dabei steht die Reduzierung der Wohnkosten im Vordergrund (79 %), gefolgt vom Wunsch einer nachhaltigen Bauweise (78 %) und einem geringeren Platzbedarf (71 %).

Die zukünftige Einzugsbereitschaft liegt bei dieser Personengruppe sogar bei (84 %). Dann liegt der Schwerpunkt vor allem auf Nachhaltigkeit im Bau (80 %), noch vor einer Wohnkostenreduzierung (72 %) und dem Interesse an mehr Nachbarschaftskontakten durch Gemeinschaftsflächen (64 %).

Die gemeinschaftliche Nutzung von Flächen kann eine Möglichkeit bieten, Wohnkosten zu sparen. Das gilt in verstärktem Maß für die teuren Elemente: Küche, Bad und Pkw-Stellplatz. Das Interesse an Gemeinschaftsnutzungen ist mehrheitlich gegeben, allerdings mit deutlichen Differenzierungen. Attraktiv (Top 1 und 2 der der 6-stufigen Likert-Skalierung) sind für die Befragten abschließbare Lagerflächen außerhalb der Wohnungen (76 %), ein Wäsche- und Trockenraum (67 %), gemeinschaftlich nutzbare Gärten (65 %) / Terrassen (54 %), eine Werkstatt (49 %) oder ein Gästezimmer (48 %). Demgegenüber gibt es einen geringeren Zuspruch für Gemeinschaftsnutzungen, die weniger Privatsphäre bedeuten würden (z. B. Gemeinschaftsraum oder große Gemeinschaftsküche). Aber auch hier bewerten jeweils über 26 % die gemeinschaftliche Nutzung als (sehr) attraktiv (vgl. Abb. 10).

Präferenzen bei der Frage, welche Nutzungen die Befragten bevorzugt gemeinschaftlich oder privat favorisieren, stützen dieses Ergebnis. Für eine gemeinschaftliche Nutzung werden die Flächen und Einrichtungen bevorzugt, bei denen eine gemeinschaftliche Nutzung als attraktiv bewertet wurde. Die von den Befragten als weniger attraktiv bewerteten Optionen werden mehrheitlich zur rein privaten Nutzung bevorzugt. Damit scheinen bei den Kostentreibern Toilette und Dusche keine generellen Einsparmöglichkeiten zu bestehen und bei der Küche nur zum Teil Gemeinschaftsnutzungen akzeptiert zu werden (vgl. Abb. 11).

Die Akzeptanz einer gemeinschaftlichen Flächennutzung ist bei den an Kleinstwohnungen Interessierten an Voraussetzungen geknüpft.[11] Einen sehr hohen Einfluss haben dabei Sauberkeit (86 %), Zuverlässigkeit (80 %), Privatsphäre (74 %) und Sicherheit (68 %).

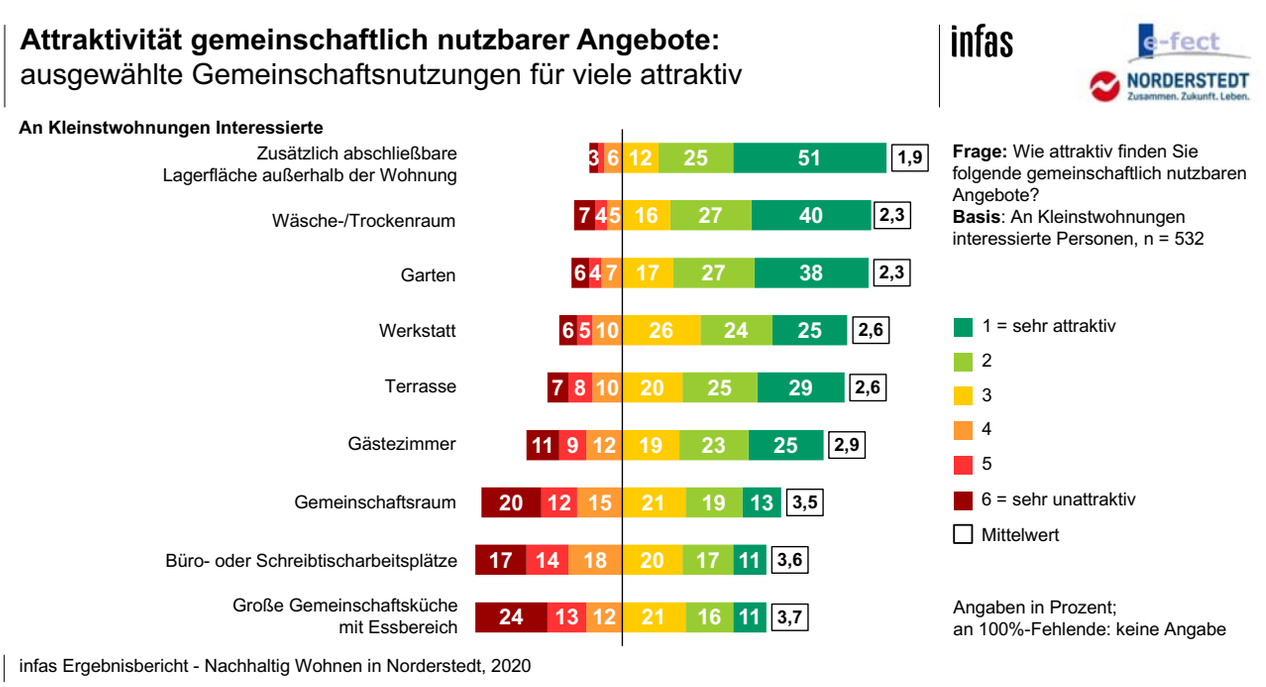
Mobilität: Interesse an Veränderungen

Einsparpotenziale bestehen auch beim Mobilitätsverhalten. Ein eigenes Auto ist erheblich teurer als die meisten Menschen annehmen; zahlen müssen dafür auch diejenigen, die kein eigenes Auto haben (Gössling et al. 2022). Daher stellt sich die Frage, ob sehr preisgünstige Wohnungen für die darauf angewiesenen Menschen Stellplätze vorsehen müssen – oder ob das lediglich Kostentreiber sind, die das Wohnen unnötig verteuern (Walberg & Halstenberg 2015).

Noch ist ein eigenes Kfz Standard: Mindestens 80 % der Norderstedter Haushalte verfügen über einen eigenen Pkw. 59 % aller Befragten und 57 % der an Kleinstwohnungen Interessierten würden derzeit eine kleinere Wohnung mit eigenem Auto und Kfz-Stellplatz einer größeren Wohnung ohne eigenes Auto vorziehen.

Das gilt jedoch nur für die heute bekannten Rahmenbedingungen in einer autoorientierten Stadt. Denn 56 % aller Befragten geben an, dass sie ohne eigenes Auto leben wollen (vgl. Abb. 12). Bei der Altersgruppe bis 24 Jahre liegt diese Bereitschaft sogar bei 69 %. Die Bedingung für ein Leben ohne eigenes Auto (was keinen völligen Autoverzicht bedeutet): Die eigene Wohnung müsste zentral liegen und

Abb. 10: *Attraktivität gemeinschaftlich nutzbarer Angebote*



die gewünschte Mobilität durch andere Verkehrsmittel gewährleistet werden, vor allem über eine gute Anbindung an ÖPNV und Radwegenetz. Das läuft auf die Prinzipien der nachhaltigen Stadt hinaus und enthält ebenfalls Suffizienzaspekte (Gehl 2015; Böcker et al. 2020). Schon in einer repräsentativen Befragung aus dem Jahr 2017 (n = 1.292) – ebenfalls durch das BMBF im Förderschwerpunkt sozial-ökologische Forschung ermöglicht – votierte Norderstedts Bevölkerung sehr eindeutig für ein entsprechendes Umsteuern. Demnach wünschen sich 78,5 % der Befragten, dass Investitionen im Verkehr vorrangig ÖPNV, Rad- und Fußverkehr zugutekommen. Nur 21,4 % finden es wichtiger, das Geld für (nachhaltigen) Autoverkehr auszugeben. Interessanterweise wird diese Auffassung von Menschen vertreten, die zu 89,6 % auf mindestens ein Auto im Haushalt zurückgreifen können (Stadt Norderstedt & e-fect 2017).

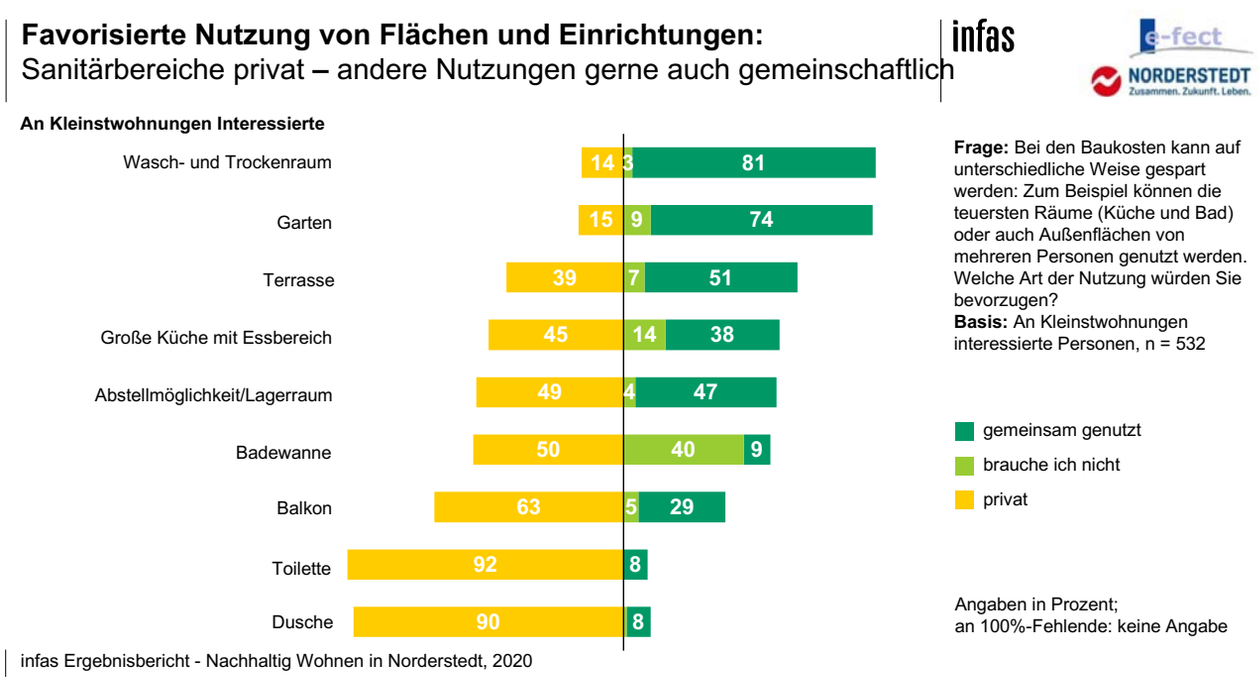
Die Bereitschaft zu einem Leben ohne eigenes Auto teilen vor allem Menschen mit mittlerem und hohem Bildungsniveau. Auch die Frage, ob sie aktuell zur Miete oder im Eigentum wohnen, relativ geringe (das sind in Norderstedt bis zu 800 € im Monat) oder hohe monatliche Kosten für Wohnen aufbringen, ergibt keine deutlichen Unterschiede bei den Präferenzen. Deutlich höher ist die Veränderungsbereitschaft bei denjenigen, die sich für sehr kleine Wohnungen interessieren: Hier bekunden 71 % der Interessierten, bei entsprechenden Rahmenbedingungen ohne eigenes Auto leben zu wollen (vgl. Abb. 12).

Damit ist das Potenzial noch nicht ausgeschöpft. Bei denjenigen, die sich ein Leben ohne eigenes Auto nicht ohne Weiteres vorstellen können, wurde nachgefragt: Müssten zunächst bestimmte Rahmenbedingungen erfüllt sein, damit bei ihnen womöglich ein Meinungswandel einsetzt? Ca. 19 % der Befragten (n = 351) zeigen sich demnach noch als unentschlossen. Für 83 % dieser Gruppe wäre eine Haltestelle des ÖPNV in der Nähe nötig. 65 % von ihnen würden dafür ein (Elektro-)Fahrrad mit sicherer Abstellmöglichkeit benötigen, wobei das vor allem für die 55–64-Jährigen wichtig ist (68 %). Ein Lastenrad zum Ausleihen wäre für 36 % ein Argument, bei den 35–44-Jährigen war dieser Anteil noch deutlich höher. 24 % würden eher ein eigenes Lastenrad benötigen, das dann auch eine sichere Unterstellmöglichkeit erfordert. Auch hieran sind die 35–44-Jährigen wieder besonders stark interessiert. Der Rückgriff auf CarSharing-Angebote wäre für 30 % der Unentschlossenen eine Voraussetzung, auf das eigene Auto zu verzichten. Alle Werte entsprechen den Top 3-Angaben der 6-stufigen Likert-Skalierung. Vermutlich kann ein Mix aus verschiedenen Mobilitätsangeboten die oben beschriebene Tendenz noch verstärken. Nur 20 % der Befragten (n = 352) können sich gar nicht vorstellen, ohne eigenes Auto zu leben.[12]

Einordnung: Abgleich mit bundesweiten Erkenntnissen

Bei den Befragten konnte ein unerwartet hohes Interesse an Kleinstwohnungen festgestellt werden. Allerdings ist ein geäußertes Interesse bzw. eine positive Einstellung nicht mit einem konkreten Verhalten gleichzusetzen. Eine konkret geäußerte Intention („… würde ich sehr gerne einziehen“) ist jedoch ein starker Indikator (Prädiktor) für ein später ausgeführtes Verhal-

Abb. 11: *Bevorzugte private oder gemeinschaftliche Nutzung unter dem Aspekt Kostenersparnis*



ten (Fishbein & Ajzen 2010). Diese weist höhere Zusammenhänge mit dem später tatsächlich gezeigten Verhalten auf als die Bewertung der Attraktivität (zur Rolle von Zielintentionen siehe auch Achtziger & Gollwitzer 2018). Selbst wenn z. B. nur 30 % derjenigen, die eine Kleinstwohnung als attraktiv bewertet haben, ein solches Angebot tatsächlich nutzen würde, ergäbe das einen hohen Bedarf an noch zu bauenden Kleinstwohnungen. Dafür spricht auch das ernsthafte Interesse aus der Bevölkerung an der (zeitaufwändigen) Mitwirkung im Forschungsteil architektonischer Ideen-Wettbewerb, vorwiegend aus den eher einkommensstarken Teilen der Bevölkerung.

Die in diesem Artikel beschriebenen Aussagen gelten zunächst nur für die Norderstedter Bevölkerung. Inwieweit das auf andere Städte in Deutschland übertragen werden kann, soll anhand einer weiteren Studie betrachtet werden.

Zu Wohnstandortentscheidungen in Deutschland hat infas im Auftrag des Johann Heinrich von Thünen-Instituts im Jahr 2020 eine für Deutschland repräsentative Bevölkerungsbefragung durchgeführt[13]. Dort wurden Wanderungsgeschehen und Wohnstandortentscheidungen betrachtet, vorrangig aus der Perspektive ländlicher Räume. Das Thünen-Institut hat eine Typologie zur Definition und Abgrenzung des ländlichen Raumes von übrigen Räumen entwickelt (Küpper & Milbert 2020). Für den Vergleich mit Norderstedt interessiert der nicht ländliche Raum, der hier als städtischer Raum bzw. Stadt bezeichnet wird.

Das Wanderungsverhalten der letzten fünf Jahre wurde in vier Gruppen kategorisiert und berücksichtigt Wanderungen zwischen ländlichen Räumen, zwischen Städten und jeweils zwischen ländlichen Räumen und Städten. Davon abgegrenzt werden Haushalte, die seit wenigstens zehn Jahren am gleichen Ort im ländlichen Raum verblieben sind.

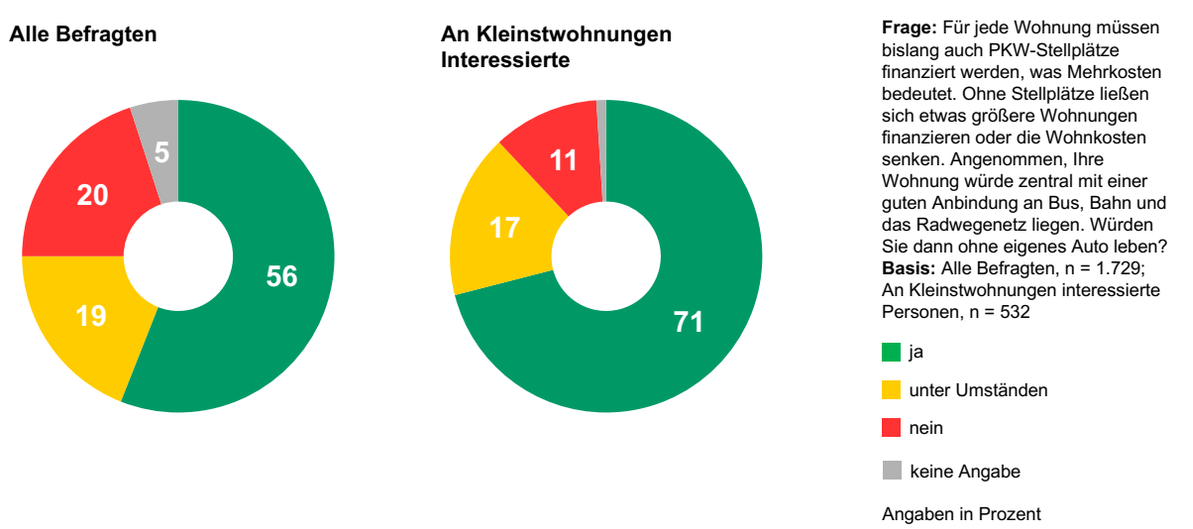
In der repräsentativen, telefonisch durchgeführten Befragung (ADM-Dual-Frame-Stichprobe) wurden 3.600 gültige Interviews realisiert. Dabei erfolgte eine Kalibrierung der Merkmale Geschlecht, Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit und Zugehörigkeit zu einer der o.g. fünf Zielgruppen, die Daten wurden anschließend fallzahlnormiert gewichtet.

Fast 40 % der hier befragten Haushalte sind in einen städtischen Raum zugezogen bzw. innerhalb von städtischen Räumen gewandert. Die Gründe der Wohnstandortwahl wurden anhand von 19 Kriterien erfragt. Jede Frage war mit einer 7-stufigen Likert-Skala mit den Ausprägungen von „1 = überhaupt nicht wichtig“ bis „7 = sehr wichtig“ versehen, zwecks Auswertung wurde diese zu drei Stufen transformiert. Zur Einordnung der Norderstedter Untersuchungen sind insbesondere vier Fragestellungen von näherem Interesse: die „Höhe des Kaufpreises bzw. der Wohnkosten“, die „Anbindung an das örtliche Bus- und Bahnnetz“, „Grün- und Freiflächen im Umfeld“ sowie die „Möglichkeit, Eigentum zu bilden“.

Für rund 77 % der Befragten, die in eine Stadt gezogen sind, waren die Kosten des Wohnraums ein wichtiges Kriterium. Diese Preissensibilität passt zu dem in Norderstedt ermittelten Wunsch, die Wohnkosten durch den Einzug in eine Kleinstwohnung zu reduzieren (70 % der an Kleistwohnungen Interessierten). Für etwas mehr als 70 % der Befragten ist die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr wichtig bei ihrer Wohnstandortwahl. Auch hier sind in beiden Untersuchungen ähnliche Tendenzen festzustellen: In Norderstedt herrscht bei den an Kleinstwohnungen Interessierten eine

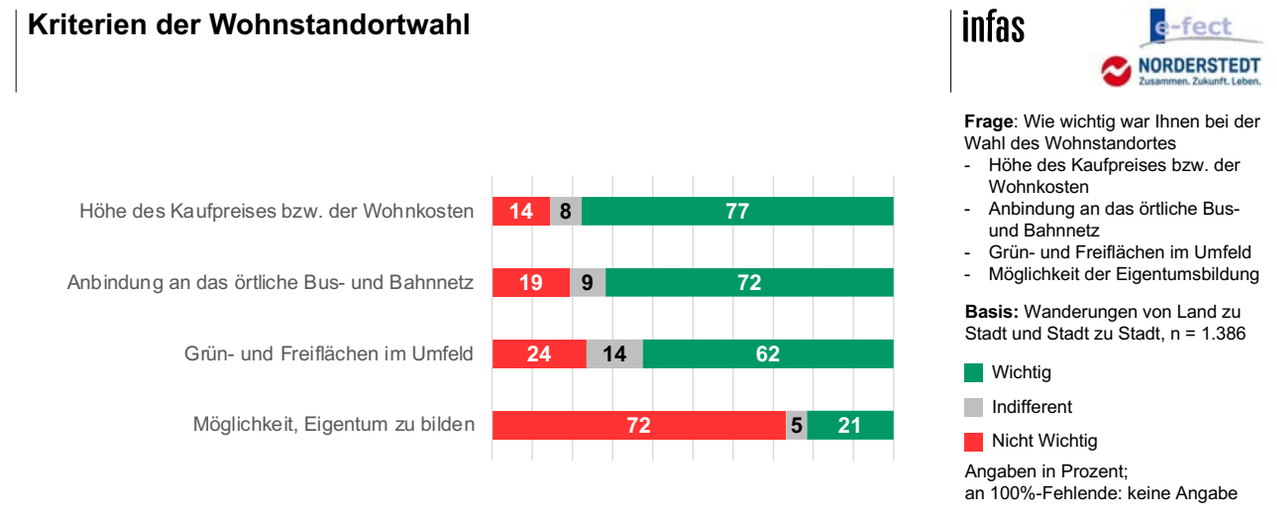
Abb. 12: *Entscheidung für ein Leben ohne eigenes Auto*

Bereitschaft zum Autoverzicht bei zentraler Lage:
Mehrheit für ein Leben ohne Auto – bei geeigneten Bedingungen



infas Ergebnisbericht - Nachhaltig Wohnen in Norderstedt, 2020

Abb. 13: Kriterien der Wohnstandortwahl in städtischen Räumen



infas Ergebnisbericht - Nachhaltig Wohnen in Norderstedt, 2020

große Bereitschaft zum Verzicht auf private PKW, wenn eine gute Anbindung an Bus, Bahn und Radwegenetz vorliegt (71 % Ja-Stimmen), bei allen Befragten können sich dies immerhin noch 56 % vorstellen. Bei der bundesweiten Befragung zu Wohnstandortentscheidungen nannten gut 60 % der Befragten die Grün- und Freiflächen im Nahbereich als ein weiteres, relevantes Kriterium für ihre Wahl eines neuen Wohnstandorts. Das gilt für Wohnen im städtischen Raum. Hier ist ein Anspruch an Urbanität zu vermuten, der mit grünen Strukturen eine hohe Lebensqualität gewährleisten soll. Neben der positiven Wirkung von Grünflächen als Standortfaktor im Quartier ergeben sich zudem weitere direkte und indirekte Effekte für die kommunale Wertschöpfung (BMUB 2015). Bei einem Zuzug in städtische Räume war der Wunsch nach Bildung von Wohneigentum lediglich für ein Fünftel der Haushalte ein relevanter Aspekt (vgl. Abb. 13). Dies kann zum einen in höheren Preisen für Immobilien im städtischen Raum begründet sein, die mit einem geringen Angebot korrelieren. Zum anderen werden vor allem in Großstädten die höchsten Wanderungssalden durch 18–24-Jährige erzielt (Göddecke-Stellmann et al. 2018). Diese Bevölkerungsgruppe weist im Vergleich die geringste Wohneigentumsquote auf (Sagner & Voigtländer 2019).

Die Erkenntnisse aus der bundesweiten Untersuchung können die Norderstedter Ergebnisse zumindest in einigen Punkten stützen. Das trifft auf eine kostenbewusste Haltung bei der Wahl des Wohnraums bei vielen Befragten beider Untersuchungen zu. Der hohe Wert einer guten Anbindung per Bus- und Bahn sowie Grün- und Freiflächen im (unmittelbaren) Umfeld stellen wichtige Standortkriterien dar. Eine Berücksichtigung dieser Aspekte wird für das noch neue Segment der Kleinstwohnungen bei den möglichen Zielgruppen die Akzeptanz fördern.

Fazit und Ausblick

Die Zukunftsstadt-Befragung zeigt, dass schon jetzt ein großes Interesse an Kleinstwohnungen besteht – mit weiterem Potenzial. Motive sind sowohl der Wunsch bzw. Zwang, Kosten zu sparen, als auch ein Bewusstsein für Nachhaltigkeit, das ebenfalls in der Art des eigenen Wohnens Ausdruck finden soll. Ausgewählte Angebote zur alltäglichen Begegnung innerhalb der Nachbarschaft steigern die Attraktivität von Kleinstwohnungen. Selbst wenn nicht alle Interessenbekundungen in die Tat umgesetzt werden, dürfte es bei der großen Attraktivität solcher suffizienten Lösungen für die Wohnungswirtschaft mit geringem Wagnis verbunden sein, ihr Portfolio in angespannten Wohnungsmärkten um derartige Segmente zu erweitern. Konkrete Erfahrungen mit Kleinstwohnungen werden wichtige weitere Schritte bei deren Etablierung darstellen.

Für Kommunen können Kleinstwohnungen zu einer Ergänzung werden, um bezahlbaren Wohnraum in der benötigten Menge zu schaffen. Die geeignete Lage wird mitbestimmend dafür sein, ob daraus ein Erfolg wird. Mit einem qualitativ hochwertigen Angebot für eine autofreie Mobilität können Kommunen wichtige Impulse setzen, um geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen. So kann Dichte und Aufenthaltsqualität dazu beitragen, dass wir „Städte für Menschen" (Gehl 2015) bauen.

Heute wird die Zukunft der Stadt gebaut. Aktuelle Entscheidungen prägen die Lebensbedingungen für Jahrzehnte. Nachhaltigkeit muss sich deshalb jetzt in den baulichen Weichenstellungen niederschlagen (BDA 2019). Suffiziente Lösungen zählen dazu und werden von einer beachtlichen Gruppe in der Bevölkerung mitgetragen.

1 In den neuen Bundesländern ist der Unterschied geringer: Für Männer liegt die Durchschnittsrente dort bei 1.300 €, für Frauen bei 1.075 €.
2 In den alten Bundesländern gilt das für 39 %, in den neuen Bundesländern sogar für 57 %.
3 Hamburger Abendblatt, 9.3.2022
4 Historie u. Ergebnisse unter: http://www.norderstedt.de/zukunftsstadt
5 https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland/kohlendioxid-emissionen#herkunft-und-minderung-von-kohlendioxid-emissionen
6 https://www.fona.de/de/massnahmen/foerdermassnahmen/wettbewerb-zukunftsstadt.php
7 Dieser Beitrag unterscheidet die Begriffe Attraktivität (TOP 1 und 2 der 6-stufigen Skala) und Interesse (TOP 1–3 der 6-stufigen Skala).
8 Wie attraktiv wäre für Sie persönlich eine sehr kleine Wohnung? Neben der kleinen privaten Wohnung können dabei weitere Flächen und Räume gemeinschaftlich genutzt werden (1 = sehr attraktiv bis 6 = sehr unattraktiv).
9 „Neben der kleinen privaten Wohnung können dabei weitere Flächen und Räume gemeinschaftlich genutzt werden."
10 Frage 17: „Warum interessieren Sie sich für eine solche Wohnung? Bitte bewerten Sie Ihre Gründe."
11 Frage: Was hat für Sie einen Einfluss darauf, ob Sie mit Nachbarn Räume bzw. Gegenstände gemeinsam nutzen wollen? (jeweils Kategorien 1 und 2 der 6-stufigen Likert-Skalierung: 1 = sehr starker Einfluss bis 6 = keinen Einfluss)
12 Diese Befragungsergebnisse wurden 2021 von Studierenden der Leuphana-Universität über qualitative Interviews vertieft. Demnach muss der ÖPNV nicht nur gut zugänglich sein, auch die Verbindungsqualität im gesamten Netz, die Preisgestaltung (speziell für Kurzstrecken), Barrierefreiheit und Transportmöglichkeiten für größere Gegenständen sind entscheidend. Interessanter Weise haben alle Interviewten bei Fragen zum ÖPNV schnell auf die Vorteile des Fahrrads verwiesen: Es ist schneller, flexibler und billiger.
Eine Befragung von Menschen, die ihr Auto abgeschafft haben, zeigt die große Bedeutung von individuellen Kostenabwägungen. Unterstützend wirkten Werthaltungen (Umwelt-/Klimaschutz) und das Wahrnehmen guter Handlungsalternativen – für die Alltagswege mit Rad und ÖPNV, während CarSharing eine untergeordnete Rolle spielt. Als Gewinn dieser Entscheidung werden Mobilitätsvorteile (schneller, flexibler, besser zu erreichen, keine lästige Parkplatzsuche), positive Effekte für Gesundheit und Fitness, Spaß, mehr Zeit in der Natur, eine intensivere Wahrnehmung der Umgebung und das eigene Sicherheitsempfinden gesehen.
13 Die Befragungsdaten stammen aus dem Projekt „Vom Kommen, Gehen und Bleiben: Wanderungsgeschehen und Wohnstandortentscheidungen aus der Perspektive ländlicher Räume" (KoBaLd), das gemeinsam vom Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen und vom ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung bearbeitet wird. Das Forschungsprojekt wird durch das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages gefördert. Die Projektergebnisse werden nach Abschluss des Projektes Ende Oktober 2022 in einem umfassenden Ergebnisbericht zur Verfügung gestellt. Im Vorfeld veröffentlichte Ergebnisse aus dem Projekt weisen vorläufigen Charakter auf.

Literatur

Achtziger, Anja; Gollwitzer, Peter M. (2018): Motivation und Volition im Handlungsverlauf. In: Heckhausen, Jutta; Heckhausen, Heinz (Hrsg.): Motivation und Handeln. Berlin, Heidelberg. (https://doi.org/10.1007/978-3-662-53927-9_12, abgerufen am 7.7.2022)

Backhaus, Klaus; Erichson, Bernd; Plinke, Wulff; Weiber, Rolf (2016): Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung. 14. Auflage. Berlin, Heidelberg.

BDA = Bund Deutscher Architektinnen und Architekten (Hrsg.) (2019): Das Haus der Erde. Positionen für eine klimagerechte Architektur in Stadt und Land. Berlin. (http://www.bda-wiesbaden.de/2019/08/das-haus-der-erde_bda-position/, abgerufen am 5.5.2022)

BMAS = Bundesministerium für Arbeit und Soziales (o. J.): Ergänzender Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2020 gem. § 154 Abs. 2 SGB VI. Berlin. (https://www.bmas.de/DE/Soziales/Rente-und-Altersvorsorge/rentenversicherungsbericht-art.html – abgerufen am 2.5.2022)

BMUB = Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2015): Grün in der Stadt – Für eine lebenswerte Zukunft. Grünbuch Stadtgrün. Berlin.

Böcker, Maike; Brüggemann, Henning; Christ, Michaela; Knak, Alexandra; Lage, Jonas; Sommer, Bernd (2020): Wie wird weniger genug? Suffizienz als Strategie für eine nachhaltige Stadtentwicklung. München.

Bossert, Leonie; Voget-Kleschin, Lieske; Meisch, Simon (Hrsg.) (2020): Damit gutes Leben mit der Natur einfacher wird – Suffizienzpolitik für Naturbewahrung. Marburg.

Brüning, Herbert (2020): Lässt sich Suffizienz mehrheitsfähig kommunizieren? Das Beispiel Norderstedt. In: Bossert, Leonie; Voget-Kleschin, Lieske; Meisch, Simon (Hrsg.): Damit gutes Leben mit der Natur einfacher wird - Suffizienzpolitik für Naturbewahrung. Marburg.

BUND = Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (o. J.): Suffizienz – was ist das? (https://www.bund.net/ressourcen-technik/suffizienz/suffizienz-was-ist-das/, abgerufen am 06.07.2022)

Bundesregierung (2002): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin.

Bundesregierung (2019): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Caren Lay, Dr. Gesine Lötzsch, Lorenz Gösta Beutin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 19/12348 – Wohnungspolitische Bilanz der Bundesrepublik Deutschland seit 2006. (https://dserver.bundestag.de/btd/19/127/1912786.pdf, abgerufen am 14.10.2021)

Bundesregierung (2021): Lebenslagen in Deutschland. Der sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin. (https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/sechster-armuts-reichtumsbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=6, abgerufen am 14.10.2021)

Der Paritätische Gesamtverband (Hrsg.) (2021): Armut in der Pandemie. Der Paritätische Armutsbericht 2021. Berlin.

Deutsche Rentenversicherung (2021): Rentenversicherung in Zahlen 2021. Berlin. (https://www.deutsche-rentenversicherung.de/SharedDocs/Downloads/DE/Statistiken-und-Berichte/statistikpublikationen/rv_in_zahlen_2021.html, abgerufen am 14.10.2021)

Deutscher Städtetag (Hrsg.) (2021): Nachhaltiges und suffizientes Bauen in den Städten. Berlin, Köln.

DIW = Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Bearb.) (2019): Anstieg der Altersarmut in Deutschland: Wie wirken verschiedene Rentenformen? Gütersloh. (https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/anstieg-der-altersarmut-in-deutschland-wie-wirken-verschiedene-rentenreformen/, abgerufen am 5.5.2022)

Fishbein, Martin; Ajzen, Icek. (2010): Predicting and changing behavior: The reasoned action approach. New York.

Gehl, Jan (2015): Städte für Menschen. Berlin.

Geis-Thöne, Wido (2021): In Europa entwickeln sich die Bevölkerungen im erwerbsfähigen Alter unterschiedlich. Eine Analyse der demografischen Strukturen in den 27 EU-Ländern. In: IW-Report 38/2021, Köln. (https://www.iw-koeln.de/studien/wido-geis-thoene-in-euro-

pa-entwickeln-sich-die-bevoelkerungen-im-erwerbsfaehigen-alter-unterschiedlich.html, abgerufen am 23.10.2021)

Göddecke-Stellmann, Jürgen; Lauerbach, Teresa; Milbert, Antonia (2018): Zuwanderung in die Städte. Aktuelle Tendenzen aus unterschiedlicher Perspektive. In: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. (Hrsg.): BBSR-Analysen KOMPAKT 09/2018. Bonn. (https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/analysen-kompakt/2018/ak-09-2018-dl.pdf)

Gössling, Stefan; Kees, Jessica; Litman, Todd (2022): The lifetime cost of driving a car. In: Ecological Economics, Vol. 194, 10 S.. (https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2021.107335)

Greving, Bert (2009): Messen und Skalieren von Sachverhalten. In: Albers, Sönke; Klapper, Daniel; Konradt, Udo; Walter, Achim; Wolf, Joachim (Hrsg.): Methodik der empirischen Forschung. Wiesbaden.

Grossarth, Jan (2015): Ein Hoch auf die kleine Wohnung. In: FAZ.NET, aktualisierte Version vom 27.6.2015 (https://www.faz.net/aktuell/stil/drinnen-draussen/wohnen-auf-wenig-raum-13658657.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2, abgerufen am 2.5.2022)

Hein, Simon (2021): Mikroapartments in Deutschland – eine Analyse räumlicher Implikationen von Mikroapartmentanlagen. – S. 154–171. In: Raumforschung und Raumordnung. Spatial Research and Planning, Band 79, Nr. 2, S. 154–171. (https://rur.oekom.de/index.php/rur/article/view/62, abgerufen am 20.05.2022)

Infas, e-fect, Stadt Norderstedt (2020): Nachhaltig Wohnen in Norderstedt. Ergebnisse der 2020 durchgeführten Befragung. Bonn, Berlin, Norderstedt. (www.norderstedt.de/zukunftsstadt: Dokumente, abgerufen am 20.05.2022)

Konsalt (2020): Zukunftsstadt Phase III – Orientierende Bestandserhebung zu Kleinstwohnungen. Ergebnisbericht. Hamburg. (www.norderstedt.de/zukunftsstadt: Dokumente, abgerufen am 20.05.2022)

Küpper, Patrick; Milbert, Antonia (2020): Typen ländlicher Räume in Deutschland. In: Krajewski, Christian; Wiegand, Claus-Christian (Hrsg.): Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Marginalisierung. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Band 10362. Bonn.

Pestel Institut (2020): Bezahlbarer Wohnraum 2021. Herausforderungen – Belastungen – Notwendigkeiten – Potenziale. Hannover.

Sagner, Pekka; Voigtländer, Michael (2019): Sozio-ökonomische Determinanten der Wohneigentumsbildung – Einflussfaktoren bei der Begründung von selbstgenutztem Wohneigentum. Gutachten im Auftrag der Reihenhaus AG. Köln. (https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2019/Gutachten_Determinanten_der_Wohneigentumsbildung.pdf)

Siedentop, Stefan; Meinel, Gotthard; Oehlke, David (2020): Flächensparende Siedlungsentwicklung in deutschen Stadtregionen – eine Bilanz. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (Hrsg.) ILS-Trends, Ausgabe 3/20, Dortmund. (https://jrf.nrw/2020/12/ils-trends-3-2020/, abgerufen am 4.5.2022)

Sievers, Anne-Christin (2021): Tiny Houses. Klein heißt nicht gleich sparsam. In: FAZ.NET, aktualisierte Version vom 16.09.2021. (https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wohnen/bauen/tiny-houses-klein-heisst-nicht-gleich-nachhaltig-und-oekologisch-17529224.html, abgerufen am 20.05.2022)

Spengler, Laura (2020): Was heißt „genug"? Suffizienz als Unter- und Obergrenze. In: Bossert, Leonie; Voget-Kleschin, Lieske; Meisch, Simon (Hrsg.): Damit gutes Leben mit der Natur einfacher wird – Suffizienzpolitik für Naturbewahrung. Marburg.

Stadt Norderstedt, e-fect (2017): Vorsprung durch Nachhaltigkeit. Ergebnis der Meinungsumfrage 2017. Norderstedt, Berlin. (www.norderstedt.de/zukunftsstadt: Dokumente, abgerufen am 20.05.2022)

Stadt Norderstedt (Hrsg.) (2021) Norderstedter Mietspiegel 2021. 33. Ausgabe 1980–2021. Norderstedt. (https://www.norderstedt.de/Soziales-und-Familie/Leben/Mietenspiegel, abgerufen 07.02.2022)

Statistisches Bundesamt (2021a): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Indikatorenbericht 2021. Wiesbaden. (https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Nachhaltigkeitsindikatoren/Publikationen/Downloads-Nachhaltigkeit/indikatoren-0230001219004.pdf;jsessionid=1A2E248AEBD5DD87406693A9D5BCDF63.live711?__blob=publicationFile, abgerufen am 23.05.2022)

Statistisches Bundesamt (2021b): Wohnungsbestand in Deutschland. Stand 9. Juli 2021. (https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Tabellen/wohnungsbestand-deutschland.html, abgerufen am 2.5.2022).

UBA = Umweltbundesamt (2021): Kohlendioxid-Emissionen im Bedarfsfeld "Wohnen". https://www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/wohnen/kohlendioxid-emissionen-im-bedarfsfeld-wohnen, abgerufen am 21.02.2022).

Walberg, Dietmar; Halstenberg, Michael (2015): Kostentreiber für den Wohnungsbau. Untersuchung und Betrachtung der wichtigsten Einflussfaktoren auf die Gestehungskosten und auf die aktuelle Kostenentwicklung von Wohnraum in Deutschland. In: Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V. (Hrsg.): Bauforschungsbericht Nr. 67. Kiel.

WBGU = Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2016): Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte. Berlin.

Wentura, Dirk; Pospeschill, Markus (2015): Multivariate Datenanalyse. Eine kompakte Einführung. Wiesbaden.

Martin Waschipky

Einkommenserfassung in der Kommunalen Bürgerumfrage

Die Einkommenserfassung stellt eine schwierige, aber bedeutsame Herausforderungen in sozialwissenschaftlichen Erhebungen dar. Der Beitrag analysiert die Effekte des Erhebungsinstruments auf das Antwortverhalten der Befragten. Es zeigt sich, dass die offene Abfrage zu deutlich höherer Antwortverweigerung führt. Darüber hinaus werden Hinweise und Empfehlungen zum Umgang mit den gewonnenen Daten gegeben.

Martin Waschipky, M.A.
Kommunikations- und Medienwissenschaft, seit 2019 wissenschaftlicher Sachbearbeiter in der Abteilung Stadtforschung im Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig. Schwerpunkte sind unter anderem: Datenaufbereitung, -analyse und Visualisierung vor allem mit R, explorative und schließende Statistik und der Mietspiegel der Stadt Leipzig.
martin.waschipky@leipzig.de

Schlüsselwörter
Nettoäquivalenzeinkommen – Einkommenserfassung – Methodenexperiment – Datenaufbereitung – kommunale Bürgerumfrage

Einleitung

In vielen Umfragen wird das Einkommen der Befragten erhoben. Sowohl das persönliche Einkommen als auch das Haushalteinkommen ermöglichen in der Auswertung wichtige Entwicklungen aufzuzeigen und Quoten zu berechnen. Beispielsweise stellen die Einkommensentwicklung, Mietbelastungs- sowie Armutsgefährdungsquote wichtige Indikatoren dar und sind Entscheidungsgrundlagen für Stadtpolitik und verwaltung, weshalb die Einkommenserhebung in kommunale Umfragen meist erforderlich ist.

Das Einkommen kann auf unterschiedliche Weise erfasst werden: klassiert (geschlossen), mit vorgegebenen Einkommensspannen zur Auswahl, oder spitz (offen), indem die Befragte ihre individuelle Einkommenssumme eintragen. Die verschiedenen Operationalisierungen bringen jeweils Herausforderungen mit sich (kognitive Belastung, sensitive Fragen, soziale Erwünschtheit u. a.), die in der Fachliteratur umfassend diskutiert wurden und werden.

Die Kommunale Bürgerumfrage (KBU) wird in Leipzig seit 1991 jährlich erhoben. Seit 2008 findet zudem regelmäßig eine Erhebung mit einer deutlich größeren Stichprobe statt, um auf Ebene der 63 Ortsteile valide Ergebnisse zu erhalten. Seit 2011 wird die Ortsteilbefragung im zweijährigen Turnus erhoben. Bis 2006 wurden das persönliche und Haushaltseinkommen dabei offen abgefragt. Die itemspezifische Antwortverweigerung nahm jedoch im Laufe der Zeit deutlich zu und erreichte mit 27 Prozent im Jahr 2006 den Negativrekord. Entsprechend wurde 2007 ein methodischer Wechsel hin zu klassierten Abfragen vollzogen.

Durch diesen Wechsel konnte (zumindest bezogen auf die Einkommensmessung) der Trend immer höherer Antwortverweigerung gestoppt werden. Da das höhere Datenniveau der spitzen Werte jedoch vielfältigere Auswertungsmethoden erlaubt und darüber hinaus auch fragebogenökonomische Überlegungen eine offene Abfrage charmant erscheinen lassen[1], wurde im Rahmen der Leipziger Kommunalen Bürgerumfrage 2021 ein Quasi-Experiment mit den beiden Erhebungsformen durchgeführt, um die in der Vergangenheit beobachtete Tatsache des höheren Item-Non-Response systematisch untersuchen zu können.

Das in diesem Artikel beschriebene Methodenexperiment[2] stellt kein umfassendes Forschungsvorhaben dar und geht entsprechend mit gewissen Einschränkungen einher. Gleichwohl besitzen die Befunde Praxisrelevanz für Stadtforsche-

rinnen und -forscher, hinsichtlich der Frage nach Vor- und Nachteilen der jeweiligen Erhebungsform.

Zur Prüfung der Forschungsfrage, ob eine offene Abfrage mit einer erhöhten Antwortverweigerung einhergeht, wurden in zwei von vier Fragebogenvarianten der KBU 2021 die Einkommen klassiert, in den beiden anderen spitz, abgefragt.

Im Folgenden werden zunächst die Instrumente sowie der allgemeine Rücklauf kurz vorgestellt. Anschließend folgt eine itemspezifische Non-Response-Analyse. Die Herausforderungen bei der Datenaufbereitung und -auswertung bilden einen weiteren Aspekt, welcher die Empfehlungen aus Leipziger Perspektive ergänzt. Das Fazit fasst die Befunde zusammen.

Erhebungsinstrumente und Rücklauf

Zunächst stellt Abbildung 1 die beiden Erhebungsinstrumente der KBU 2021 gegenüber. Dabei wird auch deutlich, was unter Nettoeinkommen zu verstehen ist. Sowohl für das Haushalts- als auch das persönliche Nettoeinkommen waren die Frageformulierungen identisch. Die Einkommensklassen waren zuletzt 2019 angepasst worden, da in den vergangenen Jahren deutliche Einkommenszuwächse zu verzeichnen waren. Zum einen wurde eine Ausdifferenzierung im mittleren, zum anderen eine Erhöhung im oberen Einkommensbereich erforderlich.

Grundsätzlich werden in den vier Fragebogenversionen (A–D) thematisch unterschiedliche Fragestellungen verfolgt. Bei der Variante D handelt es sich um die Ortsteilbefragung, welche einen deutlich höheren Stichprobenumfang aufweist. Hinsichtlich des fragebogenspezifischen Rücklaufs zeigt Tabelle 1, dass alle Versionen (A–D) auf in etwa gleichem Niveau liegen. Auch hinsichtlich der Fragevariante zum Einkommen (geschlossen vs. offen) zeigen sich keine signifikanten Unterschiede im Rücklauf bzw. Unit-Non-Response.

Itemspezifische Non-Resposeanalyse

Wie bereits in Tabelle 1 dargestellt, liegt kein fragebogenspezifscher Non-Response vor. Entsprechend stellt sich die Frage, ob hinsichtlich der beiden Einkommensabfragen itemspezifische Antwortausfälle oder Verweigerungen auftreten. Im Folgenden werden die plausibilisierten Daten genutzt[3] und auf die Teilmenge, welche repräsentativ für die Stadt Leipzig ist, fokussiert.[4]

Abbildung 2 stellt dabei das Antwortverhalten sowohl differenziert nach Einkommensart als auch Fragevariante gegenüber. Dabei wird deutlich, dass die offene Abfrage zu einer signifikant höheren Verweigerung führt. Der Effekt ist mit einem Cramers V von .13-.14 zwar nach Konvention als eher klein zu bezeichnen (vgl. Sun et al. 2010), doch handelt

Abb. 1: *Items zur Einkommenserhebung der Kommunalen Bürgerumfrage 2021 Leipzig im Vergleich*

Wie hoch ist das durchschnittliche Haushalts-Nettoeinkommen im Monat insgesamt? Bitte zählen Sie die €-Beträge aller Haushaltsmitglieder nach Abzügen zusammen, z. B. Lohn oder Gehalt, Unternehmereinkommen, Rente, Pension, öffentliche Unterstützungen (z. B. Arbeitslosengeld I, Arbeitslosengeld II („Hartz IV"), Sozialgeld, Kosten der Unterkunft, Wohngeld, Kindergeld, Krankengeld, Elterngeld, BAFöG), Einkommen aus Vermietung und Verpachtung. Wenn Sie in einer Wohngemeinschaft leben, geben Sie bitte nur die Personen als gemeinsamen Haushalt an, die gemeinsam wirtschaften.

■ unter 500 €	■ 1000 bis unter 1100 €	■ 2300 bis unter 2600 €	■ 4400 bis unter 4800 €
■ 500 bis unter 600 €	■ 1100 bis unter 1300 €	■ 2600 bis unter 2900 €	■ 4800 bis unter 5200 €
■ 600 bis unter 700 €	■ 1300 bis unter 1500 €	■ 2900 bis unter 3200 €	■ 5200 bis unter 5600 €
■ 700 bis unter 800 €	■ 1500 bis unter 1700 €	■ 3200 bis unter 3600 €	■ 5600 bis unter 6000 €
■ 800 bis unter 900 €	■ 1700 bis unter 2000 €	■ 3600 bis unter 4000 €	■ 6000 bis unter 7000 €
■ 900 bis unter 1000 €	■ 2000 bis unter 2300 €	■ 4000 bis unter 4400 €	■ 7000 € und mehr

Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder:
(nur volle Euro, ohne Nachkommastelle) [redacted] € pro Monat

Wie hoch ist ihr durchschnittliches persönliches Nettoeinkommen im Monat?

■ unter 150 €	■ 600 bis unter 700 €	■ 1400 bis unter 1600 €	■ 2600 bis unter 3000 €
■ 150 bis unter 300 €	■ 700 bis unter 800 €	■ 1600 bis unter 1800 €	■ 3000 bis unter 3400 €
■ 300 bis unter 400 €	■ 800 bis unter 1000 €	■ 1800 bis unter 2000 €	■ 3400 bis unter 3800 €
■ 400 bis unter 500 €	■ 1000 bis unter 1200 €	■ 2000 bis unter 2300 €	■ 3800 bis unter 4200 €
■ 500 bis unter 600 €	■ 1200 bis unter 1400 €	■ 2300 bis unter 2600 €	■ 4200 € und mehr

Ihr persönliches Nettoeinkommen *(nur volle Euro, ohne Nachkommastelle)* [redacted] € pro Monat

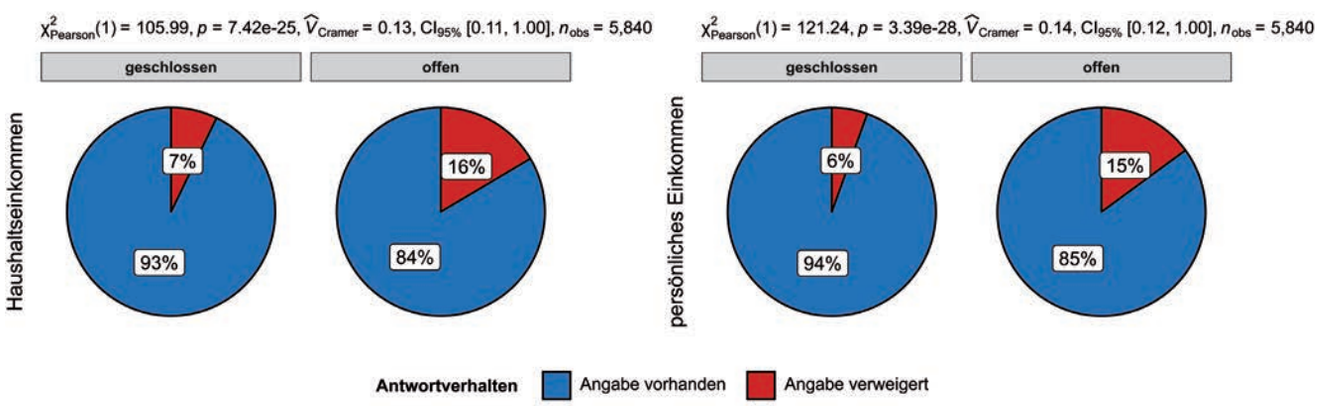
Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Kommunale Bürgerumfrage 2021

Tab. 1: Rücklauf nach Fragebogen und Fragevariante absolut und relativ

Fragebogen (Fragevariante zum Einkommen)	Brutto-stichprobe	Neutrale Ausfälle		Nettostich-probe	auswertbare Datensätze			Rücklaufquote (Prozent)
		absolut	Prozent		Gesamt	darunter Online		
						absolut	Prozent	
A (geschlossen)	3.000	131	4,4	2.869	1.121	355	31,7	39,1
B (geschlossen)	3.000	138	4,6	2.862	1.117	341	30,5	39,0
C (offen)	3.000	125	4,2	2.875	1.153	327	28,4	40,1
D (offen)	16.000	358	2,2	15.642	6.217	1684	27,1	39,7
Gesamt	**25.000**	**752**	**3,0**	**24.248**	**9.608**	**2.707**	**28,2**	**39,6**

Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Kommunale Bürgerumfrage 2021

Abb. 2: Itemspezifischer Non-Response nach Einkommensart und Fragevariante



Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Kommunale Bürgerumfrage 2021

es sich um eine mehr als doppelte so hohe Verweigerung, was in der praktischen Anwendung als durchaus problematisch anzusehen ist, insbesondere dann, wenn diese Ausfälle mit weiteren Merkmalen in Beziehung stehen (z. B. Geschlecht, Bildung, berufliche Stellung etc.).

Tabelle 2 erlaubt eine tiefergehende Betrachtung dieser Zusammenhänge mittels schrittweiser Regressionsmodelle. Zunächst wurde aus allen Fragebogenvarianten eine Zufallsauswahl von jeweils 900 Datensätzen gezogen. Dieses Vorgehen war nötig, um reine Fallzahleneffekte aufgrund der disproportionalen Stichprobenziehung auszuschließen. Beispielsweise umfasst die Teilmenge Fragebogenvariante D doppelt so viele Fälle wie jeweils die der drei anderen Varianten (A–C). Hierdurch werden auch ähnlich starke Effekte unterschiedlich hinsichtlich ihres Signifikanzniveaus bewertet, was zu Fehlschlüssen führen kann. Weiterhin wurden Fälle ausgeschlossen, bei denen Missings in den im Modell enthaltenen Differenzierungsvariablen vorlagen.[5] Um die Komplexität nicht weiter zu steigern, wurden zudem Fälle ausgeschlossen, welche nur eine der beiden Einkommensvariablen (persönliches oder Haushaltseinkommen) beantworteten (5 Prozent der Fälle).

Im Ergebnis stehen 3.600 Datensätze aus vier verschiedenen Fragebogenvarianten (A-D) zur Verfügung. In der schrittweisen logistischen Regression werden mit jedem Schritt weitere Variablen zu Erklärung der Verweigerung hinzugefügt.

Dabei geben die Odds Ratios (OR) die Chancenverhältnisse zu erkennen. Interpretieren lassen sich diese wie folgt: Ein OR größer 1 bedeutet eine Steigerung der Antwortwahrscheinlichkeit, ein OR kleiner 1 verringert diese bzw. steigert die Wahrscheinlichkeit der Verweigerung. Step 0 zeigt dabei den Rohwert an, welcher – umgerechnet in eine Wahrscheinlichkeit – bei 93 Prozent liegt. Durch die weiteren Schritte (Step 1 bis 4) wird deutlich, dass Zusammenhänge zwischen soziodemografischen Variablen und der Neigung zur Verweigerung bestehen. Unklar bleibt in dieser Analyse, ob die Verweigerungsneigung mit der Fragevariante zusammenhängt, oder unabhängig von dieser ist. Weiterhin ist die Güte des Modells sehr gering (Pseudo R^2 bei 2 Prozent). Überdies handelt es sich zum Teil um hochkorrelierte Variablen (Alter und Stellung im Erwerbsleben). Entsprechend dient diese Analyse lediglich als exploratives Instrument zur Aufdeckung von möglichen Beziehungen zwischen Variablen, welche in einem weiteren Schritt genutzt werden sollen.

Tab. 2: *Schrittweise logistische Regression zur Identifizierung relevanter Differenzierungsvariablen*

	Step 0			Step 1			Step 2			Step 3			Step 4		
Predictors	*Odds Ratios*	*CI*	*p*	*Odds Ratios*	*CI*	*p*	*Odds Ratios*	*CI*	*p*	*Odds Ratios*	*CI*	*p*	*Odds Ratios*	*CI*	*p*
(Intercept)	13.23	11.64 – 15.03	**<0.001**	14.11	11.70 – 17.20	**<0.001**	22.73	17.54 – 29.93	**<0.001**	27.22	19.18 – 39.67	**<0.001**	39.01	25.47 – 62.27	**<0.001**
Geschlecht: weiblich				0.89	0.69 – 1.15	0.370	0.88	0.68 – 1.14	0.335	0.90	0.69 – 1.17	0.433	0.94	0.72 – 1.22	0.634
schulischer Abschluss: Fachabitur							0.73	0.46 – 1.19	0.188	0.80	0.50 – 1.32	0.360	0.76	0.48 – 1.27	0.284
schulischer Abschluss: 10.Klasse							0.46	0.34 – 0.62	**<0.001**	0.53	0.38 – 0.72	**<0.001**	0.48	0.35 – 0.67	**<0.001**
schulischer Abschluss: 8./9.Klasse							0.27	0.18 – 0.40	**<0.001**	0.35	0.23 – 0.53	**<0.001**	0.37	0.24 – 0.58	**<0.001**
Alter: 35 bis 54										0.85	0.57 – 1.27	0.437	0.64	0.40 – 1.00	0.057
Alter: 55 bis 90										0.61	0.41 – 0.89	**0.011**	0.68	0.39 – 1.18	0.172
Stellung im Erwerbsleben: arbeitslos													0.59	0.30 – 1.30	0.155
Stellung im Erwerbsleben: Rentner													0.54	0.35 – 0.81	**0.004**
Stellung im Erwerbsleben: Stud,Schüler													0.30	0.16 – 0.57	**<0.001**
Observations	3600			3600			3600			3600			3600		
R^2 Tjur	0.000			0.000			0.015			0.018			0.024		

Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Kommunale Bürgerumfrage 2021

Die Analyse in Tabelle 3 nutzt jene Befunde und erweitert die Perspektive: Geprüft wird, ob die auf Gesamtebene gefundenen Prädiktoren ihre Signifikanz unabhängig von der Frageversion behalten und ob spezifische Unterschiede zwischen den beiden Varianten der Einkommensabfrage bestehen. Hierfür wird die abhängige Variable (Beantwortung sowohl persönliches als auch Haushaltseinkommen) gegen die dargestellten Prädiktoren regressiert.

Dabei zeigt sich zum einen, dass die auf Gesamtebene gefundenen Unterschiede bei der geschlossenen Abfrage teilweise ihre Signifikanz verlieren (Stellung im Erwerbsleben), zum anderen ist die Wahrscheinlichkeit einer Beantwortung bzw. Nicht-Verweigerung bei der geschlossenen Abfrage deutlich höher (OR von 159 bzw. 99 Prozent vs. OR von 23 bzw. 96 Prozent[6]). Die Fragevariante hat somit den stärksten Einfluss auf die itemspezifische Antwortbereitschaft bzw. Verweigerung.

Tab. 3: *Einfluss der Differenzierungsvariablen in Abhängigkeit der Fragevariante auf die Antwortbereitschaft*

	Offene & geschlossene Abfrage			offene Abfrage			geschlossene Abfrage		
Predictors	*Odds Ratios*	*CI*	*p*	*Odds Ratios*	*CI*	*p*	*Odds Ratios*	*CI*	*p*
(Intercept)	97.76	59.46 – 167.30	**<0.001**	22.69	14.09 – 38.35	**<0.001**	159.44	56.92 – 627.28	**<0.001**
Geschlecht: weiblich	0.95	0.73 – 1.24	0.724	0.97	0.71 – 1.31	0.835	0.94	0.54 – 1.61	0.820
schulischer Abschluss: Fachabitur	0.75	0.47 – 1.26	0.266	0.74	0.43 – 1.34	0.302	0.63	0.25 – 1.81	0.351
schulischer Abschluss: 10.Klasse	0.47	0.34 – 0.65	**<0.001**	0.46	0.31 – 0.67	**<0.001**	0.47	0.23 – 0.92	**0.030**
schulischer Abschluss: 8./9.Klasse	0.35	0.22 – 0.54	**<0.001**	0.34	0.20 – 0.57	**<0.001**	0.35	0.14 – 0.86	**0.021**
Alter: 35 bis 54	0.61	0.38 – 0.97	**0.042**	0.73	0.43 – 1.22	0.242	0.30	0.08 – 0.88	**0.049**
Alter: 55 bis 90	0.67	0.38 – 1.16	0.151	0.81	0.43 – 1.51	0.508	0.31	0.07 – 1.06	0.080
Stellung im Erwerbsleben: arbeitslos	0.58	0.29 – 1.30	0.153	0.55	0.25 – 1.39	0.165	0.72	0.20 – 4.64	0.669
Stellung im Erwerbsleben: Rentner	0.53	0.34 – 0.81	**0.004**	0.49	0.29 – 0.79	**0.004**	0.71	0.30 – 1.57	0.408
Stellung im Erwerbsleben: Stud,Schüler	0.28	0.15 – 0.54	**<0.001**	0.23	0.12 – 0.45	**<0.001**	0.78	0.12 – 15.45	0.827
Fragevariante: offen	0.25	0.18 – 0.34	**<0.001**						
Observations	3600			1800			1800		
R^2 Tjur	0.054			0.039			0.014		

Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Kommunale Bürgerumfrage 2021

Womit die erhöhte Verweigerung zusammenhängt, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden und ist auch nicht Teil der Fragestellung. Entsprechende Gründe werden und wurden in der Fachliteratur diskutiert und reichen von der höheren kognitiven Anforderung bei offener Abfrage bis hin zur gesteigerten Sensitivität einer spitzen Abfrage. Für die Stadtforscher/-innen bleibt am Ende jedoch der Befund, dass die spitze Abfrage die Itemverweigerung deutlich erhöht.

Datenaufbereitung und -auswertung

Unterschätzt wurden überdies die spezifischen Herausforderungen im Datenhandling, welche sich durch eine Kombination beider Erhebungsmodi ergeben. Zunächst wurde der Prozess entsprechend der gewohnten Routinen aufgesetzt: Die offenen Angaben wurden in klassierte Ausprägungen überführt – what could possibly go wrong?

Dabei zeigte sich in den ersten Ergebnisauswertungen, dass die Befragten, welche eine offene Abfrage erhielten, einen signifikant höheren Median aufwiesen als jene, welchen die klassierte Abfrage vorgelegt wurde (vgl. Tabelle 4)

In der weiteren Analyse wurde jedoch deutlich, dass der aus den Klassen berechnete Median nicht dem tatsächlichen Median, welcher anhand der offen abgefragten Werte bestimmt wurde, entspricht. Somit führt eine einfache Umwandlung der offenen Angaben in klassierte Werte zu einem falschen Ergebnis – ein Fakt, der weniger offensichtlich ist, als es aufgrund der Ausführungen anmuten mag.

In der Folge standen zwei Optionen zur Verfügung: Die kompliziertere, aber korrekte wird entsprechend in der Auswertung der Kommunalen Bürgerumfrage 2021 angewandt: Zur Bestimmung des städtischen Medians wird das arithmetische Mittel der klassierten und offenen Mediane, entsprechend nach Anzahl der befragten Personen gewichtet, bestimmt. Abb. 3 gibt dies mittels Dumbbell-Plots zu erkennen.

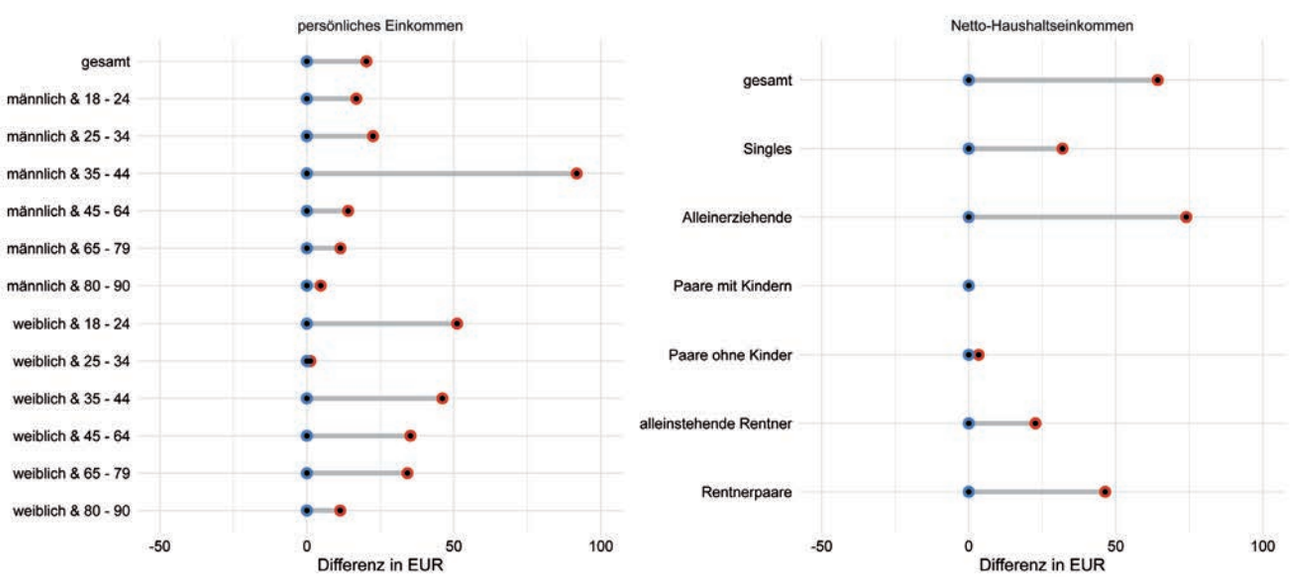
Tab. 4: *Persönliches und Haushaltseinkommen nach Fragebogenversion und Fragevariante*

Fragebogenversion (Fragevariante)	persönliches Nettoeinkommen		Netto-Haushaltseinkommen	
	Anzahl	Median in EUR	*Anzahl*	Median in EUR
A (geschlossen)	1.063	1.573	1.043	2.079
B (geschlossen)	1.051	1.588	1.034	2.076
C (offen)	997	1.649*	999	2.163*
D (offen)	2.067	1.626*	2.009	2.161*

*unkorrigierte klassierte Mediane

Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Kommunale Bürgerumfrage 2021

Abb. 3: *Differenzen zwischen unkorrigiertem und korrigiertem Median differenziert nach Geschlecht und Altersgruppe*



Lesehinweis: Beim unkorrigierten Median wurden die offen abgefragten Einkommenswerte in Klassen überführt. Entsprechend wird ein Median für alle Fragevarianten auf Basis klassierter Werte berechnet. Der korrigierte Median stellt das gewichtete Mittel (anhand der Fälle) aus dem klassierten und dem Median der spitzen Werte dar und bildet den tatsächlichen Messwert ab.

Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Kommunale Bürgerumfrage 2021

Dort sind die Differenzen zwischen dem Median, welcher durch die Überführung der offenen Angaben in klassierte Werte ermittelt wurde, und dem „korrigierten" Median, welcher die klassierten und offenen Mediane mittels gewichtetem Mittelwert kombiniert, dargestellt. Die entsprechenden Ergebnisse zeigen die Werte auf Basis aller Fragebogenvarianten (A-D), auf Gesamtebene sowie für die Differenzierung nach Geschlecht und Altersgruppe.

Eine Alternativversion zur Zusammenführung offen und geschlossen abgefragter Einkommen, welche den Auswertungsprozess deutlich erleichtert, da die bisherigen Routinen – Auswertung auf Basis klassierter Werte – beibehalten werden können, sei an dieser Stelle als R-Praxis-Tipp angeboten:

```
#install.packages(„dplyr")
library(dplyr)
#Klassengrenzen persönliches Einkommen
peki <- c (0,150,300,400,500,600,700,800,1000,1200,1400,
1600,1800,2000,2300,2600,3000,3400,3800,4200,20000)
#Klassengrenzen Haushaltseinkommen
heki <- c (0,500,600,700,800,900,1000,1100,1300,1500,
1700,2000,2300,2600,2900,3200,3600,4000,4400,4800,
5200,5600,6000,7000,20000)
set.seed (2022) #Reproduzierbarkeit
umf %>%
# um systematische Verzerrungen zu verhindern
dplyr::sample_n(nrow(.))%>%
# Datensatz durchnummerieren
dplyr::mutate(rowid = dplyr::row_number())%>%
dplyr::mutate(pek = dplyr::case_when(
# Klassierte Werte werden übernommen
!is.na(pek) ~ as.numeric(pek),
# abwechseln werden die Fälle in die Untergrenze
!is.na(pek_offen) & rowid %% 2 == 0 ~
as.numeric(cut(pek_offen, breaks = peki)),
# oder eine Klasse tiefer eingeordnet
!is.na(pek_offen) & rowid %% 2 == 1 ~
as.numeric(cut(pek_offen, breaks = peki + 1)))) %>%
mutate(hhek = case_when(
# Klassierte Werte werden übernommen
!is.na(hhek) ~ as.numeric(hhek),
# abwechseln werden die Fälle in die Untergrenze
!is.na(hhek_offen) & rowid %% 2 == 0 ~
as.numeric(cut(hhek_offen, breaks = heki)),
# oder eine Klasse tiefer eingeordnet
!is.na(hhek_offen) & rowid %% 2 == 1 ~
as.numeric(cut(hhek_offen, breaks = heki + 1))))
```

Im Fallbeispiel werden zunächst die Einkommen, welche oberhalb der höchsten Klassengrenze (20.000 Euro) liegen, auf diese begrenzt. Anschließend werden die Daten in eine zufällige Reihenfolge gebracht, um systematische Verzerrungen zu vermeiden. Jeder Datensatz wird fortlaufend nummeriert, wodurch über den Modulo Befragte, welche auf Klassengrenzen (1.000 Euro, 1.200 Euro etc.) liegen, abwechselnd nach oben und unten verschoben werden. Auf Befragte, welche nicht genau auf einer Klassengrenze liegen oder die ohnehin eine klassierte Abfrage erhielten, hat das Vorgehen keine Auswirkungen. Die Variablen heißen entsprechend hhek (Haushaltseinkommen) bzw. pek (persönliches Einkommen), der Zusatz „_offen" identifiziert entsprechend jene Variablen, welche offen erhobene Werte enthalten.

Hierdurch nähern sich die Mediane deutlich dem Bereich des „wahren" Medians an.[7] Beim Haushaltseinkommen existiert insbesondere im Bereich um die 2.000 Euro eine Häufung von Fällen, welche sich offen abgefragt genau bei 2.000 Euro einordnen, geschlossen abgefragt sich jedoch bei 1.700 bis unter 2.000 Euro bzw. bei 2.000 bis unter 2.300 Euro einordnen würden. Beim persönlichen Einkommen zeigt sich dieser Effekt im Bereich um 1.400 Euro. Abbildung 4 macht dies mittels Histogrammen noch einmal deutlich: Die offenen Angaben, welche ohne Korrektur in Klassen überführt wurden, führen zu einer deutlichen Überschätzung des Medians. Demgegenüber stellt die einfache Zufallsverteilung der Befragten, welche genau auf einer Klassengrenze liegen, eine deutliche Verbesserung dar.

Einordnung und Empfehlung aus Perspektive der Leipziger Erhebung

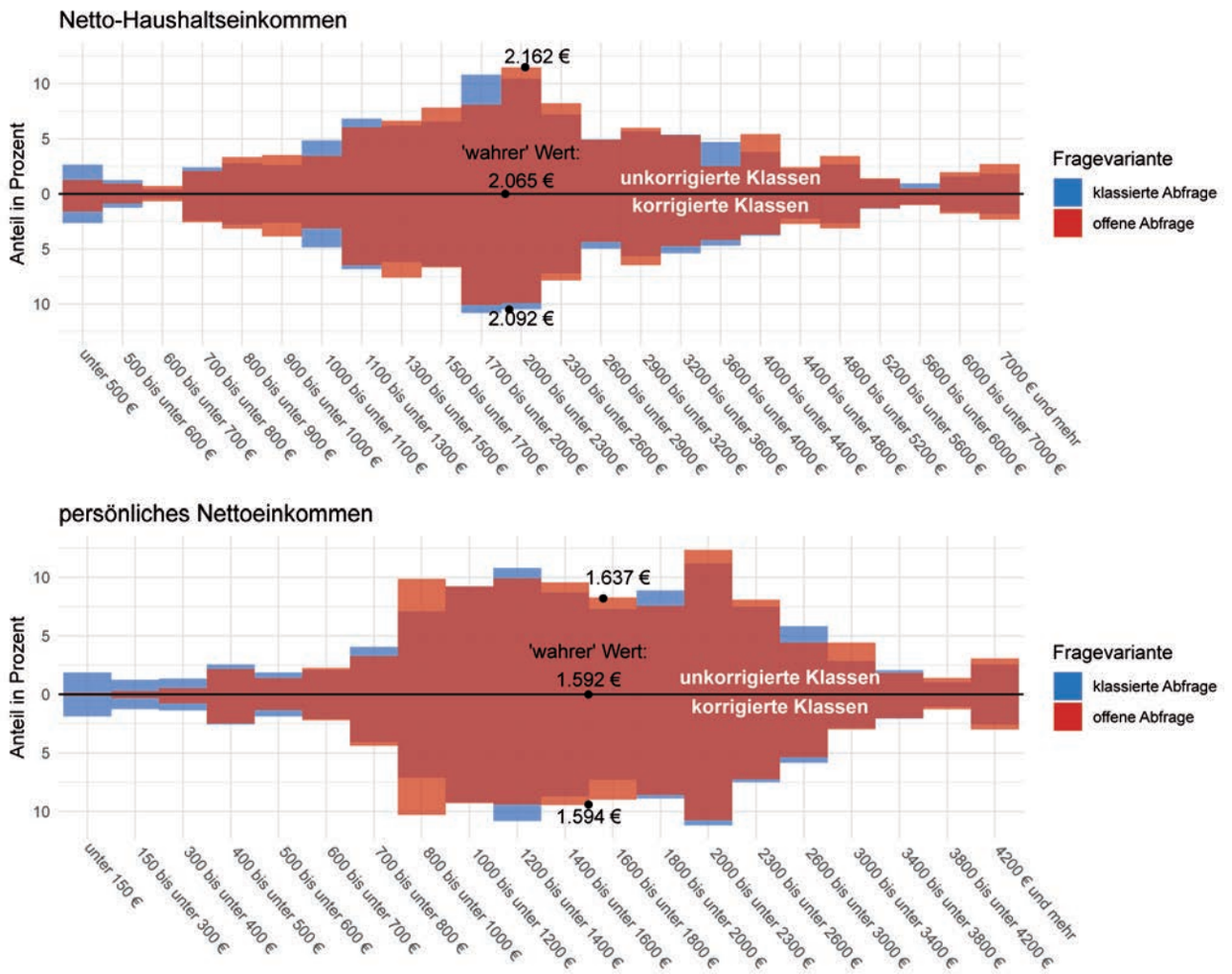
Nachdem nun die unterschiedlichen Ergebnisse, Herausforderungen und auch Implikationen aufgezeigt wurden, stellt sich die Frage, welches Instrument zur Erfassung des Einkommens geeigneter ist. Naturgemäß kann dies nur auf Basis der Forschungsfrage beantwortet werden. Stellt das Einkommen eine abhängige Variable dar, so bietet sich aufgrund der methodischen Vielfalt, welche im Zuge der Auswertung genutzt werden kann, eine offene Abfrage an. Auch wenn das Einkommen als ein zentraler Prädiktor zur Erklärung bestimmter Variablen fungieren soll, kann eine offene Abfrage sinnvoll sein, da der Zugewinn an Variabilität und die Erhöhung des Datenniveaus Vorteile bieten können, welche die höhere Antwortverweigerung ggf. rechtfertigen.

Stellt das Einkommen jedoch nur – und dies ist im Falle Kommunaler Bürgerumfragen häufig der Fall – eine mögliche Auswertungsperspektive dar und werden darüber hinaus häufig Cluster (arm vs. reich etc.) gebildet, so zeigt die aktuelle Analyse (Halbierung der Verweigerung bei klassierter Abfrage), dass eine klassierte Abfrage zur Senkung der Antwortverweigerungen zu empfehlen ist. Alternativ wäre auch die Erfassung der wirtschaftlichen Situation als Proxyvariable denkbar.

Um einen plastischeren Eindruck der Daten zu ermöglichen, stellt Abbildung 5 die Verteilungen getrennt nach Erhebungsmodus dar. Hierfür wurden die klassierten Daten in metrische Daten umgewandelt, sodass innerhalb einer Klasse jeder Wert nur einmal auftreten kann. Dies entspricht einer Adaption des Gleichverteilungsverfahren zur Bestimmung des Medians beim Nettoäquivalenzeinkommen (Gerhardt et al. 2009: 7).

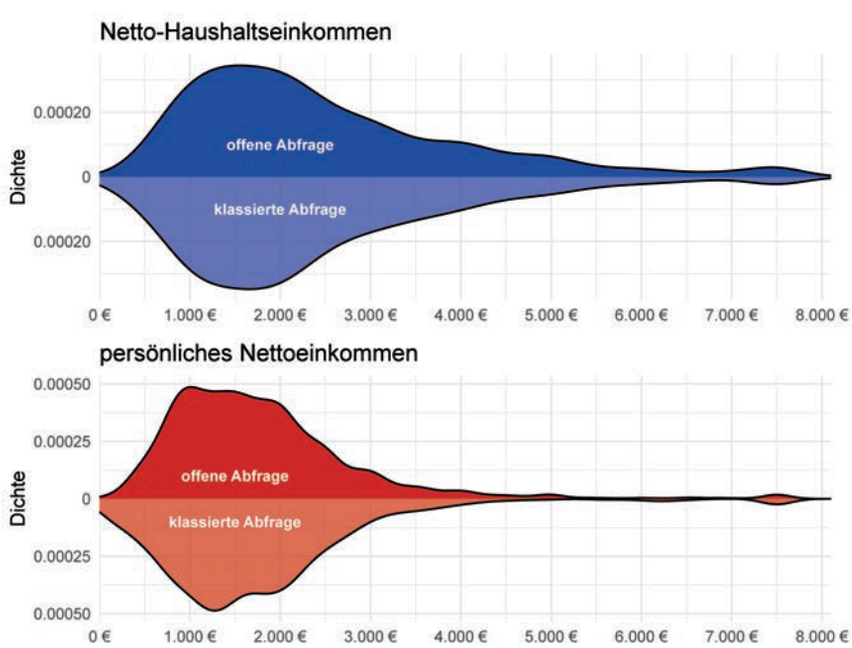
Dabei zeigt sich deutlich, dass die Verteilungen einen ähnlichen Verlauf haben, jedoch bestimmte Muster bzw. Feinheiten verloren gehen. Sofern die Klassen, insbesondere um den erwarteten Mittelwert und Median herum, möglichst fein gewählt werden, stellt dies jedoch eine ausreichende Datenbasis für eine verlässliche Schätzung des Medians dar.

Abb. 4: *klassierte Einkommensverteilung nach Fragevariante*



Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Kommunale Bürgerumfrage 2021

Abb. 5: *Dichte der Einkommensverteilung differenziert nach Fragevariante*



Lesehinweis: Die klassierten Daten wurden mittels Gleichverteilung in metrische Daten umgewandelt. Jeder Wert innerhalb einer Klasse kann dabei nur einmal besetzt werden. Werte größer 7.000 € wurden auf 7.500 € gesetzt.

Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Kommunale Bürgerumfrage 2021

Komplexere Analysen (wie z. B. Regressionsverfahren) auf Basis dieser umgewandelten Daten verbieten sich naturgemäß, es sei jedoch in diesem Beitrag zur Veranschaulichung gestattet:

Anhand der offen abgefragten Werte lassen sich mittels einfacher linearer Regression ca. 40 Prozent der Variabilität der Gesamtmiete anhand des Haushaltseinkommens erklären. Nimmt man die künstlich geschaffenen metrischen Werte, welche aus den klassierten erzeugt wurden, so sinkt die Varianzerklärung auf 20 Prozent. Dieses Beispiel bestätigt zum einen die benannten Vorteile höherer Variabilität (der spitzen Werte), zum anderen das aufgeworfene Verbot einer solchen Analyse auf Basis künstlich geschaffener metrischer Daten.

Fazit

Zunächst bleibt festzuhalten, dass es sich bei der 2021 durchgeführten Kommunalen Bürgerumfrage um kein echtes experimentelles Design handelt: Hierfür wäre es z. B. erforderlich gewesen, dass in allen vier Fragebogenvarianten beide Erhebungsmodi jeweils zufällig den Befragten vorgelegt worden wären. Da die Kernaufgabe der Kommunalen Bürgerumfrage die Bereitstellung statistischer Daten zur Aufgabenerfüllung des Stadtrates und der Stadtverwaltung ist, stellt die in diesem Artikel vorgestellte Untersuchung nur ein Nebenprodukt dar.

Gleichwohl zeigen insbesondere die Regressionsmodelle (vgl. Tab. 2 und 3), dass kein reiner Fragebogeneffekt vorliegt, sondern die erhöhte Verweigerung in der Fragevariante begründet ist. Unabhängig davon gibt es weitere signifikante Prädiktoren für Item-Non-Response. Diese sind jedoch (teilweise) unabhängig von der Fragevariante.

Weiterhin sollte bei ähnlich angelegten Fragebögen – zumindest online – die Option für klassierte Abfragen gegeben werden, wenn die offene Abfrage verweigert wird (vgl. Schräpler 2004). Zusätzlich können sensibilisierende Begründungen bzw. ein nochmaliger Hinweis auf die Vertraulichkeit und Anonymität eingefügt werden.

Der vorliegende Beitrag bestätigt die bereits in der Vergangenheit in der Kommunalen Bürgerumfrage Leipzig beobachtete, aber nicht systematisch untersuchte Hypothese, nach der offene Einkommensabfragen zu einem geringeren Rücklauf führen. Dass insgesamt die Antwortbereitschaft und damit die Rückläufe sinken, hat vielfältige Ursachen, deren systematische Analyse nicht Teil dieses Beitrags sind.

Als Fazit bleibt damit festzuhalten, dass die Vorteile der metrischen Erhebung die Nachteile der Verweigerungen aus Perspektive der Kommunalen Bürgerumfrage Leipzig nicht aufwiegen. In zukünftigen Erhebungen wird entsprechend zur Vermeidung des Item-Non-Response das Einkommen wieder klassiert erhoben.

---

1 Die Erfassung mittels offener Abfrage nimmt im Vergleich zur Erhebung mittels feiner Klassen deutlich weniger Platz im (Papier)Fragebogen ein. Da die Fragebogenlänge ein sehr wichtiges Kriterium darstellt, erscheint die Einsparung attraktiv.

2 Es handelt sich um kein echtes experimentelles Design. Hierfür wäre es z. B. erforderlich gewesen, dass in allen vier Fragebogenvarianten beide Erhebungsmodi jeweils zufällig den Befragten vorgelegt worden wären (vgl. Fazit).

3 Beispielsweise gab es Datensätze, bei denen eine allein lebende Person lediglich das persönliche, aber kein Haushaltseinkommen angab. Entsprechend wurde das Haushaltseinkommen als identisch angenommen. Jene Fehlwerte gehen nicht als Verweigerung in die Auswertung ein.

4 Die Fragebögen A–C sind hinsichtlich ihrer Stichprobenziehung repräsentativ für die Stadt Leipzig, zusätzlich wird eine Teilmenge, welche ebenfalls den Proportionen der Ortsteile in der Stadt Leipzig entspricht, dem Ortsteilfragebogen D entnommen. Die stadtweite Auswertung setzt sich somit aus den Fragebogenvarianten A–C sowie der aus D entnommenen Teilmenge zusammen.

5 Es wurden auch Modelle geprüft, bei denen für jede der Differenzierungsvariablen entsprechende Missings dummy-codiert einflossen. An den Befunden ändert dieses Vorgehen nichts, die Güte der Modelle war teilweise deutlich höher. Inhaltlich erscheint es jedoch fragwürdig Verweigerung eines Items durch Verweigerung eines anderen Items zu erklären.

6 Odds Ratios lassen sich wie folgt in Wahrscheinlichkeiten umrechnen: OR / (1+OR) siehe Grimes/Schulz (2008). Zu beachten ist dabei, dass sich jene Wahrscheinlichkeiten auf das entsprechende Stratum der Schätzung beziehen, in diesem Fall männlich, Hochschulabschluss, 18 bis 34 Jahre und erwerbstätig.

7 „Wahr" bezieht sich dabei auf den rechnerisch richtigen Median. Der wahre Einkommenswert der Population bleibt wie in allen sozialwissenschaftlichen Erhebungen unbekannt. Die einfache Überführung der spitzen Werte in klassierte führt jedoch nachweislich zu einem falschen Ergebnis der Schätzung.

Literatur

Gerhardt, D. S. A., Habenicht, D. S. K., & Munz, D. S. D. E (2009). Statistische Analysen und Studien, Band 58 Analysen zur Einkommensarmut mit Datenquellen der amtlichen Statistik. http://www.sozialberichte.nrw.de/sozialberichterstattung_nrw/grundlagen/statanalyse58.pdf

Grimes, D. A., & Schulz, K. F. (2008). Making sense of odds and odds ratios. Obstetrics and gynecology, 111(2 Pt 1), 423–426. https://doi.org/10.1097/01.AOG.0000297304.32187.5d

R Core Team (2021). R: A language and environment for statistical computing. R Foundation for Statistical Computing, Vienna, Austria. URL https://www.R-project.org/

Schräpler, J.-P. (2004). Respondent Behavior in Panel Studies: A Case Study for Income Nonresponse by Means of the German Socio-Economic Panel (SOEP). Sociological Methods & Research, 33(1), 118–156. https://doi.org/10.1177/0049124103262689

Sun, S., Pan, W., & Wang, L. L. (2010). A comprehensive review of effect size reporting and interpreting practices in academic journals in education and psychology. Journal of Educational Psychology, 102(4), 989. https://psycnet.apa.org/buy/2010-19349-001

Wickham, H. (2016). ggplot2: Elegant Graphics for Data Analysis. Springer-Verlag New York

Nora Tilly, Nils Rötgers

GIS-gestützte Neueinteilung der Stimmbezirke und Zuordnung der Wahlgebäude in der Stadt Köln

Die kommunale Stimmbezirkseinteilung muss aufgrund von Wachstums- und Wanderungsdynamiken regelmäßig angepasst werden. In Vorbereitung der Bundestagswahl 2021 wurde hierfür bei der Stadt Köln ein halbautomatisiertes Verfahren basierend auf einem genetischen Wachstumsalgorithmus verwendet. Der Algorithmus ermöglicht eine interessensneutrale und rein kennzahlenbasierte Einteilung. Die Zuordnung der Stimmbezirke zu Wahlgebäude erfolgte anschließend über eine Netzwerkanalyse zur Standortzuweisung basierend auf dem OpenStreetMap Wegenetz. Jedem potentielle Wahlgebäude wurden hierfür die maximale Kapazität an Wahlräumen und ein Prioritätsrang zugeteilt. Zur Evaluation der Einteilung wurde die mittlere Wegstrecke zum Wahlgebäude über eine Netzwerkanalyse zur Distanzanalyse ermittelt.

Dr. Nora Tilly
Dipl.-Geogr., Sachgebietsleiterin Raumbezugssystem, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Köln
nora.tilly@stadt-koeln.de

Nils Rötgers
Sachbearbeitung Wahlgebäude, Wahlamt, Stadt Köln
nils.roetgers@stadt-koeln.de

Schlüsselwörter
Stimmbezirkseinteilung – Wahlgebäude – Geoinformationssystem – Standortzuweisung – Distanzanalyse

Einleitung

Die Pflege der Stimmbezirkseinteilung ist eine Daueraufgabe der kommunalen Wahlämter, da sich die Bevölkerungsstrukturen in den Stimmbezirken durch Bautätigkeit, Wachstums- und Wanderungsdynamiken, aber auch durch natürliche demografische Entwicklungen ständig verändern. Idealerweise werden diese Entwicklungen fortlaufend durch entsprechende Anpassungen der betroffenen an die angrenzenden Stimmbezirke ausgeglichen. Zielsetzung der Anpassung ist eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Stimmberechtigten unter Berücksichtigung zur Verfügung stehender adäquater und günstig gelegener Wahlgebäude.

Den rechtlichen Rahmen der Stimmbezirkseinteilung setzen – für die Stadt Köln – das Kommunal- und das Landeswahlgesetz von Nordrhein-Westfalen sowie die Bundeswahlordnung. Einheitlich wird hier definiert, dass ein Stimmbezirk (im Kontext einer Bundestagswahl als Wahlbezirk bezeichnet) eine Anzahl von 2.500 Einwohner*innen nicht übersteigen soll. Andererseits muss der Stimmbezirk ausreichend Stimmberechtigte umfassen, sodass Rückschlüsse auf Einzelergebnisse nicht möglich sind (KWahlG § 5 Abs. 2[1], LWahlG § 15 Abs. 2[2] und Bundeswahlordnung § 12 Abs. 2[3]).

Der Anfang des Jahres 2021 gültige Stimmbezirkszuschnitt der Stadt Köln zeichnete sich durch eine ungleichmäßige Verteilung aus: Stimmbezirken mit etwa 500 Stimmberechtigten standen Bezirke mit über 2.800 Stimmberechtigten gegenüber. Ohne Neueinteilung hätten sich die gut 730.000 Stimmberechtigten auf 800 Urnenstimmbezirke verteilt. In Vorbereitung der Bundestagswahl 2021 wurde entschieden, diesen Zuschnitt mit Blick auf eine effizientere Organisation der Wahl und unter Berücksichtigung des steigenden Anteils der Briefwähler*innen zu optimieren. Ziel war es, neben der homogenen Verteilung der Stimmberechtigten, die Anzahl der Stimmbezirke zu reduzieren, um einen handhabbaren Bedarf an Wahlhelfenden zu erreichen.

Im Rahmen dieser Vorbereitung wurde bei der Stadt Köln erstmals ein halbautomatisiertes Verfahren in einer Geoinformationssystemsoftware (GIS-Software) verwendet. Da die ungleichmäßige Verteilung einherging mit einer hohen Zahl zu ändernder Stimmbezirke, wurde eine komplette Neueinteilung für das gesamte Stadtgebiet vorgenommen. Zukünftig ermöglicht das eingesetzte Verfahren jedoch, genau die Teilbereiche der Stadt anzupassen, in denen starke Veränderungen der Bevölkerungsstruktur stattfinden.

Weiterhin wurde für die Zuteilung der Stimmbezirke zu den Wahlgebäuden ein automatisiertes Verfahren basierend auf einer Netzwerkanalyse in der GIS-Software eingesetzt. Die wichtigsten Kriterien für die Auswahl der Gebäude waren (I) möglichst kurze Wege zum Wahlgebäude für die Bürger*innen, (II) rollstuhlgerechte Zugänge zu den Wahlräumen, (III) räumliche Gegebenheiten zum Einhalten der Hygiene- und Abstandsregeln im Zuge der Corona-Pandemie, sowie (IV) eine möglichst gleichmäßige Auslastung der Wahlgebäude im Stadtgebiet. Ein weiteres Ziel war es, die entstehenden Kosten für die Kommune bzw. die Steuerzahlenden zu minimieren, die beispielsweise durch die Anmietung privater Gebäude entstehen.

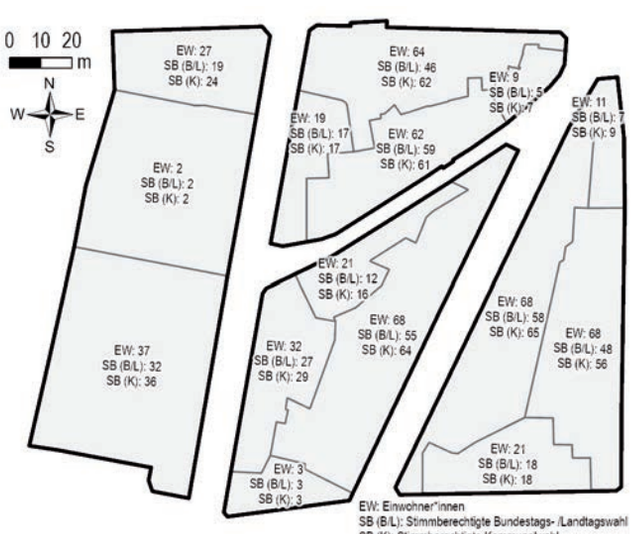
Zur Evaluation der vorgenommen Einteilung wurde die Wegstrecke zwischen jeder Adresse und dem zugeteilten Wahlgebäude mittels einer weiteren Netzwerkanalyse in der GIS-Software berechnet.

Neueinteilung der Stimmbezirke

Daten

Die räumliche Datengrundlage für die Neueinteilung der Stimmbezirke bildeten die Blockabschnitte der kommunalen Gebietsgliederung. In dieser hierarchischen Gliederung des Kölner Stadtgebiets ist ein Block als von Straßen oder natürlichen bzw. baulichen Grenzen umschlossener Bereich definiert (dicke schwarze Linien in Abb. 1). Diese Blöcke werden weiter in Blockseiten und bei unterschiedlichen Nutzungen weiter in Blockabschnitte unterteilt (graue Polygone). Die Blockabschnitte bilden somit die kleinräumigste Polygon-Ebene der kommunalen Gebietsgliederung und eignen sich daher gut zur räumlichen Einteilung des Stadtgebiets. Die vormalige Einteilung der Stimmbezirke basierte ebenfalls auf den Blockabschnitten.

Abb. 1: *Blockabschnitte mit statistischen Kennzahlen*



Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Als statistische Kennzahlen wurden für jeden Blockabschnitt die Anzahl der Einwohner*innen sowie die Anzahl der potentiellen Stimmberechtigten bestimmt (Abb. 1). Grundsätzlich unterscheidet sich die Anzahl Stimmberechtigter bei einer Landtags- und Bundestagswahl von der Anzahl Stimmberechtigter bei einer Kommunalwahl aufgrund der unterschiedlichen rechtlichen Vorgaben hinsichtlich Alter und Nationalität. Beide Werte wurden berücksichtigt, damit die Einteilung der Stimmbezirke für alle Wahlen verwendet werden kann. Die im Folgenden als Stimmberechtigte bezeichneten sind immer potentiell Stimmberechtigte, da zum Zeitpunkt der Neueinteilung die tatsächliche Anzahl aus dem Melderegister noch nicht feststand. Hierfür wurde der adressbasierte Bevölkerungsbestand nach Alter und Nationalität gefiltert. Die Einteilung wurde für jeden der 86 Kölner Stadtteile separat vorgenommen, um die Einhaltung der Verwaltungsbezirksgrenzen zu gewährleisten.

Methodik

Basierend auf diesen Daten wurde das auf einem genetischen Wachstumsalgorithmus beruhende Skripttool *Build Balanced Zones*[4] in *Esri ArcGIS Pro* zur Einteilung der Stimmbezirke verwendet. Die wesentlichen Schritte sind in Abbildung 2 am Beispiel des Stadtteils Nippes dargestellt. Ausgehend von einem Blockabschnitt lässt das Tool räumlich zusammenhängende Zonen basierend auf festgelegten Kriterien ‚wachsen'. Als Kriterien wurden die maximale Anzahl Einwohner*innen sowie die durchschnittliche Anzahl Stimmberechtigter für die unterschiedlichen Wahltypen angegeben. In Abbildung 2 A) ist exemplarisch die Anzahl der Einwohner*innen pro Blockabschnitt dargestellt. Weiterhin wurde die Option gewählt, dass die Zonen kompakt sein sollen, um weitläufige Stimmbezirke zu vermeiden, denen kein zentral gelegenes und gut erreichbares Wahlgebäude zugeteilt werden kann. Im ersten Schritt erstellt das Tool 100 mögliche Lösungen und bewertet sie anhand der vorgegebenen Kriterien. Die am besten passenden Lösungen werden in einer neuen Generation kombiniert und wieder anhand der Kriterien evaluiert. Nach 50 Generationen wird die bestmögliche Lösung ausgegeben.

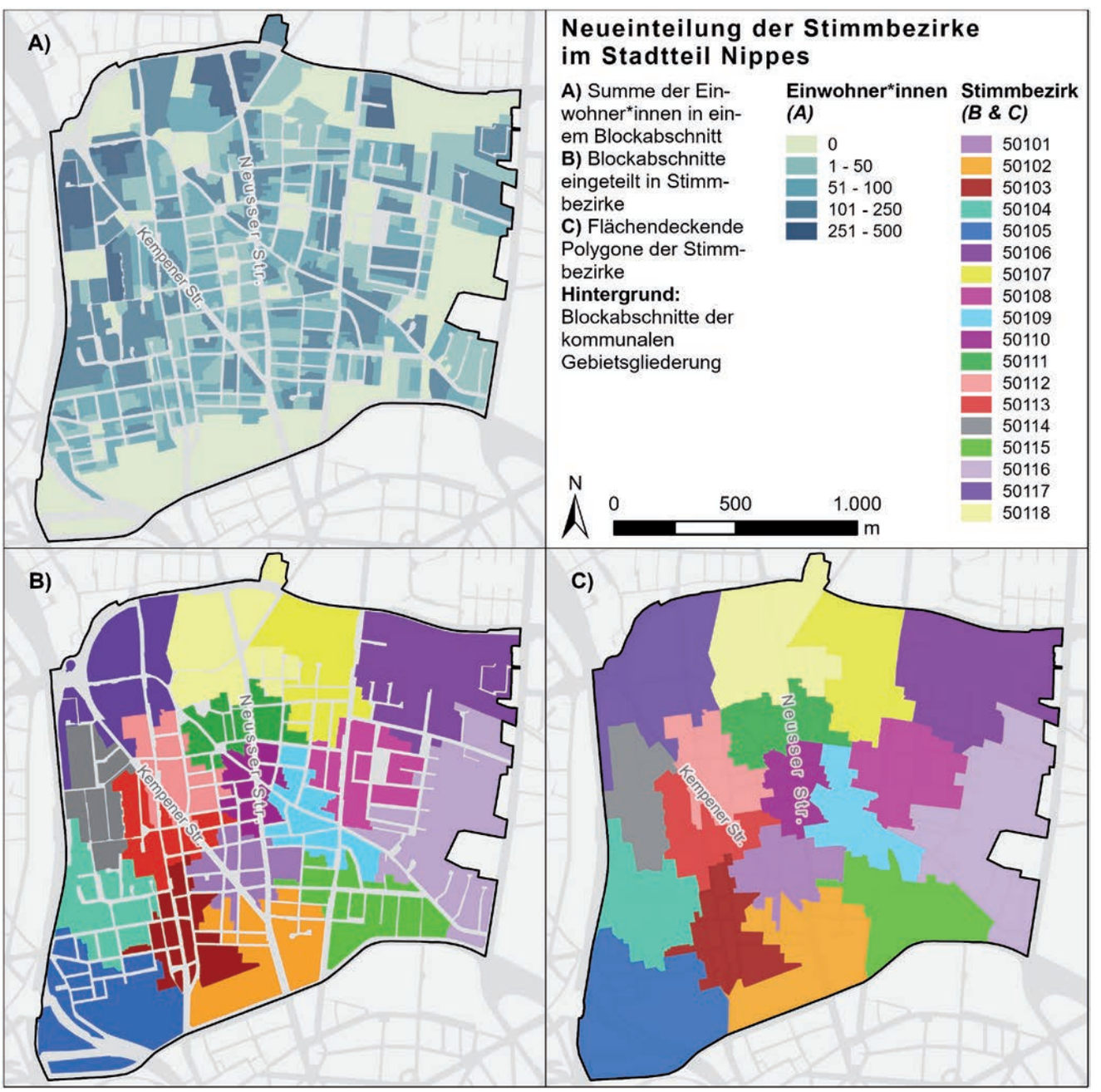
Eine kleine Herausforderung für diesen Prozess stellten die in Abbildung 2 A) sichtbaren Leerräume zwischen den Blockabschnitten dar. In der Kölner kommunalen Gebietsgliederung sind alle Straßen und Bahntrassen eines Stadtteils als je ein Polygon abgebildet. Da diese per se bevölkerungsfreien Polygone vor der Einteilung entfernt wurden, ergeben sich Leerräume zwischen den Blockabschnitten. Der Algorithmus kann somit die für das menschliche Auge einfach erkennbaren Nachbarschaften von Blockabschnitten über eine Straße hinweg nicht erkennen. Ohne dieses Entfernen hätten sich jedoch Nachbarschaften für alle Blockabschnitte eines Stadtteils ergeben, da alle Blockabschnitte entweder an das Polygon der Straßen oder Bahntrassen im Stadtteil grenzen. Da die Einteilung auf Polygonebene somit nicht direkt möglich war, wurde eine Alternative gewählt.

Für jeden Blockabschnitt wurde der Mittelpunkt des Polygons bestimmt und die Kennzahlen als Attribute übertragen. Im Tool besteht die Option diese Punkte über einen Triangulation-Algorithmus zu vernetzen und somit Nachbarschaften zu definieren (Details in der Dokumentation des Tools von

Esri). Die durch das Tool definierte Zonierung der Punkte wurde anschließend zurück auf die Polygone übertragen. Wie in Abbildung 2 A) zu erkennen, ergibt sich aus der radialen und historisch gewachsenen Kölner Stadtstruktur ein zum Teil recht verwinkeltes Block- und Straßennetz. An diesen Stellen kann es vorkommen, dass der Algorithmus die Nachbarschaft von Baublöcken, basierend auf den Punkten, nicht so widerspiegeln kann, dass sich die Neueinteilung durch ein zusammenhängendes Polygon abbilden lassen würde. Daher wurde die Einteilung für ca. 300 Blockabschnitte, nach der Übertragung auf die Polygone, manuell nachgearbeitet.

Bei einer Gesamtzahl von ca. 23.800 Blockabschnitten (ohne Straßen und Bahntrassen) entspricht dies ca. 1,3 %. In Abbildung 2 B) ist beispielhaft dargestellt, wie die Blockabschnitte in Nippes final eingeteilt wurden. Im nächsten Schritt wurden die Blockabschnitte eines Stimmbezirks zu einem flächendeckenden Polygon für jeden Stimmbezirk aggregiert. Für den Stadtteil Nippes ist dies in Abbildung 2 C) dargestellt.

Abb. 2: *Wesentliche Schritte bei der Neueinteilung der Stimmbezirke.*



Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Wahlamt

Ergebnis

Das Ergebnis ist eine möglichst einheitliche Stimmbezirkseinteilung für die Stadt Köln, die gesetzliche Vorgaben berücksichtigt und bei Bedarf angepasst werden kann. Eine komplett homogene Einteilung für das Stadtgebiet kann nicht erreicht werden, da zum Beispiel das Verhältnis von Stimmberechtigten zu Einwohner*innen in den Stadtteilen sehr heterogen ist und sich die Stadtteile in ihrer absoluten Anzahl der Einwohner*innen und Stimmberechtigten stark unterscheiden. Wie jedoch in Tabelle 1 zu sehen, wurde eine einheitlichere Verteilung die Bevölkerung im Vergleich zur vormaligen Einteilung erreicht. So wurde bei der Anzahl der Einwohner*innen die Spannweite um 110 % und die Standardabweichung um 85 % gesenkt. Die Verteilung der Stimmberechtigten ist nun ebenfalls homogener. Die Spannweite wurde um 45 % bzw. 60 %, die Standardabweichung um 15 % und 34 % verringert. Ebenso wurde die Anzahl der Stimmbezirke von 800 auf 543 reduziert.

Tab. 1: *Statistik der Einwohner*innen und Stimmberechtigten in der alten und neuen Stimmbezirkseinteilung (B/L: Bundestags-/ Landtagswahl; K: Kommunalwahl).*

		Einwohner*innen	Stimmberechtigte (B/L)	Stimmberechtigte (K)
Alt	Mittelwert	1.360	917	1.027
	Minimum	627	457	512
	Maximum	4.271	2.546	2.852
	Spannweite	3.644	2.089	2.3644
	Standardabweichung	588	308	364
Neu	Mittelwert	2.004	1.352	1.513
	Minimum	762	444	616
	Maximum	2.500	1.881	2.071
	Spannweite	1.738	1.437	1.455
	Standardabweichung	317	266	273

Zuordnung der Wahlgebäude

Daten

Den neu eingeteilten Stimmbezirken wurde anschließend ein Wahlgebäude zur Stimmabgabe an der Urne zugeteilt. Als potentielle Wahlgebäude wurde hierfür ein umfangreicher Datensatz aus Kölner Schulen, Gebäuden der Stadtverwaltung sowie bei vergangenen Wahlen angemieteten privaten Gebäuden zusammengestellt. Jedes Gebäude erhielt einen Prioritätsrang zwischen 1 (sehr gut geeignet) und 5 (schlecht geeignet) basierend auf der Dokumentation von vergangenen Wahlen sowie Begehungen vor Ort. Ein Hauptkriterium hierfür war, ob ein rollstuhlgerechter Zugang gegeben ist, beziehungsweise mit einfachen Maßnahmen hergestellt werden kann oder nicht. Ebenso wurden etwaige anfallende Kosten berücksichtigt, z. B. für bauliche Maßnahmen zur Ermöglichung eines rollstuhlgerechten Zugangs oder Aufwandsentschädigungen für die Nutzung privater Räumlichkeiten. Veränderungen zu vorherigen Wahlen ergaben sich auch durch die einzuhaltenden Hygiene- und Abstandsregeln im Zuge der Corona-Pandemie. Neben der Priorität wurde die maximale Kapazität erfasst, also wie viele Wahlräume und damit Stimmbezirke in einem potentiellen Wahlgebäude zu realisieren sind. Insgesamt wurden gut 300 Gebäude in die Auswahl einbezogen. Der benötigte Netzwerk-Datensatz wurde aus dem OpenStreetMap[5] (OSM) Wegenetz für Köln generiert.

Methodik

Für die Zuteilung der Stimmbezirke zu Wahlgebäuden wurde eine *Location-Allocation-Netzwerkanalyse*[6] in *Esri ArcGIS Pro* durchgeführt. Basierend auf den vergebenen Prioritäten und Kapazitäten teilt ein Algorithmus sogenannte Bedarfspunkte bestmöglich den potentiellen Einrichtungen alias Wahlgebäuden zu. Ein Bedarfspunkt repräsentiert hierbei einen Stimmbezirk. Da insbesondere in den äußeren Bereichen der Stadt die flächendeckenden Stimmbezirke große bevölkerungsfreie Bereiche umfassen, wurde als Bedarfspunkt der Mittelpunkt innerhalb der bevölkerten Blockabschnitte eines Stimmbezirks mittels des Tools *Feature in Punkt*[7] bestimmt. Die bestmögliche Zuteilung lässt sich somit definieren als die kürzeste Distanz entlang des Netzwerks zwischen dem ‚Bevölkerungsmittelpunkt' eines Stimmbezirks und dem zugeteilten Wahlgebäude.

Ergebnis

Das Ergebnis der Zuteilung ist in Abbildung 3 für einen Bereich im Stadtteil Lindenthal dargestellt. Die für die Zuteilung relevanten Bereiche eines Stimmbezirks sind durch die farblich gekennzeichneten Polygone zu erkennen. Dies sind Blockabschnitte mit Einwohner*innen. Im Vergleich dazu ist die komplette Fläche des Stimmbezirks etwas heller im Hintergrund sichtbar. Der ‚Bevölkerungsmittelpunkt' (schwarzer Punkt) wurde einem Wahlgebäude zugeteilt. Als Distanz wurde der kürzeste Weg entlang des Netzwerks ermittelt. Die ausgewählten und nicht ausgewählten Gebäude unterscheiden sich in der Signatur. Die jeweiligen Zuteilungen zeigen die schwarzen Linien.

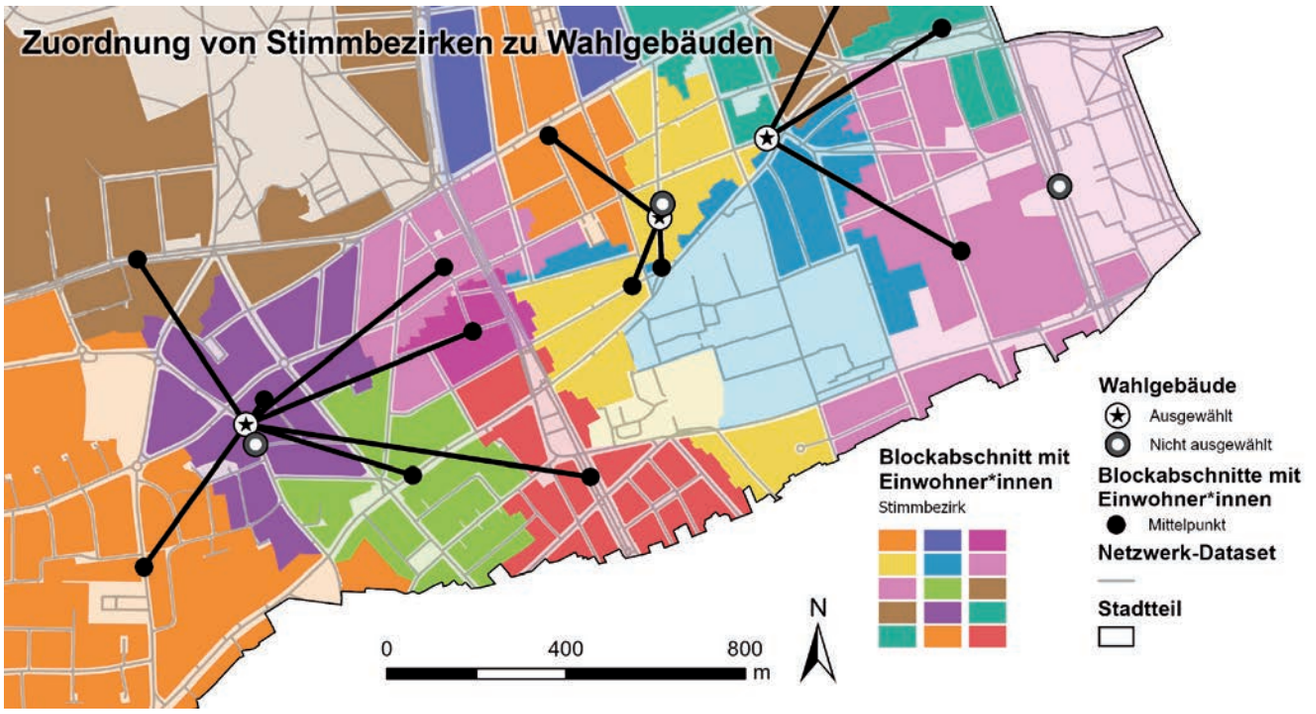
Die Gesamtzahl der Wahlgebäude wurde von 240 bei der Europawahl 2019 beziehungsweise 227 bei der Kommunalwahl 2020 auf 173 Wahlgebäude verringert. Hierdurch wird die Wahlorganisation vereinfacht und die benötigte Anzahl freiwilliger Wahlhelfender reduziert. Eine weitere Reduktion wäre schwer möglich ohne die Distanzen zum Wahlgebäude für die Bürger*innen zu stark zu verlängern. Durch die Auswahl der Gebäude wurde ein rollstuhlgerechter Zugang für 529 der 543 Wahlräume erzielt. Die 14 verbleibenden Wahlräume befinden sich an 5 Standorten, für die keine Alternativen gefunden werden konnten.

Mittlere Distanz zum Wahlgebäude

Daten

Zur Evaluation der Zuordnung der Stimmbezirke zu den Wahlgebäuden wurden die Wegstrecken zum Wahlgebäude berechnet. Entsprechend wurde jede bewohnte Kölner Adresse, die ausgewählten Wahlgebäude sowie der bereits für die Zuordnung genutzte Netzwerk-Datensatz als Eingangsdaten verwendet. Die Analyse wurde ebenso mit der vormaligen Stimmbezirkseinteilung und Zuteilung zu einem Wahlgebäude durchgeführt, um einen Vergleich zu ermöglichen. Daher wurden diese Daten ebenfalls als Eingangsdaten verwendet.

Abb. 3: Zuordnung der Stimmbezirke zu Wahlgebäuden mittels Location-Allocation-Netzwerkanalyse.



Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Wahlamt

Methodik

Die Wegstrecke entlang des Netzwerks zwischen Adresse und Wahlgebäude wurde über das Netzwerkanalyse-Tool *Generate Origin Destination Cost Matrix*[8] in *Esri ArcGIS Pro* berechnet. Mit Hilfe des Tools wurde die kürzeste Distanz entlang des Netzwerks zwischen jedem Startpunkt (bewohnte Adresse) und dem dazugehörigen Zielpunkt (Wahlgebäude) ermittelt. Die Distanzen wurden anschließend auf Ebene der Stimmbezirke gemittelt. Basierend darauf wurden Stimmbezirke mit großen mittleren Distanzen noch einmal überprüft und zum Teil bisher nicht berücksichtigte Wahlgebäude aufgenommen oder Anpassungen der Zuteilung vorgenommen. Die Distanz zum jeweiligen Wahlgebäude wurde ebenso mit der vormaligen Stimmbezirkseinteilung und Wahlgebäudezuteilung berechnet. Da ein Vergleich auf Stimmbezirksebene aufgrund der Neueinteilung nicht möglich ist, wurden die Distanzen zum Wahlgebäude für die alte und neue Einteilung jeweils auf Ebene der 86 Stadtteile und 9 Stadtbezirke gemittelt.

Ergebnis

In Abbildung 4 ist die mittlere Distanz zum Wahlgebäude auf Stimmbezirks-Ebene dargestellt. Weiterhin sind die Standorte der Wahlgebäude eingezeichnet und die Bevölkerungsdichte angedeutet. In 409 der 543 Stimmbezirke wurde eine mittlere Distanz von unter 800 m zum Wahlgebäude erreicht. Wie in Tabelle 2 abzulesen entspricht dies rund 75 % der Einwohner*innen und Stimmberechtigten. Lediglich in 2 Stimmbezirken ist die mittlere Distanz mit über 2.000 m groß. Dies entspricht knapp 0,4 % der Einwohner*innen und Stimmberechtigten. Für diese beiden Stimmbezirke stand kein näheres Gebäude zur Verfügung, welches den in der Einleitung genannten Kriterien entspricht. Größere Wegstrecken zu den Wahlgebäuden sind überwiegend in den stadtäußeren Stadtteilen zu finden. Hier standen ebenfalls keine anderen geeigneten Gebäude zur Verfügung. Wie anhand der angedeuteten Bevölkerungsdichte zu erkennen, sind dies häufig großflächige Stimmbezirke ohne flächendeckende Bebauung.

*Tab. 2: Summe der Einwohner*innen und Stimmberechtigten in den vier Klassen der mittleren Distanz entsprechend Abb. 4; (B/L: Bundestags-/Landtagswahl; K: Kommunalwahl).*

Klasse	Anzahl	Einwohner*innen	Stimmberechtigte (B/L)	Stimmberechtigte (K)
1	409	824.719	556.228	623.635
2	125	247.012	166.395	185.670
3	7	12.324	8.820	9.692
4	2	3.985	2.551	2.769
Gesamtstadt	***1.088.040***	***733.994***	***821.766***	

Als Vergleich zwischen alter und neuer Zuordnung ist in Abbildung 5 die prozentuale Veränderung der mittleren Distanz in den 86 Stadtteilen dargestellt. Diese ist in 47 Stadtteilen mit einer Veränderung von ± 10 % nahezu gleich geblieben. In 6 Stadtteilen konnte eine kürzere mittlere Distanz erreicht werden. In 33 Stadtteilen ist die Wegstrecke länger geworden. Starke Verlängerungen sind hierbei wieder überwiegend in stadtäußeren Stadtteilen zu finden. Einhergehend mit geringeren Bevölkerungszahlen und einer lichteren Bebauung, gibt es dort weniger Schulen und andere öffentliche Gebäu-

de. Bei Ausschluss eines bisherigen Gebäudes, aufgrund der Nichterfüllung der in der Einleitung genannten Kriterien, stehen somit weniger alternative Gebäude zur Verfügung. Somit verlängert sich die Wegstrecke zum neuen Gebäude stärker als in innerstädtischen Bereichen in denen esnahegelegene Alternativen gibt.

In Tabelle 3 ist die mittlere Distanz zum Wahlgebäude auf Ebene der Stadtbezirke für die alte und neue Zuordnung sowie die absolute Differenz dargestellt. Die durchschnittliche Verlängerung der Wegstrecke zum Wahlgebäude ist in 8 der 9 Stadtbezirke mit unter 80 m als annehmbar einzustufen, eben-

Abb. 5: *Prozentuale Veränderung der mittleren Distanz in den 86 Stadtteilen.*

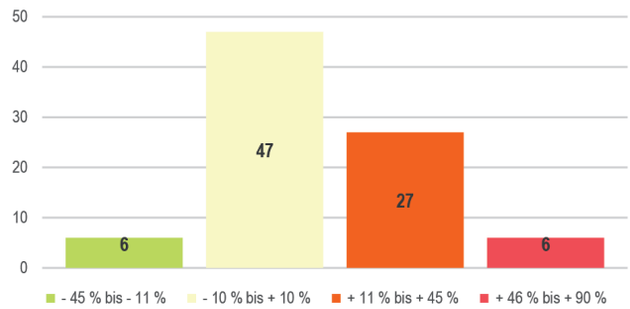
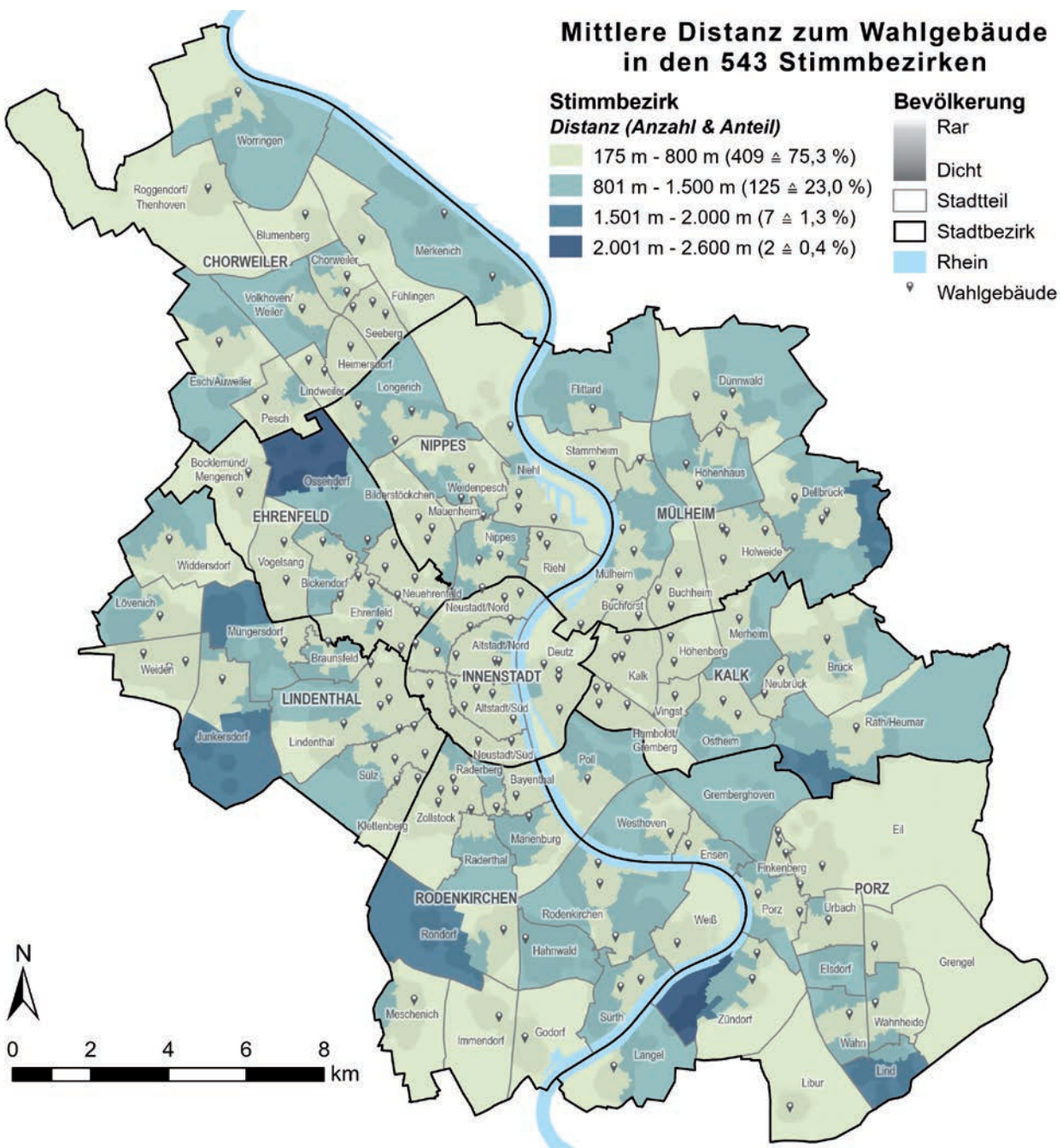


Abb. 4: *Mittlerer Distanz zum Wahlgebäude in den neu eingeteilten Stimmbezirken.*



Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Wahlamt

so ist der gesamtstädtische Durchschnitt von 63 m vertretbar. Lediglich in Ehrenfeld hat sich die mittlere Distanz um 171 m stärker verlängert. Diese ist größtenteils auf die Verlängerung der Wegstrecke im oben genannten Stimmbezirk in Ossendorf zurück zu führen.

Tab. 3: *Mittlere Distanz zum Wahlgebäude in den 9 Stadtbezirken und der Gesamtstadt sowie die absolute Differenz.*

Stadtbezirk	Alt	Neu	Differenz
Chorweiler	667 m	702 m	35 m
Ehrenfeld	479 m	651 m	171 m
Innenstadt	380 m	449 m	69 m
Kalk	626 m	628 m	2 m
Lindenthal	601 m	670 m	69 m
Mülheim	622 m	693 m	71 m
Nippes	547 m	611 m	64 m
Porz	683 m	761 m	79 m
Rodenkirchen	666 m	673 m	7 m
Gesamtstadt	**586 m**	**649 m**	**63 m**

Fazit & Ausblick

Die Neueinteilung der Stimmbezirke und Zuordnung der Stimmbezirke zu einem Wahlgebäude wurde bei der Stadt Köln erstmalig durch GIS-basierte Analysen unterstützt. Größter Vorteil dieser Verfahren ist, dass die Algorithmen interessensneutral und rein kennzahlenbasiert arbeiten. Darüber hinaus wird der manuelle Aufwand reduziert.

Das für die Einteilung der Stimmbezirke verwendete Tool testet verschiedene Lösungen und verändert diese über mehrere Iterationen. Daher kann das Ergebnis nicht komplett reproduzierbar sein. Tests für Teilbereiche haben jedoch gezeigt, dass nach den genutzten 50 Iterationen/Generationen ähnliche Endergebnisse ausgegeben werden. Der Prozess der Neueinteilung ist somit rekonstruierbar. Dies ermöglicht zukünftig erforderliche Neueinteilungen nur in Teilbereichen der Stadt vorzunehmen. Wenn beispielsweise ein großes Neubaugebiet entsteht, können die Stimmbezirke im betroffenen Stadtteil so neu eingeteilt werden, dass wieder eine möglichst homogene Verteilung der Stimmberechtigten erzielt wird. Grundsätzlich wurde das Ziel einer gleichmäßigeren Verteilung der Einwohner*innen und Stimmberechtigten in den Stimmbezirken erreicht. Ebenso konnte die Gesamtzahl der Stimmbezirke reduziert werden, was die Wahlorganisation vereinfacht und die Zahl der benötigten freiwilligen Wahlhelfenden reduziert. Während bei der Kommunalwahl 2020 ca. 9.500 Wahlhelfende eingeplant wurden, waren es bei der Bundestagswahl 2021 nur ca. 8.500.

Der zeit- und ressourcenintensivste Schritt für die Zuordnung der Wahlgebäude war die Auflistung und Bewertung der potentiellen Wahlgebäude hinsichtlich ihrer Priorität und Kapazität. Dabei wurden die Hygiene- und Abstandsregeln im Zuge der Corona-Pandemie besonders beachtet. Ziel ist es, den hier erstellten Datensatz nach der Wahl zu evaluieren und kontinuierlich fortzuschreiben. Zum Teil konnten Gebäude bei dieser Wahl aufgrund von Bau- oder Sanierungsarbeiten nicht berücksichtigt werden, diese könnten bei zukünftigen Wahlen wieder zur Verfügung stehen.

Es war abzusehen, dass eine Reduktion der Stimmbezirke und Wahlgebäude grundsätzlich zu einer Verlängerung der Distanz zum Wahlgebäude führt. Ziel war es, dies in einem vertretbaren Maß zu halten. Bis auf wenige Ausnahmen waren die Ergebnisse der Distanzanalyse zufriedenstellend. Für die Stimmbezirke mit großen mittleren Distanzen kann für zukünftige Wahlen versucht werden, alternative Gebäude zu finden. Hierbei kann auch angenommen werden, dass die aufgrund von Bau- oder Sanierungsarbeiten ausgeschlossenen Gebäude künftig wieder zur Verfügung stehen werden.

Ebenso war anzunehmen, dass Veränderungen in der Wahlgebäude-Zuteilung grundsätzlich sowohl positives als auch negatives Feedback in der Bevölkerung hervorrufen würde, je nachdem ob die Wegstrecke für die Einzelperson kürzer oder länger geworden ist. Entsprechend gab es nach der Bundestagswahl 2021 Lob und Kritik, wobei keine merklichen Unterschiede zu vorherigen Wahlen festgestellt werden konnten.

Durch das vorgestellte Verfahren erfolgte ein vollständiger Neuzuschnitt der Stimmbezirke. Dies hatte allerdings auch zur Folge, dass die Wahlberichterstattung – zumindest temporär – eingeschränkt wurde, da eine Zuordnung der neuen zu den alten Wahlbezirken nahezu unmöglich ist. Damit fielen Analyseverfahren weg, die auf dem Vergleich von Stimmbezirksergebnissen basieren – wie zum Beispiel die Schätzung von Wählerwanderungen auf Basis der ökologischen Inferenz. Grundsätzlich sollte daher sorgfältig zwischen der Notwendigkeit der Wahlberichterstattung und einer effizienten Organisation des Wahlprozesses abgewogen werden.

1 http://www.lexsoft.de/cgi-bin/lexsoft/justizportal_nrw.cgi?xid=146804,1
2 http://www.lexsoft.de/cgi-bin/lexsoft/justizportal_nrw.cgi?xid=167158,1
3 https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/04f736b0-66e8-4618-9063-88af47e83ce2/bundeswahlordnung.pdf
4 https://pro.arcgis.com/en/pro-app/latest/tool-reference/spatial-statistics/buildbalancedzones.htm
5 https://www.openstreetmap.de/
6 https://pro.arcgis.com/en/pro-app/latest/help/analysis/networks/location-allocation-analysis-layer.htm
7 https://pro.arcgis.com/en/pro-app/latest/tool-reference/data-management/feature-to-point.htm
8 https://pro.arcgis.com/en/pro-app/latest/tool-reference/ready-to-use/itemdesc-generateorigindestinationcostmatrix.htm

Julia Chen, Sarah Pohl

Ein Atlas für ganz Hessen

Regionalstatistik in einer interaktiven Kartenanwendung

Der Hessenatlas ist eine interaktive Kartenanwendung des Hessischen Statistischen Landesamts und stellt eine Vielzahl von Daten zu verschiedenen Themengebieten in unterschiedlicher regionaler Tiefe bereit. Die enthaltene Datenmenge erforderte individuelle Lösungen bei der Entwicklung des Atlanten.

Im Hessenatlas konnten eine skriptbasierte Aktualisierung der Datenbank und Zusammenstellung der Karteninhalte umgesetzt werden. Eine spezifisch angepasste User Experience unterstützt die intuitive Navigation. Das Einbinden von Aktionskarten im Hessenatlas sorgt für Abwechslung und bietet die Möglichkeit, neue Visualisierungstechniken der Kartographie schnell und aufwandsarm umzusetzen. Der Atlas bietet damit einen unkomplizierten Zugang zu den Zahlen des Hessischen Statistischen Landesamts.

Julia Chen (M. Sc.)
Seit 2018 Sachbearbeiterin im Competence Center Geoinformation des Hessischen Statistischen Landesamts, Schwerpunkt: Datenbankadministration, Geodatenanalyse, Anwendungsentwicklung
julia.chen@statistik.hessen.de

Sarah Pohl (M. Sc.)
Seit 2020 Referentin im Competence Center Geoinformation des Hessischen Statistischen Landesamts, Schwerpunkt: Geodatenanalyse, Anwendungsentwicklung
sarah.pohl@statistik.hessen.de

Schlüsselwörter
amtliche Statistik – interaktive Kartenanwendung – Informationsangebot – Geoinformationen – Anwendungsentwicklung

Einführung

Ergebnisse aus der Bevölkerungsstatistik belegen, dass im Jahr 2020 die Bevölkerung in Hessen seit dem Zensusjahr 2011 am geringsten gewachsen ist (Statistik Hessen 2021). Der Hessenatlas erweitert solche Erkenntnisse mit seinem regionalen Vergleich und zeigt: Die Bevölkerungsentwicklung in Hessen variiert je nach Region. Der Hessenatlas verdeutlicht zudem auf einen Blick, dass die größte Bevölkerungszunahme in den kreisfreien Städten Frankfurt am Main und Offenbach verzeichnet wurde. Beim Wechsel zu den Ergebnissen auf Gemeindeebene sind noch feinere Unterscheidungen möglich.

Abb. 1: *Bevölkerungsentwicklung in Hessen 2020 nach Landkreisen und kreisfreien Städten*

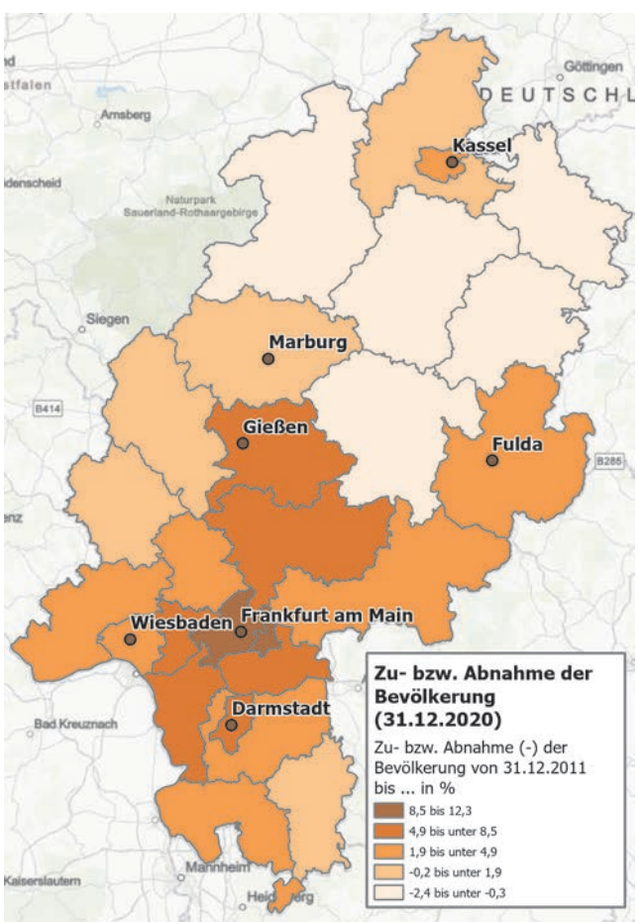
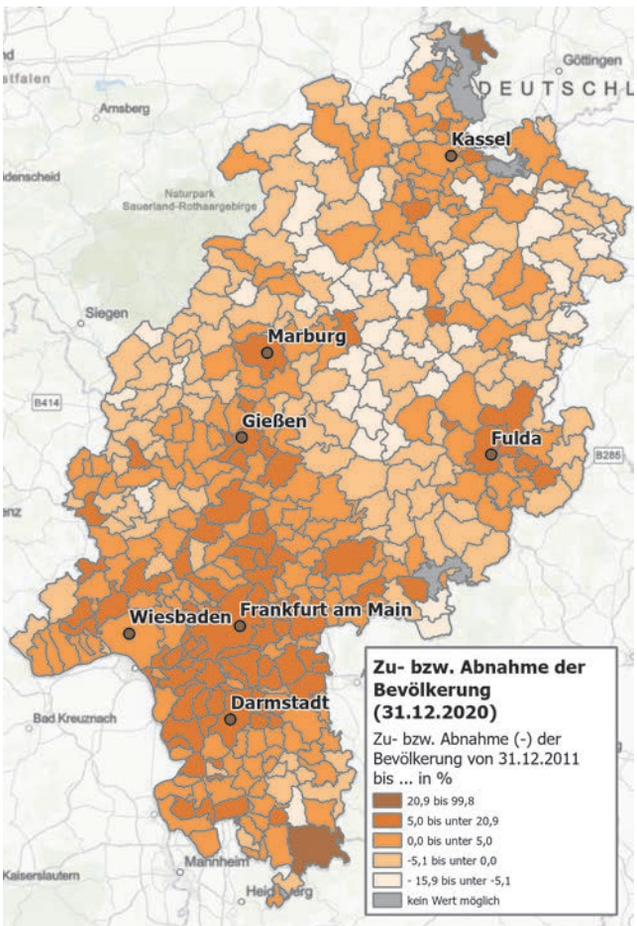


Abb. 2:
Bevölkerungsentwicklung in Hessen 2020 nach Gemeinden



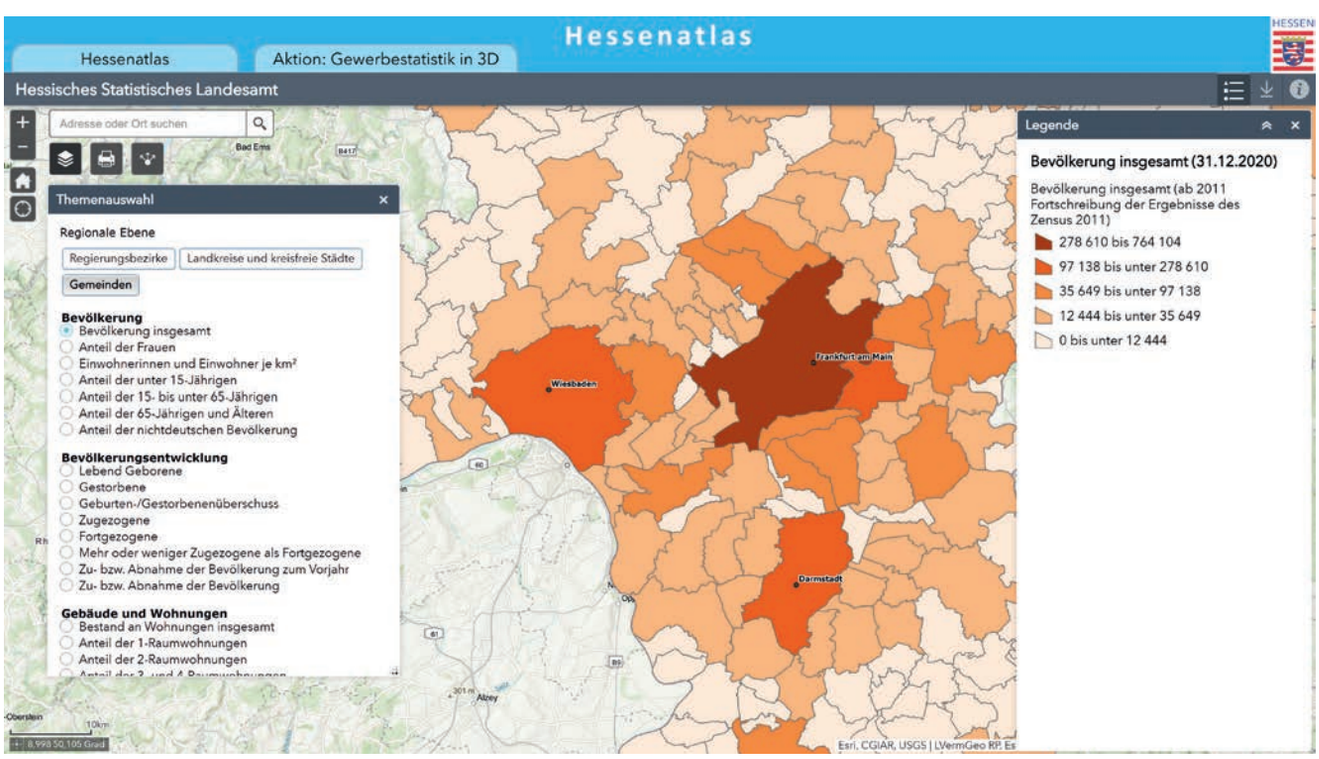
Die amtliche Statistik verfügt über ein umfangreiches Datenangebot, das mit dem Hessenatlas schnell und einfach zugänglich gemacht wird. Neben anderen Veröffentlichungsformaten der amtlichen Statistik – beispielsweise Grafiken und Datentabellen – bieten Darstellungen mit raumbezogenen Daten eine zusätzliche Informationsquelle für Bürgerinnen und Bürger und dienen der Politik und Verwaltung als ortsgenaue Planungsgrundlage.

Die große Datenmenge und Vielzahl der Informationen ist dabei die Spezialität des Hessenatlas. Das war zugleich auch die technische Herausforderung bei seiner Erstellung. Für die Navigation ist eine durchdachte Bedienoberfläche erforderlich sowie ein möglichst automatisierter Daten-Workflow, damit regelmäßig Datenaktualisierungen möglichst aufwandsarm vorgenommen werden können. Das Competence Center Geoinformation des Hessischen Statistischen Landesamts hat mit dem Hessenatlas eine auf Esri-Software basierende Webanwendung entwickelt, die zusätzlich zum Informationsangebot auch das Interesse an Geoinformation und die Nutzung von Geodaten fördert. Teil des Hessenatlas sind regelmäßig wechselnde Aktionskarten, die innerhalb des Atlas eingebunden sind und neue Visualisierungstechniken der Kartographie präsentieren.

Themen und Funktionalitäten

Die Startansicht des Hessenatlas zeigt die Hauptanwendung mit Themenauswahl und Legende. Der Hessenatlas beinhaltet 64 Karten zu den Themengebieten Bevölkerung, Bevölkerungsentwicklung, Gebäude und Wohnungen, Erwerbstätigkeit, Flächennutzung, Landwirtschaft, Tourismus sowie

Abb. 3: *Startansicht des Hessenatlas mit Themenauswahl und Legende*



öffentliche Finanzen und Steuern. Die Datengrundlage bilden die Statistiken des Hessischen Statistischen Landesamts. Je Themenbereich ist eine Karte mit Daten aus dem aktuellsten Berichtsjahr im jeweiligen Gebietsstand enthalten. Im Downloadbereich des Hessenatlas finden sich auch weiter zurückliegende Daten, teilweise reichen diese Zeitreihen bis ins Jahr 1990 zurück. Jede einzelne Themenkarte wird in drei regionalen Tiefen angeboten: Gemeindeebene, Landkreisebene und Regierungsbezirksebene. Die Nutzerinnen und Nutzer können je nach Bedarf dynamisch zwischen diesen regionalen Ebenen wechseln. Per Mausklick können Detailinformationen zu dem ausgewählten Objekt über ein Pop-Up abgerufen werden, wie beispielsweise der Bevölkerungsstand einer Gemeinde.

Als weiteres Anwendungsbeispiel lässt sich im Themengebiet Flächennutzung erkennen, dass der Anteil der Waldflächen an der Gesamtfläche im Hochtaunuskreis im Jahr 2020 in der zweithöchsten Klasse liegt. Die detaillierte Information beim Klick in die Karte zeigt, dass der Wert mit 49,1 % nur knapp unter der höchsten Klasse liegt. Durch den Wechsel auf Gemeindeebene ist sofort erkennbar, dass die höchsten Anteile der Waldflächen in Glashütten, Schmitten und Königstein verzeichnet werden. Das Pop-Up zur Gemeinde Schmitten zeigt den genauen Wert sowie den Stichtag an.

Neben den Basisfunktionalitäten einer interaktiven Kartenanwendung lassen sich noch einige speziell für den Hessenatlas konzipierte Produkteigenschaften hervorheben: Die leicht navigierbare Themenauswahl ermöglicht ein Stöbern in verschiedenen Themengebieten und ein schnelles Wechseln der regionalen Ebene. Verschiedene Exportfunktionen wie Drucken, Download der Datentabellen und die weitere Nutzung der Karten als Web Map Service (WMS) decken die unterschiedlichen Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer ab. In verschiedenen Tabs lässt sich zwischen Aktionskarten und dem Kartenangebot des Hessenatlas wechseln. Das Angebot

Abb. 4: *Detailinformationen im Pop-Up zum Anteil der Waldflächen der Gemeinde Schmitten*

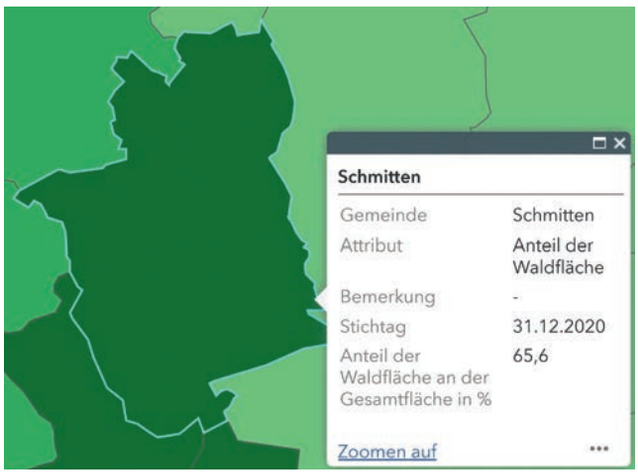
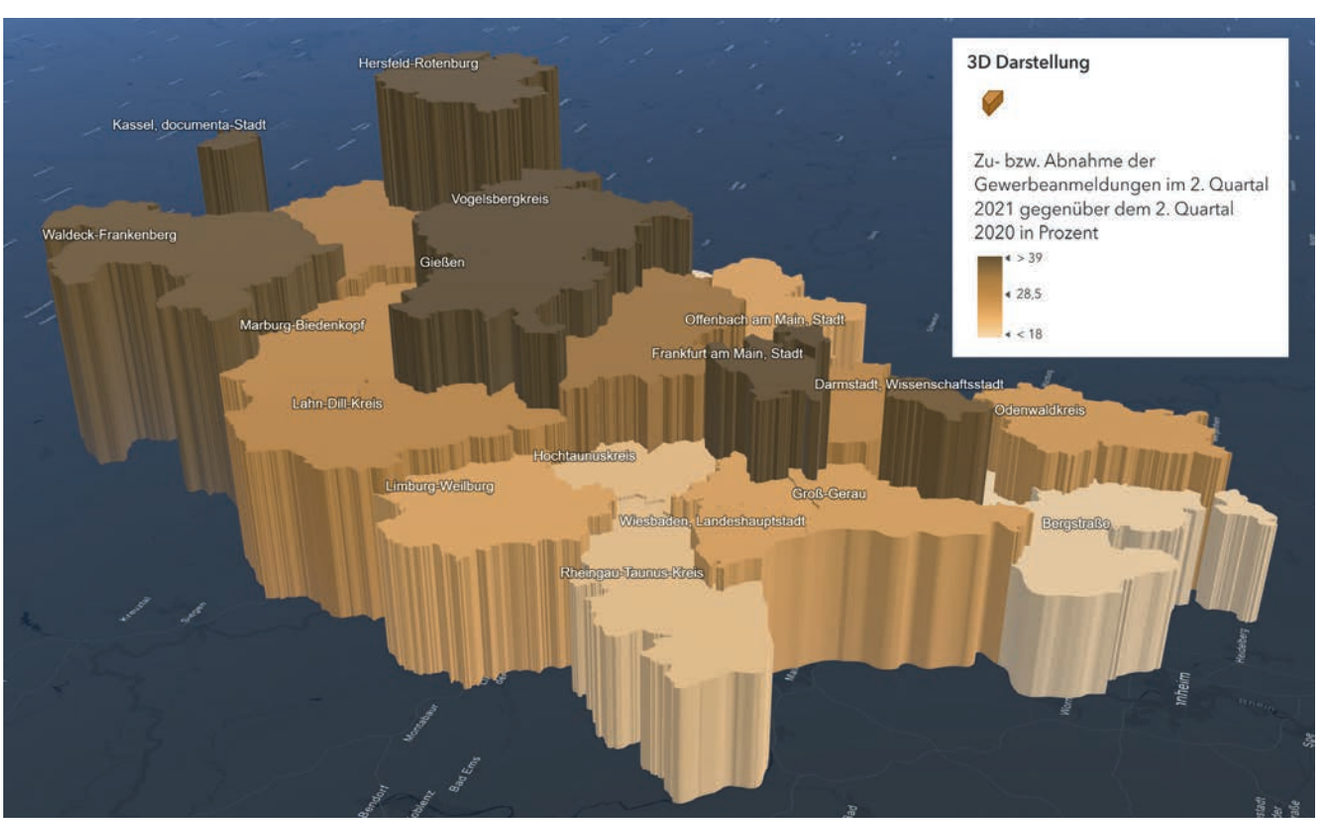


Abb. 5: *Aktionskarte Gewerbestatistik in 3D*



an Aktionskarten wechselt regelmäßig: Mit diesen Karten erhalten die Nutzerinnen und Nutzer Zugriff auf Daten zu aktuell relevanten Themen. In diesem Zusammenhang werden auch neue Darstellungsformen gewählt, die die statistischen Informationen treffend visualisieren. Eine erste Aktionskarte ist die Gewerbestatistik in 3D. Hier ist die Zu- bzw. Abnahme der Gewerbeanmeldungen dargestellt. Die eingefärbten Klassen korrespondieren zur Höhe der Datenwerte der Landkreise. Durch Mausnavigation lässt sich die Ansicht drehen und aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten.

Technische Herausforderungen und Besonderheiten

Ein zentraler Punkt bei der Produktion und Aktualisierung des Hessenatlas ist aufgrund der Datenmenge die Automatisierung der Prozesse. Für den Hessenatlas wurden daher drei große Komponenten der Erstellung programmatisch gelöst: die Erstellung der Geodaten, die periodische Aktualisierung der Geodaten und die Darstellung der Geodaten im Atlas. Technisch umgesetzt wurde der Hessenatlas in dem ArcGIS Enterprise-Portal der Firma Esri (Esri 2021).

Die automatische Erstellung der Geodaten erfolgt über ein Python-Skript, worin die einzelnen Blätter einer Datentabelle eingelesen werden und das jeweils aktuelle Berichtsjahr der Statistik mit den Geometrien der drei unterschiedlichen Regionalebenen verbunden wird. Besonders hilfreich ist hierbei das ArcPy-Paket, wodurch ArcGIS-Werkzeuge und -Funktionen, wie zum Beispiel Symbologie-Renderer und FieldMappings, direkt über das Python-Skript ausgeführt werden. Dadurch werden Geodaten einfach und in systematischer Abfolge bearbeitet und dargestellt. Grundsätzlich ist ein System von eindeutigen Abkürzungen der jeweiligen Statistiken bei jedem Schritt der Erstellung des Hessenatlas ausschlaggebend. Nur die Verwendung der Abkürzungen kann die eindeutige Zuweisung der komplexen Statistik mit den fertigen Geodaten sicherstellen.

Neben der Erstellung der Geodaten ist auch die Darstellung und Konfiguration von mehr als 190 Datenlayern eine Herausforderung, die durch eine Automatisierung vereinfacht wird. Datenlayer beinhalten die geographischen und inhaltlichen Informationen für eine bestimmte räumliche Einheit. Für jede dargestellte Statistik und Regionalebene (Gemeinden, Kreise und kreisfreie Städte sowie Regierungsbezirke) wird im Hessenatlas ein eigener Datenlayer benötigt, der auf eine Datenquelle, zum Beispiel eine Tabelle in einer Datenbank, die Geodaten unterstützt, referenziert. Mit einem Python-Skript werden die einzelne Datentabellen aus der Datenbank in ein Kartenprojekt geladen und thematisch gruppiert. Daraufhin kann die Klassifizierung durchgeführt werden.

Symbologie-Vorlagen machen es möglich, benutzerdefinierte Farbabstufungen für die Klassen vorzubereiten und auf die jeweiligen Datenlayer anzuwenden. Die fertigen Datenlayer können daraufhin nicht nur automatisiert in das ArcGIS Enterprise-Portal geladen und im Hessenatlas verwendet werden, sondern auch als WMS veröffentlicht und den Nutzerinnen und Nutzern zur Weiterverwendung zur Verfügung gestellt werden. Fester Bestandteil des interaktiven Hessenatlas sind außerdem Pop-Ups, die beim Klick auf eine Gemeinde, einen Landkreis oder einen Regierungsbezirk erscheinen. Die Einstellungen für die Pop-Ups konnten ebenfalls im Enterprise-Portal über die Entwicklungsumgebung „Spyder“ automatisiert gelöst werden.

Bei der Entwicklung des Hessenatlas ist nicht nur die erstmalige Erstellung und Darstellung der Geodaten eine Herausforderung, sondern auch die periodische Aktualisierung der Daten. Da der Hessenatlas zahlreiche Statistiken umfasst, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten aktualisiert werden, gilt es, eine einfache Methode zur Datenaktualisierung zu integrieren. Dies wurde mit einer separaten PostgreSQL-Datenbank gelöst, die mit dem Portal verbunden ist. Die PostgreSQL-Datenbank ist mit den ArcGIS Desktop-Produkten, aber auch mit dem ArcGIS Enterprise-Portal kompatibel. Die Geodaten des Hessenatlas werden in der Datenbank gespeichert und dienen als Datengrundlage für die Webanwendung. Der Vorteil ist, dass die einzelnen Datenlayer nicht manuell im Hessenatlas ausgetauscht und konfiguriert werden müssen, sondern dass die betreffenden Datentabellen programmatisch in der Datenbank ausgetauscht werden und sich der Datenlayer im Hessenatlas automatisch aktualisiert. Dieses Prinzip kann nicht nur bei einer Datenaktualisierung verwendet werden, sondern zum Beispiel auch, um fehlerhafte Werte oder beschreibende Formulierungen im Pop-Up ohne Downtime der Anwendung zügig zu ändern.

Um die Auswahl der ca. 190 Datenlayer in der Webanwendung intuitiv zu gestalten, musste zusätzlich ein individuelles Auswahl-Menü programmiert werden. Die Anforderung an das Menü war, eine übersichtliche Auswahlmöglichkeit der Daten zu sichern, die von jeder Nutzerin bzw. jedem Nutzer auf Anhieb verstanden und verwendet werden kann. Das Menü wurde innerhalb der ArcGIS Developer Subscription mit Javascript programmiert. In dem Menü werden die verfügbaren Layer automatisiert übersichtlich aufgelistet. Eine weitere Eigenschaft des Menüs ist, dass immer nur ein Layer aktiv sein kann. D. h., dass das Anklicken des Layers die vorherige Auswahl aufhebt und nur der gewünschte Datensatz angezeigt wird, was die Übersichtlichkeit verbessert. Aufgrund des allgemeinen Aufbaus des Auswahl-Menüs kann es auch mit wenig Aufwand für andere ähnliche Produkte verwendet werden, bei denen eine größere Anzahl an Datenlayern übersichtlich präsentiert werden soll.

Da die bereits erwähnten Aktionskarten flexibel hinzugefügt und entfernt werden sollen, ohne eine Bearbeitung und Downtime der Hessenatlas-Anwendung notwendig zu machen, wurden separate Tabs verwendet. Die einzelnen Webanwendungen des Hessenatlas und der Aktionskarten werden eingebettet und in einer übergeordneten Anwendung zusammengefasst. Diese Flexibilität ist eine Stärke des Hessenatlas: Interessante, gegenwärtige Themen können jederzeit aufgegriffen und dargestellt werden, ohne die Performance des Hessenatlas zu beeinflussen.

Ausblick

Neben der regelmäßigen Aktualisierung der Geodaten auf das jeweils aktuelle Berichtsjahr wird die Funktion der Aktionskarten weiter ausgeschöpft. Dafür werden thematisch aktuelle Themen gewählt, die in der interaktiven Webanwendung mit statistischen Kennzahlen näher betrachtet werden können. Darunter fallen Daten zur Pflege, zu den regionalen landwirtschaftlichen Erträgen oder der Umwelt.

Darüber hinaus werden neben der 3D-Darstellung noch weitere Darstellungsmethoden getestet. Die dynamischen Cluster werden als eine Methode zur Wahrung der Geheimhaltung näher geprüft. Ferner werden Darstellungen geprüft, die die Dimensionen Raum und Zeit miteinander verknüpfen und somit den Informationsgehalt steigern. Mithilfe von Zeitschiebereglern werden räumliche Veränderungen innerhalb eines bestimmten Zeitraums deutlich. Nutzerinnen und Nutzer können so interaktiv zwischen verschiedenen Berichtsjahren einer Statistik wählen. Darüber hinaus sind weitere Funktionalitäten wie die Filterung von speziellen Daten und die Erstellung von dynamischen Diagrammen in Planung. Dadurch können Nutzerinnen und Nutzer die Informationen und Darstellung der Daten ihren Interessen entsprechend anpassen. Der Hessenatlas schöpft damit das Potential statistischer Geodaten für die amtliche Statistik bestmöglich aus.

Literatur

Statistik Hessen (2022): Statistische Berichte AI2 mit AII, AIII, AV: Die Bevölkerung der hessischen Gemeinden (Fläche / Gesamtbevölkerung / Bevölkerungsdichte / Geborene und Gestorbene / Wanderungen / Gebietsänderungen) https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/HESerie_mods_00000009 [07.06.2022].

Esri (2021): Was ist das ArcGIS Enterprise-Portal? https://enterprise.arcgis.com/de/portal/latest/administer/windows/what-is-portal-for-arcgis-.htm [08.04.2022].

Smart City Index 2021

Wie digital sind Deutschlands Großstädte?

Der Smart City Index des Branchenverbands Bitkom ist das Digitalranking der deutschen Großstädte. Experten der Bitkom Research haben dafür in fünf Themenbereichen rund 11.000 Datenpunkte erfasst, überprüft und qualifiziert – von Online-Bürger-Services über Sharing-Angebote für Mobilität und intelligente Ampelanlagen bis hin zur Breitbandverfügbarkeit. Die Ergebnisse sind für jede Stadt einzeln abrufbar.

Hamburg hat wieder einmal den Titel der smartesten Stadt Deutschlands errungen. Auch 20221 sichert sich die Hansestadt den ersten Platz im Smart City Index 2021 des Digitalverbands Bitkom. Die Nordmetropole erreicht mit 88,1 Gesamtpunkten neun Punkte mehr als bei der letzten Erhebung und verweist Köln (79,3 Punkte) und Karlsruhe (73,2 Punkte) auf die Plätze. Beide Verfolger konnten im letzten Jahr aufholen und München hinter sich lassen. Größter Gewinner 2021 ist das sächsische Dresden. Die Stadt klettert ganze 18 Plätze nach oben und ist neben Berlin die einzige ostdeutsche Stadt in den Top 10.

Der Smart City Index besteht aus fünf Themenfeldern und soll zeigen, wie digital deutsche Großstädte sind. So führt Hamburg beispielsweise in den meisten Gebieten wie zum Beispiel Mobilität (98,6 Punkte) und Gesellschaft (95,5 Punkte). Einzig Stuttgart konnte der Hansestadt in einer Kategorie den Rang ablaufen - die Landeshauptstadt Baden-Württembergs besitzt mit 80,1 Punkten die beste digitale Verwaltung in Deutschland

Untersucht wurden alle deutschen Städte ab 100.000 Einwohnern. Den Indexwerten liegen öffentlich zugängliche Datenquellen zugrunde. Allen Städten wurde die Gelegenheit gegeben, die erhobenen Informationen zu überprüfen und zu kommentieren. Diese Möglichkeit haben 79 Prozent der Städte in Anspruch genommen.
Die 36 Indikatoren berechnen sich aus 133 Parametern pro Stadt und insgesamt 10.773 Datenpunkten. Sie sind normiert, d. h. auf eine Skala von 0 bis 100 übersetzt. Pro Indikator bedeutet der Indexwert von 100 den höchsten erreichten Wert, nicht aber einen theoretisch erreichbaren Wert. Beispiel: Wolfsburg hat laut amtlicher Zulassungsstatistik einen Anteil von 6,9 Prozent E-Fahrzeugen an allen zugelassenen Fahrzeugen. Das ist der höchste Wert unter allen untersuchten Städten. Damit erreicht Wolfsburg im Indikator „Anteil E-Fahrzeuge" den Maximalwert 100.
In jedem Themenbereich wurden zusätzlich innovative Projekte außerhalb der betrachteten Indikatoren erfasst und mit maximal fünf Prozent der erreichbaren Gesamtpunktzahl je Themenbereich gewertet. https://www.bitkom.org/Smart-City-Index

Hubert Harfst

Smart-City-Ranking aller deutschen Großstädte

Gesamtwertung

Platz	Tendenz	Stadt	Index
1	→ 0	Hamburg	88.1
2	↗ +1	Köln	79.3
3	↗ +2	Karlsruhe	73.2
4	↘ -2	München	72.7
5	↘ -1	Darmstadt	72.5
6	↑ +18	Dresden	71.5
7	↑ +11	Bochum	71.2
8	↘ -2	Stuttgart	71.1
9	↘ -2	Berlin	70.3
10	↗ +5	Freiburg im Breisgau	69.1

Ein PDF-Dokument mit dem vollständigen Ranking und der Liste aller 133 Parameter ist zu finden unter *https://www.bitkom.org/sites/default/files/2021-10/2021-09-30-smart-city-index.pdf?mtm_campaign=smart-city-index-pdf-2021*

Wertestudie 2020

Zukunft von Wertvorstellungen der Menschen in unserem Land

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat schon im vorletzten Jahr die Studie „Zukunft von Wertvorstellungen der Menschen in unserem Land“ veröffentlicht. Diese dient laut Bundesregierung der wissenschaftlich basierten strategischen Vorausschau.
In der Wertestudie werden insgesamt sechs unterschiedliche Szenarien vorgestellt, wie Gesellschaft und Wertelandschaft ab den 2030er Jahren aussehen könnten.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie stellen keine Prognosen oder finalen Antworten auf die Studien-Leitfragen dar. Vielmehr zielen sie darauf ab, im Sinne der Strategischen Vorausschau, ein breites Spektrum an möglichen Zukünften und Entwicklungspfaden aufzuzeichnen – und dabei auch zu einem Diskurs über die Zukunft anzuregen. Somit sollen die Ergebnisse unter anderem einen Interpretationsrahmen für weitere Studien und Befunde, das heißt für die Einordnung von zum Beispiel Trends und gesellschaftspolitischen Zusammenhängen, im dreijährigen Vorausschau-Prozess bieten.

Die Studie untersucht im ersten Kapitel, was die heutige Gesellschaft bewegt, welches die erstrebenswerten Lebensziele der Menschen für das Hier und Jetzt sind und wie ihre Wünsche für die Zukunft lauten.
Einen Einblick in die heutige Wertelandschaft Deutschlands, die Entwicklungen der vergangenen Jahre sowie die Wünsche und Erwartungen der Menschen für die Zukunft aus heutiger Perspektive ergibt die zusammenfassende Analyse der im Auftrag dieser Studie durchgeführten CAPI-Befragung sowie ausgewählter Studien und Datensätze, Interviews von Expertinnen und Experten und der Fokusgruppe mit Jugendlichen.

Dann wird in sechs Szenarien untersucht, wie Gesellschaft und Wertelandschaft morgen aussehen könnten
Szenario „Der europäische Weg“
Szenario „Wettbewerbsmodus“
Szenario „Rückkehr der Blöcke“
Szenario „Tempounterschiede“
Szenario „Das Bonus-System“
Szenario „Ökologische Regionalisierung“

Die Arbeiten für die Studie erfolgten im Zeitraum zwischen Juli 2019 und Dezember 2019 und liegen damit vor dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie im Jahr 2020.
Die Studie liegt in einer 44-seitigen Kurzfassung und als Langfassung vor.

Hubert Harfst

https://www.vorausschau.de/SharedDocs/Downloads/vorausschau/de/BMBF_Foresight_Wertestudie_Kurzfassung.pdf;jsessionid=132AFEFF7BB8504D61EE2C3083D29C33.live472?__blob=publicationFile&v=1

https://www.vorausschau.de/SharedDocs/Downloads/vorausschau/de/BMBF_Foresight_Wertestudie_Langfassung.pdf;jsessionid=132AFEFF7BB8504D61EE2C3083D29C33.live472?__blob=publicationFile&v=1

Pandemie-Folgen

Gigantischer Reichtum einerseits, weltweit explodieren Ungleichheit und Armut andererseits

Die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam hat anlässlich des Weltwirtschaftsforums in Davos und des G7-Treffens in Deutschland in mehreren gut recherchierten Berichten darauf hingewiesen, wie
die wirtschaftlichen Folgen der anhaltenden Covid-19-Pandemie und steigende Preise für Energie und Lebensmittel Armut und soziale Ungleichheit befeuern. Während mehr als eine Viertelmilliarde Menschen gefährdet sind, im Jahr 2022 in extreme Armut abzurutschen, machen Konzerne und die dahinterstehenden Superreichen gigantische Gewinne.
Der Bericht „**Profiting from Pain**" illustriert anhand ausgewählter Beispiele (unter anderem die gigantischen Gewinne weniger Konzerne und der dahinterstehenden Superreichen, die explodierenden Lebensmittelpreise sowie die wachsende Ungleichheit zwischen den Ländern), wie obszöne Krisengewinne und zunehmende soziale Ungleichheit Hand in Hand gehen.

Gewaltige Ungleichheit – der Oxfam-Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Welt

Auch der Bericht „**Gewaltige Ungleichheit**" zeigt, wie die Corona-Pandemie soziale Ungleichheit das zweite Jahr in Folge dramatisch verschärft, warum die Lösung in einem gerechteren Wirtschaftssystem liegt und was die Politik konkret tun sollte.
Nicht nur das Cover des sechzehnseitigen Berichtes ist schwarz, schwarz sehen die Autoren auch für deine große Mehrheit der Menschen und viele Staaten. Seit Beginn der Pandemie mussten Menschen in allen Einkommensgruppen Einbußen hinnehmen, doch die ärmsten 20 Prozent hatten den stärksten Einkommensrückgang zu verzeichnen. Im Jahr 2021 ist ihr Einkommen weiter gesunken, während die Reichsten ihre Einkommensverluste zu einem großen Teil wieder gutmachen konnten.
Voraussichtlich zum ersten Mal seit einer Generation wird auch die Kluft zwischen wirtschaftlich privilegierten und einkommensschwachen Ländern größer werden.
Welche Gründe Oxfam für diese Entwicklung benennt und welche Lösungen möglich sind, kann im hier nachgelesen werden.

https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam-media-brief-en-profiting-from-pain-davos-2022-part-2.pdf

https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam-methodology-note-en-profiting-from-pain-davos-2022-part-2.pdf

https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_factsheet_gewaltige_ungleichheit.pdf